

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

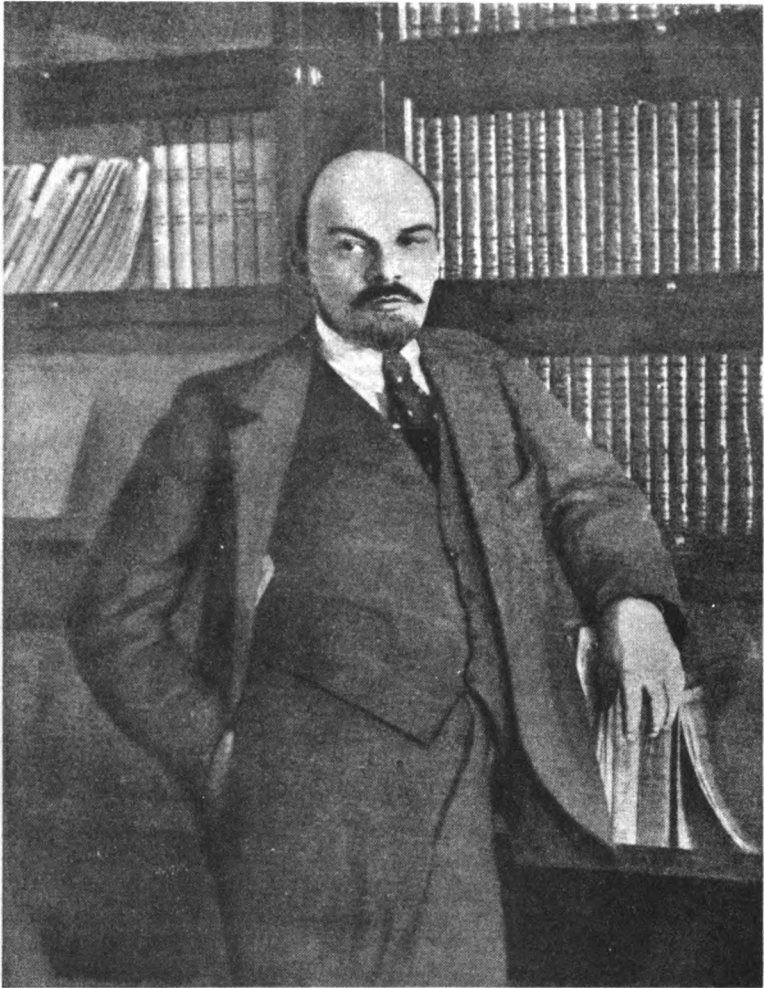


N^o.

MOSKAU
KREML

◆ PETROGRAD
SMOLNY

10



N. Lenin (W. I. Uljanow)

Zum fünfzigsten Geburtstag (23. April 1870 – 23. April 1920)

PROLETARER ALLER LÄNDER,
VERBAND BUCH

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Ducharin, Kamenev, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rjasanow, Trotzki (Russland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kihom, Ström (Schweden), Tranmæl (Norwegen), Gorter, Pannecouk, Ravesteijn, Roland-Hoisk, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Gruber, Tomarow (Oesterreich), A. Albert, Levi, Radek, K. Zetkin (Deutschland), Pankhurst, Rotstein (England), Gulliboex, Lortot, Péricot, Sadoul, Saumoneau (Frankreich), Belabanow, Serrati (Italien), Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Bela Kun, Ruda, Rudnyarszky (Ungarn),
□ □ □ □ □ Marchlewski-Karski (Polen) u. a. □ □ □ □ □

№ 10

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG:
PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62
Tel. 1-12.

REDAKTION:
PETROGRAD, SMOLNY,
KABINETT G. SINOWJEW.

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Capnbley, Hamburg 11*

*Neustädtische Vereinsdruckerei G. m. b. & Co.
Neustadt*

1920

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
An die Werktätigen der ganzen Welt. Die Maifeier 1920. . . .	1
H. Gorter. Die Einheit des Weltproletariats	7
N. Lenin. Die III. Kommunistische Internationale (Rede des Gen. Lenin am 6. März 1920 auf der feierlichen Sitzung des Moskauer Sowjets, gewidmet dem Jahrestag der III. Internationale)	9
L. Trotzki. Die Pariser Kommune und Sowjetrußland. (Ein Kapitel aus einem im Druck befindlichen neuen Buch des Gen. L. Trotzki)	18
Henri Guilbeaux. Straßburg — Moskau	39
John Reed. Die revolutionäre Bewegung in Amerika (Schluß)	48
J. Friis. Die revolutionäre Bewegung in Norwegen	61
Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland:	
1. W. Newski. Die kommunistische Swerdlow-Universität in Moskau	67
2. S. Rawitsch. Die Sinowjew-Universität für Arbeiter und Bauern in Petrograd	91
K. Radek. Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus	102

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“.

J. O. Brief aus der Tschechoslowakei	121
W. Eine englische Arbeiterkonferenz (Brief aus England) . .	134
Spartakus. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch (Brief aus Deutschland)	147

**Dokumente der Internationalen
Kommunistischen Bewegung.**

	Seite
Schreiben des Westeuropäischen Sekretariats an alle der Dritten Internationale angeschlossenen Parteien	172
Gruß der französischen Kommunisten an die Genossen anderer Länder	176
Schreiben des Komitees der Dritten Internationale an die französischen Sozialisten	178
An die Arbeiter und Dorfarmut Ungarns	183
Richtlinien der Kommunistischen Partei Spaniens	186

**Der III. Gesamtrussische Gewerkschafts-
kongreß:**

Aufruf an die Arbeiter aller Länder	188
Gruß an das deutsche Proletariat	189
An alle Kämpfer des Kommunismus	190
Gruß an die Dritte Internationale	191
Gruß des internationalen Transportarbeiterkongresses	191
An die Arbeiterinnen der ganzen Welt	192
Die Gründung der linkssozialistischen Partei Dänemarks	195
Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands	196

**Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.**

An die Arbeiter Deutschlands, an die Arbeiter der ganzen Welt. Ueber den Bürgerkrieg in Deutschland	228
An den III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß	233
Gruß an den Genossen Lenin	234
Vereinigung der Kommunisten in der Ukraine	236
Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter- nationale	237

**Helden und Märtyrer der proletarischen
Revolution.**

Der weiße Terror der Henker der Kommune (Paris, im Mai 1871)	241
Aufruf der Kommunardinnen an die Bürgerinnen von Paris	247

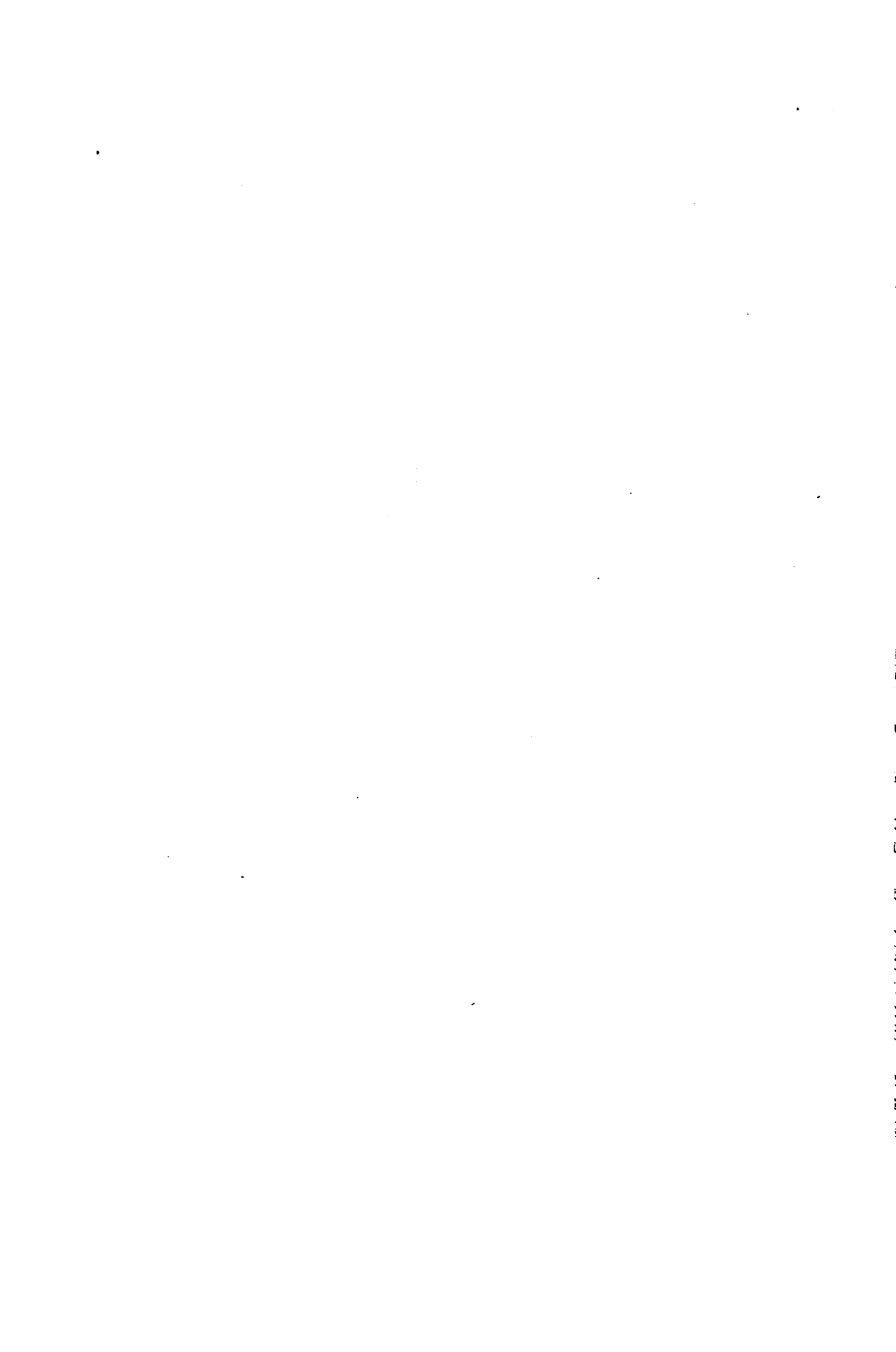
	Seite
N. Lenin. Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten?	250
G. Sinowjew. Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder	259

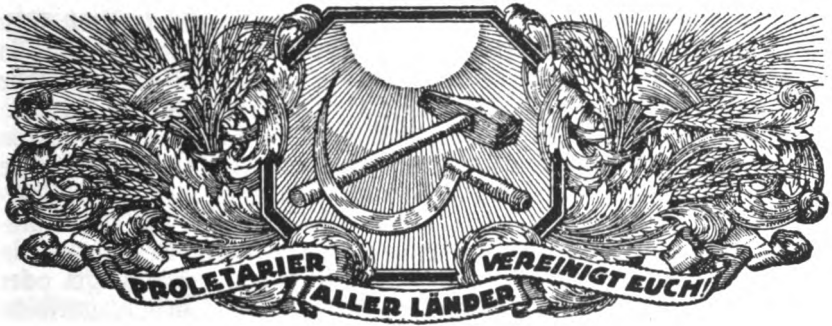
Der erste Mai in Rußland.

N. Lenin. Der Arbeitssamstag am 1. Mai	266
M. Gorki. Der Weg zum Glück	268
L. Trotzki. Arbeit und Krieg	269
N. Bucharin. Feiertag oder Werktag	270
G. Sinowjew. Das Neue in unserer Maifeier	272
Aufruf der Redaktion der „Kommunistischen Internationale“	276

Illustrationen:

N. Lenin. Helden und Heldinnen der Kommune.





An die Werktätigen der ganzen Welt.

Die Maifeier 1920.

Die Proletarier der ganzen Welt feiern wiederum den ersten Mai, das Fest der Arbeit, das Fest des Kampfes, das Fest des Messens der kommunistischen Kräfte.

Ein Jahr schweren Kampfes, ein Jahr ernstlicher Schlachten voll tiefer geschichtlicher Bedeutung liegt hinter uns.

Wir haben im Lauf dieses Jahres nicht wenig einzelner schwerer Niederlagen erlitten.

Die Sowjetrepublik **Ungarn** ist untergegangen, gefallen durch den Verrat der Sozialverräter und die Gewalt der Entente-kapitalisten.

Die Sowjetrepublik **Bayern**, die im Mai 1919 bestand, ist untergegangen, ertränkt im Blut der bayerischen Arbeiter.

In **Deutschland** sind im Laufe des verflissenen Jahres Tausende und Abertausende unserer besten Brüder umgekommen, die das Banner des Kampfes für den Kommunismus erhoben. Sie haben durch die Hand der sozialdemokratischen Henker, die Hand in Hand mit den Generälen Wilhelm von Hohenzollerns wirken ihren Tod gefunden.

Wie schwer unsere einzelnen Niederlagen auch waren, wie bitter der Verlust von Tausenden unserer Brüder uns traf, die kommunistische Bewegung ist während des verflissenen Jahres in der ganzen Welt gewachsen und erstarkt.

In **Ungarn** herrscht der zügelloseste weiße Terror. Hun-

derte und Tausende ungarischer Proletarier kommen um durch die Hand der ungarischen Grundherren und Kapitalisten. Und doch reift sogar in Ungarn wieder eine neue proletarische Revolution heran. Die rosige träumerische Jugend, welche die erste Epoche des proletarischen Kampfes in Ungarn kennzeichnete, ist vorüber. Die ungarische Arbeiterklasse stählt sich im Kampf. Um teuren Preis hat sie die größte historische Erfahrung erworben, welche sie nun vor Irrtümern zurückhält, die zum Untergang der ersten Sowjetrepublik in Ungarn führten. Am 1. Mai gedenkt die Kommunistische Internationale vor allem derjenigen unserer Brüder, die in den ungarischen Folterkammern schmachten und deren Kugel oder Strang der ungarischen Henker harrt. Ermannet Euch, ungarische Proletarier, die Abrechnung für Eure Leiden ist nicht fern! Die Sowjetrepublik Ungarn ist untergegangen. Es lebe die Sowjetrepublik Ungarn! Die erste proletarische Revolution in Ungarn erlitt einen Zusammenbruch. Es lebe die zweite, siegreiche proletarische Revolution in Ungarn!

In D e u t s c h l a n d gibt es keine Stadt, deren Straßen im Lauf dieses Jahres nicht mit Arbeiterblut reichlich getränkt wären. Dank der Verrätereit der gelben Sozialdemokraten kam die deutsche Revolution, auf Schritt und Tritt verraten und gekreuzigt, zu ihrem tiefsten Fall. Die Märzaktion der offenen Gegenrevolution ist jedoch zweifellos zum Wendepunkt geworden. Die offizielle deutsche Sozialdemokratie verausgabte die letzten unbedeutenden Brocken ihres Kredits. Die Arbeitermassen haben den Verrätern den Rücken gekehrt. Die deutsche Revolution beginnt in aufsteigender Linie vorwärts zu schreiten. Der Sieg der proletarischen Diktatur in Deutschland ist ganz unvermeidlich.

In F r a n k r e i c h , in E n g l a n d , in I t a l i e n hat die proletarische Bewegung während des verflossenen Jahres ungeheure Fortschritte gemacht. Die Bourgeoisie der Ententeländer, die ihre Rivalen besiegt hat, hoffte die Entwicklung der revolutionären Bewegung in „ihren“ Ländern für lange Zeit aufzuhalten. Die Geschichte hat dieser Hoffnung grausam gespottet. Noch ist kein Jahr seit dem Abschluß des berühmten Versailler Friedens verflossen, und schon ist es einem Blinden klar, daß es den Machthabern des räuberischen Völkerbundes nicht gelungen ist, jene Flut von Unzufriedenheit zu dämmen, die alle Bollwerke stürzt und bald die Festen des Kapitalismus davonschwemmt.

In E n g l a n d trägt die Streikbewegung den Charakter eines machtvollen Elements. Die fortgeschritteneren Gewerkschaften befreien sich aus der ideologischen Gefangenschaft des bürgerlichen Trade-Unionismus.

In Frankreich überfluten die Kundgebungen der Arbeiter das ganze Land. Der Austritt der offiziellen sozialistischen Partei Frankreichs aus der II. Internationale ist nur eine indirekte Widerspiegelung jener machtvollen revolutionären Gärung, die unter den französischen Proletariern in Stadt und Land zu beobachten ist.

In Italien hat sich die kommunistische Bewegung im Lauf dieses Jahres als breite Flut ergossen und ungeheure Fortschritte gemacht. Die Arbeiterklasse Italiens hat während dieses Jahres das italienische Dorf zu erwecken und der Vorhut der Arbeiter neue zahlreiche Schichten der Werktätigen zuzuführen vermocht.

In Amerika hat die Bourgeoisie das Bajonett auf die Tagesordnung gestellt. Die Verfassungsgarantien sind in dieser berichtigten „Demokratie“ für die Arbeiter abgeschafft. Die kommunistischen Arbeiter werden zu Tausenden und Abertausenden verhaftet. Zuchthausurteile werden in Hülle und Fülle gefällt. Durch diese Maßnahmen hofft die wutschraubende amerikanische Bourgeoisie jene machtvolle revolutionäre Bewegung des Proletariats aufzuhalten, die in Amerika für die ganze Welt sichtbar wächst.

Auf der Balkanhalbinsel ist die revolutionäre Bewegung während des letzten Jahres ungeheuer vorgeschritten. Die bulgarischen Kommunisten sind zur mächtigsten Partei im Lande geworden. Die bulgarischen werktätigen Bauern schließen sich mit jedem Tage immer enger an die Vorhut des bulgarischen Proletariats an. In Südslawien ist die kommunistische Bewegung erstarbt und wächst mit jedem Tage. Nach einiger Zeit wird die Balkanhalbinsel sicherlich zur Sowjethalbinsel.

Ueber Japan flutet eine Woge von Arbeiterausständen. So manches Mal wurde die Bourgeoisie Japans während dieses Jahres durch die machtvolle Arbeiterbewegung erschreckt.

In Italien, in Persien, in Korea, in China wächst eine Bewegung, die ihrem ganzen Aeußeren nach einen revolutionären Charakter trägt und die niemand aufzuhalten vermag.

In den skandinavischen Ländern hat sich die Lage der Bourgeoisie zweifellos verschlimmert. Zahlreiche Ministerkrisen, das Vorrücken der „sozialistischen“ Minister in den Vordergrund, lärmreiche Ausstände und Kundgebungen, die von den Arbeitern veranstaltet werden, zeugen davon, daß auch hier die Revolution heranreift.

Sowjetrußland, diese erste sozialistische Republik in der Welt, hat während des verflossenen Jahres alle Feinde zerschmettert. Sowjetrußland steht unerschütterlich da wie ein Fels. Seine rote Armee ist zu einer großen legendenhaften Armee geworden, mit Liebe gehegt von allen Werktätigen der ganzen Welt. Alle

heimtückischen Versuche der Ententeregierungen und der gegenrevolutionären Kräfte Rußlands sind an der revolutionären Energie der Proletarier und werktätigen Bauern zerschellt. Die Arbeiter Rußlands haben ohne zu murren die größten Hungerqualen erduldet und ihre Arbeiterrepublik, ihre proletarische Macht behauptet. Sowjetrußland geht über zum friedlichen wirtschaftlichen Aufbau, und auf diesem Gebiet wird das Proletariat Rußlands wiederum Wunder an Selbstaufopferung und Energie wirken. Die Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens und der anderen Länder haben im Lauf dieses Jahres den russischen Proletariern nicht wenig dadurch geholfen, daß sie in ihren Ländern eine machtvolle Bewegung gegen die Intervention der Bourgeoisie in die Angelegenheiten der Sowjetrepublik Rußland organisierten. Das war Internationalismus nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern durch die Tat. Das war wirkliche brüderliche Hilfe den Proletariern eines Landes seitens der Proletarier anderer Länder. Die Sowjetrepublik Rußland hat moralisch die gesamte bürgerliche Welt besiegt. Die Sowjetrepublik Rußland zieht gleich einem starken Magnet die Herzen aller Werktätigen, die Herzen aller ehrlichen Leute der ganzen Welt an. Das siegreiche Arbeiter- und Bauernland, das eine sozialistische Ordnung errichtet und diese gegen die Ueberfälle der halben Welt verteidigt hat, — dieses Land strahlt gleich einem Stern den Unterdrückten und Ausgebeuteten des ganzen Weltalls.

Ja, die Arbeiterklasse hat auf ihrem schwierigen dornenvollen Pfad im Lauf des verflossenen Jahres auch schwere Niederlagen gekannt. Den Weg überschauend, der während dieses Jahres zurückgelegt ist, sagt jeder klassenbewußte Arbeiter: *welch ungeheuren Weg haben wir zurückgelegt! Welch ungeheure Erfolge haben wir erzielt — trotz alledem!*

Betrachtet unsere Feinde, beobachtet die Lage sogar in den Ententeländern, d. h. in den Ländern, wo die Bourgeoisie den Sieg über die deutschen Imperialisten errungen hat. In den Reihen der Bourgeoisie ist Zersetzung, Uneinigkeit, Marasmus, Tod. Die bürgerlichen Regierungen, die vier Jahre lang zusammen gegen Deutschland Krieg führten, sind schon im Lauf eines einzigen Jahres einander in die Haare geraten. Die Bourgeoisie verliert den Kopf, die Bourgeoisie wendet sich bald hierhin, bald dorthin; heute ist sie bestrebt, die Arbeiter durch kleine und jämmerliche Reformen zu bestechen, morgen aber stürzt sie sich mit aller Wucht ihrer Skorpionen und Belagerungszustände auf dieselben los. Die Bourgeoisie ist dem Untergang geweiht. Die Volksmassen werden nicht die Klasse an der Macht lassen, die zum imperialistischen Gemetzel von 1914—1918 geführt hat. 30 Millionen Tote und

Krüppel, Dutzende ruiniertes Länder, Millionen Hungernder, Milliarden neuer Kriegsschulden — alles das können die Volksmassen nicht vergessen.

In vielen Ländern setzt die Bourgeoisie bereits ihren letzten Einsatz aufs Spiel: sie versucht zu herrschen, indem sie durch Herren, die sich „Sozialdemokraten“ und „Sozialisten“ nennen, die Ministerposten besetzt. Dieser Einsatz wird verspielt. Diese Politik reicht nur dazu aus, um den Sturz der Bourgeoisie auf die kürzeste Frist zu verzögern. Die gelbe Sozialdemokratie und die gelbe II. Internationale haben Bankrott gemacht. Die II. Internationale, auf welche die Bourgeoisie so große Hoffnungen setzte, ist zu einem Leichnam geworden. Alle ehrlichen Arbeiter flüchten aus den Reihen der II. Internationale wie vor der Pest.

Die kommunistische Verbrüderung der Arbeiter aller Länder wächst und erstarkt trotz aller Hindernisse, welche die internationale Bourgeoisie der Kommunistischen Internationale in den Weg legt. Kaum ein Jahr ist seit der Gründung der Kommunistischen Internationale vergangen, und diese ist bereits zu einer großen Macht geworden, die Millionen und Abermillionen vorgeschrittener Proletarier der ganzen Welt vereint.

Die Kommunistische Internationale ruft die Proletarier aller Länder, die noch unter dem Joch der Bourgeoisie leben, auf, den ersten Mai als Tag der Mobilisierung zum Kampf zu feiern. An diesem Tage sollen die Arbeiter solcher Länder streiken wie ein Mann. An diesem Tage sollen alle Arbeiter solcher Länder bis auf den letzten auf die Straße kommen. Und unsere Parolen an diesem Tage sind:

Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt!

Es lebe die internationale Sowjetrepublik!

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe die III. Internationale!

Das künftige Jahr, eröffnet ein neues, vielleicht das wichtigste Kapitel in der Geschichte unseres Kampfes um die Befreiung der ganzen Menschheit vom Joch des Kapitalismus.

Bewaffnung der Arbeiter, Entwaffnung der Bourgeoisie!
Daran erinnern wir am ersten Mai jeden Arbeiter, jeden Soldaten, jeden werktätigen Bauern.

Möge denn die Maifeier 1920 zum Tag des Triumphes der Kommunistischen Internationale, zum Tag der Messung ihrer Kräfte, zum Tag einer Probemobilisierung werden. Mutig, ruhig

und sicher schreiten wir den letzten entscheidenden Schlachten entgegen, die in einer ganzen Reihe von Ländern herannahen. Unser Sieg ist sicher. Das Proletariat wird die Bourgeoisie besiegen. Das Proletariat wird die Sowjetmacht in der ganzen Welt errichten.

Es lebe der erste Mai!

*Das Exekutivkomitee der
Kommunistischen Internationale.*



Die Einheit des Weltproletariats.

Das, was die Arbeiter siebzig Jahre lang suchten, ist erreicht: die revolutionäre Einheit des Weltproletariats ist da. Vor siebzig Jahren riefen Marx und Engels den Arbeitern zu: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“ Aber sie konnten sich nicht international vereinigen, bis die Konzentrierung des Kapitals, das Monopol, das Bankkapital, der Imperialismus sie nicht dazu zwangen.

Jetzt aber ist das Weltproletariat, — seine Vorhut — in marxistischem Sinn geeinigt. In allen Ländern erhebt es sich, es schart sich um die III. Internationale von Moskau, es verbindet sich um dasselbe Programm, und mit Staunen hört und sieht man, wie in den dem Marxismus am wenigsten zugänglichen Ländern wie Frankreich und England, Schottland und Irland die marxistische Sprache erklingt und die Massen sie hören, sie verstehen und sich um sie sammeln. Und es ist überall die gleiche Sprache: Arbeiterräte als Waffe des Kampfes, um das Kapital zu zertrümmern, Arbeiterräte als Grundlage, um die neue Gesellschaft aufzubauen. Und es ist überall der Kampf, die Revolution, wodurch die neue Einheit entsteht. Und die Einheit ist kein vorübergehendes Feuer, keine vorübergehende Flamme. Denn die Revolution ist bleibend. Beide, Einheit und Revolution, wachsen in allen Ländern immer neu, immer größer. Dafür sorgen schon der neue Imperialismus, die neuen Kriege, der schon jetzt in der Ferne drohende neue Weltkrieg. Dafür sorgen schon die Folgen des ersten Weltkrieges und der Friede von Versailles. Dafür sorgt schon an erster Stelle der neue Völkerbund, die neue Form des Weltimperialismus. Der Völkerbund einigt vorläufig die kapitalistischen Klassen aller Länder, auch Deutschland, unter der Führung des englisch-amerikanischen Imperialismus auf einer Front. Auch dies zwingt das Weltproletariat zur Einigkeit.

Alle diese Ursachen bleiben. Alle diese Ursachen machen also die Revolution permanent und die Einigkeit des Weltproletariats immer notwendiger und größer.

In Rußland fing die Revolution an; es ist der unvergängliche Ruhm unserer russischen Genossen, daß sie das Programm fanden, den Weg und die Mittel, um den Kapitalismus zu vernichten, daß sie die alte Gesellschaft zertrümmerten und gegen eine Welt von

Feinden standhielten. Ihr Beispiel wird ewig bleiben. Aber die russischen Kommunisten siegten nur dadurch, daß sie eine Hilfstuppe hatten, die große Schar der armen Bauern.

Deutschland war das erste wirklich moderne Land, wo die Weltrevolution ausbrach. Hier mußte der Kampf von der Arbeiterschaft allein geführt werden. Und es ist das unsterbliche Verdienst der deutschen Arbeiter, daß sie den Kampf bestanden und so durch ihr Beispiel den Proletariern in den anderen modernen Ländern den Weg gezeigt haben. Denn nur international kann die Weltrevolution siegen. Die anderen Länder Europas — Italien, England, Frankreich — werden, von Deutschland belehrt, folgen.

Die Revolution wird sich ausbreiten über Europa und Amerika. Sie wird größer werden. Sie wird wie das Meer auffluten, sie wird wieder ebbeln und wird wieder steigen und endlich, — sei es früher oder später — siegen.

Aber schon jetzt ist die internationale Einheit da. Nicht vergebens kämpften und kämpfen die deutschen Kommunisten. Nicht vergebens starben unsere teuren heroischen deutschen Genossen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Jogiches und die unzähligen, ungenannten anderen. Denn schon jetzt liegt die erste Frucht ihres Kampfes dem Proletariat der ganzen Erde in dem Schoß: die Einheit. Es werden noch viele andere folgen. Doch dies ist die erste, beste, notwendigste. Denn die internationale Einheit ist die absolut notwendige, aber auch absolut genügende Bedingung für den Sieg des Kommunismus über das Kapital.

H. Gorter.



Die III. Kommunistische Internationale.

(Rede des Gen. Lenin am 6. März 1920 auf der feierlichen Sitzung des Moskauer Sowjets, gewidmet dem Jahrestag der III. Internationale.)

Genossen, seit der Gründung der Kommunistischen Internationale ist ein Jahr verstrichen. Im Lauf dieses Jahres hat die Kommunistische Internationale Siege errungen, die man nicht hat erwarten können, und man darf ruhig sagen, daß niemand bei ihrer Gründung so ungeheure Erfolge erwartet hat.

In der ersten Zeit der Revolution hegten viele die Hoffnung, daß die sozialistische Revolution in Westeuropa zu einem Zeitpunkt beginnen werde, der mit dem Ende des imperialistischen Krieges unmittelbar verknüpft wäre, denn zur Zeit, als die Massen bewaffnet waren, konnte die Revolution auch in einigen Ländern des Westens mit dem größten Erfolg vor sich gehen. Das hätte so kommen können, wenn es sich nicht erwiesen hätte, daß die Spaltung des Proletariats in Westeuropa tiefgehender war, daß die Verräterei der ehemaligen sozialistischen Führer dort einen größeren Umfang besaß.

Wir wissen bis zur Stunde noch nicht genau, wie die Demobilisierung verlaufen ist und wie die Liquidierung des Krieges vor sich geht. Wir wissen z. B. nicht, was in Holland vorgegangen ist, und nur aus einem Artikel, in welchem von einer Rede eines holländischen Kommunisten berichtet wurde, aus diesem einen Artikel — und solcher Art hat es viele gegeben — habe ich zufällig erfahren können, daß in Holland, diesem neutralen Lande, das in den imperialistischen Krieg weniger verwickelt war, die revolutionäre Bewegung einen solchen Umfang angenommen hat, daß man bereits zur Bildung von Räten geschritten war und Troelstra, eine der wichtigsten Persönlichkeiten der opportunistischen holländischen Sozialdemokratie, eingestand, daß die Arbeiter imstande wären, die Macht in ihre Hände zu nehmen.

Wenn die Internationale sich nicht in der Hand von Verrätern befunden hätte, die die Bourgeoisie im kritischen Augenblick gerettet haben, dann hätte es viele Chancen dafür gegeben, daß in

vielen kriegsführenden Ländern unmittelbar mit Kriegsschluß, sowie in einigen neutralen Ländern, wo das Volk unter Waffen stand, die Revolution rasch hätte erfolgen können, und dann wäre der Ausgang ein anderer gewesen.

Es zeigte sich, daß dies nicht gelang, die Revolution ist in so raschem Maße nicht geglückt, und es muß nun der ganze Entwicklungsgang durchgemacht werden, den wir vor der ersten Revolution, vor 1905, beginnen konnten, beginnen mußten, und nur infolge des Umstandes, daß bis zum Jahre 1917 mehr als ein Jahrzehnt verflossen war, besaßen wir die Fähigkeit, das Proletariat zu leiten.

1905 war sozusagen die Probe der Revolution, und zum Teil dank diesem Umstande ist es in Rußland gelungen, den Augenblick des Zusammenbruchs des imperialistischen Krieges auszunutzen, der die Macht an das Proletariat überlieferte. Infolge der geschichtlichen Ereignisse, infolge der völligen Durchfaultheit des Selbstherrschertums ist es uns leicht geworden, die Revolution zu beginnen, aber je leichter uns ihr Beginn fiel, um so schwerer wurde es dem alleinstehenden Lande, sie fortzusetzen, und beim Rückblick auf das verflossene Jahr müssen wir uns sagen, daß in den anderen Ländern, wo die Arbeiter entwickelter sind, wo die Industrie umfangreicher ist, wo die Arbeiter sehr viel zahlreicher sind, daß die Entwicklung der Revolution dort langsamer vor sich gegangen ist. Sie hat sich auf dem von uns gewiesenen Wege entwickelt, aber bedeutend langsamer.

Diesen langsamen Weg setzen die Arbeiter fort, sie bahnen dem Sieg des Proletariats den Weg, dem Sieg, der zweifellos zu größerer Standhaftigkeit heranreift, als dies bei uns gegeben war, denn sieht man die III. Internationale, so muß man staunen über die Schnelligkeit, mit der die III. Internationale von Sieg zu Sieg schreitend sich ausgebreitet hat.

Man beobachte nur, wie sich unsere monströsen Worte, wie z. B. das Wort „Bolschewik“, durch die ganze Welt verbreiten. Obgleich wir uns als Kommunistische Partei bezeichnen, obgleich die Benennung „Kommunist“ wissenschaftlich ist, ist sie in Europa und anderen Ländern weniger verbreitet als das Wort „Bolschewik“. Unser russisches Wort „Sowjet“ gehört zu den verbreitetsten, es wird sogar in die anderen Sprachen gar nicht übertragen, sondern überall in russischer Sprache angewandt.

Trotz aller Lüge der bürgerlichen Presse, trotz all dem wütenden Widerstand, den die gesamte Bourgeoisie geleistet hat, trotz alledem stellt es sich heraus, daß die Sympathien der Arbeitermassen auf Seite der Sowjets, der Sowjetmacht und des Bolsche-

wismus sind. Je mehr die Bourgeoisie gelogen hat, um so mehr hat sie dazu beigetragen, den Versuch, den wir mit Kerenski gemacht haben, in der ganzen Welt zu wiederholen.

Ein Teil der Bolschewiki, der aus Deutschland eingetroffen war, wurde mit Ueberfällen und Hetzereien empfangen, die in der „demokratischen Republik“ auf rein amerikanische Art organisiert wurden, und an dieser Hetze haben Kerenski, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki in erdenklichster Weise mitgeholfen. Auf diese Weise gerieten die Schichten des Proletariats in Bewegung und wurden auf den Gedanken gebracht, daß, wenn man so sehr gegen die Bolschewiki hetze, an diesen doch etwas Gutes sein müsse.

Und wenn man von Zeit zu Zeit abgerissene Nachrichten aus dem Auslande erhält, da man nicht die Möglichkeit hat, die gesamte Presse zu verfolgen, wenn man z. B. eine Nummer des reichsten englischen Blattes, der „Times“, liest, wenn man liest, wie dort bolschewistische Aussprüche angeführt werden, um zu beweisen, daß die Bolschewiki schon während des Krieges den Bürgerkrieg gepredigt haben, dann kommt man zum Ergebnis, daß sogar die klügsten Vertreter der Bourgeoisie vollständig den Kopf verloren haben. Wenn das englische Blatt auf das Buch „Gegen den Strom“ aufmerksam macht, es den englischen Lesern empfiehlt und Zitate daraus anführt, um zu zeigen, daß die Bolschewiki die Schlimmsten von den Schlimmen sind, da sie den imperialistischen Krieg als verbrecherisch bezeichnen und den Bürgerkrieg predigen, dann gelangt man zur Ueberzeugung, daß die gesamte haßerfüllte Bourgeoisie uns beisteht, — und wir verbeugen uns und danken verbindlichst.

Wir besitzen weder in Europa noch in Amerika eine Tagespresse, die Information über unsere Arbeit ist sehr dürftig, unsere Genossen werden aufs erbittertste verfolgt. Aber wenn man sieht, wie die schwerreiche imperialistische Presse der Verbündeten, aus der Hunderttausende von anderen Blättern ihre Nachrichten schöpfen, jedes Maß so weit verloren hat, daß sie in dem Wunsche, die Bolschewiki zu treffen, eine Fülle von Zitaten aus den Werken der Bolschewiki anführt, wobei sie diese Zitate aus den Ausgaben hervorsucht, die während des Krieges erschienen sind, und dies alles um zu beweisen, daß wir den Krieg als verbrecherisch bezeichnet haben und bestrebt waren, ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, — dann bedeutet dies, daß diese überklugen Herren im Begriff sind, ebensolche Dummköpfe zu werden, wie unser Kerenski und seine Kameraden. Daher können wir dafür einstehen, daß diese Leute, die Führer des englischen Impe-

rialismus, ihre Arbeit, die Unterstützung der kommunistischen Revolution, sauber und dauerhaft ausführen werden.

Genossen, vor dem Kriege hatte es den Anschein, als sei die wesentliche Teilung in der Arbeiterbewegung die Teilung in Sozialisten und Anarchisten. Und das schien nicht nur so, das war auch wirklich der Fall. Eine längere Zeit bis zum imperialistischen Kriege und bis zur Revolution hat es in der großen Mehrheit der europäischen Länder keine objektiv revolutionäre Lage gegeben. Die Aufgabe bestand darin, diese langsame Arbeit zur Vorbereitung der Revolution auszunutzen. Die Sozialisten nahmen dieses Werk in Angriff, die Anarchisten hatten kein Verständnis für diese Aufgabe. Der Krieg schuf eine revolutionäre Lage, und es zeigte sich, daß diese alte Einteilung nun abstirbt. Einerseits ist die Führerschaft des Anarchismus und Sozialismus zu Chauvinisten geworden, sie hat gezeigt, was es heißt, seine bürgerlichen Räuber gegen andere Raubgesellen aus der Bourgeoisie zu verteidigen, um deretwillen der Krieg Millionen von Menschen hinweggerafft hat. Andererseits entstanden in den Unterschichten der alten Parteien neue Strömungen — gegen den Krieg, gegen den Imperialismus, für die soziale Revolution. So ist also infolge des Krieges die tiefgehendste Krise entstanden, und die Anarchisten sowie die Sozialisten haben sich gespalten, weil die Elite der parlamentarischen Führer der Sozialisten sich auf dem chauvinistischen Flügel erwies und nur eine stetig wachsende Minderheit sich zurückhielt und auf die Seite der Revolution überzugehen begann.

So hat die Arbeiterbewegung in allen Ländern einen neuen Weg beschritten, nicht den Weg der Anarchisten und Sozialisten, sondern einen Weg, der zur Diktatur des Proletariats zu führen vermag. Diese Spaltung ist in der ganzen Welt noch vor der Entstehung der III. Internationale fühlbar geworden und eingetreten.

Wenn wir Erfolg gehabt haben, so war es deshalb, weil wir dann kamen, als die Situation revolutionär war und die Arbeiterbewegung schon in allen Ländern vorhanden war, und darum sehen wir jetzt, daß innerhalb des Sozialismus und Anarchismus eine Spaltung erfolgt ist. Das aber führt in der ganzen Welt zur Mitwirkung der kommunistischen Arbeiter an der Schaffung neuer Organisationen und zu ihrer Vereinigung in der III. Internationale. Auf diese Art wird das Werk am besten in Angriff genommen.

Wenn von neuem Meinungsverschiedenheiten auftauchen, z. B. über die Ausnutzung des Parlamentarismus, so muß man sagen, daß es nach den Erfahrungen der russischen Revolution und des Bürgerkrieges, nachdem die Gestalt Liebnechts vor der ganzen

Welt emporgewachsen und seine Rolle und Bedeutung unter den Vertretern des Parlamentarismus klar geworden ist, daß es jetzt unsinnig wäre, die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus abzulehnen. Die Vertreter der alten Richtung haben eingesehen, daß das Staatsproblem nicht mehr in alter Weise behandelt werden kann, statt der alten wissenschaftlichen Behandlungsweise ist infolge der revolutionären Bewegung eine neue praktische Behandlungsweise dieser Frage entstanden.

Der gesamten vereinigten und zentralisierten Kraft der Bourgeoisie muß die vereinigte und zentralisierte Kraft des Proletariats entgegengestellt werden. So ist das Staatsproblem nunmehr in eine andere Richtung gekommen, und der alte Meinungszwist verliert seinen Sinn. Statt der alten Einteilung der Arbeiterbewegung sind neue Einteilungen entstanden, den Hauptpunkt bildet jetzt die Stellungnahme zur Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats.

Die Sowjetverfassung hat anschaulich gezeigt, was von der russischen Revolution geschaffen worden ist. Aus unseren Erfahrungen, aus ihrem Studium hat sich ergeben, daß alle Gruppierungen der alten Probleme auf eine einzige hinauslaufen: für oder gegen die Sowjetmacht, entweder für die Macht der Bourgeoisie, für die Demokratie, für die Normen der Demokratie, die, indem sie die Gleichheit der Satten und der Hungrigen, Gleichheit des Kapitalisten und des Arbeiters, Gleichheit der Ausbeuter und der Ausgebeuteten bei der Abgabe der Stimmzettel versprachen, das kapitalistische Sklaventum verhüllten, — oder für die Macht des Proletariats, für die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter, für den Sowjetstaat.

Für die bürgerliche Demokratie können nur die Anhänger des kapitalistischen Sklaventums sein. Wir sehen das an der weißgardistischen Literatur von Kolttschak und Denikin. Nach der Säuberung vieler russischer Städte von diesem Unrat wird ihre Literatur gesammelt und nach Moskau gebracht. Man kann die Schriften der russischen Intellektuellen, wie z. B. Tschirikow oder der bürgerlichen Denker wie E. Trubetzkoi durchsehen, und es ist interessant, zu beobachten, wie sie, indem sie Denikin unterstützen, von der Konstituierenden Versammlung, von der Gleichheit usw. reden. Diese Erörterungen über die Konstituante kommen uns zu Hilfe; wenn sie mit solcher Agitation in den weißgardistischen Massen durchgeführt wurden, so halfen sie uns mit dem gesamten Verlauf des Bürgerkrieges, mit dem Gang der Ereignisse. Durch ihre Argumente haben sie selbst bewiesen, daß für die Sowjetmacht die aufrichtigen Revolutionäre eintreten, die Anhänger des Kampfes

gegen die Kapitalisten sind. Dies gelangt im Verlauf des Bürgerkrieges zur vollen Ausprägung.

Gegen die Auffassung, daß die Zentralmacht, die Diktatur und die Willenseinheit notwendig sind, damit das Proletariat in seinem vorgeschrittensten Teil sich zusammenschließe, den Staat entwickle und auf eine neue Grundlage stelle, während es die Macht fest in Händen hält, aufzutreten und Erörterungen über dieses Thema anzustellen, wird unmöglich nach allen gewonnenen Erfahrungen, nach alledem, was sich in Rußland, in Finnland und in Ungarn zuge tragen hat, und nach den Erfahrungen eines Jahres in den demokratischen Republiken in Deutschland. Die Demokratie hat sich selbst endgültig entlarvt, und darum sind in allen Ländern in den verschiedenartigsten Formen die zahlreichen Anzeichen des Wachstums der kommunistischen Bewegung für die Sowjetmacht, für die Diktatur des Proletariats unaufhaltsam angewachsen.

Dieses Wachstum ist so weit gediehen, daß solche Parteien wie die deutschen Unabhängigen und die französische sozialistische Partei, in denen Führer vom alten Schlage herrschen, die weder die neue Agitation noch die neuen Verhältnisse begriffen haben, die der parlamentarischen Wirksamkeit nicht im mindesten untreu geworden sind, sondern sie in ein Mittel verwandeln, sich über wichtige Aufgaben hinwegzuplappern und die Arbeiter durch die Parlamentsdebatten zu belustigen, — daß sogar diese Führer gezwungen sind, die Diktatur des Proletariats und die Macht der Sowjets anzuerkennen. Und zwar deshalb, weil die Arbeitermasse, die ihren Willen geltend macht, dies erzwungen hat.

Ihr wißt aus den Reden anderer Genossen, daß dieser Abfall der deutschen Unabhängigkeitspartei, diese Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht der letzte entscheidende Schlag war, der der II. Internationale beigebracht wurde. Wenn man die Sachlage in Erwägung zieht, so kann man sagen, daß die II. Internationale tot ist und daß die Arbeitermassen in Deutschland, England und Frankreich auf die Seite der Kommunisten übergehen. In England haben wir auch eine Partei der Unabhängigen, die aber noch auf dem Standpunkt der Legalität steht und die Gewalttätigkeit der Bolschewiki verurteilt. Kürzlich wurde in ihrer Zeitung eine Rubrik für Diskussionen eingeführt. Diskussion ist dasselbe wie Erörterung. Und da wird das Problem der Sowjets erörtert, und neben einem in den englischen Arbeiterzeitungen erschienenen Artikel finden wir den Artikel eines Engländer, der mit der Theorie des Sozialismus nicht rechnen will, der die frühere blödsinnige Mißachtung der Theorie beibehält; aber indem er die englischen Lebensbedingungen in Betracht zieht,

kommt er im Ergebnis dazu, zu sagen: wir können die Sowjets nicht verurteilen, sondern müssen für dieselben sein.

Das ist ein Anzeichen dafür, daß sogar die zurückgebliebenen Arbeiterschichten in solchen Ländern wie England in Bewegung gekommen sind, und man kann sagen, daß die alten Formen des Sozialismus für alle Zeiten tot sind.

Europa geht nicht denselben Weg zur Revolution wie wir, Europa macht nur dem Charakter der Bewegung nach dasselbe durch. Jedes Land muß auf seine Weise den inneren Kampf durchmachen und hat schon angefangen ihn durchzumachen, den Kampf gegen seine Menschewiki und gegen den ganzen Opportunismus und Sozialrevolutionismus, der unter anderem Namen und in größerem oder geringerem Maße in allen Ländern besteht.

Und eben deshalb, weil sie diese Erfahrung selbständig gewinnen, kann man dafür einstehen, daß der Sieg der kommunistischen Revolution in allen Ländern unausbleiblich ist, und je stärker in den Reihen der Feinde das Schwanken und die Unsicherheit ist, die ihren Ausdruck in ihrer Erklärung finden, daß die Bolschewiki Verbrecher seien und daß sie mit ihnen niemals Frieden schließen würden, — um so besser für uns.

Jetzt sagten sie: wenn wir Handel treiben sollen, so muß das geschehen, ohne die Bolschewiki anzuerkennen. Wir haben nichts dagegen: bitte, versuchen Sie, meine Herren. Was den Umstand betrifft, daß Sie uns nicht anerkennen, so verstehen wir das. Wir würden es für einen Fehler Ihrerseits halten, wenn Sie uns anerkennen wollten. Aber wenn Sie so in die Sackgasse geraten sind, daß Sie die Bolschewiki zuerst als Uebertreter aller göttlichen und menschlichen Gesetze bezeichnen und erklären, Sie würden mit ihnen nicht sprechen und nicht Frieden schließen, dann aber sagen, daß Sie mit dem Warenaustausch beginnen wollen, ohne unsere Politik anzuerkennen, — so ist das ein solcher Sieg für uns, der die kommunistische Bewegung in den Volksmassen jedes Landes anspornen und vertiefen wird. Sie ist so tief gedrunken, daß außer jenen, die der III. Internationale offiziell angeschlossen sind, sich eine ganze Anzahl von Bewegungen in den hochentwickelten Ländern bemerkbar macht, die, ohne sich dem Sozialismus noch auch dem Kommunismus anzuschließen, bei der Verurteilung des Bolschewismus verharren und sich ihm dabei, durch die Macht der Ereignisse getrieben, nähern.

Der Krieg im XX. Jahrhundert in einem zivilisierten Lande zwingt die Regierungen zur Selbstentlarvung. In einem französischen Blatt wurden die Dokumente des ehemaligen Kaisers Karl von Oesterreich veröffentlicht, die sich auf seinen Friedensantrag

an Frankreich im Jahre 1916 beziehen. Jetzt ist dieses Schreiben veröffentlicht worden, und die Arbeiter wenden sich an den Führer der Sozialisten, an Albert Thomas mit der Frage: Sie gehörten damals zur Regierung, und Ihrer Regierung wurde der Frieden angeboten. Was haben Sie damals getan? Als man Albert Thomas diese Frage stellte, hüllte er sich in Schweigen.

Diese Enthüllungen haben erst eben begonnen. Die Volksmassen sind aufgeklärt genug, und sie können sich weder in Europa noch in Amerika zum Kriege in der alten Weise verhalten. Sie fragen: um welcher Ziele willen sind 10 Millionen Menschen getötet und 20 Millionen zu Krüppeln gemacht worden? Diese Frage stellen, heißt die Massen dazu nötigen, daß sie sich der Diktatur des Proletariats zuwenden. Diese Frage stellen, heißt auf sie die Antwort geben: 10 Millionen Menschen sind deshalb getötet und 20 Millionen deshalb zu Krüppeln gemacht worden, damit die Frage entschieden werde, wer mehr Profit bekommen soll, — die deutschen Kapitalisten oder die englischen. Das ist die Wahrheit, und wie man sie auch vertuschen mag, sie bricht sich dennoch Bahn.

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Regierungen ist unausbleiblich. Denn alle sehen es, daß ein gleicher neuer Krieg unvermeidlich ist, wenn die Imperialisten und die Bourgeoisie an der Macht bleiben. Zwischen Japan und Amerika erwachsen neue Streitigkeiten und Konflikte. Sie sind durch Jahrzehnte der diplomatischen Geschichte beider Länder vorbereitet. Kriege auf dem Boden des Privatbesitzes sind unvermeidlich. Der Krieg zwischen England, das Kolonien geraubt hat, und Frankreich, das sich hintangesetzt glaubt, ist unausbleiblich. Niemand weiß, wo und wie der Ausbruch erfolgen wird, aber alle sehen und wissen und sprechen davon, daß der Krieg unvermeidlich ist und aufs neue vorbereitet wird.

Diese Tatsache im XX. Jahrhundert in Ländern mit durchgehender Schulbildung, gibt uns die Sicherheit, daß vom alten Reformismus und Anarchismus keine Rede sein kann. Sie sind durch den Krieg getötet worden. Die kapitalistische Gesellschaft durch Reformen umzuformen, die Hunderte Milliarden von Rubeln für den Krieg hergegeben hat, — davon kann nicht die Rede sein; daß diese Gesellschaft ohne revolutionäre Macht und Gewalttat, ohne die größten Erschütterungen geändert werden kann, davon kann nicht die Rede sein. Wer so redet und denkt, der verliert jede Bedeutung.

Die Kommunistische Internationale ist stark, weil sie sich auf die Lehren des imperialistischen Weltgemetzels stützt. In jedem

Lande bestätigt sich die Richtigkeit dieser Stellungnahme immer mehr durch die Erfahrung von Millionen Menschen, und die Bewegung zur Kommunistischen Internationale hin ist jetzt hundertmal breiter und tiefer als bisher. Sie hat im Lauf eines Jahres den vollständigen Zusammenbruch der II. Internationale gezeitigt.

Es gibt in der ganzen Welt kein einziges noch so zurückgebliebenes Land, wo nicht alle denkenden Arbeiter der Kommunistischen Internationale beigetreten wären, sich nicht ideell ihr angeschlossen hätten. Darin liegt die volle Gewähr dessen, daß der Sieg der Kommunistischen Internationale in der ganzen Welt in einer nicht allzu langen Frist erfolgen wird — daß dieser Sieg gesichert ist.

N. Lenin.



Die Pariser Kommune und Sowjetrußland.

*(Ein Kapitel aus einem im Druck befindlichen neuen
Buch des Gen. L. Trotzki.)*

Die kurze Episode der ersten Revolution, die vom Proletariat für das Proletariat durchgeführt wurde, endete mit dem Triumph seiner Gegner. Diese Episode vom 18. März bis zum 28. Mai dauerte 72 Tage.

„Die Pariser Kommune vom 18. März 1871.“ I. L. Lawrow. Petrograd. Verlagsgesellschaft „Kolos“. 1919. Seite 160.

Der Mangel an Vorbereitung bei den sozialistischen Parteien der Kommune.

Die Pariser Kommune des Jahres 1871 war der erste, noch schwache historische Versuch der Herrschaft der Arbeiterklasse. Wir schätzen das Gedenken der Kommune, ungeachtet der äußersten Beschränktheit ihrer Erfahrung, der schlechten Vorbereitung ihrer Teilnehmer, der Unklarheit ihres Programms, des Mangels an Einigkeit unter den Führern, der Unentschlossenheit der Pläne, der hoffnungslosen Verwirrung bei der Ausführung und des schrecklichen, durch dieses alles fatal bedingten Zusammenbruches. Wir schätzen in der Kommune, nach dem Ausdruck Lawrows, „die erste, wenn auch überaus bleiche Morgenröte der Republik des Proletariats“. Ganz anders Kautsky. Nachdem er einen bedeutenden Teil seines Buches („Terrorismus und Kommunismus“) der grob tendenziösen Gegenüberstellung von Kommune und Sowjetmacht gewidmet hat, sieht er die Hauptvorzüge der Kommune darin, worin wir ihr Unglück und ihre Schuld sehen.

Kautsky beweist eifrig, daß die Pariser Kommune von 1871 nicht „künstlich“ vorbereitet worden, sondern unerwartet entstanden sei, und die Revolutionäre überrascht habe, — im Gegensatz zur Novemberrevolution, die unsere Partei sorgfältig vorbereitet habe. Das ist unbestreitbar. Da er sich nicht entschließen kann, seine tief reaktionären Gedanken klar zu formulieren, sagt Kautsky nicht direkt, ob die Pariser Revolutionäre von 1871 dafür, daß sie den proletarischen Aufstand nicht vorhergesehen haben

und sich auf ihn nicht vorbereiten konnten, Anerkennung verdienen, und ob wir dafür, daß wir das Unvermeidliche voraussahen und ihm bewußt entgegentraten, getadelt werden müssen. Jedoch die ganze Auslegung Kautskys ist so aufgebaut, daß bei dem Leser gerade diese Vorstellung hervorgerufen wird. Ueber die Kommunarden war einfach ein Unglück hereingebrochen (der bayrische Philister Vollmar drückte einst sein Bedauern aus, daß die Kommunarden nicht schlafen gegangen sind, anstatt die Macht an sich zu nehmen) — und deshalb verdienen sie Nachsicht; die Bolschewiki sind dem Unglück (der Eroberung der Macht) bewußt entgegengetreten, und deshalb wird ihnen weder in dieser noch in jener Welt verziehen werden. Eine solche Fragestellung kann ihrem inneren Widerspruch nach unglaubwürdig erscheinen. Dessenungeachtet folgt sie unvermeidlich aus der Position der „unabhängigen“ Kautskyaner, die den Kopf in die Schultern ziehen, um nichts zu sehen und nichts vorauszusehen, und die nur dann einen Schritt vorwärts tun, wenn sie vorher einen guten Puff in den Rücken bekommen haben.

„Paris zu erniedrigen, — schreibt Kautsky — ihm jede Selbstverwaltung vorzuenthalten, ihm seine Stellung als Hauptstadt zu rauben, endlich es zu entwaffnen, um in voller Sicherheit den monarchistischen Staatsstreich wagen zu können, das wurde die wichtigste Sorge der Nationalversammlung und des von ihr erwählten Chefs der Exekutive, Thiers. Aus dieser Situation entsprang der Konflikt, der zum Ausbruch der Pariser Insurrektion führte.

Man sieht, wie ganz anderer Art sie war als der Staatsstreich des Bolschewismus, der aus dem Friedensbedürfnis seine Kraft zog, der die Bauern hinter sich hatte, der in der Nationalversammlung keine Monarchisten sich gegenüber sah, sondern Sozialrevolutionäre und menschwistische Sozialdemokraten.

Die Bolschewiki kamen zur Macht durch einen wohl vorbereiteten Staatsstreich, der ihnen mit einem Schläge die gesamte Staatsmaschinerie auslieferte, die sie sofort aufs energischste und rücksichtsloseste zur politischen und ökonomischen Enteignung ihrer Gegner — aller ihrer Gegner, auch der proletarischen — ausnutzten.

Durch die Erhebung der Kommune wurde dagegen niemand mehr überrascht als die Revolutionäre selbst. Und einem großen Teil unter ihnen kam der Konflikt äußerst unerwünscht.“ (S. 44.)

Um uns den wirklichen Sinn dessen, was Kautsky hier über die Kommunarden sagt, besser klarzumachen, wollen wir folgende interessante Zeugnisse anführen.

„ . . . Am 1. März 1871, — schreibt Lawrow in seinem sehr lehrreichen Buch über die Kommune, — ein halbes Jahr nach dem Fall des Kaiserreichs und einige Tage vor der Ausrufung der Kommune, hatten die leitenden Persönlichkeiten der Pariser Internationale dennoch kein bestimmtes politisches Programm . . . *)

Nach dem 18. März — schreibt derselbe Verfasser — war Paris in den Händen des Proletariats, seine Führer aber, die durch die unerwartete Macht die Geistesgegenwart verloren hatten, ergriffen nicht einmal die elementarsten Maßnahmen“. **)

„Ihr seid eurer Rolle nicht gewachsen und eure einzige Sorge ist es, euch von der Verantwortung freizumachen, sagte ein Mitglied des Zentralkomitees der Nationalgarde.“ „Darin liegt viel Wahrheit, — schreibt der Teilnehmer und Historiker der Kommune Lissagaray — aber im Augenblick der Handlung selbst macht sich der Mangel an vorheriger Organisation und Vorbereitung sehr häufig dadurch bemerkbar, daß den Menschen eine Rolle zufällt, die ihre Kräfte übersteigt.“ ***)

Hieraus ist bereits ersichtlich (weiterhin wird das noch klarer werden), daß das Fehlen eines direkten Kampfes um die Macht von seiten der Pariser Sozialisten durch ihre theoretische Formlosigkeit und politische Verwirrung zu erklären war und durchaus nicht durch höhere taktische Erwägungen.

Man braucht daran nicht zu zweifeln, daß die Treue Kautskys selbst in bezug auf die Traditionen der Kommune hauptsächlich in der außerordentlichen Verwunderung bestehen wird, mit der er dem proletarischen Umsturz in Deutschland als einem im höchsten Grade unerwünschten Konflikt begegnen wird. Wir zweifeln jedoch daran, daß ihm diese Treue von den Nachkommen als Verdienst angerechnet werden wird. In bezug auf das Wesen seiner historischen Analogie aber müssen wir sagen, daß sie ein Gemisch von Konfusion, Verschweigungen und Täuschungen vorstellt.

Die Absichten, die Thiers in bezug auf Paris hatte, hatte Miljukow, der von Zeretelli und Tschernow offen unterstützt wurde, in bezug auf Petersburg. Sie alle — von Kornilow bis Potressow — wiederholten tagaus, tagein, daß sich Petersburg vom Lande losgerissen habe, daß es mit ihm nichts gemein habe, daß es total demoralisiert sei und darnach strebe, dem Lande seinen Willen aufzuzwingen. Petersburg absetzen und erniedrigen,

*) „Die Pariser Kommune vom 18. März 1871.“ P. L. Lawrow. Verlagsgesellschaft „Kolos“, Petersburg 1919. Seite 64—65.

**) Ibid. Seite 71.

***) „Histoire de la Commune de 1871“ par Lissagaray. Bruxelles 1876. Seite 106.

das war die erste Aufgabe Miljukows und seiner Gehilfen. Und das geschah in einer Periode, als Petersburg der wirkliche Mittelpunkt der Revolution war, die sich in den übrigen Teilen des Landes noch nicht hatte befestigen können. Der frühere Vorsitzende der Duma, Rodsjanko, sprach offen davon, Petersburg den Deutschen zur Dressur zu übergeben, ähnlich wie Riga übergeben worden war. Rodsjanko nannte nur das beim Namen, was die Aufgabe Miljukows war und was Kerenski durch seine ganze Politik förderte.

Miljukow wollte, wie auch Thiers, das Proletariat entwaffnen. Mehr als das, mit Hilfe von Kerenski, Tschernow und Zeretelli wurde das Petersburger Proletariat im Juli 1917 in bedeutendem Maße entwaffnet. Es bewaffnete sich teilweise wieder während des Kornilowschen Vormarsches auf Petersburg im August. Und diese neue Bewaffnung war ein ernstes Element der Vorbereitung zum Novemberaufstand. Demgemäß fallen gerade die Punkte, in denen Kautsky unserer Novemberrevolution den Märzaufstand der Pariser Arbeiter entgegenstellt, in bedeutendstem Maße zusammen.

Worin jedoch besteht der Unterschied zwischen ihnen? Vor allem darin, daß die schändlichen Pläne Thiers gelangen, daß Paris von ihm erwürgt wurde, viele Tausende von Arbeitern vernichtet wurden. Miljukow dagegen erlitt eine schimpfliche Niederlage, Petersburg blieb die unbezwingbare Feste des Proletariats und der Führer der Bourgeoisie fuhr in die Ukraine, um für die Okkupation Rußlands durch die Truppen des Kaisers Sorge zu tragen. In diesem Unterschiede liegt ein bedeutender Teil unserer Schuld, und wir sind bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Ein kapitaler Unterschied bestand auch darin — und das zeigte sich bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse —, daß, während die Kommunarden vorwiegend von patriotischen Erwägungen ausgingen, wir uns unabänderlich vom Gesichtspunkt der internationalen Revolution leiten ließen. Die Zertrümmerung der Kommune führte zum tatsächlichen Zusammenbruch der Ersten Internationale. Der Sieg der Sowjetmacht führte zur Gründung der Dritten Internationale.

Aber Marx riet den Kommunarden — kurz vor dem Umsturz — nicht zum Aufstande, sondern zur Schaffung einer Organisation! Man könnte es noch verstehen, wenn Kautsky dieses Zeugnis anführen würde, um zu beweisen, daß Marx die Zugespitztheit der Lage in Paris nicht klar genug übersehen hat. Kautsky aber versucht den Rat Marxens als Beweis dessen auszubuten, daß Aufstände überhaupt tadelnswert seien. Wie alle

Bonzen der deutschen Sozialdemokratie sieht Kautsky in der Organisation vor allem ein Mittel, revolutionäre Aktion zu verhindern.

Aber sogar, wenn man sich auf die Frage der Aktion als solche beschränkt, so muß man nicht vergessen, daß der Novemberrevolution 9 Monate der Regierung Kerenskis vorausgegangen waren, während der unsere Partei nicht ohne Erfolg nicht nur Agitation betrieben, sondern sich auch mit Organisation beschäftigt hatte. Der Novemberumsturz vollzog sich, nachdem wir in den Arbeiter- und Soldatensowjets von Petersburg, Moskau und allen Industriezentren des Landes überhaupt eine drückende Mehrheit erobert und die Sowjets in machtvolle, von unserer Partei geleitete Organisationen verwandelt hatten. Die Kommunisten hatten nichts ähnliches aufzuweisen. Endlich hatten wir hinter uns die heldenhafte Pariser Kommune, aus deren Zusammenbruch wir für uns den Schluß zogen, daß Revolutionäre die Ereignisse voraussehen und sich zu ihnen vorbereiten müssen. Dies ist ebenfalls unsere Schuld.

Die Pariser Kommune und der Terrorismus.

Den ausführlichen Vergleich zwischen der Kommune und Sowjetrußland braucht Kautsky nur dazu, um die lebendige und siegreiche Diktatur des Proletariats zugunsten des Versuchs einer Diktatur, die einer schon ziemlich entfernten Vergangenheit angehört, zu verleumden und zu erniedrigen.

Kautsky zitiert mit außerordentlicher Genugtuung die Erklärung des Zentralkomitees der Nationalgarde vom 19. März aus Anlaß der Ermordung zweier Generäle durch Soldaten: „Wir sagen es mit Entrüstung, der blutige Schmutz, mit dem man unsere Ehre zu schänden sucht, ist eine elende Infamie. Niemals wurde von uns eine Exekution beschlossen, niemals hat die Nationalgarde an der Ausübung eines Verbrechens teilgenommen.“

Das Zentralkomitee konnte selbstverständlich gar keine Veranlassung haben, die Verantwortung für Morde zu übernehmen, an denen es nicht beteiligt war. Der sentimental-pathetische Ton der Erklärung jedoch charakterisiert deutlich die politische Schüchternheit dieser Leute in bezug auf die bürgerliche öffentliche Meinung. Und das ist kein Wunder. Die Vertreter der Nationalgarde waren in der Mehrzahl Leute mit sehr bescheidener revolutionärer Vergangenheit: „Nicht ein bekannter Name“ — schreibt Lissagaray. — „Das waren Kleinbürger, Krämer, die geschlossenen revolutionären Kreisen und größtenteils auch der Politik bisher ferngestanden hatten“. (Seite 70.)

„Das schüchternste, etwas fürchtssame Gefühl der drohenden geschichtlichen Verantwortung und der Wunsch, sich sobald wie möglich von ihr zu befreien — schreibt über sie Lawrow — blickt aus allen Proklamationen des Zentralkomitees hervor, in dessen Händen das Schicksal von Paris lag.“ (Seite 77.)

Nachdem er zu unserer Beschämung die Deklamation über das Blut angeführt hat, kritisiert Kautsky nach Marx und Engels die Unentschlossenheit der Kommune: „Wären die Pariser (d. h. die Kommunarden) Thiers auf den Fersen geblieben, es wäre ihnen vielleicht gelungen, sich der Regierung zu bemächtigen. Die aus Paris abziehenden Truppen hätten nicht den geringsten Widerstand geleistet . . . Aber Thiers zog unbehelligt ab. Man gestattete ihm, seine Truppen mit sich zu nehmen und in Versailles zu reorganisieren, mit neuem Geiste zu erfüllen und zu verstärken.“ (Seite 49.)

Kautsky begreift nicht, daß dieselben Leute aus denselben Gründen die oben angeführte Erklärung vom 19. März abgegeben und Thiers erlaubt haben, den Rückzug anzutreten und Truppen zu sammeln. Hätten die Kommunarden nur mit den Mitteln der geistigen Einwirkung gesiegt, dann hätte ihre Erklärung großes Gewicht bekommen. Doch das ist nicht geschehen. In Wirklichkeit war ihre sentimentale Humanität nur die Kehrseite ihrer revolutionären Passivität. Leute, denen das Schicksal die Macht in Paris gegeben hatte und die die Notwendigkeit nicht einsahen, diese Macht unverzüglich bis zu Ende auszunutzen, Thiers zu verfolgen und ihn, ehe er zur Besinnung kommen konnte, aufs Haupt zu schlagen, in ihren Händen Truppen zu konzentrieren, die nötige Säuberung des Kommandobestandes vorzunehmen, sich der Provinz zu bemächtigen, — solche Leute sind natürlich nicht geneigt, Maßnahmen der strengen Justiz in bezug auf gegenrevolutionäre Elemente zu treffen. Eines ist mit dem anderen eng verknüpft. Man kann nicht Thiers verfolgen, ohne die Agenten Thiers in Paris zu verhaften und die Verschwörer und Spione zu erschießen. Wenn man die Ermordung gegenrevolutionärer Generäle für ein unzulässiges „Verbrechen“ hält, kann man bei der Verfolgung der Truppen, die von gegenrevolutionären Generälen geführt werden, nicht Energie entwickeln.

Während der Revolution ist höchste Energie höchste Humanität. „Gerade die Menschen — sagt Lawrow sehr richtig — die Menschenleben, Menschenblut schätzen, müssen danach streben, die Möglichkeit eines schnellen und entschiedenen Sieges zu organisieren und daher möglichst schnell und energisch zu handeln,

um die Feinde zu unterdrücken, da nur auf diesem Wege das Minimum an Blutvergießen erreicht werden kann.“ (S. 225.)

Die Erklärung vom 19. März kann jedoch viel richtiger eingeschätzt werden, wenn man sie nicht als unbedingtes Glaubensbekenntnis, sondern als Ausdruck vorübergehender Stimmungen betrachtet, die am Tage nach dem unerwarteten und unblutigen Siege herrschen. Kautsky, der für die Dynamik der Revolution und die innere Bedingtheit ihrer schnell anwachsenden Stimmungen kein Verständnis hat, denkt in leblosen Schemata und entstellt die Perspektive der Ereignisse durch willkürlich gewählte Analogien. Er versteht nicht, daß weichherzige Unentschlossenheit den Massen in der ersten Epoche der Revolution überhaupt eigen ist. Die Arbeiter gehen nur unter dem Druck der eisernen Notwendigkeit zum Angriff über, wie sie zum roten Terror nur unter der Drohung der Vernichtung durch die Weißgardisten übergehen. Das, was Kautsky als Resultat einer besonders hohen Moral des Pariser Proletariats im Jahre 1871 hinstellt, kennzeichnet in Wirklichkeit nur die anfängliche Etappe des Bürgerkrieges. Solche Erscheinungen sind auch bei uns beobachtet worden.

In Petersburg wurde die Macht von uns im November 1917 fast ohne Blutvergießen und sogar ohne Verhaftungen erobert. Die Minister der Regierung Kerenskis wurden sehr bald nach dem Umsturz in Freiheit gesetzt. Mehr als das, der Kosakengeneral Kraßnow, der im Verein mit Kerenski, nachdem die Macht an die Sowjets übergegangen war, gegen Petersburg vorrückte und von uns in Gatschina gefangen genommen ward, wurde am nächsten Tage auf Ehrenwort in Freiheit gesetzt. Das war eine „Großmut“ ganz im Geist der ersten Schritte der Kommune. Das war aber ein Fehler. Unlängst ist General Kraßnow, der im Lauf eines Jahres im Süden gegen uns gekämpft und viele Tausende Kommunisten vernichtet hat, wieder auf Petersburg vorgerückt, diesmal in den Reihen der Armee von Judenitsch. Einen grausameren Charakter nahm die proletarische Revolution erst nach dem Aufstand der Junker in Petersburg an und besonders nach dem von den Kadetten, Sozialrevolutionären und Menschewiki vorbereiteten Aufstand der Tschechoslowaken an der Wolga, nach der Massenvernichtung der Kommunisten durch diese, dem Attentat auf Lenin, der Ermordung Uritzkis u. a.

Dieselben Tendenzen, nur im Anfangsstadium, finden wir in der Geschichte der Kommune.

Von der Logik des Kampfes gezwungen, betrat sie im Prinzip den Weg der Abschreckung. Die Gründung des Ausschusses der öffentlichen Wohlfahrt war für viele seiner Anhänger von der Idee

des roten Terrors diktiert worden. Der Ausschuß war dazu bestimmt, „die Verräter zu köpfen“ („Journal Officiel“ Nr. 123), „den Verrat zu besiegen“ (ibid. Nr. 124). Zu den „Abschreckungs“-Dekreten muß die Verfügung (vom 3. April) über die Beschlagnahme des Vermögens von Thiers und seiner Minister, über die Zerstörung des Hauses von Thiers, die Zerstörung der Kolonne Vendome, besonders aber das Dekret über die Geiseln gerechnet werden. Für jeden von den Versaillern erschossenen Gefangenen oder Anhänger der Kommune sollte die dreifache Anzahl der Geiseln erschossen werden. Die Maßnahmen der von Raoul Rigault geleiteten Polizeipräfektur trugen einen rein terroristischen, wenn auch nicht immer zweckmäßigen Charakter.

Die Wirksamkeit aller dieser Abschreckungsmaßnahmen wurde gelähmt durch die formlosen Kompromisse der leitenden Elemente der Kommune, durch ihr Bestreben, die Bourgeoisie mittels kläglich-licher Phrasen mit der vollzogenen Tatsache zu versöhnen, durch ihr Schwanken zwischen der Fiktion der Demokratie und der Realität der Diktatur. Den letzteren Gedanken hat der verstorbene Lawrow in seinem Buch über die Kommune vortrefflich formuliert.

„Das Paris der reichen Bourgeois und der bettelarmen Proletarier verlangte als politische, aus verschiedenen Ständen bestehende Gemeinde im Namen der liberalen Grundsätze die Freiheit des Wortes, der Versammlung, der Kritik, der Regierung usw. Paris, das die Revolution zugunsten des Proletariats vollzogen und es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Revolution in den Institutionen durchzuführen, Paris als Gemeinde des emanzipierten Arbeiterproletariats erforderte revolutionäre, d. h. diktatorische Maßnahmen in bezug auf die Feinde des neuen Regimes.“ (Seite 143—144.)

Wäre die Pariser Kommune nicht gefallen, sondern hätte sie sich weiter in ununterbrochenem Kampfe gehalten, so wäre sie, das unterliegt keinem Zweifel, gezwungen gewesen, zu einer schärferen Maßnahme zwecks Unterdrückung der Gegenrevolution überzugehen. Freilich hätte Kautsky dann nicht die Möglichkeit gehabt, den humanen Kommunarden die unmenschlichen Bolschewiki gegenüberzustellen. Dafür hätte wahrscheinlich auch Thiers nicht die Möglichkeit gehabt, seinen ungeheuerlichen Aderlaß an dem Proletariat von Paris vorzunehmen. Die Geschichte wäre gewiß nicht zu kurz gekommen.

Das eigenmächtige Zentralkomitee und die „demokratische“ Kommune.

„Am 19. März — erzählt Kautsky — verlangten im Zentralkomitee die einen, man solle nach Versailles marschieren, andere, man solle sofort an die Wähler appellieren, wieder andere, man solle sofort revolutionäre Maßnahmen ergreifen. Als ob nicht jeder dieser Schritte — belehrt uns der Verfasser scharfsinnig — gleich notwendig gewesen wäre und einer von ihnen den anderen ausgeschlossen hätte“ (S. 54). In seinen weiteren Zeilen trägt uns Kautsky anlässlich dieser Uneinigkeiten in der Kommune aufgewärmte Banalitäten über die Wechselbeziehungen zwischen Reform und Revolution auf. In Wirklichkeit stand die Frage so: wollte man gegen Versailles vorrücken, und wollte man das sofort, ohne auch nur eine Stunde zu verlieren, so mußte die Nationalgarde sofort reorganisiert, an ihre Spitze die kampffähigsten Elemente des Pariser Proletariats gestellt und Paris dadurch zeitweilig in revolutionärer Hinsicht geschwächt werden. Aber in Paris Wahlen vornehmen und gleichzeitig die Blüte der Arbeiterklasse aus seinen Mauern hinausführen, das wäre vom Gesichtspunkt der revolutionären Partei aus sinnlos gewesen. Theoretisch widersprechen der Vormarsch auf Versailles und die Wahlen in die Kommune einander selbstverständlich durchaus nicht, praktisch aber schließen sie einander aus: um den Wahlen den Erfolg zu sichern, mußte der Vormarsch aufgeschoben werden, um dem Vormarsch Erfolg zu sichern, mußten die Wahlen aufgeschoben werden. Endlich, wenn das Proletariat ins Feld geführt und Paris zeitweilig geschwächt werden sollte, so mußte man sich vor der Möglichkeit gegenrevolutionärer Anschläge auf die Hauptstadt sichern, denn Thiers hätte vor keinerlei Maßnahmen Halt gemacht, um im Rücken der revolutionären Armee sein weißes Feuer zu entzünden. Es mußte ein militärisches, d. h. strengeres Regime in der Hauptstadt festgesetzt werden. „Es mußte — schreibt Lawrow — gegen zahlreiche innere Feind gekämpft werden, die Paris anfüllten und gestern noch vor der Börse und auf der Place Vendome revoltiert hatten, die ihre Vertreter in der Verwaltung, in der Nationalgarde hatten, die ihre Presse, ihre Versammlungen hatten, die fast offen zu den Versaillern in Beziehungen standen und bei jeder Unvorsichtigkeit, bei jedem Mißerfolg der Kommune entschlossener und frecher wurden“ (S. 87). Es war außerdem notwendig, revolutionäre Maßnahmen finanziellen und überhaupt ökonomischen Charakters, vor allem zur Sicherstellung der revolutionären Armee, zu treffen. Alle diese notwendigsten Maßnahmen der revolutionären Diktatur

waren kaum mit einer ausgedehnten Wahlkampagne in Einklang zu bringen. Kautsky aber hat keine Ahnung davon, was eine in Wirklichkeit durchgeführte Revolution ist. Er denkt, daß theoretisch in Einklang bringen dasselbe sei wie praktisch verwirklichen.

Das Zentralkomitee hatte die Wahlen auf den 22. März festgesetzt, trat aber, seiner selbst nicht sicher, aus Angst vor seiner Illegalität, bestrebt, in Uebereinstimmung mit „gesetzlichen“ Institutionen zu handeln, in sinnlose und endlose Verhandlungen mit der vollständig machtlosen Versammlung der Maires und der Deputierten von Paris ein, bereit, mit ihnen die Macht zu teilen, um nur eine Verständigung zustande zu bringen. Indessen verrann die wertvolle Zeit.

Marx, auf den sich Kautsky aus alter Anhänglichkeit zu stützen sucht, hat auf keinen Fall vorgeschlagen, Wahlen in die Kommune vorzunehmen und gleichzeitig die Arbeiter ins Feld zu führen. In einem Brief an Kugelmann schreibt Marx am 12. April 1871, daß das Zentralkomitee der Nationalgarde die Macht zu früh übergeben habe, um der Kommune den Platz zu räumen. Kautsky „begreift“, seinen eigenen Worten zufolge, diese Meinung Marxens nicht. Das ist ganz einfach. Marx hat auf jeden Fall begriffen, daß die Aufgabe nicht in der Jagd nach Legalität sondern darin bestand, dem Feinde den Todesstoß zu versetzen. „Hätte das Zentralkomitee aus wirklichen Revolutionären bestanden — sagt Lawrow richtig — so hätte es anders handeln müssen. Es wäre dann unverzeihlich gewesen, den Feinden zehn Tage vor der Wahl und der Einberufung der Kommune zur Erholung zu geben, während die Führer des Proletariats die Pflicht und das Recht ablehnten, das Proletariat unverzüglich zu l e i t e n. Der fatale Mangel an Vorbereitung der Volksparteien schuf das Komitee, das sich zu diesen zehn Tagen der Untätigkeit verpflichtet fühlte“ (S. 78).

Das Bestreben des Zentralkomitees, die Macht so bald wie möglich einer „gesetzlichen“ Regierung zu übergeben, wurde nicht so sehr vom Aberglauben des formalen Demokratismus, an welchem übrigens kein Mangel herrschte, diktiert, wie von der Furcht vor der Verantwortung. Unter dem Vorwande, daß es eine provisorische Institution sei, wick das Zentralkomitee der Ergreifung der notwendigsten und dringendsten Maßnahmen aus, ungeachtet dessen, daß sich der ganze materielle Apparat der Macht in seinen Händen befand. Aber auch die Kommune hatte nicht in vollem Maße die politische Macht aus den Händen des Zentralkomitees übernommen, das fortfuhr, sich ziemlich ungeniert in alle Angelegenheiten einzumischen. Das schuf eine besonders in militärischer Hinsicht gefährliche Doppelherrschaft.

Am 3. Mai sandte das Zentralkomitee eine Deputation in die Kommune und verlangte für sich die Verwaltung des Kriegsministeriums. Von neuem wurde, wie Lissagaray sagt, die Frage aufgeworfen, „ob das Zentralkomitee aufzulösen oder zu verhaften oder ob ihm die Verwaltung des Kriegsministeriums zu übergeben sei“.

Es handelte sich hier durchaus nicht um die Prinzipien der Demokratie, sondern um den Mangel an einem klaren Aktionsprogramm bei beiden Beteiligten und um die Bereitschaft wie der eigenmächtigen revolutionären Organisation, des Zentralkomitees, so auch der „demokratischen“ Organisation, der Kommune, die Verantwortung einander aufzuerlegen, ohne gleichzeitig ganz der Macht zu entsagen. Das sind politische Beziehungen, die, scheint es, durchaus nicht nachahmungswürdig genannt werden können.

„Aber das Zentralkomitee — tröstet sich Kautsky — versuchte nie, das Prinzip anzutasten, daß den Erwählten des allgemeinen Stimmrechts die oberste Macht gebühre. In diesem Punkte war die Pariser Kommune das gerade Gegenteil der russischen Sowjetrepublik“ (S. 55). Die Regierung besaß weder Einheit des Willens noch revolutionäre Entschlossenheit; es bestand Doppelherrschaft, die im Resultat zum schnellen und fürchterlichen Zusammenbruch führte. Dafür aber — ist das nicht etwa tröstlich? — wurde das „Prinzip“ der Demokratie nicht verletzt.

Die demokratische Kommune und die revolutionäre Diktatur.

Genosse Lenin hat Kautsky schon darauf hingewiesen, daß die Versuche, die Kommune als Ausdruck der formalen Demokratie hinzustellen, eine direkte theoretische Charlatanerie sind. Die Kommune war, nach den Traditionen und dem Plane ihrer leitenden politischen Partei, der Blanquisten, der Ausdruck der Diktatur einer revolutionären Stadt über das ganze Land. So war es in der Großen Französischen Revolution; so wäre es auch in der Revolution von 1871 gewesen, wenn die Kommune nicht gleich zu Anfang gefallen wäre. Die Tatsache, daß die Macht in Paris selbst auf Grund allgemeiner Abstimmung gewählt war, beseitigt nicht eine andere Tatsache, die von viel größerer Tragweite ist: die militärischen Aktionen der Kommune, einer Stadt, gegen das bäuerliche Frankreich, d. h. das ganze Land. Um den großen Demokraten Kautsky zu befriedigen, hätten die Revolutionäre der Kommune erst durch allgemeine Abstimmung die ganze Bevölkerung Frankreichs befragen sollen, ob sie ihnen gestatte, gegen die Banden von Thiers zu kämpfen.

Endlich wurden die Wahlen in Paris selbst nach der Flucht der Thiersschen Bourgeoisie, wenigstens ihrer aktivsten Elemente, und nach der Entfernung der Thiersschen Truppen vorgenommen. Die in Paris gebliebene Bourgeoisie fürchtete bei all ihrer Frechheit dennoch die revolutionären Bataillone, und die Wahlen fanden unter dem Zeichen dieser Furcht statt, die eine Vorahnung des weiterhin unvermeidlichen roten Terrors war. Sie damit trösten wollen, daß das Zentralkomitee der Nationalgarde, unter dessen zum Unglück äußerst matter und formloser Diktatur sich die Wahlen in die Kommune vollzogen, das Prinzip der allgemeinen Abstimmung nicht verletzt habe, heißt wahrlich, mit dem Schatten der Bürste den Schatten des Wagens reinigen.

Bei seinen fruchtlosen Gegenüberstellungen nutzt Kautsky den Umstand aus, daß der Leser nicht mit den Tatsachen bekannt ist. In Petersburg haben wir im Dezember 1917 ebenfalls eine Kommune (die Stadtduma) auf der Grundlage der „demokratischsten“ Abstimmung, ohne Einschränkung für die Bourgeoisie, gewählt. Diese Wahlen ergaben für uns bei dem Boykott der bürgerlichen Parteien eine erdrückende Mehrheit *). Die „demokratisch“ gewählte Stadtduma unterwarf sich freiwillig dem Petersburger Sowjet, d. h. sie stellte die Tatsache der Diktatur des Proletariats über das „Prinzip“ der allgemeinen Abstimmung und löste sich nach einiger Zeit durch eigene Verfügung zugunsten einer der Abteilungen des Petersburger Sowjets auf. Demgemäß ist dem Petersburger Sowjet — diesem echten Vater der Sowjetmacht — der Segen der formalen „demokratischen“ Weihe ebenso zuteilgeworden wie der Pariser Kommune.

„Bei der Wahl am 26. März wurden 90 Mitglieder der Kommune gewählt. Darunter 15 Regierungsleute und 6 Bürgerlich-Radikale, die in Opposition zur Regierung standen, die Insurrektion (der Pariser Arbeiter) aber verurteilten.

„Eine Sowjetrepublik — belehrt Kautsky — hätte es gar nicht gestattet, daß solche Elemente der Gegenrevolution sich als Kandidaten präsentieren, geschweige denn sich wählen lassen konnten.

*) Es ist interessant festzustellen, daß sich an den Kommunalwahlen im Jahre 1871 in Paris 230.000 Wähler beteiligt haben. An den Wahlen in die Stadtverwaltung im Dezember 1917 in Petersburg nahmen, trotz des Boykotts der Wahlen seitens aller Parteien, außer unserer und der Partei der linken Sozialrevolutionäre, die in der Hauptstadt fast gar keinen Einfluß hatten, 400 000 Wähler teil. Paris zählte im Jahre 1871 — 2 000 000 Bevölkerung. Petersburg hatte im Jahre 1917 — 2 000 000 Bevölkerung. Man muß in Betracht ziehen, daß unser Wahlsystem ungleich demokratischer war. Das Zentralkomitee der Nationalgarde führte die Wahlen auf Grund des Wahlgesetzes des Kaiserreichs durch.

Die Kommune bereitete, ihrem Respekt vor der Demokratie entsprechend, der Wahl ihrer bürgerlichen Gegner nicht die geringsten Hindernisse“ (S. 55—56). Wir haben schon oben gesehen, daß Kautsky hier in jeder Hinsicht ins Blaue trifft. Erstens haben im analogen Entwicklungsstadium der russischen Revolution demokratische Wahlen in die Petersburger Kommune stattgefunden, wobei die Sowjetmacht den bürgerlichen Parteien keinerlei Hindernisse in den Weg legte, und wenn die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die durch ihre Presse offen zum Sturz der Sowjetmacht aufforderten, die Wahlen boykottiert haben, so nur deshalb, weil sie zu der Zeit noch hofften, durch militärische Kraft schnell mit uns fertig zu werden. Zweitens gab es auch in der Pariser Kommune eine alle Klassen umfassende Demokratie nicht. Für die bürgerlichen Deputierten — die Konservativen, Liberalen, Gambettisten — war in ihr kein Platz.

„Fast alle diese Personen — sagt Lawrow — traten sofort oder sehr bald aus dem Rat der Kommune aus; sie hätten Vertreter von Paris — der freien Stadt unter der Verwaltung der Bourgeoisie — sein können, gehörten aber durchaus nicht in den Rat einer Gemeinde, die mit ihrem Willen oder gegen denselben, bewußt oder unbewußt, vollkommen oder unvollkommen die Revolution des Proletariats und einen wenn auch schwachen Versuch vorstellte, Gesellschaftsformen zu schaffen, die dieser Revolution entsprachen“ (S. 111—112). Hätte die Petersburger Bourgeoisie nicht die Kommunalwahlen boykottiert, so hätten ihre Vertreter zur Petersburger Stadtduma gehört. Dort wären sie bis zum ersten Aufstand der Sozialrevolutionäre und Kadetten geblieben, wonach sie — mit oder ohne Erlaubnis von Kautsky — wahrscheinlich verhaftet worden wären, wenn sie es nicht vorgezogen hätten, die Duma rechtzeitig zu verlassen, wie dies zu einem gewissen Zeitpunkt die bürgerlichen Glieder der Pariser Kommune getan haben. Der Gang der Ereignisse wäre derselbe geblieben, — nur daß sich an seiner Oberfläche einige Episoden anders gestaltet hätten.

Kautsky, der die Demokratie der Kommune preist und sie gleichzeitig ungenügender Entschlossenheit in bezug auf Versailles beschuldigt, begreift nicht, daß die Kommunalwahlen, die unter der zweideutigen Teilnahme der „gesetzmäßigen“ Maires und Deputierten durchgeführt wurden, die Hoffnung auf einen friedlichen Vertrag mit Versailles abspiegelten. Darin liegt das Wesen der Sache. Die Führer wollten eine Verständigung und nicht den Kampf. Die Illusionen der Wahlen hatten sich in den Massen noch nicht überlebt. Die falschen revolutionären Autoritäten hatten sich noch nicht blamiert. Alles zusammen wurde Demokratie genannt.

„Wir müssen unsere Feinde durch moralische Kraft beherrschen . . . predigte Vermorel. Man darf die Freiheit und das Leben der Persönlichkeit nicht antasten . . .“ Im Bestreben, den „Bürgerkrieg“ zu verhüten, forderte Vermorel die liberale Bourgeoisie, die er früher so schonungslos gebrandmarkt hatte, auf, eine „richtige, von der ganzen Bevölkerung von Paris anerkannte und geachtete Macht“ zu schaffen. Das „Journal Officiel“, das unter der Leitung des Internationalisten Longuet erschien, schrieb: „Das traurige Mißverständnis, das in den Junitagen (1848) zwei Gesellschaftsklassen gegeneinander bewaffnet hat, kann sich nicht mehr wiederholen . . . Der Klassenantagonismus hat aufgehört zu existieren . . .“ (v. 30. März). Und weiter: „Jetzt wird jede Zwietracht aufhören, weil alle solidarisch sind, weil der soziale Haß, der soziale Antagonismus niemals so gering waren“ (v. 3. April). Auf der Sitzung der Kommune vom 25. April konnte sich Jourde nicht ohne Grund dessen rühmen, daß die Kommune „noch nie das Eigentumsrecht verletzt habe“. Dadurch hoffte man die bürgerliche öffentliche Meinung zu erobern und den Weg zur Verständigung zu finden.

„Eine derartige Predigt — sagt Lawrow ganz richtig — entwaffnete die Feinde des Proletariats, die sehr gut verstanden, womit ihnen der Triumph des Proletariats drohte, durchaus nicht, beraubte aber das Proletariat der Energie und verblendete es gleichsam vorsätzlich angesichts der unversöhnlichen Feinde“ (S. 137). Aber diese lähmende Predigt war untrennbar mit der Fiktion der Demokratie verbunden. Die Form der scheinbaren Legalität gestattete die Annahme, daß die Frage ohne Kampf gelöst werden würde. „Was die Bevölkerungsmassen anbetrifft, — schreibt das Glied der Kommune Arthur Arnould, — so glaubten sie mit einigem Recht an einen mindestens geheimen Vertrag mit der Regierung“. Machtlos die Bourgeoisie anzuziehen, täuschten die Kompromißler, wie immer, das Proletariat.“

Daß der demokratische Parlamentarismus unter den Verhältnissen des unvermeidlichen und schon beginnenden Bürgerkrieges nur die den Kompromißlern eigene Hilflosigkeit der leitenden Gruppen ausdrückt, davon zeugt am deutlichsten die sinnlose Prozedur der Ergänzungswahlen in die Kommune vom 16. April. Zu dieser Zeit „war schon kein Sinn für Abstimmung vorhanden“ — schreibt Arthur Arnould. — „Die Lage war so tragisch, daß es dazu, daß die Abstimmung überhaupt ihren Zweck erreichen konnte, an der nötigen Zeit und der nötigen Kaltblütigkeit fehlte . . . Alle, die der Kommune ergeben waren, befanden sich auf den Befestigungen, in den Forts, in den vordersten Reihen der Truppen . . . Das Volk

legte den Ergänzungswahlen gar keine Bedeutung bei. Die Wahlen waren eigentlich nur Parlamentarismus. Man hätte nicht die Wähler zählen, sondern Soldaten haben müssen; man hätte nicht ermitteln sollen, ob wir in der Meinung von Paris gestiegen oder gefallen sind, sondern Paris vor den Versaillern schützen sollen“. Aus diesen Worten hätte Kautsky ersehen können, warum es in der Praxis nicht so einfach ist, den Klassenkampf mit der alle Klassen umfassenden Demokratie zu verbinden.

„Die Kommune ist keine Konstituierende Versammlung, — schrieb in seiner Zeitschrift Millieres, einer der besten Köpfe der Kommune, — sie ist ein Kriegsrat. Sie muß ein Ziel haben: den Sieg; eine Waffe: die Kraft; ein Gesetz: das Gesetz der Rettung der Gesellschaft.“

„Sie konnten nie begreifen, — beschuldigt Lissagaray die Führer, — daß die Kommune eine Barrikade und keine Verwaltung war . . .“

Erst am Schluß, als es schon zu spät war, fingen sie an, das zu begreifen. Kautsky hat das bis zum heutigen Tage nicht begriffen. Es ist kein Grund anzunehmen, daß er es jemals begreift.

Die Kommune war die lebendige Verneinung der formalen Demokratien, denn in ihrer Entwicklung bedeutete sie die Diktatur des werktätigen Paris über das bäuerliche Land. Diese Tatsache beherrscht alle übrigen. Wie sehr sich die politischen Routiniers aus der Mitte der Kommune selbst auch an den Schein der demokratischen Legalität klammerten, jede Handlung der Kommune, die für den Sieg nicht ausreichte, genügte für die Enthüllung ihrer illegalen Natur.

Die Kommune, d. h. die Pariser Stadtverwaltung, schaffte das Reichsgesetz über die Konskription ab. Sie nannte ihr offizielles Organ: „Offizielles Journal der französischen Republik“. Sie rührte, wenn auch zaghaft, an die Reichsbank. Sie proklamierte die Trennung von Kirche und Staat und schaffte das Budget der Glaubensbekenntnisse ab. Sie trat in Beziehungen zu den ausländischen Botschaften usw. Alles dies tat sie mit dem Recht der revolutionären Diktatur. Dieses Recht aber wollte der damals noch grüne Demokrat Clemenceau nicht anerkennen.

Auf einer Konferenz mit dem Zentralkomitee sagte Clemenceau: „Der Aufstand hatte eine ungesetzliche Veranlassung . . . Bald wird das Komitee lächerlich sein und werden seine Dekrete verachtet werden. Außerdem hat Paris nicht das Recht, sich gegen

Frankreich zu erheben und muß unbedingt die Autorität der Nationalversammlung anerkennen.“

Es war die Aufgabe der Kommune, die Nationalversammlung aufzulösen. Leider gelang ihr dies nicht. Heute sucht Kautsky nach mildernden Umständen für ihre „verbrecherische“ Absicht.

Er weist darauf hin, daß die Kommunarden in der Nationalversammlung Monarchisten als Gegner hatten, während wir in der Konstituierenden Versammlung Sozialisten in der Person der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gegen uns hatten. Vollständige Geistesverwirrung! Kautsky spricht von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, vergißt aber den einzigen ernstesten Feind — die Kadetten. Gerade sie waren unsere russische Partei Thiers, d. h. der Block der Eigentümer im Namen des Eigentums, und Professor Miljukow war aus allen Kräften bestrebt, es dem kleinen großen Mann nachzumachen. Schon sehr bald — lange vor der Novemberumwälzung — begann Miljukow seinen Gallifet zu suchen, der Reihe nach in der Person der Generale Kornilow, Alexejew, darauf Kaledin, Krassnow, und nachdem Koltshak die Konstituierende Versammlung auseinandergedrängt und alle politischen Parteien in den Winkel gedrängt hatte, versagte die Partei der Kadetten, die einzige ernste bürgerliche, ihrem Wesen nach durch und durch monarchistische Partei, ihm nicht die Unterstützung, sondern umgab ihn im Gegenteil mit noch größeren Sympathien.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre spielten bei uns gar keine selbständige Rolle, ebenso wie die Partei Kautskys bei den revolutionären Ereignissen in Deutschland. Ihre Politik stützten sie voll und ganz auf die Koalition mit den Kadetten und räumten diesen dadurch die entscheidende Stellung ein, ganz unabhängig von dem politischen Kräfteverhältnis. Die Partei der Sozialrevolutionäre und Menschewiki war nur der Verbindungsapparat, der dazu diente, um auf den Versammlungen und bei den Wahlen das politische Vertrauen der durch die Revolution erweckten Massen zu sammeln und es darauf der gegenrevolutionären, imperialistischen Partei der Kadetten, unabhängig von dem Ausgang der Wahlen, zur Verfügung zu stellen. Die echte Vasallenabhängigkeit der sozialrevolutionär-menschewistischen Mehrheit von der kadettischen Minderheit war an und für sich schlecht verhüllte Verspottung der Idee der „Demokratie“. Doch damit nicht genug. In allen den Gebieten des Landes, wo das Regime der „Demokratie“ zu lange anhielt, endete es unausbleiblich mit dem offenen Staatsstreich der Gegenrevolution. So war es in der Ukraine, wo die demokratische Rada, die die Sowjetmacht dem deutschen Imperialismus ausgeliefert hatte, selbst von dem Monarchisten Skoropadski

gestürzt wurde. So war es im Kubangebiet, wo sich die demokratische Rada unter dem Stiefel Denikins beugte. So war es — und das ist das wichtigste Experiment unserer „Demokratie“ — in Sibirien, wo die Konstituierende Versammlung, mit der formalen Herrschaft der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bei der Abwesenheit der Bolschewiki, unter der faktischen Leitung der Kadetten zur Diktatur des Zarenadmirals Koltschak führte. So war es endlich in unserem Norden, wo sich die Konstituantler in der Person der Regierung des Sozialrevolutionärs Tschaikowski in eine nachlässige Dekoration für die Herrschaft der russischen und englischen gegenrevolutionären Generale verwandelt hatten. So war es oder ist es in allen kleinen Randstaaten: in Finnland, in Estland, in Lettland, in Litauen, in Polen, in Georgien, in Armenien, wo sich unter der formalen Fahne der Demokratie die Befestigung der Herrschaft der Grundherren, der Kapitalisten und des ausländischen Militarismus vollzieht.

Der Pariser Arbeiter von 1871. — Der Petersburger Proletarier von 1917.

Eine der größten, unmotiviertesten und politisch schädlichsten Gegenüberstellungen, die Kautsky zwischen der Kommune und Sowjetrußland macht, betrifft den Charakter des Pariser Arbeiters von 1871 und des russischen Proletariers von 1917—1919. Ersteren schildert Kautsky als revolutionären Enthusiasten, der zu hoher Selbstaufopferung fähig ist, letzteren als Egoisten, Feigling, elementaren Anarchisten.

Der Pariser Arbeiter hat eine zu bestimmte Vergangenheit, um der revolutionären Empfehlung oder des Schutzes vor dem Lobe des jetzigen Kautsky zu bedürfen. Nichtsdestoweniger hat der Petersburger Proletarier keinen Grund und kann er keinen Grund haben, einem Vergleich mit seinem heldenhaften älteren Bruder auszuweichen. Der ununterbrochene dreijährige Kampf der Petersburger Arbeiter — erst um die Eroberung der Macht, darauf um ihre Erhaltung und Befestigung — unter nie dagewesenen, durch Hunger, Kälte und ewige Gefahren verursachten Qualen, bildet eine ausschließliche Chronik des kollektiven Heldentums und der Selbstaufopferung. Kautsky, wie wir dies in einem anderen Zusammenhang erklären, nimmt zum Vergleich mit der Blüte der Kommunarden die dunkelsten Elemente des russischen Proletariats. Er unterscheidet sich auch in dieser Beziehung nicht von den bürgerlichen Sykophanten, denen die toten Kommunarden ungleich anziehender als die lebenden scheinen.

Das Petersburger Proletariat hat die Macht viereinhalb Jahrzehnte später als die Pariser Proletarier in Besitz genommen. Diese Frist hat uns ungeheure Vorzüge in die Hand gegeben. Der kleinbürgerliche Handwerkercharakter des alten, zum Teil auch des neuen Paris ist Petersburg, dem Mittelpunkt der konzentriertesten Industrie der Welt, vollständig fremd. Dieser letzte Umstand hat uns die Aufgaben der Agitation und Organisation wie die Errichtung des Sowjetsystems außerordentlich erleichtert.

Unser Proletariat verfügt auch nicht in entferntem Maße über die reichen revolutionären Traditionen des französischen Proletariats. Dafür aber war zu Beginn der gegenwärtigen Revolution im Gedächtnis der älteren Generation unserer Arbeiter der große Versuch von 1905, sein Mißerfolg und die von ihm ererbte Pflicht der Rache noch frisch.

Die russischen Arbeiter konnten nicht wie die französischen auf eine lange Jahre währende Schule der Demokratie und des Parlamentarismus zurückblicken, die zu einer gewissen Epoche ein wichtiger Faktor der politischen Kultur des Proletariats war. Andererseits aber hatten sich unter der russischen Arbeiterklasse noch nicht die Bitterkeit der Enttäuschung und das Gift des Skeptizismus breitgemacht, die bis zu einem gewissen, hoffentlich nicht mehr fernen Augenblick den revolutionären Willen des französischen Proletariats lähmen.

Die Pariser Kommune erlitt militärischen Zusammenbruch, ehe die ökonomischen Fragen in ihrer ganzen Größe an sie herantraten. Trotz der vortrefflichen Kampfeigenschaften der Pariser Arbeiter, war das militärische Schicksal der Kommune von vornherein als hoffnungslos vorausbestimmt: die Unentschlossenheit und der Hang zu Kompromissen unter der Elite erzeugten den Verfall in der Unterschichten.

Der Nationalgarde wurde der Sold für 162 000 Soldaten und 6500 Offiziere ausgezahlt; aber die Zahl derer, die tatsächlich in den Kampf gingen, schwankte, besonders nach dem mißlungenen Ausfall am 3. April, zwischen 20 und 30 Tausend.

Diese Angaben kompromittieren die Pariser Arbeiter durchaus nicht und geben nicht das Recht, sie als Feiglinge und Fahnenflüchtige zu betrachten, obgleich natürlich auch an Fahnenflucht kein Mangel herrschte. Eine kampffähige Armee braucht vor allem einen zentralisierten und genauen Verwaltungsapparat. Davon war bei der Kommune keine Rede.

Das Militärressort der Kommune glich, nach dem Ausdruck eines Verfassers, einem dunklen Zimmer, in dem alle aufeinanderstießen. Die Kanzlei des Ministeriums war von Offizieren und ein-

fachen Gardisten angefüllt, die Kriegsvorräte und Verpflegung forderten und sich beklagten, daß man sie nicht ablöse. Man schickte sie auf die Kommandantur . . .

„Einige Bataillone blieben 20 bis 30 Tage in den Laufgräben, während andere beständig in der Reserve gehalten wurden . . . Diese Sorglosigkeit tötete bald jede Disziplin. Die Tapferen wollten bald nur von sich selbst abhängig sein; andere wichen dem Dienst aus. Ebenso handelten auch die Offiziere; die einen verließen ihren Posten, um dem Nachbar, der im Feuer stand, zu Hilfe zu eilen; andere gingen fort in die Stadt . . .“ („Pariser Kommune von 1871“, P. L. Lawrow, 1919, S. 100).

Dieses Regime konnte nicht ungestraft bleiben: die Kommune wurde in Blut ertränkt. Diesbezüglich aber hat Kautsky einen unvergleichlichen Trost:

„Das Kriegführen — sagt er und schüttelt den Kopf — ist eben nicht die starke Seite des Proletariats“ (S. 76).

Dieser Aphorismus, der eines Pangloß würdig ist, steht vollständig auf der Stufe eines anderen großen Ausspruchs von Kautsky, — nämlich, daß die Internationale während des Krieges nicht brauchbar ist, da sie ihrem Wesen nach ein „Friedensinstrument“ sei.

In diesen beiden Aphorismen zeigt sich eigentlich der jetzige Kautsky ganz und voll, d. h. fast als völlige Null. Die Kriegführung, seht ihr wohl, ist überhaupt nicht die starke Seite des Proletariats, desto mehr, da auch die Internationale nicht für die Kriegsepoche geschaffen worden ist. Das Schiff Kautskys ist für Teiche und für ruhige Buchten geschaffen und nicht für das offene Meer und für stürmische Zeiten. Wenn dieses Schiff ein Leck bekommen hat und nun glücklich sinkt, so sind daran der Sturm, die große Masse des Wassers, das Übermaß der Wogen und eine Reihe anderer, nicht vorhergesehener Umstände schuld, für die Kautsky sein prächtiges Instrument nicht vorherbestimmt hat.

Das internationale Proletariat hat die Eroberung der Macht zu seiner Aufgabe gemacht. Unabhängig davon, ob der Bürgerkrieg „im allgemeinen“ zu den notwendigen Attributen der Revolution „im allgemeinen“ gehört, bleibt die Tatsache unzweifelhaft bestehen, daß die Vorwärtsbewegung des Proletariats, wenigstens in Rußland, in Deutschland, in den Teilen des früheren Österreich-Ungarn, die Form eines intensiven Bürgerkrieges angenommen hat und dies nicht nur an den inneren, sondern auch an den auswärtigen Fronten. Wenn die Kriegführung nicht die starke Seite des Proletariats ist und wenn die Arbeiterinternationale nur für die Friedensepoche brauchbar ist, dann muß man die Revolution und den Sozialismus zu Grabe tragen, denn die Kriegführung bildet eine ziemlich starke

Seite des kapitalistischen Staates, der ohne Krieg die Arbeiter nicht zur Verwaltung zulassen wird. Dann bleibt nur übrig, die sogenannte, „sozialistische“ Demokratie einfach für eine Schmarotzerin der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Parlamentarismus zu erklären, d. h. offen das zu sanktionieren, was in der Politik die Ebert, Scheidemann und Renaudel tun und wogegen Kautsky immer noch mit Worten zu protestieren scheint.

Die Kriegführung war nicht die starke Seite der Kommune. Eben deshalb wurde die Kommune zertrümmert. Und wie schonungslos zertrümmert!

„Man muß — schrieb seinerzeit der ziemlich gemäßigte Liberale Fiaux — zu den Proskriptionen von Sulla, Antonius und Oktavius zurückkehren, um derartige Morde in der Geschichte der zivilisierten Nationen zu finden; die Religionskriege unter den letzten Valois, die Bartholomäusnacht, die Epoche des Terrors waren im Vergleich mit ihnen Kinderspiel. In der letzten Woche des Mai wurden in Paris 17 000 Leichen der föderierten Insurgenten aufgefunden . . . Noch am 15. Juni wurde gemordet“.

„Das Kriegführen ist eben nicht die starke Seite des Proletariats“.

Das ist nicht wahr! Die russischen Arbeiter haben gezeigt, daß sie fähig sind, sich auch des „Kriegsinstruments“ zu bemächtigen. Wir sehen hier einen gigantischen Schritt vorwärts im Vergleich zur Kommune. Das ist keine Lossagung von der Kommune, — denn die Traditionen der Kommune liegen durchaus nicht in ihrer Hilflosigkeit, — das ist die Fortsetzung ihres Werks. Die Kommune war schwach. Um ihr Werk zu Ende zu führen, sind wir stark geworden. Die Kommune wurde geschlagen. Wir versetzten den Henkern der Kommune Schlag auf Schlag. Wir rächen die Kommune, und wir werden unsere Rache zu Ende führen.

* * *

Von den 162 000 Nationalgardisten, die Gehalt bezogen, gingen 20 bis 30 tausend in den Kampf. Diese Ziffern bilden ein interessantes Material für die Schlußfolgerung über die Rolle der formalen Demokratie in der revolutionären Epoche. Das Schicksal der Pariser Kommune wurde nicht bei den Abstimmungen entschieden, sondern in den Kämpfen mit den Truppen von Thiers. 162 000 Nationalgardisten bildeten die Hauptmasse der Wähler. Tatsächlich aber, in den Kämpfen, wurde das Schicksal der Kommune von 20 bis 30 tausend Mann, der aufopferungsfähigsten

kämpfenden Minderheit, entschieden. Diese Minderheit stand nicht allein, — sie äußerte nur mutiger und selbstaufopfernder den Willen der Mehrheit. Daß war aber doch nur die Minderheit. Die übrigen, die sich in kritischen Augenblicken versteckten, waren der Kommune nicht feindlich gesinnt; im Gegenteil, sie unterstützten dieselbe aktiv und passiv; sie waren aber weniger klassenbewußt, weniger entschieden. Auf der Arena der politischen Demokratie machte ihre niedrigere Erkenntnisfähigkeit es möglich, daß sie von Abenteurern, Betrügern, kleinbürgerlichen Scharlatanen und ehrlichen Dummköpfen, die sich selbst betrogen, getäuscht wurden. Im Augenblick des offenen Klassenkampfes aber folgten sie mehr oder weniger der selbstaufopfernden Minderheit. Dies fand auch in der Organisation der Nationalversammlung seinen Ausdruck. Hätte die Existenz der Kommune länger gedauert, so hätte sich diese Wechselbeziehung zwischen der Vorhut und der Masse des Proletariats mehr und mehr befestigt. Die Organisation, die sich im Prozeß des offenen Kampfes als Organisation der werktätigen Massen gebildet hatte, wäre zur Organisation ihrer Diktatur, zum Rat der Deputierten des bewaffneten Proletariats geworden.

C. Trotzki



Straßburg — Moskau.

I.

Der am 25.—29. Januar v. J. in Straßburg abgehaltene Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei ist für die internationale revolutionäre Bewegung von großer Bedeutung. Noch nie ist ein Kongreß vor seiner Tagung so eingehend, heiß und ungestüm erörtert worden, wie es über den Straßburger Kongreß der Fall war. Und zwar drehten sich Erörterungen, Streit und Polemik im wesentlichen um die Frage der II. Internationale. Die um Lorient gruppierten überzeugungsfesten, entschlossenen Internationalisten und die Sozialopportunisten, die sich „Wiederaufrichter“ nennen, durch Jeani Longuet, Mayéras, Presemant, Daniel Renoult, Paul Faure und Frossard vertreten und in großem Maße von den Rechtsstehenden der Partei (die letzteren wissen ja gar nicht mehr, was sie anfangen sollen) unterstützt, führten in der sozialistischen Presse und während der ganzen Tagung des Kongresses einen lebhaften Kampf miteinander. Nach dem Muster der „Unabhängigen“ Sozialdemokratie Deutschlands beschloß der Kongreß mit überwiegender Mehrheit (4330 Stimmen gegenüber den für den Antrag Renaudel abgegebenen 337) den Austritt aus der II. Internationale. Zwar hat die Partei noch nicht den nötigen Mut gefunden, um sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Aber Genosse Lorient, der vor Jahresfrist, als die Frage der III. Internationale zum erstenmale aufgeworfen wurde, für seine Resolution mit Mühe und Not 256 Stimmen aufreiben konnte, kann nunmehr 1621 Stimmen zugunsten seines Antrags verzeichnen.

Trotz ihrer schwankenden, verschwommenen, unbestimmten, mit einem Wort zweideutigen Orientierung, hat die Französische Sozialistische Partei im Laufe der letzten Monate eine überaus große Anzahl von Anhängern gewonnen. Hätte die Partei aber eine unzweideutige radikale Richtung verfolgt, so wäre der Zustrom von Mitgliedern zweifelsohne noch größer geworden. Dem Bericht des Generalsekretärs der Partei Frossard entnehmen wir folgende Zifferangaben:

Die Partei zählte Mitglieder

auf dem Kongress in Paris, Dezember	1915:	24 639
„ „ „ „ „ November	1916:	24 854
„ „ „ „ „ Bordeaux	1917:	48 069
„ „ „ „ „ Paris	1918:	54 063
„ „ „ „ „ Straßburg	1920:	133 327

Folglich ist die Mitgliederschaft der Partei im Laufe des letzten Jahres (Ende 1918 — Anfang 1920) um 99 264 Personen gestiegen. Es sei hier erwähnt, daß die Partei vor Ausbruch des Krieges, im Juli 1914, 93 218 Mitglieder zählte.

Als Beweis für die radikale Stimmung der neuen Mitglieder der Partei diene die Tatsache, daß gerade diejenigen Organisationen, die im Laufe des letzten Jahres die größte Entwicklung erfahren haben, sich zur III. Internationale bekennen. Das muß selbst Paul Faure, Chefredakteur des „Populaire“, dessen Name gewöhnlich in einem Atemzug mit Jean Longuet genannt wird, eingestehen. In einem Artikel, betitelt: „Wer sich uns anschließt“, schreibt Faure wie folgt: „Unsere neuen Anhänger kommen zu uns, erfüllt von glühender Begeisterung, die Nerven in Kampfeserwartung angespannt, voller Ungeduld und mit schwellenden Gefühlen.“ Am Schluß seines Artikels aber — Faure scheint gänzlich aus dem Auge zu lassen, daß er selbst ein typisches Probestück des Konfusionismus ist und nie aus dem Schwanken herauskommt — fordert er „die Genossen von der äußersten Linken, deren Kompaß gewissen Schwankungen ausgesetzt ist“, auf, gewissenhafte Anstrengung zu machen, um der Partei nicht zu schaden! Daß es ihm einfallen kann, die Internationalisten aufzufordern, von ihren Ueberzeugungen abzuweichen!

Das Beispiel der 18 000 Mitglieder zählenden Seineföderation kann, in dieser Hinsicht als typisch angesehen werden. Zum Kongreß der Föderation im April 1919 erhielt der Antrag des Zentristen Leo Blum, der den bedingungslosen Beitritt zur II. Internationale befürwortete, 1305 Stimmen. Für die Opportunisten, die dem Anschluß an die II. Internationale gewisse Bedingungen anknüpfen wollten (Antrag Verfeuil), stimmten 3 999 Kongreßmitglieder. Der Antrag aber, sich einfach der III. Internationale anzuschließen, gewann 2 214 Stimmen für sich. Im Februar 1920 hingegen wurden für die von den Anhängern der II. Internationale unterstützte Resolution Renaudels 615 Stimmen abgegeben; für die Resolution der „Wiederaufrichter“, welche den Austritt aus der II. Internationale und die Anbahnung von Verhandlungen mit der III. Internationale beantragte — 5 988 Stimmen, während der Vorschlag des Genossen Lorient, sich bedingungslos der Moskauer Kommunistischen Internationale anzuschließen, 9930 Stimmen erhielt.

Führen wir ein zweites kennzeichnendes Beispiel an: Die Pas-de-Calais-Föderation, die 1914 3275 Mitglieder zählte, 1918 bloß 1950 aufwies und heute eine Mitgliederschaft von 11 950 Personen besitzt, deren 8 Vertreter in der Deputiertenkammer der III. Internationale feindlich gesinnt sind, hat sich nach langen Wortgefechten folgendermaßen ausgesprochen: 236 Stimmen für die III. Internationale, 136 für die Resolution der opportunistischen „Wiederaufrichter“ und 123 für den Beitritt der Partei zur gelben Internationale.

Wir können nicht umhin, auch noch ein drittes, überaus charakteristisches Beispiel anzuführen. Wenn der französische Chauvinismus während des Krieges irgendwo seinen Höhepunkt erreicht hat, so ist es in Elsaß-Lothringen. Was aber sehen wir hier? Zum Kongreß der Oberrheinföderation, die 4 300 Mitglieder zählt, haben sich von 70 Delegierten 42 für den Antrag Lorient ausgesprochen. Fürsprecher der internationalistischen Richtung ist hier Genosse Kuhn, Minderheitssekretär, der die französischen und die deutschen Sozialpatrioten mit gleichem Feuer verurteilte und das Prinzip der „Vaterlandsverteidigung“ bedingungslos verwarf. Zum Straßburger Kongreß erklärte Kuhn — er sprach deutsch; seine Rede wurde von Genossin Henriette Roland-Holst ins Französische übersetzt, — die chauvinistische Strömung im Elsässischen sei nicht nur deshalb so stark gewesen, weil der offizielle Renegat Millerand anwesend war, und seine Politik betrieb — er war bekanntlich Oberkommissionär, — sondern auch durch die Schuld gewisser Sozialisten. Wie Kuhn behauptet, besaßen die Grumbach und Weill keineswegs die Unterstützung der Massen. Thomas wird von Kuhn mit Noske verglichen. Kuhns Rede wurde zweifellos von dem reinsten revolutionären Geist getragen: „Man verwirft die Diktatur des Proletariats — sagte er, — aber man fügt sich der Diktatur des Kapitalismus. Im Notfall wird die Einigkeit der Sozialisten über den Häuptern der Führer zustande kommen. Die russische Woge wird uns von den nationalistischen Vorurteilen freiwaschen, die uns veranlaßten, das bürgerliche Vaterland zu verteidigen und die Werktätigen bewegen, einander hinzumorden.“

II.

Wenn wir uns einerseits über die bedeutende Verstärkung der internationalistischen und revolutionären Elemente freuen, beklagen wir andererseits die Unschlüssigkeit, Schwäche und Inkonsequenz gewisser Genossen. So hat Gen. Tommasi z. B., der einem Minderheitssyndikat (Aviation) angehört und noch vor kurzem den Standpunkt der äußersten Linken vertrat, sich nunmehr den „Wiederaufrichtern“ angeschlossen und deren Resolution unterschrieben. In

Straßburg ließ er es sich angelegen sein, den Anhängern Loriots ihren unversöhnlichen Radikalismus lebhaft vorzuwerfen. J. L. Chastanet, Redakteur des Grenobler „Droit du Peuple“, („Volksrecht“) machte anfangs in seinem Blatt für die III. Internationale Propaganda. Anfang Februar schrieb er wie folgt: „Die Beweisführungen der Leute, die nicht wollen, daß Moskau die gesamte Internationale beherrsche, erinnern mich an diejenigen Leute, welche während des Krieges vor der Möglichkeit einer von Berlin aus geleiteten Internationale zurückschreckten. Ihre Einwände sind unhaltbar. Tatsächlich würde Moskau oder die Sowjetrepublik in der neugestalteten Internationale bloß eine Sektion ausmachen und mit der Meinung von zwanzig bis fünfundzwanzig anderen Sektionen zu rechnen haben.“

„Aber die Zeit drängt, sage ich. Laßt uns gewisse Fragen der Eigenliebe oder des französischen Geschmacks zum Opfer bringen, werde Genossen, und uns ohne Aufschub und Zaudern der einzigen Internationale anschließen, die ihres Namens und des Sozialismus würdig ist, — der III. Internationale.“

Aber schon nach wenigen Tagen sattelt er plötzlich um und verfißt die Resolution der „Wiederaufrichter“. Das haben wir unter gewissen Umständen von den haltlosen Elementen zu erwarten, die sich vom Wirbelwind des „Konfusionismus“ fortreißen lassen.

Wir müssen deshalb mit Umsicht vorgehen und uns über die rasche Verwandlung gewisser Opportunisten keine allzugroßen Illusionen machen. Hier kann man wirklich sagen: wenn in Frankreich auch viel Begabung zu finden ist, so gibt es doch wenig Leute, die einen starken Charakter vorstellen. Insbesondere ist das unter den Intellektuellen der Fall. Fest und unerbittlich schließen sie sich — den Worten nach — der III. Internationale an. Aber wenn es zur Tat kommt, legen sie, ohne direkt dem Beispiel Chastanets zu folgen, eine beklagenswerte Inkonsequenz an den Tag und tragen erheblich zu der Verwirrung bei, in welcher die Massen nur zu oft versinken, trotzdem ihr sicherer Instinkt sie zur Revolution und zur Diktatur des Proletariats hinzieht. Paris besitzt eine Schule des Marxismus (Rue de Bretagne). Vortreffliche Vorträge werden dort gehalten; das Kommunistische Manifest und die Werke Karl Marx' werden erklärt. Die Partei täte gut, alle Intellektuellen zum Besuch dieser Schule zu verpflichten. Wenn sie sich die Zeit nehmen, Artikel zu redigieren, Bücher zu schreiben und Reden zu halten, sollen sie auch die nötige Muße finden, um sich mit der marxistischen Lehre vertraut zu machen . . . Da ist z. B. Gen. Georges Pioch. Der Mann hat Begabung und Talent. Seine Artikel und Reden lassen an Kraft und Mut nichts zu wünschen übrig. Gemeinsam mit den Genossen

Loriot, Souvarine, A. Coen, Oskar Bloch u. a. hat er einen Aufruf unterschrieben, der einzelne Revolutionäre, die Sektionen und Föderationen der Partei auffordert, sich dem Programm, dem Vorgehen und der Organisation der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Nichtsdestoweniger aber wirft er sich in einem im „Populaire“ vom 6. Januar v. Jahres erschienenen Artikel, betitelt „Frankreich und M. Cailleaux“, zum Verteidiger des ehemaligen Premiers auf. Erst ruft er seinen Lesern die für den Sozialismus so glorreiche Vermittlung Jaurès im Dreyfusprozeß ins Gedächtnis und fährt dann also fort: „Vom politischen Standpunkt bin ich kein Anhänger von M. Cailleaux. Aber den Nationalisten, die da predigen: „Alles, was national ist, gehört uns“, müssen wir — darüber bin ich mir ganz klar — heute mehr denn je antworten: „Alles, was international ist, gehört uns“. Baut man das von Pioch aufgestellte Prinzip weiter aus, so muß man sagen: „Der Kapitalismus ist international, folglich ist er unser“. Und weiter sagt Pioch: „Die sozialistische Partei ist zwar nicht verpflichtet, Mr. Cailleaux zu folgen, aber doch dasjenige in ihm zu verteidigen und zu retten, was allein des Lebens wert ist.“. Da verstehe, wer es kann!

Dieselbe Verworrenheit, denselben „Konfusionismus“ finden wir auch in der Gruppe „Clarté“, deren Gründer Henri Barbusse, ein Schriftsteller von großem, bewundernswertem Talent ist. Der Name der Gruppe will aber gar nicht zu der Verworrenheit ihrer Handlungen passen. Die Gruppe, die eine der III. Internationale gewidmete Versammlung veranstaltet hat, in welcher Loriot, Saumoneau, Pierre Monatte und Raymond Lefevre auftraten, gibt Schriften heraus, unter deren Mitarbeitern . . . Grumbach figuriert!

III.

Dieser Konfusionismus ist stark verbreitet unter den Opportunisten — jetzt nennen sie sich „Wiederaufrichter“ — die unter dem Druck der Massen und der äußersten Linken der sozialistischen Partei die II. Internationale verwerfen, dabei aber nicht wagen, die Schwelle der III. Internationale zu überschreiten. Genosse Loriot hat ganz recht, wenn er in einem Artikel im „Journal du Peuple“ behauptet: „. . . die Wiederaufrichter bleiben in bezug auf die Frage der Internationale stets dieselben Konfusionisten, die sie während der ganzen letzten fünf Jahre gewesen sind“.

Zum Pariser Kongreß 1918 greift Mayéras die III. Internationale und die Bolschewiki an und sagt: „Ich trat vor dem Kriege für die Vaterlandsverteidigung ein, ich tat es auch während des Krieges und ich schäme mich dessen nicht . . .“ Zum letzten Seinekongreß verfällt er wieder in seinen alten Fehler und zeigt sich noch mehr

konfusionistisch und opportunistisch als je zuvor. Er nimmt die Beweisführungen auf, welche von den Menschewiki gebraucht werden und beschuldigt die Bolschewiki, daß sie Abtrünnige, Desorganisatoren seien. Noch ein übriges Mal verwechselt Mayéras den folgerichtigen revolutionären Marxismus, der die Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes ablehnt, mit dem Hervéismus, dem kleinlichen, geräuschvollen Antimilitarismus. „Gewisse Propagandatätigkeit, — sagt er, — trägt den Modergeruch des verwerflichen Hervéismus. Sie ruft in uns eine Frucht wach, wie die Provokateure sie uns vor dem Kriege einflößten“. Mayéras, der unverbesserliche Individualist und Sentimentale, der sich selbst zu den Marxisten von reinstem Wasser zählt, hätte beinahe dem Straßburger Kongreß nicht beigewohnt, weil der Bürgermeister von Straßburg, Peirotès, der während des Krieges Jean Longuet so sehr in Rührung zu versetzen pflegte, Mr. Millerand gelobt hatte! Schließlich überlegte Mayéras sich aber die Sache und fuhr doch nach Straßburg. „Ich gehe nicht nach Moskau“, betitelte er seinen Artikel, der im „Journal du Peuple“ zur Veröffentlichung gelangte. „Fürwahr, — erklärt er, — während die beiden russischen Revolutionen etwas Großes waren, während die zweite Revolution unser Erstaunen hervorrief, ist die III. Kommunistische Internationale vorläufig nichts weiter als ein Bluff.“ Weiter drückt dieser ewige Konfusionist den Wunsch aus, daß eine Konferenz veranstaltet werde, in der alle diejenigen vertreten wären, die „wahre Sozialisten geblieben sind“ (gewiß nach dem Vorbild Mayéras und Renaudels!) Darauf fährt er also fort: „Eine erneuerte, gesäuberte Internationale würde aus dieser Begegnung erwachsen, in welcher die Bolschewiki sich übrigens viel weniger kompromittieren würden, als auf den Prinzeninseln, wohin es sie so sehr zog, oder in Kopenhagen, wo sie sich in der Person Litwinows mit dem Sozialverräter O'Grady so fürchterlich blamiert haben!“

IV.

Mit einigen Varianten haben Presemane und Longuet in Straßburg den schwankenden, zweideutigen Standpunkt verfochten, den sie stets einnahmen. In ihrem Werk wurden sie von Renaudel und Grumbach unterstützt. Aber die Briefe Lenins und Trotzki's an Longuet übten einen heilsamen Einfluß aus. Auch Genossin Henriette Roland-Holst, Vertreterin der kommunistischen Partei Hollands und des Westeuropäischen Büros der III. Internationale, tat durch ihre Deutlichkeit, Klarheit, ihre Begabung und ihre gediegenen geschichtlichen und marxistischen Kenntnisse das ihrige. Sie erklärte, keine einzige der alten Parteien sei reif, der Kommu-

nistischen Internationale beizutreten. Sie nannte die Namen der Sozialverräter, die aus der Internationale auszuschließen seien. Die „Humanité“, die einen eingehenden Bericht über den Kongreß veröffentlicht, läßt die Liste der Namen fort und berichtet lakonisch: „Sie (Gen. Roland-Holst) führt die Namen der Bürger an, die also aus der Internationale auszuschließen wären. Die Nennung dieser Namen, die allgemeine Achtung besitzen, ruft seitens der Kongreßmitglieder Proteste hervor.“

Die typischsten Fürsprecher des Opportunismus waren Frossard, Generalsekretär der Partei, und Paul Faure, Chefredakteur des „Populaire“. Frossard hatte bereits in einer Reihe von Artikeln und auf einer von verschiedenen Organisationen veranstalteten Vortragstour von seiner Reise in die Schweiz gesprochen. Er nannte es eine Informationsreise. In Wirklichkeit aber bezweckte sie, gemeinsam mit den Opportunisten aus der Schweizerischen Sozialistischen Partei, insbesondere mit Robert Grimm, Paul Graber und Huggler ein praktisches Mittel zu finden, um die Kommunistische Internationale zu weitesten Zugeständnissen an die . . . Zentristen zu bringen. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um die Vereinigung der folgenden westeuropäischen Zentrumsparteien: der Schweizerischen Sozialistischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.) und — zum mindesten gaben die französischen Opportunisten sich der chimärischen Hoffnung hin — der Sozialistischen Partei Italiens.

Während seines Aufenthalts in der Schweiz hatte Frossard auch Gelegenheit zu einer Aussprache mit Crispin. Der letztere hatte sich gemeinsam mit Huggler Mühe gegeben, zu beweisen, daß die einzige organische revolutionäre Macht in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sei, daß die Kommunistische Partei Deutschlands dagegen sich aus Fraktionen und Subfraktionen zusammensetze, die einander bekämpfen, ausschließen, zerreißen. „In erster Reihe, — erklärt Grimm, — arbeitet Moskau an der Herbeiführung von Spaltungen . . . Wir können es nicht zulassen, daß Männer wie Kautsky, Ledebour und Longuet als Verräter des Sozialismus hingestellt werden . . . Der Fehler der Russen bestand stets darin, daß sie ihre internationale Politik auf Voraussetzungen aufbauten, die nie eintrafen, auf der Weltrevolution, die sie für sicher hielten.“ In gleicher Weise beschwören die Zentristen unablässig den Geist der Aufteilung und Abtrennung herauf. So macht Jean Longuet sich das boshafte Vergnügen, in den Spalten des „Populaire“ den Ausführungen des Bürgers Gollomb, eines Mitgliedes der Amerikanischen Sozialistischen Partei, Raum zu geben, welcher

erklärt, seine Partei sei die einzige, die sich auf die Massen stütze, während die beiden kommunistischen Parteien Amerikas eine „sehr geringe Anhängerschaft unter den Arbeitern“ besäßen und „gezwungen seien, illegal zu arbeiten, für den amerikanischen Boden aber sei das wenig passend!“

Was den frankophilen, antibolschewistischen Sozialkonfusionsisten Paul Graber betrifft, so behauptet er laut Angabe Frossards: „Ich konnte mir keine einheitliche, klare Formel der Diktatur des Proletariats verschaffen.“ Auf seine schweizerischen und deutschen „Freunde“ zurückkommend, betont Frossard: „Sie wollen sich der III. Internationale unter Bedingungen anschließen, die mit der Würde ihrer Parteien in Einklang stehen und ihnen die Sicherheit gewährleisten würden, deren sie bedürfen.“

Paul Faure, den manche Genossen für viel radikaler als Longuet hielten und von dem man zu glauben pflegte, daß er geneigt sei, sich vom Zentrum loszulösen, hat sogar noch einen Schritt rückwärts getan. Er hat ungerechte, unwirsche, ja boshafte Artikel gegen Boris Souvarine, den Verfasser einer Broschüre über die III. Internationale und einer Reihe gutbegründeter, genauer Artikel, geschrieben. In Straßburg hat er erklärt, daß es keine Internationale mehr gäbe, da es ihrer zwei gäbe. Man müsse aus ihnen eine machen, die die einzige wahrhafte Internationale sein würde. Laut dem anerkannten Führer der „Wiederaufrichter“ besteht der gediegene Moskauer Aufbau also überhaupt nicht! In seiner Rede protestierte Paul Faure gegen die Einwände, welche in bezug auf die „Politik der Befreiung der Schuldigen“ laut werden und sprach sich gegen die Verwerfung der Vaterlandsverteidigung aus. Wie die „Humanité“ berichtet, „führte er die traditionellen Gründe der Sozialisten gegen die Vaterlandsverteidigung an und nannte dies Verteidigung eines Vorzugsrechts, das bestimmt sei, das Recht der Proletarier zu werden, nachdem sie ihre Befreiung erzielt haben werden!“ Zuguterletzt schwor Faure, seine teuren Freunde aus Oberwien — der Zitadelle des Opportunismus und Reformismus — nie verlassen zu wollen.

V.

Das ist der zentristische Block, der in der Schweiz vorbereitet wurde und den man in Straßburg gegen die III. Internationale ins Feld führen wollte. Reformismus, kleinbürgerlicher Sozialismus, Fortsetzung des „Kriegssozialismus“, kurz — nichts weiter als der Opportunismus in seiner ganzen Verworrenheit und Scheußlichkeit. Aber so beredt seine Vertreter sich auch zeigten, so konnten sie die

unbezwinglichen Revolutionäre doch nicht daran verhindern, für die Resolution Loriots zu stimmen, die kraftvoll und klar hauptsächlich von Lorient selbst und von Kuhn verteidigt wurde.

Das will aber noch nicht sagen, daß die Plattform der äußersten Linken nicht Veränderungen zugänglich sei. In der kurz gehaltenen, festen Resolution des Komitees der III. Internationale vermischen wir einen Paragraphen, der auf die Frage der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes Bezug nehmen würde. Ueber die Frage des Ausschlusses der Verräter und Renegaten sind die Genossen Lorient und Saumoneau verschiedener Ansicht.

Vor nunmehr 3 Jahren veröffentlichte Gen. Lorient in der ersten Nummer der in Genf erscheinenden „Nouvelle Internationale“ einen Aufruf zugunsten einer Spaltung. Jedoch gestand Lorient in seiner Unterredung mit dem Schreiber dieses Artikels, daß er unter den Genossen der äußersten Linken der einzige sei, der diesen Standpunkt vertritt. Hat denn die Idee der Abtrennung so wenig Fortschritte gemacht im Schoß der Fraktion, die im Lauf weniger Monate so stark vorgeschritten ist? Wenn die Mehrzahl der neuen Mitglieder sich gleich nach ihrem Eintritt der Partei der äußersten Linken anschließt, so ist es nicht minder sicher, daß eine große Anzahl von Arbeitern, die in erster Reihe und unwiderruflich Revolutionäre, Kommunisten und Internationalisten sind, sich weigern, einer Partei beizutreten, die sich beim Zusammenbruch der II. Internationale ausgezeichnet hat, deren offizielles Organ Bracke, Renaudel und Grumbach zu seinen Mitarbeitern zählt, die die Leitung des neuen, für Propaganda unter den Landarbeitern bestimmten Organs „La Voix Paysanne“ dem bekannten Verräter Compère Morel anvertraut hat und endlich, deren Parlamentsfraktion unter der Leitung der Opportunisten und kleinbürgerlichen Akademiker Paul Boncour und Leo Blum (der im Roman Romain Rollands als Lévy-Coeur figuriert) eine Politik des Reformismus und der Mitarbeiterschaft der Klassen führt.

Ob der nächste Kongreß der französischen sozialistischen Partei wohl eine Mehrheit zugunsten der äußersten Linken ergeben wird? Und falls ja, lohnt es denn wirklich, noch Monate lang im Schoß einer alten Organisation zu arbeiten, anstatt eine wahrhaft revolutionäre, kommunistische Partei zu gründen, die das Programm der III. Internationale bedingungslos verfechten und dem Proletariat gestatten wird, falls die Umstände es ermöglichen, die Diktatur des Proletariats auszurufen? Ich gehöre zu denjenigen, die es nicht denken.

Henri Guilbeaux.

Die revolutionäre Bewegung in Amerika.

(Schluß. *)

III. Die kommunistischen Parteien.

Das Thema der amerikanischen Kommunisten ist von der „Kommunistischen Internationale“ bereits ausgiebig behandelt worden. Daher will ich mich darauf beschränken, über die bedeutsamsten Ereignisse in der Geschichte der Bewegung zu berichten und die gegenwärtige Lage im allgemeinen zu beleuchten.

Die Amerikanische Sozialistische Partei, die politische Partei der Opportunisten und Kleinbürger, erreichte den Höhepunkt ihres Einflusses und Erfolges im Jahre 1912. Sie erzielte dann eine Million Stimmen für den von ihr aufgestellten Präsidentschaftskandidaten Eugen V. Debs. Sie sandte auch ihren ersten Vertreter, Victor Berger, in den Kongreß. In demselben Jahr brach die Partei endgültig mit den revolutionären Arbeiterelementen, indem sie William D. Haywood aus der Nationalen Exekutive zurückberief und den berüchtigten „Artikel 2, Abschnitt 6“ in die Parteiverfassung einschloß. Dieser Artikel, der als „Antisabotageklausel“ bekannt ist, war eigens darauf abgezielt, alle revolutionären, die „direkte Aktion“ befürwortenden Arbeiter aus der Partei zu verjagen**).

Zu jener Zeit begann die eigentliche parlamentarische Laufbahn der sozialistischen Partei, eine Laufbahn, die alsbald die kleinbürgerliche, reformistische Richtung der Partei ans Tageslicht bringen sollte. Diese Richtung gipfelte in dem von der Partei 1918 aufgestellten Gesetzprogramm, das einen Plan zur Verbesserung des gegenwärtigen Staatsapparats enthielt, ohne jedoch weder der Arbeiterklasse, noch des Klassenkampfes mit einem einzigen Wort zu erwähnen.

Die Trennung der sozialistischen Partei von den vorgeschrittenen Elementen der amerikanischen Arbeiterschaft erfolgte somit 1912-13, in den Jahren, als die tiefe Gärung unter den Arbeitern in großen Ausständen zum Ausdruck kam. Ich erinnere mich eines bezeichnenden Vorfalles: Adolph Germer, Nationalsekretär der Partei, der während des großen Gruben-

*) Siehe „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 9.

***) „Artikel 2, Abschnitt 6“ wurde 1917 von dem Parteikongreß in St. Louis, der eine Deklaration gegen den Krieg annahm, abgeändert.

arbeiterstreiks in Colorado zugleich den Posten eines Funktionärs des Grubenarbeiterverbandes innehatte, verbot der sozialistischen Partei, den Ausständischen sozialistische Schritte zugehen zu lassen. Ein Streik, behauptete er, ist ein „ausschließlich wirtschaftlicher“ Kampf, der mit Politik nichts zu tun hat. Infolge dieser Taktik verließen Tausende revolutionär gestimmter Arbeiter die Partei. Sie veranlaßte ferner den endgültigen Bruch zwischen der Partei und dem Verband der Industriearbeiter der Welt. (I. W. W.).

Der Krieg sowie der Zusammenbruch der II. Internationale übten in Amerika zu Anfang einen lähmenden Einfluß auf die große Masse der Durchschnittssozialisten aus. Die intellektuellen Führer der Partei, wie Hillquit, Walling und Sparge aber machten sich unverzüglich daran, das nachgiebige Verhalten der Sozialisten in Europa zum Kriege zu „erklären“. Diese Herren behaupteten, die Sozialisten Frankreichs und Deutschlands hätten ihr Menschenmöglichstes getan, um den Krieg zu verhüten. Somit treffe sie keine Schuld. Trotz dieser „Erklärung“ weigerte das Gros der Sozialisten mit ihrem gesunden Menschenverstand sich jedoch auf das entschiedenste, die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialisten und das einsetzende Gebimmel von „Vaterlandsverteidigung“ „ganz erklärlich“ zu finden.

Mehr als jedes andere große industrielle Land war Amerika in der Lage, eine gewaltige Lehre aus dem Krieg zu ziehen. Amerika war bisher neutral. Die Amerikaner waren zu Anfang unparteiisch. Sie verurteilten die eine wie auch die andere der kriegführenden Parteien. Mehr als 2 Jahre lang konnten die Arbeiter den Konflikt der Völker abseits stehend in Muße studieren.

Aber sie konnten auch beobachten, wie die Bourgeoisie Amerikas durch Ausbau eines riesigen Heeres und einer großen Flotte offen darauf hinarbeitete, das Land in den Krieg hineinzuziehen. Wucherei und Kriegslieferungen feierten zu wilde Orgien im Lande, als daß sie hätten verheimlicht werden können. Offen traten die praktischen Vorbereitungen und die Propaganda für den Krieg zu Tage.

Man war sich in ganz Amerika darüber klar, daß die 1916 bevorstehenden Präsidentenwahlen das ausschlaggebende Moment bilden würden. Wilson hatte sich ja verpflichtet, den Amerikanern den „Krieg vom Halse zu halten“. Hier zeigte sich wiederum das Spießbürgertum der sozialistischen Führer: sie widersetzten sich dem Kriege hauptsächlich aus pazifistischen und humanitären Gründen. Zahlreiche Sozialisten — darunter, ich bedaure es sagen zu müssen, auch Verfasser dieses Artikels — warfen ihren ganzen Einfluß zu Wilsons Gunsten in die Wagschale.

Selbst 1917, nach Eintritt Amerikas in den Krieg, als die Partei bereits in zwei Lager geteilt war, forderten die offiziellen Führer der vorherrschenden kleinbürgerlichen Gruppe nichts weiter als Reformen, wie z. B. die „Besteuerung großer Kapitalien zwecks Deckung der Kriegsausgaben“.

Morris Hillquit, der Ende 1917 als sozialistischer Kandidat für den Bürgermeisterposten von New-York auftrat und dank der Unterstützung der Liberalen, sowie der christlichen Sozialisten und der irischen Nationalisten eine glänzende Wahlkampagne zu verzeichnen hatte, erklärte öffentlich, er sei dagegen, daß Amerika sich vom Krieg zurückziehe. Vielmehr sollten die Vereinigten Staaten auch weiterhin am Krieg teilnehmen, um „gerechte Friedensbedingungen“ diktieren zu können, wenn der Zeitpunkt hierfür herannaht.

Der Krieg blieb aber nach wie vor der Hauptgesprächsstoff in jeder Versammlung der Parteiabteilungen. Ein großes Aufklärungswerk wurde hier vollbracht. Die auswärts geborenen Einwanderer, die in engerem Kontakt mit Europa standen und auch eine bessere sozialistische Schulung besaßen, spielten hierbei eine hervorragende Rolle. Nach dem Austritt des Verbandes der Industriearbeiter der Welt aus der Partei bildeten die auswärts geborenen Genossen den Mittelpunkt des radikalen Flügels der amerikanischen sozialistischen Bewegung. Ungefähr um dieselbe Zeit wurde die Liga für sozialistische Propaganda gegründet — eine Organisation von Internationalisten, die von ausländischen Verbänden unterstützt wurde.

Als Anfang 1917 die erste russische Revolution ausbrach, wurde sie von Militaristen, Liberalen und Sozialisten einmütig mit Freuden begrüßt. In der Tatsache, daß Kerenski als Justizminister im Kabinett saß und späterhin in der menschwistisch-sozialrevolutionären Koalition glaubten die amerikanischen Sozialopportunisten die soziale Revolution selbst zu erblicken. Als im Spätfrühling der Name Lenin und das Wort „Bolschewik“ immer öfter in den Zeitungen auftauchten, wußten die amerikanischen sozialistischen Führer gar viel Unliebensewürdiges über die „Anarchisten“ und „Extremisten“ zu sagen. Die Nachricht von dem Juliaufstand in Petrograd rief ihren Zorn hervor. Sie gerieten in Ekstase über Kerenski, als dieser gegen Kornilow vorging.

Die russischen, lettischen, litauischen und ukrainischen Genossen aber ließen es sich angelegen sein, die amerikanischen Parteimitglieder über die russische Revolution aufzuklären. Unter der Führerschaft von Trótzki, Wolodarski, Bucharin und einiger anderer Genossen wurde die russische Kolonie zum machtvollen Mittelpunkt der internationalistischen Propaganda.

Den Russen kam die Oktoberrevolution somit keineswegs überraschend, sie sahen nichts Unfaßbares in ihr. Die amerikanische Bewegung dagegen konnte sich in den Ereignissen ganz und gar nicht zurechtfinden. Als Einzelheiten über den bolschewistischen Staatsstreich durchzusickern begannen, wußten die Sozialopportunisten nichts zu sagen. Insofern sie sich überhaupt über die neue Revolution aussprachen, taten sie es in äußerst unbestimmten Ausdrücken. Späterhin stellten sie sich auf einen „unparteilichen“ Standpunkt. Vielleicht — meinten sie — haben die Bolschewiki Recht, vielleicht aber auch Kerenski. Jedenfalls aber betrübte es sie sehr,

daß die einen Sozialisten Gewalt gegen die anderen Sozialisten gebrauchen. Die Sistierung der hürgerlichen Zeitungen rief ihren lebhaften Widerspruch hervor.

Für das Gros der Parteimitglieder aber kam die Oktoberrevolution als gewaltige Inspiration. Nicht allein lieferte sie den Beweis, daß das Proletariat die Macht in seine Hände nehmen könne. Sie rückte auch die Handlungsweise der amerikanischen sozialistischen Führer in das richtige Licht. Sie verlieh der Kritik dieser Handlungsweise eine Grundlage. Die Sozialopportunisten wurden nunmehr „Menschewiki“ tituliert. Instinktiv wurde diese Bezeichnung übernommen.

Die Ereignisse in Deutschland: die Revolution, die von den amerikanischen Sozialpatrioten als die wahre Revolution begrüßt wurde, der Aufstand des Spartakusbundes, die Errichtung der Räteregierung in Bayern, die Unterdrückung der kommunistischen Bewegung durch die „sozialistische“ Regierung der Scheidemann, Ebert und Noske, die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, dieses große Verbrechen voll symbolischer Bedeutung — all das öffnete demjenigen Teil der Sozialisten, der sich späterhin von der offiziellen Partei lossagte, endgültig die Augen. Auch die Taktik und die Grundsätze der Führer der alten sozialistischen Partei Amerikas erhielten im Licht dieser Ereignisse eine andere Beleuchtung.

Die in St. Louis ausgearbeitete Deklaration gegen den Krieg, die den Sozialpatrioten durch den Druck der proletarischen Massen aufgenötigt worden und die zum „Widerstand gegen den Krieg mit allen möglichen Mitteln“ aufforderte, wurde von den Führern der Partei durchweg sabotiert. Die offizielle Parteibürokratie tat rein gar nichts zur Organisation dieses Widerstandes. Vielmehr plante sie in den darauffolgenden Jahren, in welchen keine Parteikongresse abgehalten wurden, wiederholt, die Deklaration durch die Exekutive der Partei widerrufen zu lassen.

Auch die Vertreter im Kongreß, in den gesetzgebenden Körperschaften sowie in den Munizipalitäten schenkten der Deklaration von St. Louis keinerlei Beachtung. Das sozialistische Kongreßmitglied Meyer-London stimmte zwar nicht für die Kriegskredite. Er stimmte aber auch nicht gegen sie. Allmählich ging er sogar zu offener Unterstützung der Entente über. Auf einer stürmischen Versammlung seiner Wähler, die er zur Ordnung berief, erklärte London, er sei „vor allen Dingen Amerikaner“. Dieser Mann, der Scheldemann und Kerenski Beglückungstelegramme schicken und dem König von Italien zum Geburtstag gratulieren konnte, sprach immer wie ein echter Sozialverräter. Wider Willen seiner anfänglichen Wähler, der Arbeiter von Newyork, setzten die Parteifunktionäre in Newyork es vermittels eines politischen Tricks durch, daß er wiederum als Wahlkandidat für den Kongreß aufgestellt wurde. Doch fiel er diesmal bei den Wahlen durch, denn die Mitglieder der Partei entzogen ihm ihre

Stimmen. Die sozialistischen Gesetzgeber im Staat Newyork erklärten dem Bolschewismus offen die Feindschaft. Der Stadtälteste von Newyork, ein Sozialist, beantragte, der Regierung beim Verkauf der Kriegaanleihe zu helfen. Und der „Apparat“ der Partei gewährte dieser Handlungsweise tatkräftige Unterstützung!

In anderen Teilen des Landes ging es ebenso zu. Der Bürgermeister von Minneapolis, der vorgab, Sozialist zu sein, weigerte sich zwar, an der Abstimmung eines gegen das Tragen der roten Fahne gerichteten Gesetzes teilzunehmen. Als Begründung seiner Weigerung aber gab er an . . . daß das Gesetz ohnehin angenommen würde. Der Staatsanwalt des Bezirks Milwaukee, ebenfalls ein Sozialist, ließ 11 italienische Arbeiter wegen antikatholischer Kundgebung auf einer Straßenversammlung verfolgen und verurteilte sie zu langjähriger Haft. Die Anklage gegen sie lautete auf „böswillige Aufreizung zu Gewalttaten“. Als Beweis ihres verbrecherischen Vorhabens diente unter anderem die Tatsache, daß man in ihren Klubräumen ein Bildnis von Karl Marx hängen fand.

Die nun einsetzende Aera erbitterter Verfolgung brachte die Richtung der Parteibureaokratie noch deutlicher zum Ausdruck. Sogar die Mitglieder der Nationalen Exekutive wurden wegen Veröffentlichung der Deklaration von St. Louis gerichtlich belangt. Victor Berger, der vom Staate Wisconsin in den Kongreß gewählt worden war, durfte seinen Platz in der Deputiertenkammer nicht einnehmen. Berger beeilte sich darauf, den Kongreßmitgliedern zu erklären, er wiseretze sich dem Krieg aus denselben Gründen wie andere Liberale. Was sein Programm anbetreffe, so sei er für den Staatskapitalismus, für die Verwaltung gemeinnütziger Institutionen durch Regierung und Munizpalitäten. Er hege keinerlei Sympathie für die Bolschewiki, noch stände er in irgendwelcher Beziehung zu ihnen.

Ein weiterer Umstand, der zur endgültigen Klärung der Lage in der Partei beitrug, war die Stellungnahme der offiziellen Parteifunktionäre zur Internationale. Das Gros der Parteimitglieder hatte die Ursachen des Zusammenbruchs der II. Internationale richtig eingeschätzt und richtete seine Blicke auf Moskau als dem Sitz der III. Internationale. Die Sozialpatrioten aber fuhren fort, sich fest an die II. Internationale zu klammern. Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes machte die Nationalexekutive den Versuch, die Berner Konferenz durch einen Delegierten zu beschicken. Dieser Plan stieß aber auf derartig erbitterten Widerstand, daß die Partei sich zu der Erklärung gezwungen sah, sie hätte nie eine solche Absicht gehabt. Selbst nach der Ermordung der deutschen Spartakisten weigerte die amerikanische sozialistische Partei sich noch immer, der Ansicht ihrer Mitglieder über die II. Internationale offen Ausdruck zu geben.

Die große Masse der Parteimitglieder aber hatte ihren Entschluß gefaßt. Nicht nur die anderssprachlichen Parteiorgane, sondern auch eine Reihe von Zeitschriften in englischer Sprache begannen nunmehr, für die neue Rich-

tung Propaganda zu machen. Zu diesen Zeitschriften gehörten: „The Class Struggle“ („Der Klassenkampf“), eine Monatsschrift der Liga für sozialistische Propaganda: „The New International“ („Die neue Internationale“), dann „The Revolutionary Age“ („Das revolutionäre Zeitalter“), eine von Louis C. Fraina in Boston herausgegebene Wochenschrift, die von den lettischen Organisationen finanziert wurde, und „The New York Communist“, („Der New-Yorker Kommunist“), eine Wochenschrift, deren Herausgeber Verfasser dieses Artikels war.

Diese Pressorgane entstanden hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Parteipresse, die nicht von der Parteiorganisation als solcher, sondern von einer kleinen Clique geführt wurde, sich weigerte, den Beweisführungen der Kommunisten Raum zu geben. Die Kommunisten mußten ferner einsehen, daß ohne eine eigene starke Organisation gegen den politischen Apparat der Partei nichts auszurichten sei.

Infolgedessen bildeten sich im Frühling 1918 im ganzen Lande Gruppen in der Partei, die sich der Linke Flügel nannten und sich organisierten, um den Parteiparat an sich zu reißen. Das Mark dieser radikalen Bewegung bildeten begreiflicherweise die fremdländischen Organisationen. Das von der New-Yorker Zweigabteilung aufgesetzte und über das ganze Land verbreitete Manifest des Linken Flügels forderte die Revision des Parteiprogramms und der Parteitaktik. Es verlangte, daß die Partei sich auf den Boden der Kommunistischen Partei Rußlands und der Spartakusgruppe in Deutschland stelle, d. h. dem parlamentarischen Reformismus ein Ende mache, den revolutionären Kampf um die Macht aufnehme und auf die Diktatur des Proletariats hinarbeite. Zu gleicher Zeit forderten die Verzweigungen der Partei dringlichst die Einberufung eines nationalen Parteikongresses zur Erörterung dieser Angelegenheiten. Anfangs stieß diese Forderung auf entschiedenen Widerstand seitens der Führer, die Masse der Mitglieder war aber so augenscheinlich dafür, daß die Führer schließlich nachgeben mußten.

Die radikale Bewegung wuchs inzwischen immer mehr an. Für den 21. Juni wurde in New-York eine nationale Konferenz des linken Flügels angesetzt, um die Kräfte der radikalen Bewegung im ganzen Lande zusammenzuschließen.

Die Parteiführer gerieten in Erregung. Es standen gerade die Wahlen von Parteifunktionären bevor. Die Führer sahen sich im Geiste bereits von ihren Posten verdrängt. Und dem vorzubeugen und zugleich den Sozialpatrioten auf dem Parteikongreß eine Mehrheit zu sichern, begann die Nationalexekutive plötzlich, die zum Linken Flügel gehörenden Elemente aus der Partei auszuschließen. In erster Reihe wurden sieben anderssprachliche Verbände mit einer Gesamtmitgliederzahl von etwa 25 000 ausgeschlossen. Darauf folgte der Ausschluß der Organisationen der Staaten Michigan, Massachusetts und Ohio. Auch in anderen Staaten begannen die

in den Händen der Parteireaktionäre befindlichen Organisationen „reines Haus“ zu machen. Unterstützt von der örtlichen Stadtpolizei, überfielen sie die Räume der Zweigorganisationen des Linken Flügels, führten die Möbel fort und machten sich daran, die Zweigvereinigungen „umzugestalten“.

Inzwischen setzten die auf dem Wege des Referendums durchgeführten Wahlen der Parteifunktionäre ein. Die Anhänger des Linken Flügels erhielten im ganzen Lande eine überwiegende Mehrheit, während sogar die hervorragendsten Sozialpatrioten eine Niederlage zu verzeichnen hatten. Die Nationalexekutive beeilte sich darauf, die Wahlen für null und nichtig zu erklären. Um sich für den Sturm vorzubereiten, dessen Ausbruch auf dem Kongreß zu erwarten war, bildete die Nationalexekutive eine *Privat*-korporation aus alten Parteifunktionären, auf die das *Eigentum* der Partei übertragen wurde.

Am 21. Juni trat die Konferenz des linken Flügels in New-York zusammen. 92 Delegierte erschienen, die mehr als 40 000 Mitglieder vertraten. Es stellte sich alsbald heraus, daß hier zwei Gruppen bestanden. Die eine wurde unter Führerschaft der Russen von den anderssprachlichen Verbänden beherrscht, während die andere die englisch-sprechenden Elemente vereinigte.

Die grundlegende Meinungsverschiedenheit lief auf folgendes hinaus:

Die Russen wollten den Kampf um Wiederaufnahme in die Partei unverzüglich aufgeben, der Beteiligung am Parteikongreß entsagen und ohne Aufschub eine kommunistische Partei bilden. Die „Amerikaner“ dagegen wollten den Kampf bis zum Zusammentritt des Kongresses im Rahmen der Partei fortsetzen und den Streit auf dem Kongreß selbst austragen.

Diese letztere Ansicht begründete sich auf folgendem:

Die im ganzen Lande unter den englisch-sprechenden Mitgliedern geführte Propaganda fußte bisher auf der Notwendigkeit, „sich der Partei zu bemächtigen“. Die englisch-sprechenden Elemente, die in der Theorie des Sozialismus weniger bewandert waren als die auswärts geborenen Genossen, müssen erst durch die Taten der Parteiführer von deren Verrat überzeugt werden. Der Ausschluß der Organisationen des Linken Flügels und die Forderung, daß diese wieder in die Partei aufgenommen werden, bildeten an und für sich gutes Propagandamaterial, erweckten immer weitere Kreise zur Erkenntnis der kommunistischen Ideen und führten sie dem Linken Flügel zu.

Indem sie den Kampf solange als irgend möglich im Rahmen der Partei fortsetzten, würden sie Tausende von ungebildeten, aber revolutionär gestimmten Arbeitern für sich gewinnen, an die eine Annäherung außerhalb der Partei unmöglich wäre. Der Parteikongreß selbst müsse als Gelegenheit benutzt werden, um die Arbeiter über die Sozialpatrioten auf-

zuklären; der Kongreß müsse zur Tribüne werden für die kommunistischen Ideen, gegen die Scheidemann und Kautsky.

Eins aber stand fest: sollte der Linke Flügel auf dem Kongreß die Überhand gewinnen — das war aber faktisch unmöglich —, so würde eine kommunistische Partei gegründet werden. Sollte der Linke Flügel den Kongreß aber nicht in die Hand bekommen, so würde er sich zurückziehen und selbständig eine kommunistische Partei bilden.

Die anderssprachlichen Verbände wollten hierin bloß den Plan eines Kompromisses erblicken. Ihre Mitgliederschaft besaß ausgeprägtes Klassenbewußtsein. In wenigen der größeren Industriestädte konzentriert, blieb ihnen die Stimmung im ganzen Lande unbekannt. Da sie in ihren eigenen Organisationen von der Masse der Bevölkerung abgetrennt waren, eine fremde Sprache führten und anderssprachliche Literatur lasen, blieb ihnen die Psychologie der amerikanischen oder englisch-sprechenden Arbeiter fremd*).

Die anderssprachlichen Verbände neigten der Ansicht zu, daß sie allein imstande seien, die kommunistische Bewegung in Amerika zu lenken. Sie forderten Vertretung auf dem Kongreß für ihre Mitgliederschaft und beanspruchten außerdem für ihre Exekutiven das Recht, besondere Delegierte zum Kongreß zu entsenden. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden. Ferner beantragten sie, daß den Exekutiven der anderssprachlichen Verbände gestattet werde, dem von dem Kongreß zu wählenden Nationalrat aus neun Mitgliedern von sich aus sieben weitere Delegierte anzugliedern.

Dieses wurde ihnen verweigert. Zu gleicher Zeit stimmte die Konferenz mit überwiegender Mehrheit für die Unterstützung der Stellung der „Amerikaner“, d. h. dafür, daß der Linke Flügel fortfahre, in der Partei zu arbeiten und den Parteikongreß in Chicago am 1. September besuche.

Hierauf zogen die anderssprachlichen Organisationen sich gemeinsam mit der „Michiganer Gruppe“, die aus Antiindustrialisten (Menschewiki von reinstem Wasser) bestand, von der Konferenz zurück und gründeten eine provisorische kommunistische Partei. Sie erließen einen Aufruf an alle radikalen Elemente mit der Aufforderung, den sozialistischen Parteikongreß zu boykottieren und am 1. September in Chicago einen eigenen Kongreß einzuberufen zwecks Gründung einer Kommunistischen Partei.

Der neue Nationalrat des Linken Flügels schritt alsbald zur Organisation seiner Mitglieder und zu weitgehender Propaganda. Jedoch wurden seine Bestrebungen durch die Stellungnahme der anderssprachlichen Verbände stark behindert. Diese betrachteten sich zwar nach wie vor als zum Linken Flügel gehörig, entzogen dem letzteren jedoch jede Unter-

*) Die in diesem Artikel gegebene Wertung der fremdsprachlichen Verbände überlassen wir der Verantwortung des Verfassers.

stützung, weigerten sich, die Preßorgane des Linken Flügels zu beziehen und gaben ihre eigenen Blätter heraus, die nicht nur die Grundsätze des Linken Flügels, sondern auch dessen Führer persönlich angriffen. Die Entziehung der finanziellen Unterstützung seitens der anderssprachlichen Verbände führte zum völligen Zusammenbruch einiger Organisationen des Linken Flügels. Die Arbeit unter den englisch-sprechenden Elementen im Lande erfuhr dadurch erheblichen Abbruch.

Diese Tatsachen konnten nicht umhin, auf gewisse Mitglieder des Nationalrats des Linken Flügels tiefen Eindruck auszuüben. Es handelte sich hauptsächlich um englisch-sprechende Intellektuelle, die infolge der Rückständigkeit der einheimischen Bewegung von der Unterstützung ihrer anderssprachlichen Genossen abhingen und mit den Russen zusammen arbeiteten. Diese Männer, wie Fraina, Fergusson, Cohen u. a. sahen sich plötzlich ihrer bisherigen Zuhörerschaft beraubt. Die englisch-sprechenden Arbeiter, durch und durch praktisch veranlagt, hatten vom theoretischen Kommunismus genug gehabt. Sie verlangten zu erfahren, was zu tun sei. Diese Frage aber konnten die Intellektuellen nicht beantworten, denn sie hatten nie mit den Massen in Kontakt gestanden. Es war daher unausbleiblich, daß ein Teil des Nationalrats den Versuch machte, sich den russischen Verbänden zu nähern.

Die geschaffene Sachlage war höchst interessant. Auf der einen Seite standen die anderssprachlichen Gruppen, die zwar die Mehrheit der radikalen Bewegung bildeten, aber durch ihre Organisationsform isoliert waren und ohne Unterstützung der amerikanischen Arbeitermassen rein gar nichts in Amerika ausrichten konnten. Die andere Seite bildete eine Gruppe englisch-sprechender Intellektueller, die keinerlei Kontakt mit den amerikanischen Massen besaßen und den Charakter der amerikanischen Arbeiterbewegung kaum verstanden, — sie hatten nicht die geringste Möglichkeit, sich bei den amerikanischen Arbeitern Gehör zu verschaffen. Von ihren früheren Anhängern wurden sie als „Menschewiki“ gestempelt.

Es handelte sich darum, welche Seite zuerst nachgeben würde. Natürlich taten es die Intellektuellen. Im August fand in Chicago eine Versammlung der durch das Referendum gewählten Kandidaten des linken Flügels in der neuen Nationalexecutive der Partei statt. Fraina und Ruthenberg, die beide Mitglieder des Nationalrats des Linken Flügels und zugleich Mitglieder der neuen Exekutive waren, wohnten dieser Sitzung bei. Die Versammlung erließ einen Aufruf an alle Organisationen des Linken Flügels, Delegierte zum Parteikongreß zu entsenden. Zwei Tage später unterschrieben Fraina und Ruthenberg, nach New-York zurückgekehrt, als Mitglieder des Nationalrats einen neuen Aufruf, der gegen die Nationalexecutive gerichtet war und alle Organisationen des Linken Flügels aufforderte, den Parteikongreß nicht zu beschicken. Die Einigung mit den anders-

sprachlichen Organisationen, der Aufruf und die gemeinsame Aufforderung zur Einberufung eines kommunistischen Kongresses erfolgten ohne vorherige Beratung mit den Vertretern der Minderheit im Nationalrat, Ben Gitlow und Jim Larkin.

Es wurde unverzüglich bekannt gegeben, daß es im linken Flügel nun keine Spaltungen gebe. Der Nationalrat erklärte, der Grund seines Vorgehens sei, daß sämtliche Organisationen des linken Flügels im Lande sich gegen den Parteikongreß ausgesprochen hätten. Zwei Zweigabteilungen des linken Flügels in New-York, die sich geweigert hatten, für die gemeinsame Aufforderung zum kommunistischen Kongreß zu stimmen, wurden von der Stadtexekutive des linken Flügels ausgeschlossen. Da die gesamte Presse und der gesamte Apparat sich in Händen derjenigen befanden, die die gemeinsame Aufforderung unterzeichnet hatten, war die Minderheit außer stande, an die Mitgliederschaft zu appellieren. Es fehlten nur noch drei Wochen bis zum Parteikongreß.

Da wir aber nur zu gut wußten, daß die Masse nicht gegen den Parteikongreß war, daß im Gegenteil die überwiegende Mehrheit der Organisationen des linken Flügels dem Kongreß beiwohnen würde, brachten Jim Larkin, Gitlow und Verfasser dieser Zeilen es zustande, eine Delegiertenversammlung einzuberufen, die etwa 2000 New-Yorker Mitglieder vertrat. Die Versammlung betraute Gitlow und mich mit der Durchsetzung des anfänglichen Programms des linken Flügels auf dem Parteikongreß.

Wir müssen hier auf einen weiteren Umstand hinweisen, der dazu beitrug, die Spaltung unter den Mitgliedern des linken Flügels zu vertiefen. Dieser Umstand war die Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage.

Am Anfang dieses Artikels habe ich des Abgrunds erwähnt, der die sozialistische Bewegung von der gewerkschaftlichen Bewegung trennt, die einen rein wirtschaftlichen Charakter trägt. Die Ursachen dieser Trennung sind verschieden: die zeitigere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im Vergleich mit der politischen Bewegung der Arbeiterklasse; der Verrat, den die „Politiker“ an den Arbeitern ausgeübt haben; der Ausschluß der revolutionären proletarischen Elemente aus der sozialistischen Partei im Jahre 1912.

Mit Ausnahme der Intellektuellen waren die meisten englisch-sprechenden Delegierten auf der Konferenz des linken Flügels **revolutionäre Arbeiter** — unter ihnen befanden sich viele Mitglieder des Verbandes der Industriearbeiter der Welt —, deren Hauptinteresse sich darauf richtete, einen Plan zur Heranziehung der amerikanischen Arbeitermassen in den revolutionären Strom auszuarbeiten.

Das war umso notwendiger, als die Konferenz des linken Flügels zu einer Zeit stattfand, da die in meinem letzten Artikel beschriebene große Gärung unter den Arbeitern um sich griff und große Arbeitermassen, von ihren alten Gewerkschaftsorganisationen losgelöst, in den Kampf mit den

Kräften des Kapitalismus gestoßen wurden. Die Arbeiter bereiteten neue, revolutionäre Kampfmittel vor, entwickelten eine neue revolutionäre Taktik und neue Organisationsformen. Es bot sich nun die günstigste Gelegenheit, die die Geschichte je gekannt hat, um die amerikanischen Arbeitermassen wirtschaftlich und politisch zu einem einzigen revolutionären Endziel zusammenzuschweißen.

Die englisch-sprechenden Delegierten, unter ihnen auch Larkin, Gittlow und der Verfasser dieses Artikels, erachteten es daher als überaus wichtig, ein „Arbeiterprogramm“ aufzustellen und unter den Arbeitermassen Amerikas eine systematische Kampagne revolutionärer Propaganda einzuleiten. Die Intellektuellen aber hatten kaum eine Vorstellung von den Vorgängen in den Betrieben. Die theoretische Aufklärung und die rein politische Aktivität der Bewegung erschienen ihnen als weit wichtiger. Was die auswärts geborenen Arbeiter betrifft, so standen sie mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen, — insbesondere unter den Letten, — den Einzelheiten des großen Aufschwungs unter den Arbeitern fremd gegenüber. Allem Anschein nach interessierte sie die Frage der wirtschaftlichen Gewerkschaftsbewegung ganz und gar nicht. Es ist wahr, sie schlugen das Prinzip der „revolutionären Industrieverbände“ vor. Andererseits aber schienen sie von der Bewegung zugunsten einer „Einzig großen Union“, zugunsten der Betriebsältesten und anderen derartigen Erscheinungen nichts zu wissen.

Diese antiindustrialistische Richtung der fremdländischen Organisationen trat besonders deutlich zu Tage, als der Nationalrat des Linken Flügels die gemeinsame Aufforderung zum Boykott des Kongresses unterzeichnete. Die Konferenz des Linken Flügels hatte die Gründung eines Arbeiterausschusses beschlossen, der beauftragt wurde, ein Propagandablatt eigens für die amerikanischen Arbeiter in den Betrieben herauszugeben. Die erste Nummer der Zeitung, die im Juli erschien und einen außerordentlichen Erfolg hatte, wurde von dem Nationalrat ohne weiteres sistiert und von den anderssprachlichen Organisationen als „syndikalistisch“ boykottiert.

Das Programm der Kommunistischen Partei macht in bezug auf die Arbeiterorganisationen auch tatsächlich einen derartigen Eindruck. Seine Punkte sind überaus vag gehalten; die Hauptaufmerksamkeit wird der Gründung von politischen Ausschüssen in den Betrieben zugewandt.

Wie die Minderheit im Nationalrat vorausgesehen hatte, entsandte der größte Teil der Organisationen des Linken Flügels im ganzen Lande seine Delegierten zum Parteikongreß in Chicago.

Von der großen Anzahl der Delegierten des Linken Flügels in panikartigen Schrecken versetzt, war das erste, das die Parteifunktionäre taten, die Stadtpolizei herbeizurufen und die radikalen Mitglieder einfach aus dem Versammlungssaal hinauszwerfen. Das gab vorzügliches Propagandamaterial ab.

Die hinausgeworfenen Delegierten wie auch diejenigen Delegierten, die man ausgeschlossen hatte, weil ihre Organisationen vorher aufgelöst waren, versammelten sich darauf in einem anderen Raum im unteren Stockwerk desselben Gebäudes. Es erschienen Delegierte der Kommunistischen Partei, die uns baten, uns nicht selbständig zu organisieren, sondern uns einzeln in das Büro der Partei zu begeben und unsere Zulassung zu ihrem Kongreß zu beantragen, der am folgenden Morgen zusammentreten sollte. Wir weigerten uns aber, das als einzelne Personen zu tun. Wir erklärten uns als vollberechtigter Kongreß der Sozialistischen Partei; und wählten darauf die Zentralinstitutionen und außerdem eine Kommission, die das Büro der Kommunistischen Partei autsuchen und sich mit dieser über einen gemeinsamen Kongreß der beiden Körperschaften einigen sollte.

Der kommunistische Kongreß, dessen Tagung am folgenden Morgen begann, weigerte sich anfangs, eine Kommission zu wählen, die mit der unsrigen verhandeln würde. Am nächsten Tage änderte er seinen Beschluß zwar um, doch teilte die kommunistische Kommission uns mit, daß wir einzeln vor ihrem Beglaubigungskomitee erscheinen müßten. Alle diejenigen, die man nicht offiziell als Delegierte für den kommunistischen Kongreß wählen würde, sollten keinen Zulaß haben.

Wir wollten auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Nun standen wir vor der Frage, was weiter zu tun sei. Mit überwiegender Mehrheit wurde beschlossen, das anfängliche Programm des Linken Flügels durchzuführen und eine Kommunistische Partei zu gründen. Auf diese Weise entstand die Kommunistische Arbeiterpartei.

Noch fünf Mal erließen wir an die Kommunistische Partei die Aufforderung, zu einem gemeinsamen Kongreß zusammenzutreten, erhielten aber jedesmal eine Absage. Unsere Partei erhielt trotzdem ihre Aufforderung an die Kommunistische Partei aufrecht, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen.

Nunmehr ist von der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau ein Einigungsplan ausgearbeitet worden, den Delegierte beider Parteien unterzeichnet haben. Es ist daher so gut wie sicher, daß im Lauf der nächsten Monate die Geburt einer Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas bevorsteht.

Beide Parteien zusammen zählen jetzt ungefähr 45.000 Mitglieder, von denen etwa 25.000 der Kommunistischen Partei und etwa 20.000 der Kommunistischen Arbeiterpartei angehören. Obgleich die Kommunistische Arbeiterpartei darauf besteht, daß die englisch sprechenden Arbeiter den Schwerpunkt der revolutionären Bewegung in Amerika bilden müssen, will das nicht sagen, daß sie eine spezifisch „amerikanische“ Partei ist. Sie umfaßt z. B. die deutsche, die skandinavische und die italienische Föderation, sowie über 19 russische Zweigabteilungen.

Der Hauptunterschied zwischen den Programmen der beiden Parteien

besteht darin, daß das Programm der Kommunistischen Partei einen vorwiegend theoretischen und allgemeinen Charakter trägt, während das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei, ohne von den Grundsätzen des ersten Kongresses der III. Internationale auch nur um Haaresbreite abzuweichen, einen ernsten Versuch macht, den Kommunismus im Sinne der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen Amerikas zu deuten. Ferner hat die Kommunistische Arbeiterpartei ein praktisches, sorgfältig ausgearbeitetes „Arbeitsprogramm“ aufgestellt, das die Grundsätze enthält, von denen eine revolutionäre wirtschaftliche Organisation der Arbeiter ausgehen muß. Das Programm stellt ebenfalls die Rolle fest, welche die Parteiorganisationen in dem alltäglichen wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter zu spielen haben.

Die beiden Programme, ebenso wie die Elemente, aus denen die Parteien bestehen, ergänzen einander somit vorzüglich. Sie sollten imstande sein, in voller Eintracht zusammen zu arbeiten.

Was die Sozialistische Partei betrifft, so machte sie sich daran, ihr Programm auszuarbeiten, nachdem sie alle noch in der Partei verbliebenen revolutionären Elemente endgültig ausgeschlossen hatte. Das Programm stellte das wohlbekannte opportunistische Dokument von einst dar; kaum daß es einige literarische „Blüten“ aufwies. Die Partei machte es zur Regel, daß alle ihre Mitglieder amerikanische Bürger werden mußten. Sie zog sich von der II. Internationale zurück, weigerte sich aber, der III. Internationale beizutreten; hatte Lobpreisungen für den Bolschewismus in Rußland und verwarf den Kommunismus für Amerika, tadelte Scheidemann und Noske in Berlin, lobte Liebnecht und Rosa Luxemburg und erklärte sich zugunsten eines Kampfes für den Sozialismus mit legalen konstitutionellen Mitteln.

Das Ergebnis dieses „Reinemachens“, dieses Anständigwerdens war genau so, wie man es erwarten konnte. Die Nationale Exekutive der Sozialistischen Partei wurde wegen „Revolte“ zur Kerkerstrafe verurteilt. Viktor Berger, dem man nicht gestattet hatte, seinen Platz im Kongreß einzunehmen, wurde wiedergewählt, um zum zweitenmal abgewiesen zu werden. Wie die letzten telegraphischen Nachrichten melden, sind die sozialistischen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft des Staates New-York ausgeschlossen worden, weil ihre Partei „regierungsfeindlich“ sei.

Beide kommunistischen Parteien sind natürlich als vogelfrei erklärt worden. Bemerkenswert aber ist die Tatsache, daß die Bourgeoisie Amerikas auch die Amerikanische Sozialistische Partei, die Partei der Gesetzlichkeit, der Ordnung und der parlamentarischen Aktion als ungesetzlich erklärt.

Der Klassenkampf in Amerika spitzt sich somit immer mehr zu, gewinnt an Härte und Geschwindigkeit. Die kapitalistische Klasse reißt eigen-

händig den Schleier des Idealismus von ihrer „Demokratie“. Der Kapitalismus beschleunigt somit selbst die unausbleibliche Revolution.

John Reed.

Die revolutionäre Bewegung in Norwegen.

Die Arbeiterbewegung in Norwegen trug vor der Revolution in Rußland der Richtung ihrer Führer und der Mehrheit ihrer Durchschnittsmitglieder nach einen radikal-sozialistischen Charakter. Unter dem Einfluß der russischen Revolution aber ward sie zur revolutionären Bewegung.

Zwar hatte unter der Mitgliedschaft auch schon früher eine revolutionäre Opposition bestanden. Diese hätte sich aber in Partei und Gewerkschaften nicht so bald Geltung verschaffen können, wenn die russische Revolution den Arbeitern nicht über die grundlegenden Probleme der bürgerlichen Demokratie und der Diktatur des Proletariats zu denken gegeben hätte. Unter dem Einfluß der Begeisterung, die das revolutionäre Vorgehen der russischen Arbeiterklasse hervorrief und des durch die revolutionäre Denkart der russischen Arbeiterführer erweckten Verständnisses wurde die norwegische Arbeiterbewegung zur klassenbewußten revolutionären Kraft.

Ich will mich bemühen, im Nachstehenden den Werdegang der Bewegung in allgemeinen Umrissen zu bezeichnen. Leider habe ich kein geschichtliches Material bei der Hand und kann mich daher nicht in Einzelheiten vertiefen. Da aber die ausländischen Genossen über die Bewegung in solch kleinen Ländern wie Norwegen gewöhnlich nur spärlich unterrichtet sind, mag auch eine flüchtige Skizze von gewissem Wert sein.

Die Gewerkschaftsbewegung in Norwegen ist älter als die sozialistische Bewegung. Die alten Zünfte bestanden zum Teil noch bis in die sechziger Jahre hinein. Die ersten Gewerkschaften, die in den siebziger Jahren gegründet wurden, trugen daher begreiflicherweise noch stark den Stempel des alten Zünftegeistes.

Unter dem Einfluß der Februarrevolution in Frankreich brach 1850 unter den landwirtschaftlichen Arbeitern Norwegens eine revolutionär-sozialistische Bewegung aus, an deren Spitze der Student Marcus Thrane, ein Schüler Cabets und Proudhons, stand. Thrane und seine nächsten Mitarbeiter mußten eine 5jährige Kerkerstrafe abbüßen. Die Bewegung brach zusammen. Doch vieles von dem, was Thrane gesagt und geschrieben hatte — er verließ das Gefängnis als gebrochener Mann und

verbrachte den Rest seines Lebens in Amerika — lebte in dem Geist der norwegischen Arbeiter fort. Als 1887 die Arbeiterpartei gegründet wurde, wies sie einen bestimmt sozialistischen Charakter auf. Der Hauptführer der neuen Partei, ein Buchdrucker namens Chr. H. Knudson, der seiner Veranlagung nach Revolutionär war, wollte auch die Gewerkschaften zu revolutionären Organisationen machen.

Tatsächlich jedoch gewann der reformistische Geist immer mehr Ueberhand in den Gewerkschaften, deren Einfluß die sozialistische Bewegung schwächte und abflauen ließ.

In den Jahren, die dem Ausbruch des Weltkrieges vorausgingen, bildete sich eine Opposition gegen die reformistische Richtung. Diese Opposition, die im Rahmen der Gewerkschaften selbst entstand, wurde von Martin Tranmael geführt, einem Gewerkschaftler, der in Amerika einige Jahre lang Mitglied des Verbandes der Industriearbeiter der Welt gewesen war. Tranmael stammte aus der Umgegend von Trondhjem. In dieser Stadt gewann er alsbald die Mehrheit der Arbeiter für sich. Man wählte ihn zum Redakteur des örtlichen Parteiorgans. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftskonferenzen taten das ihrige, um seine Stellung zu festigen. Ihm zur Seite standen auch die führenden Intellektuellen der Partei, wie der Redakteur Kyrre Grepp, der Advokat Emil Stang, Professor Edw. Bull u. a.

Doch sollte es erst nach Ausbruch der zweiten russischen Revolution zwischen der alten Führerschaft und der Opposition zur entscheidenden Krise kommen. Der Redakteur des Zentralorgans der Partei war Jakob Vidnes, der unter dem Einfluß der alten Gewerkschaftsführer seine Journalistenkarriere in der Partei gemacht hatte. Er hatte an der Stockholmer Friedenskonferenz teilgenommen, wo er ganz und gar der Zaubermacht des von dem Opportunisten Hjalmar Branting gepredigten schwedischen Parlamentarismus verfiel. Ebenso wie Branting wurde er zu einem fanatischen Anhänger der Entente. Das Zentralorgan redigierte Vidnes offen in einem den Verbündeten freundlichen Geist. Als in Rußland die Oktoberrevolution ausbrach, nahm er entschieden gegen sie Stellung. Er wußte zwar nicht viel vom „Bolschewismus“. Aber die bolschewistischen Führer waren durch Deutschland nach Rußland gereist; aller Wahrscheinlichkeit nach waren sie „deutsche Agenten“. Das genügte ihm. Er hielt es mit Kerenski, mit der Konstituierenden Versammlung. Jeden Terror verurteilte er aufs schärfste.

Die meisten anderen Parteihäfter waren jedoch für die Revolution. Die Redakteure der örtlichen Zeitungen stehen eben mit den Volksmassen in engerem Kontakt als der Redakteur des Zentralorgans. Den Massen aber wurde das Wort „Bolschewismus“ gar bald zum Inbegriff ihrer Hoffnung, daß der Sozialismus in allen Ländern aus einem utopischen Versprechen in eine reale Tatsache verwandelt würde.

Je mehr die russische Revolution an Kraft und historischer Bedeutung gewann, desto stärker wurde die Opposition gegen Vidnes und die auf seiner Seite stehende Mehrheit der Parteileitung. Führer der Opposition in der Parteipresse war Olaf Scheflo, Redakteur des „Arbeidet“ in Bergen. Er verfocht das Recht der ausgebeuteten Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf die formelle „Demokratie“ den Weg der Revolution zu beschreiten. Er verfocht ebenfalls die neue Bewegung unter den Arbeitern, welche direkte Aktion vermittels der Arbeiter- und Soldatenräte anstrebte.

Die Führer der Gewerkschaften fühlten, daß diese neue Bewegung, obgleich sie eigentlich nicht gegen die Genossenschaften überhaupt gerichtet war, ihre eigene Existenz bedrohte. Das war zum Teil auch wirklich der Fall.

Für Ostern 1918 wurde ein Parteikongreß einberufen, auf dem der Streit in der Partei ausgetragen werden sollte. Trotz aller Bestrebungen der alten Führer, die Opposition als ergebene Jünger des Bolschewismus zu verschreiben, die um jeden Preis mit der Waffe in der Hand gegen die Bourgeoisie ausziehen wollten, gewannen wir die Mehrheit des Kongresses für uns.

Eine Resolution wurde angenommen, die das Recht der Arbeiterklasse, zur Revolution zu schreiten, anerkannte und der Ansicht Ausdruck gab, daß eine solche Revolution mit parlamentarischen Mitteln allein nicht bewerkstelligt werden könne, wenngleich diese Mittel auch nicht zu verwerfen seien. Die Resolution begrüßte daher mit Freuden die direkte Aktion der Arbeiter, die neue revolutionäre Organe zu schaffen bestrebt waren. Die Partei erklärte sich bereit, falls es zu einer revolutionären Krise kommen sollte, ihre sämtlichen materiellen und geistigen Kräfte der revolutionären Bewegung zur Verfügung zu stellen. Andererseits betonte die Resolution, daß eine „Revolution“ nicht gemacht werden könne, sondern als reife Frucht aus dem Konflikt zwischen den alten und den neuen Wirtschafts- und Produktionsverhältnissen hervorgehen müsse. In Einklang mit dieser Resolution beschloß der Kongreß ferner, der Zimmerwalder Internationale beizutreten.

Die alten Führer zogen sich aus der Partei zurück. Zum Vorsitzenden der Partei wurde nunmehr Kyrre Grepp gewählt, zum Vizepräses — Emil Stang, zum Parteisekretär — Martin Tranmael und zum Redakteur des Zentralorgans — Olaf Scheflo.

Unter der Führerschaft dieser Genossen nimmt die Partei immer mehr einen ausgeprägt revolutionären Charakter an. Jedwede Bestrebungen der alten Führer, ihre Macht in der Partei wiederzuerlangen, waren und werden vergeblich sein.

Die führenden Gewerkschaften, der Eisen- und Metallarbeiterverband und der Verband der ungelerten Arbeiter, haben sich der neuen Partei-

führerschaft angeschlossen. Der Präses des Zentralrats der Gewerkschaften, Ole O. Lian, der früher der alten Richtung angehörte, hat sich nunmehr auch für die neue revolutionäre Parteiführung erklärt.

Auf dem letzten Kongreß der Partei, Mai 1919, schlossen sich die revolutionären Kräfte im ganzen Lande zusammen. Mit überwiegender Mehrheit beschloß der Kongreß, der III. Internationale beizutreten und deren politische Richtlinien zu den seinigen zu machen. Für den im Mai dieses Jahres bevorstehenden Kongreß ist das Programm einer Verfassung ausgearbeitet worden, die sich auf der Macht der Arbeitersowjets gründet. Das Programm entspricht in den Hauptzügen demjenigen der russischen Verfassung und den von den italienischen Sozialisten angenommenen Anträgen. Es steht zu erwarten, daß der Kongreß es mit erdrückender Mehrheit billigen wird.

Es bedarf auch einiger Worte über unsere internationale Tätigkeit. In erster Reihe waren wir bestrebt, die russische Revolution gegen allerhand Verleumdungen und Angriffe zu verteidigen. Aus allen möglichen Quellen suchten wir Kenntnis über Rußland zu erlangen und in unseren etwa vierzig Parteiorganen im ganzen Lande zu verbreiten. Viel Material, das wir aus erster Quelle hatten, wurde von uns in andere Länder weitergegeben, soweit es möglich war auf legalem Wege, sonst aber auf illegale Weise. Gar mancher junge norwegische Seemann hat Lehen und Wohlergehen aufs Spiel gesetzt, um andere Länder über die wahren Vorgänge in Sowjetrußland aufzuklären, ohne daß er dafür anderes Entgelt erhalten hätte, als bloß seine eigene Freude und sein Stolz daran, daß er an der die ganze Welt umfassenden Bewegung zur Befreiung der Arbeiterklasse teilnahm!

Die gegebene Order, am 21. Juli einen Generalstreik als Kundgebung zugunsten Sowjetrußlands zu veranstalten, wurde in Norwegen mit Begeisterung aufgenommen und ausgeführt. Unser Land war — ich bedaure es, es sagen zu müssen — das einzige, in dem der Generalausstand wirksam durchgeführt wurde. In Christiania wurde der Straßenbahn- wie auch jeder andere Transportverkehr eingestellt. Alle Läden waren geschlossen. Das gesamte wirtschaftliche Leben der Stadt stand still. Auf den Eisenbahnen herrschte Verwirrung. Die Führer der Eisenbahner wurden aus dem Dienst entlassen, weil sie versucht hatten, den Eisenbahnverkehr ganz einzustellen.

In bezug auf die Revolution in Deutschland stellten wir uns vom ersten Tage an auf die Seite der Spartakusgruppe. Die finnische Revolution unterstützen wir mit Einsatz unserer ganzen Kraft. Als es bekannt wurde, daß der weiße Henker Mannerheim den König von Norwegen zu besuchen beabsichtige, erhob die Arbeiterklasse wie ein Mann Einspruch. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke drohten, die ganze Stadt, das königliche Palais nicht ausgenommen, im Dunkeln zu lassen. Das Ende des

Liedes war, daß der tapfere General von einer „politischen Krankheit“ befallen wurde und nicht nach Norwegen zu kommen wagte.

Zur allskandinavischen Konferenz mit den schwedischen und dänischen Linksozialisten im Dezember 1919 war die norwegische Delegation am zahlreichsten und bedeutendsten, denn sie umfaßte die gesamte Arbeiterbewegung Norwegens.

Es machten sich auf dieser Konferenz zwei Richtungen geltend, gegen welche die norwegischen Delegierten entschieden auftraten, und zwar: einerseits eine revolutionäre „Romantik“, zu der die jugendlichen Sozialisten hinneigten, andererseits der von den Syndikalisten befürwortete wirtschaftliche „Revisionismus“. Im Kampf gegen diese beiden Richtungen waren wir bestrebt, den echt marxistischen Standpunkt zu finden. Aus taktischen Gründen waren wir gegen eine ausdrückliche Erklärung, daß die Revolution in allen Ländern unvermeidlich die Form eines blutigen Kampfes annehmen muß. Jedoch empfahlen wir den Arbeitern, sich für alle Eventualitäten bereit zu halten und im Kampf sich aller Mittel zu bedienen, derer sie habhaft werden konnten.

In Norwegen raten wir jedem einzelnen Arbeiter, den alten nationalen Schützenverbänden beizutreten und insbesondere für die Gründung von Soldatenräten im Heer Sorge zu tragen. Diese Räte arbeiten ganz legal unter der Losung der Demokratisierung der Armee. Ihr Ziel ist, die letztere zu einer wahren Volksarmee zu machen. Da die Liberalen sich in dem Konflikt mit Schweden, der 1905 mit einer politischen Revolution endete, des Heeres in derselben Weise bedient haben, können sie der Arbeiterklasse jetzt nicht gut den gleichen Weg zur Macht versagen. Wohl oder übel müssen sie auf die Forderungen der Arbeiter eingehen, daß das Heer „demokratischer“ gestaltet werde. Viele Offiziere sympathisieren ebenfalls mit den Arbeitern, da ihre wirtschaftlichen Interessen mit den Interessen der Kapitalisten nicht vieles gemein haben. Die Bewegung zugunsten der Soldatenräte kann daher offen und legal existieren, obgleich Generalstab und Regierung natürlich bemüht sind, ihr alle erdenklichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Vor zwei Monaten wurde in Christiania eine Konferenz der Soldatenräte abgehalten. Die Resolutionen der Konferenz gelangten aber selbstredend nicht zur Veröffentlichung.

Es hält schwer, zu sagen, in welchem Tempo die revolutionäre Bewegung in Norwegen sich entwickeln wird. Eine industrielle Krise ist in nächster Zukunft unausbleiblich.

Während des Krieges waren die Industriellen in der Lage, die Forderungen der Arbeiter in recht hohem Maße zu befriedigen. Nun aber hat das Steigen des Gewinns ein Ende und die Unternehmer machen sich bereit, weitere Forderungen abzuschlagen.

Der erste Konflikt ist bereits mit den Straßenbahnarbeitern von Christiania ausgebrochen. Diese sind Mitte Januar in den Ausstand getreten, um ihre auf Lohnerhöhung lautende Forderung durchzusetzen. Ende Februar dauerte der Streik noch fort, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Jedoch herrschte ein frischer Kampfesmut unter den Ausständischen. Die ganze Arbeiterklasse war sich bewußt, daß dieser Kampf bloß ein kleines Vorspiel zu den Ereignissen darstellt, die in diesem Jahre zu erwarten sind. Es wird sicherlich einen Kampf auf der ganzen Linie geben, nicht allein um Lohnsätze, sondern auch um weitgehende Fragen der Verwaltung der gesamten Industrie.

Die liberale Regierung hat einen Gesetzesvorschlag über neue „demokratische“ Institutionen in der Industrie ausgearbeitet. Dieser Vorschlag ist radikaler als entsprechende Gesetze in anderen Ländern. Es wird aber natürlich nichts daraus werden. Die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften haben in dieser Hinsicht ihre eigenen Vorschläge ausgearbeitet. Sie raten den Arbeitern ab, den bürgerlichen reformistischen Plänen zu vertrauen, welche die Industrie „demokratisieren“ wollen, ohne das kapitalistische System an sich zu ändern.

Die Arbeiter beginnen nun ihre eigenen Betriebsausschüsse zu gründen. Ihr Streben richtet sich auf die Übernahme der Industrieleitung in ihre Hände, die Eroberung aller Produktionsmittel und die Abschaffung des Privateigentums.

Alles in allem muß man sagen, daß die Arbeiter Norwegens für eine revolutionäre Krise gut vorbereitet sind. Man darf aber auch nicht außer acht lassen, daß die siegreiche Revolution in Rußland und die ungewöhnlich blutige Revolution in Deutschland der norwegischen Bourgeoisie und insbesondere allen Intellektuellen eine vorzügliche Lehre gegeben haben. Viele von ihnen haben gelernt, eine zielbewußte und geradlinige Revolution einer halbbewußten und schwankenden vorzuziehen.

Ingenleure und Aerzte, Lehrer und Professoren schließen sich in immer größerer Anzahl den „Bolschewiki“ an. Einerseits zieht der erhabene, reine Idealismus des Klassenkampfes sie an, andererseits stößt die völlige Ratlosigkeit der bürgerlichen Führer Europas in der Frage der Überwindung der vom Krieg geschaffenen Schwierigkeiten sie ab.

Die Lehre der vollendeten Tatsache, — des Sieges der russischen Revolution — ist die beste Waffe in unserer Hand. Die russischen Genossen haben sich ihr eigenes Land erobert. Sie haben auch die Hälfte der Arbeit in anderen Ländern geleistet. Sie haben die Bourgeoisie zaudern, schwanken, zweifeln gemacht. Insbesondere von den kleinen Ländern, die dem Krieg fernstanden, muß man sagen, daß die Arbeiterklasse durch die Revolutionen in Rußland und Deutschland mehr an Kraft gewonnen, als die Bourgeoisie sich an Erfahrung bereichert hat.

J. Friis.

Arbeiter- u. Bauernuniversitäten in Sowjetrußland.

1. Die Kommunistische Swerdlow-Universität in Moskau.

(Die Parteihochschule beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei
Rußlands.)

I.

Die Gründung der Universität.

Die kommunistische Universität in Moskau, die den Namen unseres Genossen I. M. Swerdlow trägt und anders auch als Parteihochschule bezeichnet wird, ist eine Errungenschaft des Proletariats, das nach der Oktoberrevolution die Möglichkeit erhalten hat, seine eigene, neue, rein proletarische Schule zu begründen.

Ungeachtet ihres kurzen Bestehens und der gewaltigen Schwierigkeiten, die die Übergangszeit des unerhört zugespitzten Bürgerkrieges und der wirtschaftlichen Zerrüttung mit sich brachte, hat das Proletariat am Beispiel dieser Schule gezeigt, was die Werktätigen leisten können, sobald nur einigermaßen günstige Daseinsbedingungen geschaffen werden.

Die kommunistische Universität entstand im Juni 1918 aus den Agitations- und Propagandakursen am Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee der Sowjets auf Anregung des Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees Gen. I. M. Swerdlow.

Diesem hervorragenden Organisator war es sonnenklar, daß das Proletariat nach Besitzergreifung der Macht unverzüglich alle sich bietenden Möglichkeiten — und vor allen Dingen die Schule — ausnutzen müsse, wenn es seine Eroberungen festigen und erweitern wollte.

Zugleich aber war es dem Gen. Swerdlow nicht weniger klar, daß die alte bürgerliche Schule dem Proletariat nicht zu dienen vermag.

Und ebenso gah er sich volle Rechenschaft darüber, daß auch nicht gewartet werden konnte, bis das Volkskommissariat für Aufklärung die Sabotage der bürgerlichen Professoren brechen und neue Pläne und Programme ausarbeiten werde, denn die Zeit drängte: aus allen Orten, aus der Provinz liefen Forderungen ein, man verlangte neue Funktionäre,

die die kommunistische Revolution durchführen und das neue Sowjetleben aufbauen sollten.

Die Agitations- und Propagandakurse verfolgten den Zweck, die Arbeiter rasch über die brennenden praktischen Tagesfragen zu instruieren und sie als Kommissäre, Emissäre, Bevollmächtigte der zentralen Sowjetmacht u. a. an verschiedene Orte zu entsenden.

Daher wurde das Hauptkontingent der Hörer vornehmlich aus Arbeitern des Zentrums gebildet. Die Unterrichtsdauer war sehr kurz — zwei Wochen, der Arbeitsplan und der Bestand der Vortragenden hatte einen recht zufälligen Charakter.

Die Unmöglichkeit, im Lauf einer so kurzen Zeitspanne den Hörern auch abgerundeten und gründlichen Unterricht zu bieten, veranlaßte schon damals die Leiter der Kurse, den Verbleib der Kursisten in der Schule zu verlängern; die ersten 200 Mann wurden im Juni 1918 entlassen, die nächsten 200 aber, die im Juni eintraten, mußten schon drei Wochen auf den Kursen zubringen.

Und mit jeder neuen Aufnahme von Hörern waren die Leiter der Kurse genötigt, die Unterrichtsdauer zu verlängern.

Im Verlauf von fünf Monaten hat sowohl die Dauer des Kurses verlängert, als auch die Zahl der Hörer selbst erhöht werden müssen, und wenn anfangs keine bestimmten Programme und Lehrpläne vorhanden waren, so nötigte das Leben schon sehr bald zur Ausarbeitung von völlig bestimmten, wenn auch unvollkommenen Plänen und Programmen.

Der erste Leiter der Kurse, Mitglied des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees Gen. G. J. Teodorowitsch, hatte für die Vorlesungen zufällige Lektoren heranziehen müssen und für die Instruierung — Organisationspraktiker, Volkskommissäre, alte Parteifunktionäre. Der zweite Leiter der Kurse, Mitglied des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees Gen. Kanatschikow, der am 1. Dezember 1918 die Leitung der Schule übernahm, ging sofort an die Ausarbeitung von Programmen und Lehrplänen.

Und da das dringendste Bedürfnis nach erfahrenen Sowjet- und Parteifunktionären hauptsächlich in den Kreisstädten und besonders auf dem flachen Lande — in den Gemeinden — vorlag, so wurden Lehrplan und Programm so ausgearbeitet, daß sie binnen kürzester Frist Gemeinde- und Kreissowjetfunktionäre heranbilden konnten.

Aus diesem Grunde war das Programm auf 2 Vorlesungszyklen berechnet, — einen Gemeindezyklus und einen Kreiszyklus.

Seit Januar 1919 tragen die Kurse den Namen „Schule für Sowjetarbeit“, und von dieser Zeit an wird bei sechswöchiger Unterrichtsdauer der Gemeindezyklus durchgenommen, der 341 Absolventen hat; im März 1919 beginnt dann auch der Kreiszyklus, und im Mai verlassen die

Schule 450 Arbeiter und 300 andere, aus dem kommunistischen Jugendverband in die Schule aufgenommene Genossen.

Im März 1919 aber wird auf dem 8. Kongreß der K. P. R. von Genossen aus der Provinz die Organisierung einer Parteischule beim Zentralkomitee der Partei angeregt; der Kongreß beauftragte das neugewählte Zentralkomitee, eine solche Schule zu organisieren, und daher beschloß das Organisationsbüro des Zentralkomitees angesichts des ungemeinen Mangels an Lektoren (die besten Genossen befanden sich alle an der Front), die Schule für Sowjetarbeit in eine Zentralschule für Sowjet- und Parteiarbeit zu verwandeln.

Es wurde ein neuer Plan ausgearbeitet, der folgende Gestalt hatte: die Schule wird in zwei Abteilungen geteilt — eine Sowjetabteilung und eine Parteiabteilung. Erstere besteht beim Gesamtrossischen Zentral-exekutivkomitee, letztere beim Zentralkomitee der K. P. R. Für die Studenten beider Abteilungen wird ein allgemeiner theoretischer Kursus gelesen, wobei jedoch die Hörer der Sowjetabteilung in Sektionen gruppiert werden, nach der Zahl der bestehenden Volkskommissariate (militärische Sektion, Sektion des Volkskommissariats für Landwirtschaft, für Rechtspflege usw.).

Nach allgemeiner theoretischer Vorbereitung zusammen mit den Parteigenossen hatten die Hörer der Sowjetabteilung in den Sektionen besonders sorgfältig die Fragen des einen oder anderen Zweiges des Sowjetaufbaus zu studieren, um dann an Ort und Stelle als Instruktoren dienen und die Ideen des Zentrums durchführen zu können.

Im Mai 1919 ging die Leitung der Schule an das Mitglied des Gesamtrossischen Zentral-exekutivkomitees Gen. W. J. Newski über, und abermals nahm die Lehrabteilung der Schule eine Umarbeitung des Programms vor.

Der neue Hörerbestand, über tausend Personen, absolvierte von Juni bis Oktober nach dem neuen Programm schon den vollen dreimonatlichen Kursus. Außer dem Hauptbestand der Hörer organisierte die Schule eine Reihe kurzfristiger Kurse für die von der Roten Armee gefangen genommenen Kosaken (248 Mann), für die von der politischen Verwaltung des Revolutionskriegsrats der Republik abkommandierten Rotarmisten (200 Mann), für Kooperatoren (166 Mann), für Baschkiren usw. Die meisten dieser Hörer wurden immer wieder an die rote Front geworfen, wo sich das Schicksal der Sowjetmacht entschied.

Man kann ruhig sagen, daß in der Zeit vom Juni 1918 bis zum Januar 1920, d. h. in 1½ Jahren des Bestehens der Schule, von den mehr als 4½ tausend Hörern, die die Schule absolviert haben, über 3000 der Front zur Verfügung gestellt, der Roten Armee eingereicht worden sind.

Ohne Uebertreibung kann behauptet werden, daß die Hörer der Kommunistischen Swerdlow-Universität in gleichem Maße wie die Kursisten

anderer Kurse (wie z. B. der Petrograder) und überhaupt zusammen mit den Kommunisten durch ihren Eintritt in die Rote Armee diese zusammengeschweißt und durch ihr Beispiel, ihren Mut, ihre grenzenlose Ergebenheit für die Sache der Arbeiter und Bauern, ihre Heldentaten und ihren Tod die Siege erzielt haben, durch die unsere Rote Armee sich auf den Schlachtfeldern bei Petrograd, jenseits der Wolga und im Süden unsterblich gemacht hat.

Im Verlauf des Zyklus Juni—Oktober 1919 wurde die „Zentralschule für Partei- und Sowjetarbeit“ in die Kommunistische Swerdlow-Universität umbenannt und die Programme und Lehrpläne abermals umgearbeitet.

Bevor wir zur Beleuchtung der Gründe übergehen, die zur Änderung des Namens der Schule in eine kommunistische Universität geführt haben, müssen wir bei der Erfahrung verweilen, die die Sowjetmacht mit der Schule im Lauf von mehr als einem Jahr, vom Juni 1918 bis zum Oktober 1919, erzielt hat.

II.

Die Erfahrung der Kommunistischen Universität als einer neuen Form der proletarischen Schule.

Der Gedanke an eine echte proletarische Hochschule hat zweifellos allen Plänen und Umgestaltungen des Volkskommissariats für Aufklärung zugrunde gelegen.

Sowohl die Lehrpläne der einheitlichen Arbeitsschule als auch die Lehrpläne der Schulen zweiter Stufe sind so abgefaßt, daß sich aus ihnen naturnotwendig neue Lehrpläne für die proletarische Hochschule ergeben oder ergeben müßten.

Und wir wissen, daß diese proletarische Hochschule bereits im Bau begriffen ist: die Arbeiterfakultäten an den Staatsuniversitäten, die sozialistische Akademie, — das sind alles praktische Verkörperungen des neuen sozialistischen Gedankens auf dem Gebiet der Aufklärung.

Abgesehen von diesen Schritten in gesamtstaatlichem Umfang aber hat es auch noch Versuche gegeben, etwas Besonderes, Neues zu schaffen, — eine „Proletarische Universität“, deren Hauptinitiator Gen. Bogdanow ist.

Ohne auf Einzelheiten oder auf eine Polemik in dieser Frage einzugehen (eine solche Polemik könnte uns sehr weit führen, da einige sehr originelle Ansichten des Gen. Bogdanow, des Verfassers der „Allgemeinen Organisationswissenschaft“, berührt werden müßten), wollen wir hier nur erwähnen, daß die Versuche, eine neue proletarische Universität ohne Beihilfe der kommunistischen Kräfte, über die die Sowjetmacht verfügt, zu gründen — gescheitert sind.

Die Gründe dieses Mißerfolges sind von den Initiatoren der „Proletarischen Universität“ selbst sehr gut erklärt worden.

Als die wichtigsten Ursachen des Mißerfolges sieht der Verfasser des Artikels „Die proletarische Universität“, Gen. A. Bogdanow, folgende an (Zeitschrift „Proletarische Kultur“, Nr. 5, Seite 15, 16): 1. Das Unternehmen ging von keinem Kollektiv aus und wurde von Anfang an nicht kollektiv geführt; 2. „der Hörerbestand war in seiner Mehrheit nicht proletarisch“, und 3. „schrecklich ungünstige äußere Umstände“, — Bürgerkrieg, Hunger und dergl.

Zweifellos ist an diesem Eingeständnis wichtig, daß die ersten beiden Ursachen die Hauptrolle gespielt haben, denn bei der Schaffung der kommunistischen Universität lagen und liegen genau ebenso „schrecklich ungünstige äußere Umstände“ vor, d. h. Hunger und Kälte sowie vorzeitige Entlassung der Studenten, die von der Front aufgesogen werden.

Und siehe da, trotz alledem lebt und entwickelt sich die kommunistische Universität, und — was das Interessanteste ist — sie entwickelt sich gerade in der Richtung von zeitlichen Agitations- und Instruktionkursen zum Typus der neuen proletarischen Hochschule.

Dies aber geschieht deshalb, weil die ersten beiden Ursachen — Fehlen der Kollektivität und nichtproletarischer Hörerbestand — für die kommunistische Universität unbekanntere Erscheinungen sind.

Daß dies tatsächlich der Fall ist, erhellt aus den statistischen Angaben für das letzte Jahr (Januar 1919 bis Januar 1920), über die die Universität verfügt, d. h. also gerade für die Zeit, da die „Schule für Sowjetarbeit“ sich aus zeitweiligen Agitations- und Instruktionkursen in eine mehr oder weniger ständige Lehranstalt mit dauernden Kursen umzuwandeln begann.

Von den über 2500 Personen, die im Verlauf des Jahres 1919 die Universität besucht haben (im halben Jahr 1918 entließen die Agitations- und Propagandakurse ungefähr 2000 Personen, die das geplante Programm angesichts ihrer Einberufung an die Front nicht absolvieren konnten), liegt über 2217 Genossen eine sehr eingehende Rundfrage vor.

Diese Rundfrage sagt über die soziale Zusammensetzung des Hörerbestandes folgendes aus.

Von den Absolventen des Gemeindezyklus im Januar 1919 (insgesamt 341) machten 325 Personen (95,3 %) Angaben über ihren Beruf. Es waren:

Arbeiter	141 — 43,38 %
Bauern (Ackerbauer)	96 — 29,54 %
Freie Berufe	88 — 27,08 %

	325 — 100,00 %

Noch deutlicher ist der Hörerbestand aus den Zahlen ersichtlich, die sich auf das Besitztum der Kursisten beziehen.

Von den insgesamt 341 Hörern waren:

Kleingrundbesitzer	98 — 28,7%
Ohne jeden Grundbesitz	243 — 71,3%
	<u>341 — 100,0%</u>

Von den 464 Hörern des Kreiszyklus, die im März 1919 endeten, haben 344 Personen Angaben gemacht, von ihnen waren:

Arbeiter	44%
Freie Berufe	20%
Bauern-Grundbesitzer	25%

Hinsichtlich ihres Besitzstandes verteilten sich alle 464 Hörer folgendermaßen:

Reine Proletarier	308 — 66,38%
Kleingrundbesitzer	156 — 33,62%
	<u>464 — 100,0%</u>

Die 998 Hörer, die im November endeten, verteilten sich folgendermaßen:

Arbeiter	529 — 52,9%
Ackerbauer	158 — 15,8%
Freie Berufe	311 — 31,3%
	<u>998 — 100,0%</u>

Davon waren:

Ohne jeden Grundbesitz	883 — 88,5%
Kleingrundbesitzer	115 — 11,5%

Von den 166 Hörern des speziellen Kooperativkursus, die im Februar 1920 gendet haben, waren:

Arbeiter	50,6%
Bauern	3,6%
Freie Berufe	45,8%
Ohne Grundbesitz	90,4%
Kleingrundbesitzer	9,6%

In der Zusammenfassung ergeben alle diese Angaben folgendes Bild:

Verteilung der Absolventen der Schule nach Kategorien:

Aus der Gesamtzahl der Absolventen waren (in Proz.)

Ab- solvierungs- termin	Arbeiter	Bauern	Freie Berufe	Ohne Grundbesitz	Kleingrund- besitzer	Männer	Frauen	Grossrussen	Gesamtzahl der Absolventen
Januar 1919	43,38	29,54	27,08	71,2	28,7	94,1	5,8	—	348
März 1919	44,0	25,0	20,0	64,44	53,62	95,0	5,0	—	464
Okt. 1919	52,9	15,8	31,1	88,5	11,5	85,7	14,1	72,5	998
Febr. 1920	50,6	3,6	45,8	90,4	9,6	81,6	18,7	88,4	166

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, wie mit jedem neuen Zustrom die Zahl der Arbeiter stieg: zu Anfang des Jahres machten sie weniger als die Hälfte aus, im März ist die Steigerung gering, im großen Oktoberkursus aber machen sie fast 53% aus, und sogar im kleinen Kooperativzyklus sind ihrer mehr als die Hälfte. Die Arbeiter bilden das überwiegende Element in der Kommunistischen Universität, und zudem sind es Proletarier, die keinerlei Grundbesitz haben, was ausgezeichnet aus der vierten Spalte der Tabelle hervorgeht, die darauf hindeutet, wer überhaupt in der Schule anzutreffen ist: Arbeiter, Städter aus der ehemaligen mittleren und kleinen Bourgeoisie oder überhaupt der Proletarier, der kein Eigentum hat und sich sein Stück Brot durch persönliche Arbeit erwirbt; die Zahl der Personen ohne Eigenbesitz ist mit jedem neuen Bestand gestiegen, und zum Januar 1920 machten die Grundbesitzer unter den Hörern nur etwa 10% aus.

Dementsprechend ist auch die Zahl der Bauern, die Landwirtschaft betreiben, unter den Schulbesuchern gefallen: Anfang 1919 machten sie fast ein Drittel aus, mit jedem neuen Hörerbestand aber fiel die Zahl der bäuerlichen Kleingrundbesitzer; die Erklärung liegt zweifellos sowohl im Abströmen der Bauern ins Dorf überhaupt, als auch in einer ganzen Reihe anderer Ursachen (z. B. die Mobilmachungen).

Interessant sind die Zahlen, die auf den wachsenden Andrang der städtischen Schicht, die dem Proletariat nahesteht, hinweisen, der Kontoristen, Handlungsgehilfen usw., und derjenigen, die in der Rundfrage als Personen freier Berufe bezeichnet sind.

Noch interessanter aber sind die Zahlen über die steigende Anzahl der weiblichen Hörer in der Schule: während bei Jahresbeginn die Zahl der Hörerinnen nur etwa 6% betrug, machten sie bei Jahreschluß und zu Anfang 1920, im vierten Hörerbestande, bereits 18,7% aus, d. h. der Prozentsatz der Frauen ist sehr wesentlich gestiegen — einerseits auf Kosten der Bauerngruppe, andererseits und hauptsächlich aber infolge der erhöhten Anteilnahme der Frau am öffentlichen Leben Sowjetrußlands überhaupt.

Die Angaben über die soziale Stellung und die Berufe der Hörer erweisen zweifellos folgendes: 1. daß der Bestand der Kommunistischen Universität rein proletarisch ist; 2. daß neben einer Steigerung der Zahl hochqualifizierter Arbeiter unter den Hörern, z. B. Metallarbeiter, die Schule auch die zurückgebliebensten Schichten des Proletariats heranzieht, wie Textilarbeiter, Handlungsgehilfen, Kontoristen, Schneider; und 3. daß die Zahl der Frauen in der Schule ebenfalls bei jeder neuen Aufnahme steigt.

Über die politische Einstellung der Hörer der Kommunistischen Universität gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Bestand	Partei-lose	Mitglieder and. rer Parteien	Kommunisten		
			Sympathi- sierende	Partei- mitglieder	Zusammen
Januar 1919	5,5	9,0	16,4	68,9	85,3
März 1919	8,14	—	5,3	82,6	87,9
Okt. 1919	34,4	1,2	16,2	48	65,6
Febr. 1920	9,1	—	31,6	59	90,9

Die erdrückende Mehrheit der Hörer sind somit Kommunisten — Parteimitglieder und Sympathisierende — und die Zahlen zeigen unzweideutig an, daß bei jeder Neuaufnahme von Hörern der Prozentsatz der Kommunisten steigt, der Prozentsatz der Parteilosen fällt und die Vertreter anderer Parteien außer der kommunistischen vollständig verschwinden.

In der letzten Tabelle sind die Zahlen der dritten Zeile von Interesse, die ein Fallen des Prozentsatzes der Kommunisten und ein Steigen des Prozentsatzes der Parteilosen im Zeitraum Oktober 1919 bis Februar 1920 anzeigen; dies erklärt sich sehr einfach, wenn man sich erinnert, daß der dritte Bestand (der im Oktober absolvierte), gerade im August aufgenommen wurde, als ein verstärktes Vordringen der Weißen begann und die Organisationen genötigt waren, fast alle auch nur irgendwie verantwortlichen Genossen für die Front mobil zu machen.

Wie aus weiteren, uns zur Verfügung stehenden Daten erhellt, ist die erdrückende Mehrzahl der Hörer so oder anders in die Arbeit zum Aufbau des neuen Lebens eingetreten. Mehr als die Hälfte der Hörer arbeiten in Sowjetinstitutionen, und die Teilnahme der Hörer an der Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen wächst mit jedem neuen Bestand.

Die über das Alter und die Familienverhältnisse der Hörer gesammelten Angaben zeigen, daß nicht nur junge Leute bestrebt sind, in die Universität zu gelangen, sondern auch solide Genossen, Familienväter, die unter dem Zaren und der Bourgeoisie nicht die Möglichkeit hatten, sich irgendwelche Kenntnisse zu erwerben und die jetzt das Verlorene nachholen möchten.

Über Dreiviertel aller Studenten haben vor ihrem Eintritt in die Universität nur eine ganz unbedeutende Bildung erhalten — sie haben den Kursus der alten zaristischen Elementarschule durchgemacht, d. h. sie verstehen nur zu lesen und zu schreiben.

Ungefähr 5 Prozent aller Hörer haben überhaupt keine Schule besucht und das Lesen und Schreiben selbständig erlernt.

Die Personen mit Mittelschulbildung sind immerhin noch recht zahlreich (über 16 Prozent), und die Zahl der Personen mit Hochschulbildung ist im Steigen begriffen.

Der letztere Umstand erscheint als merkwürdig, da Personen mit Hochschulbildung in die Universität nicht aufgenommen werden.

Man hat jedoch Ausnahmen machen müssen, denn in der letzten Zeit sind der Partei nicht wenig Genossen beigetreten, die diese oder jene technische Fachbildung haben, ihre Ergebenheit für die Sowjetordnung durch die Tat bewiesen haben, in den Fragen des Sozialismus und in den Sozialwissenschaften aber zu ihrer Schande vollständig unwissend sind.

Der Schulrat hielt sich nicht für berechtigt, solchen Genossen die Möglichkeit zu verweigern, Vorlesungen über die Grundlagen der Sowjetverfassung aus dem Munde des Gen. Lenin, eine Darlegung der ökonomischen Wissenschaft aus dem Munde des Gen. Bucharin zu hören und überhaupt, wenn auch in kurzen Zügen, unsere Parteigeschichte durchzunehmen und Kommentare zu unserem Programm kennen zu lernen.

Die Universität hat in ihren Mauern in kurzfristige Spezialkurse u. a. vier Gruppen Kosaken aufgenommen, hauptsächlich von der Ostfront.

Diese Kosaken, meist weißgardistische Ueberläufer, werden vom Unterrichtsleiter auf diesen Kursen Gen. Kohn mit folgenden Worten charakterisiert: „Sie suchten eine Erklärung für die Vorgänge zu finden, an denen sie teilgenommen hatten, und waren äußerst revolutionär gestimmt, was übrigens nicht hinderte (namentlich in der ersten Zeit), daß der Antisemitismus unter ihnen seine Blüten trieb.“

Aus allen vorliegenden Daten über die Personalien der Hörer können folgende Schlüsse gezogen werden: 1. der Hörerbestand an der Kommunistischen Swerdlow-Universität ist proletarisch; 2. mit jeder neuen Aufnahme in die Universität strömt eine neue frische Welle von Proletariern aus den breitesten Unterschichten der Werktätigen hinein; 3. der Zustrom der Frauen steigt; 4. die erdrückende Mehrheit der Hörer sind Mitglieder der Kommunistischen Partei oder Sympathisierende; 5. ihrem Alter nach bilden die Hörer den gesunden Teil des Proletariats in der Blüte der Kraft und Gesundheit; und endlich 7. der Bildung nach ist das eine Masse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit nur des Lesens und Schreibens kundig ist oder in selteneren Fällen eine gewisse systematische Bildung in der Mittelschule erhalten hat.

III.

Lehrplan und Lehrmethoden an der Kommunistischen Universität.

Wie bereits oben erwähnt, sind im Jahre 1918 bei Begründung der Agitations- und Propagandakurse, aus denen sich die Kommunistische Universität entwickelt hat, fest bestimmte Lehrpläne nicht vorhanden gewesen, ebensowenig wie ein fester Bestand an ständigen, den Kursen zugewiesenen Lektoren.

Die Kurse entstanden unter dem Druck der brennenden Bedürfnisse

des Augenblicks: es waren Leute nötig, sie wurden verlangt — von der Provinz, vom flachen Lande, von der Front, von den Verbänden und Genossenschaften; man brauchte Kämpfer zur Durchführung der Kampflosungen, verlässliche Leute, Kommissäre, Emissäre, Bevollmächtigte, um an Ort und Stelle die Befehle des Zentrums, seine Dekrete und Instruktionen durchzuführen.

Die Kenntnis dieser Dekrete und Instruktionen, des ganzen Wesens der Politik des Zentrums zu vermitteln; den Genossen eine wenn auch zeitweilige, so doch scharfgeschliffene Waffe in die Hand zu geben, — darin bestand die Aufgabe dieser ersten Agitations- und Propagandakurse.

Es ist daher nur natürlich, daß die Kurse im Anfang weder über ein wohlgedachtes Programm noch über einen Lehrplan noch auch über ständige Lektoren an den Kursen verfügten.

Allerdings ließ der verstorbene Vorsitzende des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees Gen. Swerdlow Ende 1918 an alle Volkskommissäre die Vorschrift ergehen, schleunigst ein Programm von Vorlesungen über jedes Kommissariat auszuarbeiten und mit diesen Vorlesungen zu beginnen; begreiflicherweise aber ist daraus nichts geworden: die Vorlesungen trugen dennoch einen unsystematischen, zufälligen Charakter.*)

Erst ein halbes Jahr nach der Gründung der Kurse, als die Leitung der Kurse an das Mitglied des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees S. A. Kanatschikow überging, wurde zur Ausarbeitung eines Programms geschritten.

Die Praxis selbst erzwang zuerst eine Verlängerung der Dauer des Verbleibens der Hörer auf den Kursen und dann auch die Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms.

Und da der größte Bedarf an Funktionären auf dem flachen Lande herrschte, so wurde dementsprechend das Programm des sog. Kreiszyklus und Gemeindezyklus ausgearbeitet.

Daraus ist ersichtlich, daß auch hier von irgend einem Lehrplan keine Rede war.

Das Leben zeigte unverweilt, daß es unmöglich war, bei den alten Methoden und Gewohnheiten der bürgerlichen Schule zu verbleiben.

Gleich zuerst erwies schon das alte Vorlesungssystem schlagend seine Unbrauchbarkeit hier, unter dieser Masse von Werktätigen, die verständliche, der Praxis und ihrem Verständnis nahestehende Methoden und Unterrichtsweise erheischte.

Das Programm nahm darauf keine Rücksicht: der Lektor kam, hielt die ihm zugewiesene ein- oder zweistündige Vorlesung, las sehr gut, die

* Schreiber dieser Zeilen erhielt wie die übrigen Volkskommissäre ebenfalls die Anweisung, einen Kursus von Vorlesungen abzuhalten, und hat auch einige solche Vorlesungen gehalten, aber nicht über die Tätigkeit des Verkehrskommissariats, sondern über Religion.

Kursisten hörten zu, ob sie aber das, was sie hörten, begriffen oder nicht, das konnte weder nachgeprüft noch auch überhaupt in Erfahrung gebracht werden.

Im besten Fall, wenn der Lektor ein alter Parteifunktionär war, erinnerte er sich seiner Praxis in den illegalen Arbeiterzirkeln für Propaganda und ließ seiner Vorlesung eine Diskussion folgen, weiter aber ging er nicht.

Die Kurse brachten natürlich Nutzen, da der Lektor immerhin von den Hörern selbst ins Gespräch gezogen wurde, und da die meisten Themata in der einen oder anderen Beziehung zur Sowjetpraxis standen, so wurden die Leiter der Schule durch das Leben selbst genötigt, über die Lehrmethoden nachzudenken.

Schon die Arbeit mit den im März aufgenommenen Hörern bewies, daß die Unterrichtsweise von Grund aus geändert werden mußte, umso mehr, als der Beschluß des Zentralkomitees über die Schaffung einer Parteschule die Ausarbeitung eines Lehrplanes auf diesem Gebiet verlangte.

Der Schulrat nahm denn auch nach der Entlassung des im März aufgenommenen Bestandes aus der Schule die Ausarbeitung von Plänen und Programmen in Angriff.

Es wurde beschlossen, die ganze Schule in zwei Abteilungen zu trennen: eine Sowjetabteilung und eine Parteiabteilung.

Für beide Abteilungen soll ein gemeinsamer theoretischer Kursus gehalten werden: Geschichte der wirtschaftlichen Beziehungen, ein Kursus der ökonomischen Wissenschaft (die früher den Namen politische Oekonomie trug), wissenschaftlicher Sozialismus, Geschichte der Arbeiterbewegung im Westen, Geschichte der Arbeiterbewegung in Rußland, Geschichte der Revolutionen im Westen, Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands, das Programm der Kommunistischen Partei, die Sowjetverfassung, die Agrarfrage und die Agrarbewegung in Rußland.

Und dann, ungefähr auf der Hälfte des theoretischen Kursus, begann die faktische Trennung der Kursisten in zwei Teile; die einen widmeten sich dem Studium der Fragen der Sowjetpraxis, der andere Teil fuhr fort, seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Parteitätigkeit zu vertiefen.

Darum wurde die Sowjetabteilung wiederum in so viel Sektionen eingeteilt, als es Kommissariate in Sowjetrußland gab.

Um sich davon zu überzeugen, welche bedeutende Veränderungen der ursprünglichen Aufgaben der Schule durch die Entwicklung hervorgerufen worden sind, braucht man nur die ursprünglichen Programme mit denen zu vergleichen, die fünf oder sechs Monate nach Eröffnung der Schule ausgearbeitet worden sind.

Das ursprüngliche Programm der zweiwöchentlichen Kurse z. B. sah folgendermaßen aus:

1. Klassenkampf, 2. Entwicklung des Kapitalismus, Imperialismus, Krieg,

Revolution, 3. Diktatur des Proletariats und der Partei, 4. die Agrarfrage, 5. Verpflegungswesen, 6. Nationalisierung der Produktion, des Handels und der Banken; 7. die rote Armee und 8. die Organisation der Sowjetmacht.

Aber schon gleich zu Beginn waren die Begründer der Kurse sich darüber klar, daß man sich keinenfalls auf eine so engbegrenzte Aufgabe beschränken dürfe wie die eilige, flüchtige Instruierung von Genossen im Lauf zweier Wochen über die laufenden Tagesfragen, sondern daß es notwendig sei, „den Provinzjalsowjets erfahrene Instruktoren zu geben; in- folgedessen wird nur der vierte Teil des (dreimonatlichen) Kursus theoretischen Fragen gewidmet, die anderen drei Viertel jedoch — Vorlesungen und praktischen Arbeiten auf dem Gebiet des Aufbaus des Sozialistischen Staates“.

Das Programm dieses dreimonatlichen Kursus lautete folgendermaßen:

1. Arbeit und Kapital und Geschichte des Klassenkampfes; 2. Imperialismus und Krieg; 3. Parlamentarismus und Diktatur der Bourgeoisie; 4. Diktatur des Proletariats und die Sowjets; 5. Sozialismus, Anarchismus und Kommunismus; 6. der Opportunismus in Vergangenheit und Gegenwart; 7. der Aufbau der Sowjets; 8. die Sozialisierung des Bodens; 9. das Verpflegungswesen; 10. die Nationalisierung der Industrie und der Banken; 11. Arbeiterkontrolle und Arbeitspflicht; 12. die Finanzen (der Fiskus) der Sowjetrepublik; 13. die Rote Armee und die Bewaffnung der Arbeiter; 14. die Sowjets und die Volksaufklärung; 15. Kirche und Staat; 16. die Nationalitätenfrage; 17. der Brester Frieden und unsere Aufgaben; 18. der Oberste Volkswirtschaftsrat; 19. die Kooperation; 20. das Transportwesen; 21. Versicherungsfragen und 22. die Internationale.

Wie aus diesem Programm hervorgeht, ist von einem stehenden Lehrplan eigentlich überhaupt keine Rede, und der Inhalt der Vorlesungen wird völlig von den brennenden Tagesfragen beseelt.

„Der Brester Friede und unsere Aufgaben“, „Die Rote Armee und die Bewaffnung der Arbeiter“, — das sind Fragen, auf die unverweilt geantwortet werden mußte, ohne alle Klauseln und Windungen, Fragen, die in der Praxis sofort ihre Lösung finden mußten, ohne die Sache auf die lange Bank zu schieben.

Der Versuch, einen wirklichen Lehrplan zu schaffen, tritt in der Satzung über den Kreis- und den Gemeindezyklus zutage, die im Februar 1919 ausgearbeitet wurde.

Dieser „Satzung“ zufolge wurde der ganze Unterricht in zwei Teile geschieden; 1. den Kreiszyklus mit längerer Lehrdauer (3 Monate), und 2. einen kurzen Kursus (den Gemeindezyklus).

Der dreimonatige Kursus umfaßte 226 Vorlesungsstunden allgemein theoretischen Charakters und 400 Stunden Spezialbeschäftigung mit den praktischen Fragen des Sowjetaufbaus auf dem Gebiet eines jeden Kommissariats.

Hier, in diesem Programm, figuriert auch schon ein Kursus über „Wissenschaftlichen Sozialismus“ (18 Stunden), über „Geschichte der Arbeiterbewegung“ (24 Stunden) und „Geschichte der Kommunistischen Partei“ (24 Stunden), wovon in den ersten Programmen gar keine Spur zu finden war.

Die Erfahrung zeigte schon sehr bald, daß es auch für den praktischen Funktionär nicht genügend ist, wenn er mit der Flinte umzugehen versteht, sondern daß er auch die Geschichte seiner Partei kennen muß und „kein Ignorant in der Philosophie“ sein darf.

In dieser „Satzung“ der Schule wurde schon deutlich erklärt: „Der Unterricht auf dem allgemeinen Kursus verfolgt den Zweck, den Arbeitern und Bauern eine elementare kommunistische Bildung zu geben, die eine notwendige Vorbedingung für bewußte Anteilnahme an der Sowjetarbeit ist.“ Diese Anteilnahme wurde in der Form gedacht, daß die Kursisten nach Verlassen der Schule Vorsitzende, Mitglieder und Schriftführer von Exekutiven, Sowjets, Komitees und Verwaltungen sowie Vorsteher, Instrukteure, Agitatoren und Propagandisten werden würden.

Dabei wurde angenommen, daß die Kursisten, um sich für so verantwortliche Aemter vorzubereiten, den allgemeinen Kursus durchmachen und dann zwei Monate lang in dieser oder jener praktischen Spezialfrage arbeiten mußten.

Das Leben hat auch hierin gezeigt, daß eine genauere Spezialisierung erforderlich ist, vor allem in den beiden Hauptzweigen der Arbeit — der Partearbeit und der Sowjetarbeit — mit darauffolgender engerer Spezialisierung in jedem von diesen beiden Hauptzweigen.

Daher wurde im Mai 1919 ein neues Programm ausgearbeitet, das im wesentlichen in einer eingehenderen Spezialisierung und in einer praktischen Gestaltung der Beschäftigungen bestand.

Wie bereits oben erwähnt, zerfiel die ganze Schule in zwei Abteilungen: eine Parteiabteilung und eine Sowjetabteilung.

Die Studenten der einen wie auch der anderen Abteilung waren verpflichtet, einen allgemein theoretischen Vorlesungskursus von 240 Stunden durchzumachen; außerdem hatten sie sich irgend einen Zweig der Partei- oder Sowjetarbeit zu erwählen.

Die Studenten der Sowjetabteilung wurden sodann in 9 Zyklen geteilt, in denen sie sich mit dem theoretischen Studium dieser oder jener Frage des Staatsaufbaus beschäftigten, wobei jeder Zyklus (für Volkswirtschaft, für Arbeit, für Transportwesen usw.) 160 Stunden ausfüllte; darauf traten sie in eine der 19 Sektionen ein, wo sie sich nun schon rein praktisch mit der Sowjetarbeit bekannt machten.

Jeder Sektion wurden 120 Stunden zugeteilt, und der Student einer solchen Sektion mußte die Kommissariate besuchen, ihre Geschäftsführung,

Technik und Mechanik studieren und an der Hand des lebendigen Geschäftsgangs, durch seine Teilnahme an der Arbeit des Kommissariats, sich zu seiner künftigen Tätigkeit vorbereiten.

Die Studenten der Parteiabteilung wurden in drei Gruppen eingeteilt: Pressesektion, Sektion für Agitation und Propaganda und Organisationssektion.

Die Aufgaben dieser Sektionen sind einleuchtend: Journalisten, Agitatoren und Organisatoren für die Partei vorzubereiten.

Jeder Sektion wurden 120 Stunden eingeräumt, und die Arbeiten in den Sektionen hatten einen ausschließlich praktischen Charakter zu tragen.

Um einen Begriff vom Charakter der Arbeit in diesen Sektionen zu geben, wollen wir hier näher auf die Agitationssektion eingehen.

Für diese Sektion waren im Lehrplan 12 Stunden eines sozusagen theoretischen Kursus und 120 Stunden ausschließlich praktischer Arbeiten vorgesehen.

In diesen 12 Stunden gab der Leiter der Agitationssektion einen geschichtlichen Abriss der Entwicklung der Redekunst, hauptsächlich in der neueren Zeit, in Frankreich, Deutschland und Rußland; Musterbeispiele bemerkenswerter Reden von hervorragenden revolutionären Rednern wurden durchgenommen — dieser Teil der Arbeiten war besonders interessant — und die Reden hervorragender russischer Redner, die zu den Hörern selbst gesprochen hatten, wie die Gen. Lenin, Trotzki, Sinowjew, Lunatscharski, Kollontai u. a. einer kritischen Bewertung unterzogen.

Dann folgten Unterweisungen über den Aufbau der öffentlichen Rede, über die Methoden der Agitationsarbeit, die Umstände, unter denen der Agitator zu arbeiten und aufzutreten hat, und insbesondere das Milieu (Fabrik, Betrieb, Dorf, Arbeiter- und Bauernmasse, Frauen, Jugend, Rotarmisten), das für den Agitator von so großer Bedeutung ist.

Schon dieser Teil der Arbeiten versetzte die Studenten in eine derartige Lage, daß sie ihre Selbstbetätigung und Initiative kundgeben mußten: sie untersuchten selbständig die Reden hervorragender Redner aus der Vergangenheit, bewerteten kritisch die Vorzüge der Reden Lenins, Trotzki u. a., legten die Ursachen der Erfolge und Mißerfolge der Ansprachen dieser Führer des Proletariats klar und bereiteten sich hierdurch zu selbständigem Auftreten vor.

Die praktischen Arbeiten in der Agitationssektion (die in drei Kreise zu je 30—40 Personen geteilt war) bestanden in folgendem: vor allem wählten sich die Studenten eines Kreises ein bestimmtes Thema, bearbeiteten es und bereiteten sich zu einem Auftreten in Kreise vor; ein Kursist wählte z. B. das Thema: „Der Antisemitismus und die kommunistische Partei“, bereitete sich zu einer Rede über dieses Thema vor und hielt dann diese Rede in seinem Kreise.

Hierbei wurde dem einen Kursisten die Aufgabe gestellt, seine Rede über das aufgegebenene Thema so zu halten, als ob er zu einer unaufgeklärten Bauernmenge spreche; ein zweiter hatte sich so vorzubereiten, als ob er zu Arbeitern sprechen solle, ein dritter etwa wie zu Frauen.

Die übrigen Kursisten hörten die Redner an und kritisierten sodann ihre Arbeit, und zwar von folgenden Gesichtspunkten aus: erstens, ob die Rede der Zuhörerschaft entspreche, vor der sie gehalten werden sollte; zweitens, ob der Inhalt dem aufgegebenen Thema entspreche, und endlich in bezug auf die Mängel und Vorzüge der äußeren Form der Rede.

Außerdem wurden auch die äußeren Gebärden kritisiert, deren sich der Redner im Verlauf seiner Rede bediente.

Die zweite Stufe der Arbeiten bildeten Versammlungen, die von der Agitationssektion für die ganze Schule veranstaltet wurden. Hier traten schon nicht mehr nur die Kursisten der Agitationssektion auf, sondern überhaupt alle, die sich zu beteiligen wünschten. Auf diesen Versammlungen kommen auch Debatten zum Austrag, die durch die gehaltene Rede hervorgerufen worden waren.

Die Themata der Versammlungen wurden im voraus bekanntgegeben.

Die dritte Arbeitsstufe bestand aus selbständigen Reden der Kursisten der Agitationssektion auf Arbeiterversammlungen der proletarischen Stadtbezirke von Moskau und im Verlauf verschiedener Kampagnen, die vom Moskauer Komitee der K. P. R. organisiert wurden.

So haben die zu Agitatoren ausgebildeten Kursisten lebhaften Anteil an der Durchführung des „Tages der Sowjetpropaganda“ genommen.

Das Auftreten der Kursisten glückte anfangs natürlich nicht sonderlich, aber mit jedem neuen Auftreten wurde ihr Erfolg größer; davon zeugen die Urteile, die von verschiedenen Organisationen, welche sich der Schulagitatoren bedient hatten, über die Schule gegeben wurden.

Hierbei muß bemerkt werden, daß gleich nach der Gruppierung in Kreise zur praktischen Arbeit die Agitatoren den ganzen Unterricht in ihre eigene Hand nehmen: die Versammlungen des Kreises leitete ein von ihnen gewählter Vorsitzender, ihr Schriftführer führte das Protokoll, und der Leiter des Kreises, der Lehrer, war nur ein einfacher Versammlungsteilnehmer, der nur in seltenen Fällen seine Autorität durch eine Bemerkung oder ein Urteil geltend machte.

Diese Arbeitsmethode zeitigte schon sehr bald glänzende Ergebnisse, und um nicht leere Behauptungen aufzustellen, wollen wir hier das Urteil eines Berichterstatters des englischen Blattes „Manchester Guardian“ anführen. Dieses Urteil ist umso interessanter, als der Beurteiler selbst Pädagog, kein Kommunist ist, sondern ein Vertreter der Bourgeoisie, der mit eigenen Augen die Arbeit in der Schule beobachtet hat.

Dieser englische bürgerliche Pädagog wohnte einer Sektionsversammlung in Sachen der Arbeit auf dem flachen Lande bei, als die Studenten

völlig selbständig ein Thema aus dem Gebiet der Agrarfrage behandelten. Dieser englische Pädagog äußerte sich folgendermaßen (wir geben das Stenogramm der Rede des Uebersetzers wieder): „Der Redner hat vor allem für den freundlichen Empfang zu danken. Als er herkam, hatte er nicht die Absicht, eine Rede zu halten, aber man hat ihn so liebenswürdig empfangen, daß er den Wunsch hat, einige Worte zu sagen. Er hätte große Schwierigkeiten überwunden, um hierher kommen zu können, und alles, was er hier gesehen hat, steht in vollem Gegensatz zu dem, was man in England und anderen Ländern über Rußland denkt und spricht. Insbesondere hat ihn die Weitverzweigkeit und Organisiertheit unseres Erziehungssystems in Erstaunen gesetzt, das in dieser Hinsicht Größeres geschaffen habe als die kapitalistischen Kulturländer. Er erklärt, daß diese seine Ansicht, als die Ansicht eines Pädagogen, autoritativ sei. Während seines Aufenthalts in Rußland habe er die russische Revolution und insbesondere den Kommunismus achten gelernt. In Erstaunen versetzt habe ihn der Umstand, daß bei uns das Problem der Arbeit auf dem flachen Lande bearbeitet werde, während man im Auslande überzeugt sei, daß das russische Dorf sich zur Revolution vollkommen passiv verhalte. Von allem, was er hier gesehen hat, werde er den englischen werktätigen Massen durch ihre Parteiorgane und andere Organe der öffentlichen Meinung Bericht erstatten.“

Dieses Urteil ist auch insofern interessant, als es sich gerade auf die Unterrichtsmethode bezieht, die in der Kommunistischen Swerdlow-Universität zum erstenmal angewandt worden ist.

Das Stenogramm, dem das Zitat entnommen ist, weist noch Spuren der erregten Debatten auf, die der englische Berichterstatter gehört hat und die von den Kursisten über die brennende Frage der Arbeit auf dem flachen Lande geführt wurden.

In gleicher Weise mit geringen Verschiedenheiten wurden die Arbeiten auch in den anderen Partei- und Sowjetsektionen geleistet.

Der Lehrplan für das letzte Semester 1919 sah auch ein ganzes System von Kreis- und Seminararbeiten vor.

Unter den Kreisen versteht der Lehrplan Gruppen von 30—40 Studenten, in die die Gesamtmenge der Hörer eingeteilt wird.

Jeder Kreis steht unter der Leitung eines erfahrenen Pädagogen.

Jeder von den 1000 Hörern mußte somit jeden durchgenommenen Kursus im Kreise von neuem durchnehmen und wiederholen, diesmal aber schon bei voller Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Lernenden.

Die Teilnahme der Kursisten an den Kreisen ist obligatorisch.

Unter den Seminaren werden nichtobligatorische Beschäftigungen der Hörer verstanden; sie betreffen Fragen, die nicht alle Kursisten, sondern nur diese oder jene Spezialgruppe interessieren.

Die Arbeiten in den Seminaren sind vollkommen selbständiger Art:

die Kursisten wählen selbst die Fragen und Themata, bereiten sich selbst zu den Referaten vor, verlesen und diskutieren sie. Die Lehrer und Leiter der Seminarien sind nur ältere Kameraden, die den Kursisten mit ihrer Erfahrung und ihren Kenntnissen zu Hilfe kommen. Zu unserem größten Bedauern hat das System der Kreisbeschäftigungen nicht in vollem Umfang durchgeführt werden können; die Gründe hierfür waren von der Universität unabhängig: es mangelte an Kreisleitern.

Das Lehrpersonal der Universität war überhaupt sehr geringzählig. Auf die ganze Hörermenge kam ein Lehrkörper von nur 8 Personen.

Ständige, zur Universität gehörige Lektoren gab es fast gar nicht; die mit Arbeit überbürdeten Lektoren erfüllten ihre Pflichten unpünktlich: vom Zentralkomitee der K. P. R. an die Front berufen, ließen sie Vorlesungen ausfallen, brachen ihren Kursus ab, führten die Diskussionen nicht durch.

Die Lektoren standen auch nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe: die über diesen Punkt unter den Hörern angestellte Rundfrage ergab ein Ichreiches Material, das bei der Ausarbeitung des neuen Lehrplans ein Vermeiden neuer Fehler ermöglichte.

Ueberhaupt haben die Erfahrungen mit dem letzten Bestand viele lehrreiche und wichtige Folgerungen ergeben, zu denen wir nunmehr übergehen.

IV.

Die Erfahrungen eines Arbeitsjahrs in der Universität.

Die erste Forderung war, wie bereits erwähnt, die bedingungslose Verwerfung eines Unterrichts durch Vorlesungen.

Die Vorlesung, besonders bei einer solchen Hörschaft, wie in der Kommunistischen Universität, hat sich mit seltenen Ausnahmen als unbrauchbare Unterrichtsform erwiesen.

Nicht immer lasen die Lektoren genügend volkstümlich, nicht immer verstanden sie das Material so interessant zu wählen und zusammenzustellen, daß die Hörschaft in ständiger Aufmerksamkeit und Spannung erhalten wurde; endlich ließen sie den Vorlesungen auch nicht immer Diskussionen folgen.

Die Vorlesung hat sich überlebt, und bei der Beschäftigung mit sozialen Wissenschaften muß sie durch Demonstrationen, Diskussionen, Kreise und Seminaren ersetzt werden.

Als zweite Folgerung aus den Erfahrungen des Jahres 1919 ergab sich die Notwendigkeit, einen genügend zahlreichen und vorbereiteten Bestand an Kreisleitern zur Arbeit mit den Studenten zu schaffen.

Wo sollte man sie aber hernehmen, woher konnte man genügend Leiter erhalten, um 50—60 Kreise zu leiten?

Die Partei verfügte nur über geringe Kräfte, und auch diese waren alle an die Front geworfen.

Es gab nur einen natürlichen Ausweg aus dieser Lage: diesen Bestand an Leitern aus den Hörern selbst zu schaffen.

Der Schulrat beschloß daher, 50 der besten Studenten auszuwählen und sie an der Universität zu belassen zwecks weiterer Vervollkommnung in den Wissenschaften, damit sie dann bei der Neuaufnahme gleich zwei Arbeiten auf einmal ausführen konnten: erstens die Organisierung der ganzen Masse der angereisten Studenten und zweitens die Beschäftigungen mit ihnen in den Kreisen auf verschiedenen Kursen.

Dies geschah denn auch, wobei den vom alten Kursus her belassenen 50 Genossen noch die Studenten der militär-pädagogischen Akademie beigegeben wurden.

Dieses Hundert junger Leute leistet jetzt eine gewaltige Arbeit: sie empfangen die neuankommenden Studenten, helfen dem Schulrat, sie nach ihrer Vorbereitung und ihren Kenntnissen in Gruppen einzustellen und leiten die Arbeiten in den Kreisen, in die die Studenten für jedes der zum Vortrag gelangenden Fächer geteilt werden.

Dieses Verfahren führt zu vortrefflichen Ergebnissen: erstens geraten die neuen Studenten sofort in eine kameradschaftliche Umgebung zu den alten Kameraden, die das ganze Universitätsleben kennen; zweitens geraten die neuen Studenten nicht sogleich unter das Bombardement eines Dutzend von Lektoren, das in ihrem Kopfe ein Chaos hervorruft; drittens eignen sich die neuen Studenten alle Kenntnisse, die sie auf den Vorlesungen erwerben, in den Kreisen vollständiger und tiefer an, und viertens erlangen die an der Universität belassenen Studenten selbst eine große Erfahrung und bilden sich zu künftigen Lektoren, Propagandisten und Agitatoren aus (sie tragen auch den Namen „Lektoren“).

Die dritte Folgerung, die das Jahr 1919 uns gelehrt hat, ist die vom ganzen Schulrat gewonnene Ueberzeugung, daß die angestregte Beschäftigung mit ernstesten Fragen abwechseln muß, mit Beschäftigungen — und Erholung — ästhetischer Art.

Die künstlerischen Abende — für Musik, Gesang, dramatische Kunst — müssen vermehrt und erweitert werden.

Daher ist die Abteilung für Kultur und Aufklärung jetzt wesentlich erweitert und inhaltlich reicher gestaltet worden: abgesehen von der Heranziehung der besten Künstler, Sänger, Musiker, soll jetzt eine Anzahl von Kreisen für Kunst — bildende Kunst, Musik, Literatur — gebildet werden.

Die Studenten sollen eine Zeitschrift herausgeben, in der die besten Referate, Artikel und Gedichte der Studenten veröffentlicht werden. Diese

Zeitschrift soll die obligatorische Praxis für diejenigen bilden, die in der Presseaktion das Pressewesen studieren.

Die vierte Folgerung betrifft den Lehrplan selbst.

Bei den Vorlesungen über so komplizierte Fächer wie wissenschaftlicher Sozialismus oder Geschichte und Theorie der Volkswirtschaft hat es sich herausgestellt, daß es Studenten mit so geringen Vorkenntnissen gibt, daß bei den Vorlesungen über wissenschaftlichen Sozialismus viel Zeit auf die Erklärung von Fragen verwandt werden muß, die zu den Elementarkenntnissen in der Geographie, Mathematik, Chemie und überhaupt den Naturwissenschaften gehören.

Daher mußten eingeführt werden: 1. ein kurzer Kursus über Weltkunde, d. h. eine Einführung in die Naturwissenschaften — in die Physik, die Chemie, die Biologie, die Geologie und die Astronomie; und 2. kurze Wiederholungskurse (als nichtobligatorische Beschäftigungen) für Mathematik (Arithmetik, Algebra, Geometrie) und russische Sprache und Literatur.

Hierbei laufen die Beschäftigungen mit der russischen Sprache und der Mathematik häufig darauf hinaus, die im Lesen und Schreiben Schwachen orthographisch schreiben zu lehren und ihnen die Elementar-begriffe der Wissenschaft (z. B. das Rechnen) beizubringen.

Die Einführung eines kurzen naturwissenschaftlichen Kursus hat eine gewaltige Bedeutung; die Notwendigkeit eines solchen Kursus leuchtete allen ein, aber anfangs schien es, als würde es genügen, den Studenten nur Kenntnisse auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften zu vermitteln; das übrige werde der Student schon selbst lernen.

Außerdem gab auch die Kürze des Kursus nicht die Möglichkeit, sich einen solchen Luxus zu leisten, wie das Studium auch nur der Anfangsgründe der Naturwissenschaften.

Hieraus ergab sich die fünfte Folgerung: die Notwendigkeit, den Kursus von drei auf sechs Monate zu verlängern.

Und da das Leben nun einmal zu einer solchen Folgerung genötigt hatte, so mußte naturgemäß auch dem Lehrplan ein anderer Charakter verliehen werden. Er erhielt eine straffe Gliederung und wurde sinngemäß.

Wenn man den Verteilungsplan der Vorlesungen und Beschäftigungen für das laufende Semester betrachtet, so fallen sofort die Folgerichtigkeit und der natürliche Gang der Arbeiten in die Augen.

Die ersten Kurse sind die des Gen. Lunatscharski und der Naturwissenschaftler.

Gen. Lunatscharski liest einen höchst interessanten Kursus über Kulturgeschichte mit musikalischen, dramatischen und anderen Vorführungen. Die glänzende Darstellungsweise des Lektors wird sowohl durch mechanische Vorführungen als auch durch lebendige Vorführungen — Deklamation der besten Werke der Weltkultur, Musik und Tanz — illustriert.

Und dies alles von den besten Künstlern der Staatstheater.

Zu gleicher Zeit mit dem Kursus über Kulturgeschichte beginnt auch die Einführung in die Physik und Chemie, dann wird ein Kursus über physische Geographie und schließlich ein solcher über Biologie gelesen, bei dem der Entwicklungstheorie besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

In der ersten Woche beginnt auch der Kursus über politische Oekonomie, d. h. die Theorie und Geschichte der Wirtschaftslehren und der Volkswirtschaft.

Der Kursus über allgemeine und russische Geschichte gehört ebenfalls zu jenen Anfangskursen, die als Einführung zum Studium von speziellen Fragen dienen.

Mit der vierten Woche beginnt ein Kursus unter der Bezeichnung „Der Kampf der Klassen und Parteien im Westen“ (Geschichte der Revolutionen), und mit der fünften Woche ein gleicher Kursus, der sich auf Rußland bezieht.

Mit der fünften Woche beginnt auch der Kursus über Statistik und erst mit der siebenten Woche, nachdem ein genügend festes Fundament an Kenntnissen aus den Naturwissenschaften, der Geschichte und der politischen Oekonomie gewonnen ist, fängt der Kursus über wissenschaftlichen Sozialismus an.

Nachdem die Studenten eine solide Vorbereitung über Theorie und Geschichte des Marxismus erhalten haben, beginnen sie zur Vervollständigung ihrer Kenntnisse auf diesem Gebiet von der 7. Woche an mit der Geschichte der Bauernbewegung, von der 8. Woche an mit der Geschichte der K. P. R. und erst von der 10. Woche an mit dem Studium unseres Parteiprogramms.

In der 17. Woche schließlich wird ein kurzer Kursus über die Programme der anderen Parteien gelesen.

Durch diese Folgerichtigkeit der Kurse (gelesen werden sie von den besten kommunistischen Kräften Rußlands — den Gen. Lenin, Bucharin, Pokrowski, Lunatscharski, Sinowjew, Rjasanow u. a.) wird das Ergebnis erzielt, daß z. B. solche Kurse, wie das Parteiprogramm und die Parteilgeschichte, rasch und leicht durchgenommen werden.

Die Hauptkurse bauen sich nicht nur auf Vorlesungen auf, sondern auch auf Beschäftigungen in den Kreisen und Seminaren, für die 120 Stunden vorgesehen sind (für Wiederholungsbeschäftigungen in den Kreisen — 184 Stunden), und zwar für jeden Kursus.

Mit der 11. Woche findet die Teilung in die Partei- und die Sowjetfakultät statt. Bis dahin nehmen alle Studenten einen gemeinsamen theoretischen Kursus durch; von der 11. Woche an wählen die Studenten, die sich der Arbeit in Sowjetinstitutionen widmen wollen, die Sektion irgend

eines Kommissariats, und die Studenten, die nur in der Partei arbeiten wollen, eine von den Parteisektionen.

Die Arbeit in diesen Sektionen ist rein praktischer Art, wie wir am Beispiel der Agitationssektion bereits gezeigt haben; die Zahl der Sowjetsektionen entspricht der Zahl der Kommissariate und Hauptzweige der Sowjetarbeit. An Parteisektionen gibt es folgende: die Organisationssektion, die Agitationssektion, die Sektion für Arbeit auf dem flachen Lande, die Sektion für Arbeit unter den Frauen, die Sektion für Arbeit unter der Jugend, die Sektion für Arbeit in der roten Armee und die Presse-sektion.

Es muß hinzugefügt werden, daß der ganze Studentenbestand von Anfang an nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten in zwei Teile geteilt wird — einen Hauptkursus, in den die besser vorbereiteten Genossen kommen, und einen Parallelkursus, der aus den kenntnisärmeren und schlechter vorbereiteten Hörern gebildet wird.

Bevor wir uns den Forderungen zuwenden, zu denen man notwendig gelangt, wenn man die ganze Einrichtung der Universität betrachtet, muß man noch bei zwei Erscheinungen verweilen, die mit dem Leben der Schule verknüpft sind.

Erstens — die Verwendung der Studenten der Schule und zweitens -- die materiellen Quellen, über die die Schule verfügt.

In den 1½ Jahren des Bestehens der Kurse und der Universität sind sie von annähernd fünftausend Personen absolviert worden.

Von diesen weit über 4000 Personen wurde der größte Teil an die Front geworfen.

Es ist allbekannt, welche ungeheure Bedeutung dieser Umstand für die rote Armee gehabt hat. Nur schrankenlose Tapferkeit und Ergebenheit für die Sache der sozialen Revolution, eine Ergebenheit, die von der Schule eingepflegt und vernunftgemäß ausgeprägt wurde, gaben den Kursisten die Möglichkeit, den roten Regimentern voran in den Kampf zu gehen und durch ihren Tod den Weg zum Sieg zu bahnen.

Überall — vor dem roten Petersburg, auf den Feldern Sibiriens, in der Ukraine, am Don und an der Westfront — bildete der Enthusiasmus der Kommunisten, und darunter der Kursisten, den Zement, der die Reihen der roten Armee zusammenkittete und unsere Armee in eine unbesiegbare legendenhafte Armee von Helden umwandelte.

Gen. Trotzki und andere Beobachter erklären alle übereinstimmend, daß die Erfolge vor Petersburg beim Vormarsch Judenitschs ausschließlich durch den Heroismus der Kursisten verschiedener Schulen, darunter auch der unsrigen, erzielt worden sind.

Die übrigen Studenten — über tausend Mann — begaben sich an die innere Front und nahmen schon sehr bald verschiedene verantwortliche Posten im Dienst sowohl der Sowjets als auch der Partei ein.

Es gibt wohl kaum eine größere Stadt Sowjetrußlands, in der nicht ein Kursist der Kommunistischen Universität anzutreffen wäre: zahlreiche Briefe von Absolventen der Schule an die Schulleiter legen Zeugnis ab, sowohl von der Verbindung, die zwischen den ehemaligen Hörern und der Schule weiterbesteht, als auch von der Verantwortlichkeit, welcher die ehemaligen Zöglinge der Universität sich bewußt sind.

Allerdings sind sie nicht alle gleich gut vorbereitet, nicht alle sind sie fähig, die verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, aber unbedingt alle haben sie in die Masse der unaufgeklärten Arbeiter und Bauern das Bewußtsein von der Größe des Werkes mitgebracht, an dem sie arbeiten, Ergebenheit für den Kommunismus, Heroismus, Selbstaufopferung und — was die Hauptsache ist — Ehrlichkeit und proletarische Disziplin.

In dieser Hinsicht ist der Einfluß der Schule, selbst insoweit sie die Ansprüche nicht befriedigt, ungeheuer.

Der achte Kongreß unserer Partei, der die Entschließung über die Gründung einer Parteschule faßte, hat ein wahrhaft großes Werk getan.

Um so betrüblicher ist der Umstand, daß die Lage der Schule in materieller Hinsicht im höchsten Grade schlecht ist.

Wir meinen nicht die Geldsummen und Kredite, die der Schule angewiesen werden. Diesbezüglich liegt kein Anlaß zu Klagen vor: das Allrussische Zentralexekutivkomitee versagt unserer Schule nicht seine Beihilfe an Geldmitteln; aber es gibt noch eine andere Seite, die keinesfalls mit Schweigen übergangen werden darf: das ist die halbhungrige Existenz der Studenten, der Mangel an Wäsche, Schuhwerk, an Lehrmitteln überhaupt und an Büchern insbesondere, die schlechten Wohnräume, der Mangel an Verkehrsmitteln, der Mangel an Lehrkräften.

Diese Seite des Universitätslebens ist so drückend, daß man sich zuweilen einfach wunderte, wo die Studenten die Kraft hernahmen, drei oder vier Monate lang durchzuhalten, da sie doch nichts weiter hatten als eine einpfundige Brotration.

Viele haben die harte Herrschaft des Hungers auch wirklich nicht ertragen und die Schule verlassen; geblieben sind nur die Standhaftesten, Geprüftesten, die dem Kommunismus Ergebensten.

Eine unerhörte Typhusepidemie, Mangel an Heizmaterial und eine Reihe anderer Umstände haben die Arbeit der Universität bisweilen unerträglich schwer gemacht.

V.

Die Leitung der Universität.

Zur Leitung der ganzen Universität, ihres Unterrichts- und Wirtschaftswesens ist laut dem vom Allrussischen Zentralexekutivkomitee be-

stätigten Statut ein Universitätsrat (Unterrichtsrat) begründet, der folgenden Bestand aufweist: ein Vertreter vom Präsidium des Allrussischen Zentralausführungskomitees, ein Vertreter vom Zentralkomitee der K. P. R., zwei von allen Professoren und Lektoren gewählte Professoren, der Verwaltung der Wirtschaftsgeschäfte, ein Vertreter vom Volkskommissariat für Aufklärung und gewählte Vertreter der Studenten. Das Statut sieht zwei Vertreter der Studenten vor, in der Praxis aber kann laut Beschluß des Unterrichtsrats diese Zahl bis auf fünf, zehn usw. erhöht werden (zwei vom Kursusausschuß der Studenten, einer vom Administrativauschuß der Studenten, einer von der kommunistischen Zelle der Hörer, und je ein Vertreter von allen Studentenorganisationen, der kulturell-aufklärenden u. a.).

An den Sitzungen des Unterrichtsrats nehmen mit entscheidender Stimme auch die Leiter der verschiedenen Unterrichtszweige teil, — die Leiter der Parteiabteilung, der Sowjetabteilung, die Leiter der Sektionen, Kreise, Seminare.

Der Unterrichtsrat arbeitet unter Mitwirkung der Professoren die Lehrpläne und Programme aus, erörtert den Charakter und die Richtung der Arbeiten, bespricht die Kandidaturen neuer Professoren und Arbeitsleiter, prüft die Wünsche und Anträge der Studenten und Professoren, leitet das ganze Unterrichtswesen der Universität, nimmt die Berichte des Wirtschaftsleiters zur Kenntnis und gibt dem Universitätsleiter, den Professoren und Leitern seine Direktiven.

Der Universitätsleiter verwaltet die Universität in administrativer Hinsicht und verwirklicht die Beschlüsse des Rats hinsichtlich des Unterrichts.

Die Studenten wählen auf einer Generalversammlung einen Kursusausschuß — das leitende Organ aller Hörer der Universität.

Der Kursusausschuß arbeitet eine sehr genaue Instruktion über die ganze Ordnung und Einteilung des Lebens und des Benehmens der Studenten aus und bildet eine Reihe von Kommissionen: eine Wirtschaftskommission, eine Administrativkommission usw., d. h. Organe, die zusammen mit dem Unterrichtsrat, dem Universitätsleiter und dem Wirtschaftsleiter die Führung des ganzen Universitätslebens haben.

Die Studenten erscheinen somit auch als Herren der Universität, als jüngere Kameraden, die mit den erfahrenen und kenntnisreichen Kameraden in einem gemeinsamen kameradschaftlichen Familienverhältnis leben.

Sehr schätzbare Mitglieder dieser Familie sind die Gehilfen des Universitätsleiters, deren ungewöhnlicher Hingabe an die Sache die Schule ihren Erfolg verdankt: sie sind dem Universitätsleiter unmittelbar beihilflich bei der Organisierung der ganzen Hörermasse.

Wodurch erklärt sich denn nun die Leichtigkeit, mit der die kommunistische Universität die Verwirklichung der zwei Haupteigenschaften der Schule erreicht hat — den proletarischen Charakter und die Selbsttätigkeit der Studenten?

Dadurch, daß in der ganzen Universität ein wahrhaft kommunistischer Geist weht; dadurch, daß der Organisator der Universität die Kommunistische Partei ist; dadurch, daß sie sich nicht das Ziel gesteckt hat, irgend eine besondere proletarische Universität mit irgend einer besonderen „proletarischen“ Kultur zu schaffen, sondern sich die Aufgabe stellte, eine **Kommunistische Arbeiter- und Bauern-Universität** zu organisieren, die ganz vom Hauch der Arbeitermassen durchsetzt und vom Licht der kommunistischen Lehre umleuchtet ist.

Darin liegt das ganze Geheimnis, und darin liegt auch das Unterpfand für die künftige Entwicklung der Universität. Denn entwickeln muß und wird sie sich.

Schon aus dieser geringen anderthalbjährigen Erfahrung erhellt unzweideutig, in welcher Richtung die Weiterentwicklung der Universität erfolgen muß: 1) der Kursus muß vertieft und auf ein Jahr ausgedehnt werden; 2) neben dem langdauernden Kursus muß eine Reihe kurzfristiger Kurse organisiert werden (wie es z. B. die Kurse für Kosaken, Kalmücken, Baschkiren und Tataren gewesen sind); 3) das System der Vorlesungen muß unbedingt auf ein Minimum zurückgeführt und durch das System der Diskussionen, Referate, Berichte und der praktischen Kreis- und Seminararbeiten ersetzt werden; 4) die Rolle der Professoren muß sich auf die Funktionen ideeller Leiter beschränken; 5) die Selbständigkeit und Initiative der Lernenden muß erhöht und 6) die materielle Lage der Studenten muß gebessert werden.

Was übrigens die Initiative anbetrifft, so haben die Studenten, besonders die an der Universität belassenen, diese in hohem Maße entwickelt: sie haben den Kursusausschuß und eine Reihe von Kommissionen sowie eine Parteizelle organisiert und nehmen am Unterrichtsrat und besonders an der organisatorischen Arbeit lebhaften Anteil.

Die Ausfüllung der Fragebogen durch die neuankommenden Studenten, die Sichtung und Bearbeitung dieser Fragebogen, der lebendige Verkehr mit den Neuankömmlingen, — das alles gibt uns allein die Möglichkeit, trotz der ungeheuren Zerrüttung eine solche Schule zu besitzen wie die kommunistische Universität.

Man braucht nur zu erwähnen, daß die Studenten der Universität an den kommunistischen „Samstagen“ teilnehmen und daß eben sie während des ganzen Winters durch ihre Arbeit im Walde zur Holzbereitstellung für die Universität diese vom Untergang errettet haben. Die Studenten eines jeden Bestandes gingen in den Wald und schlugen dort Holz eingedenk dessen, daß sie dies für den künftigen neuen Hörerbestand taten.

Wenn wir noch hinzufügen, daß abgesehen von kleinen nichtssagenden Mißhelligkeiten sowohl unter den Studenten selbst, als auch zwischen ihnen und dem Lehrpersonal, noch niemals ein ernster Zusammenstoß stattge-

funden hat (und, wie man hoffen muß, auch nie stattfinden wird), so tritt klar das Hauptmerkmal der Swerdlowuniversität zutage — das kommunistische revolutionäre Wesen der neuen Organisation.

W. Newski

2. Die Sinowjew-Universität für Arbeiter und Bauern in Petrograd.

(Die Instruktoorschule.)

Es ist keine gewöhnliche Universität mit zahlreichen Fakultäten, reichen Laboratorien und Lehrmitteln und mit alten Professoren. Die Studenten verbringen hier nicht mehrere Jahre.

Es ist eine kurzfristige Schule, wo die Arbeiter und Bauern die erforderlichen Kenntnisse über die Gesetzgebung und Bautätigkeit der Sowjets erhalten.

Der Grund zu unserer Universität wurde schon in den Tagen der Oktoberumwälzung 1917 gelegt.

Die Teilnehmer an der großen Oktoberrevolution wußten, daß die größte Gefahr in der Beschränkung der Revolution auf irgend eine einzelne Stadt oder einen Bezirk liegt, daß sie über das ganze Land ausgedehnt werden muß.

Das ganze Land mußte über die Ereignisse in Petersburg und Moskau richtig unterrichtet werden. Überall mußte die Sowjetmacht eingesetzt werden.

Das konnte nicht anders durchgeführt werden, als durch lebendige schöpferische Arbeit. Man brauchte Leute, und diese Leute mußten vorbereitet werden.

Und es begann eine fieberhafte Arbeit. Die Straßenkämpfe waren noch nicht zu Ende, als sie anging. Aus den Fabriken und Werken strömten die Arbeiter, die sich in die Provinz begeben sollten, nach Smolny, um zwei oder drei Vorlesungen zu hören und dann nach allen Ecken und Enden Rußlands abzureisen und dort eine neue, noch nie gesehene Arbeit zu unternehmen; die ganze Arbeit war in den Händen der Agitationsabteilungen des Petersburger Komitees der Kommunistischen Partei und des Allrussischen Zentralexekutivkomitees konzentriert. Die erste Gruppe zählte dreihundert Arbeiter.

Das Programm unserer Universität in dieser ursprünglichen Form war äußerst einfach und umfaßte folgende Themata: 1) die Oktoberumwälzung — die Arbeiter- und Bauerndiktatur; 2) die Agrarfrage in Rußland — das Dekret über den Grund und Boden; 3) das Dekret über den Frieden.

Dieser Kursus wurde gewöhnlich durch ein Geleitwort der Genossen Lenin, Sinowjew u. a. abgeschlossen.

Bis Ende Oktober und im Lauf des November wurden nach dieser Eilmethode über tausend Personen vorbereitet. Sie alle zerstreuten sich über Rußland und haben seither nicht aufgehört, aufklärend und organisatorisch zu wirken.

Als die nächste Stufe der Arbeiter- und Bauernuniversität ist ein längerer Kursus an derselben Agitationsabteilung unter dem Namen Agitationsschule anzusehen. Der Kursus dauerte 2—3 Wochen bei erweitertem Programm, es wurde von ständigen Lektoren aus der Zahl unserer Parteigenossen vorgetragen. Die Hörer bestanden aus Arbeitern der verschiedenen Bezirke Petersburgs, die in die Provinz zu reisen wünschten.

Die Arbeiten wurden laut folgendem Programm geführt:

1) ein kurzer Abriss der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bis zum Kapitalismus und von diesem zum Kommunismus.

2) Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland und im Westen.

3) Geschichte der Parteien und ihre Programme.

4) Was ist die Sowjetrepublik. — Die Sowjets in den Jahren 1905 und 1917 bis zum Oktober. Die Sowjets und ihre Bedeutung nach der Oktoberumwälzung. Die Sowjets als Organisation der Macht des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft. Das Wahlsystem der Sowjets und die Organisierung der Sowjetmacht an anderen Orten.

5) Die wirtschaftlichen Aufgaben Sowjetrußlands. — Die Nationalisierung der Industrie und des Handels, die Nationalisierung der Banken, die Arbeiterkontrolle.

6) Die rote Armee, ihre Aufgaben. Der Unterschied zwischen ihr und den bürgerlichen Armeen.

7) Die Agrarfrage. — Unsere Agrarpolitik. Die Organisierung landwirtschaftlicher Kommunen.

8) Kirche und Staat. Die Trennung von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule.

9) Was ist die Internationale?

10) Der gegenwärtige Moment.

Dieser Kursus wurde im Laufe von 2—3 Wochen durchgenommen. Dann wurden die Hörer einer Prüfung unterzogen und darauf in die Provinz entsandt oder der Abteilung für andere Städte zur Verfügung gestellt, die mit dem 12. Juli 1918 am Exekutivkomitee des damaligen Bundes der Kommunen des Nordgebiets begründet wurde. Hier bildeten die Genossen einen Bestand von Instruktoren, die das ganze Nordgebiet bedienten. Im ersten Halbjahr 1918 wurden auf diese Weise fünf Gruppen von je 50 und mehr Personen vorbereitet.

Weiterhin ergab sich jedoch die Notwendigkeit, der Provinz in anderer Form zu helfen. Die Absendung von Arbeitern konnte nicht ohne Ende fortgesetzt werden. Man mußte daran gehen, aus der Bauernschaft Bestände von Sowjetfunktionären heranzubilden.

Die Abteilung für andere Städte wurde beauftragt, eine Instruktorenschule mit längerem Kursus zu organisieren.

Diese Schule trat dann auch am 1. September 1918 in Tätigkeit.

Die Hörer wurden von den Kreis- und Gouvernementsexekutiven und von den Parteiorganisationen delegiert. Drei Monate lang lebten alle Schüler in der Herberge in Smolny, erhielten volle Verpflegung und ein kleines Taschengeld für Nebenausgaben. Diese Geldsumme wurde entsprechend der Preissteigerung für die Produkte erhöht. Anfangs betrug sie 100 Rubel monatlich, jetzt hat sie 2000 Rubel erreicht und wird in nächster Zukunft mindestens auf 3000 Rubel erhöht werden müssen. Nach Beendigung der Schule müssen alle Absolventen an die Orte zurückkehren, woher sie delegiert sind. Die Arbeiten des ersten Bestandes begannen am 27. November 1918.

Es waren in die Schule delegiert aus den Gouvernements:

Wologda	30 Personen
Nowgorod	32 „
Olonez	12 „
Petrograd	64 „
Nord-Düna	40 „
Pskow	49 „
Tscherepowetz	23 „
Tambow	17 „
	<hr/>
Zusammen	267 Personen

Davon traten aus:

Wegen Unzufriedenheit mit den materiellen Bedingungen	15 Personen
Wegen Krankheit	11 „

Verblieben . 241 Personen

Freie Hörer gab es 168 „

Insgesamt . . 409 Personen

Das waren alles Bauern entfernter Gemeinden, im Alter von 18 bis 40 Jahren. Doch überwog in diesem Bestand das Alter von 18—25 Jahren.

Ausnahmsweise geraten auch betagte Greise in unsere Universität.

So hat z. B. ein 60jähriger armer Bauer aus dem Gouvernement Nowgorod unsere Schule beendet — und zwar sehr erfolgreich.

Die Hörer des ersten Bestandes der Schule beschlossen auf einer Generalversammlung, die Schule zu benennen: Erste Arbeiter- und Bauernuniversität Sinowjews. Die Gründe waren: diese Schule führe sie ins

politische Leben ein; folglich sei es notwendig, durch die Benennung die ungeheure Bedeutung der Schule für die Bauern und Arbeiter hervorzuheben.

So erhielt die Erste Arbeiter- und Bauernuniversität Sinowjews in Petrograd ihre Benennung.

Die Arbeiten dieses Bestandes wurden nach einem erweiterten Plan durchgeführt.

Die Lehrfächer zerfielen in zwei Gruppen: landwirtschaftliche Fächer und allgemeinbildende sowie politische Fächer.

Im Laufe des dreimonatigen Kursus fanden statt:

1. Über landwirtschaftliche Fragen 16 Vorlesungen
Diese Vorlesungen wurden durch Lichtbilder anschaulich gemacht.
2. Über Botanik 2 ..
3. Über Naturgeschichte 1 ..
4. Über Gesundheitswesen 1 ..
5. Geschichte der französischen Revolution 10 ..
6. Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland 3 ..
7. Die Sowjetrepublik 2 ..
8. Über den Sowjetaufbau: a) die Organisierung der Produktion, b) die Nationalisierung der Produktion und der Banken 8 ..
9. Die Agrarfrage 2 ..
10. Die Rote Armee 2 ..
11. Kirche und Staat 2 ..
12. Imperialismus und Krieg 2 ..
13. Über den Kommunismus 5 ..
14. Das Verpflegungswesen und die Sowjetmacht 1 ..
15. Die Frauenbewegung 2 ..

Außerdem wurden die Hörer in kurzen Zügen mit der Einrichtung und Arbeit aller Kommissariate bekanntgemacht.

Außer diesen Hauptbeschäftigungen wurden Ausflüge unternommen:

1. ins Forstinstitut, 2. in die Expedition zur Anfertigung der Staatspapiere, 3. in die Peter-Pauls-Festung, 4. in die mechanische Schuhwarenfabrik „Skorochood“, 5. auf die Elektrizitätsstation, 6. in die Gasanstalt, 7. in den Zoologischen Garten, 8. in den Botanischen Garten, 9. ins landwirtschaftliche Museum, 10. es wurden die hervorragendsten architektonischen Baulichkeiten Petrograds besichtigt: die Isaakskathedrale, die Kasansche Kathedrale, die Eremitage u. a.

Während ihres Verweilens in der Universität besuchten die Kursisten alle Sitzungen des Petrograder Sowjets, waren auf allen in diese Zeit fallenden Kongressen zugegen, bei der Enthüllung vieler Denkmäler,

nahmen an der Feler des Jahrestages der Oktoberrevolution mit ihren eigenen Fahnen teil.

An den Feiertagen besuchten die Kursisten die besten Theater und die Museen.

Am 29. November beendete der 1. Bestand die Universität, es fand eine Festsitzung des Petrograder Sowjets statt, und mit dem 30. traten die Kursisten die Heimreise an.

Jeder Absolvent der Universität erhielt eine kleine Bibliothek — 50 Bücher bekannter sozialistischer Schriftsteller.

Wie aus dem dargelegten Plan und Programm hervorgeht, trugen die Beschäftigungen in der Universität noch keinen streng systematischen Charakter. Dies erklärte sich in erster Linie aus dem Mangel an einem ständigen Lektorenbestand. Unsere Lektoren für alle politischen Fragen sind Genossen, die mit ihrer täglichen Arbeit alle Hände voll zu tun haben.

Gleich nach der Entlassung des ersten Bestandes begannen die Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Bestand.

Die Universität wurde in die Räume des Uritzki-palais übergeführt.

Der Stundenplan mußte geändert, das Programm erweitert werden.

Die zu jener Zeit bestehende Schule zur Vorbereitung von Milizangehörigen wurde der Arbeiter- und Bauernuniversität angegliedert.

Es wurde folgender Plan entworfen. Die Universität ist auf 600 oder 1000 Personen berechnet; der Kursus dauert drei Monate; die Universität zerfällt in folgende Abteilungen: 1. Landwirtschaft, 2. Miliz (städtische, Eisenbahn- und Flußmiliz), 3. Kriminalforschung und 4. Sowjetverwaltung.

Das Programm ist allgemein, für alle Kursisten obligatorisch, hat den obenerwähnten Umfang mit einigen Erweiterungen; außerdem finden Spezialkurse für jede Abteilung statt.

Der II. Bestand begann am 1. Januar 1919 und endete am 1. Mai desselben Jahres.

Die Hörer waren aus folgenden Gouvernements delegiert:

Gouv. Petrograd	254 Personen
„ Tscherepowetz	131 „
„ Wologda	118 „
„ Nord-Düna	110 „
„ Nowgorod	89 „
„ Olonetz	43 „

Zusammen . . . 745 Personen

Hiervon sind aus verschiedenen Gründen — wegen Krankheit, wegen Unfähigkeit, wegen Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen — 36 Personen ausgeschlossen. Es verblieben 709 Personen, davon 187 Frauen.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurden alle Hörer in Gruppen zu je 100 Personen mit einem „Gruppenführer“ an der Spitze eingeteilt. Dieser „Gruppenführer“ überwacht die Ordnung in seiner Hundertschaft.

Seit dieser Zeit ist die Universität ins Uritzkipalais übergeführt, und die Säle des ehemaligen Taurischen Palais sind in das Heim der Arbeiter- und Bauernuniversität verwandelt.

Angesichts der ernsten Lage an der Front machten alle Hörer einen militärischen Unterrichtskursus durch.

Die Entlassung des II. Bestandes fiel mit dem Beginn der Sommermonate zusammen, während welcher man den Kreisen und Gemeinden nur schwer Leute entziehen kann, und mit großen Mobilmachungen für die Ostfront, wohin fast alle jungen Kräfte abgingen.

Es trat daher eine natürliche Unterbrechung ein.

Die Universität hörte jedoch nicht auf zu arbeiten. Die erwähnte Mobilmachung führte aus Petersburg eine Menge junger Leute im wehrpflichtigen Alter an die Ostfront. Der Zustrom neuer Kräfte in die Miliz ging merklich zurück. Es entstand die Frage, die Stadtmiliz durch Arbeiterinnen zu ergänzen.

Seit Juni 1919 werden an der Universität kurzfristige Kurse für Frauenmiliz geschaffen. Gruppen von 100—200 Personen werden binnen Monatsfrist für den Dienst in der Miliz vorbereitet.

Das Lehrprogramm hat folgende Gestalt:

1. Unterweisung im Frontdienst, im Schießen und in Gymnastik.
2. Kurzer Abriss der Geschichte unserer Revolution.
3. Die Sowjetrepublik.
4. Die Verfassung der Sowjetrepublik.
5. Die Theorie des Schutzwesens (Instruktion für den Milizdienst).
6. Bekanntmachung mit den wichtigsten Dekreten.
7. Schnelle Hilfe.
8. Stadtgeographie.

Diesen Kursus absolvierten während der Sommermonate und dann auch im Lauf des Winters über 900 weibliche Milizsoldaten.

Der III. Bestand sollte Mitte Oktober aufgenommen werden. Das Vordringen Judenitschs gegen Petrograd verhinderte jedoch das Eintreffen der Hörer aus der Provinz. Erst zum 24. November sammelten sich 640 Personen, von denen in den ersten vier Monaten aus verschiedenen Gründen 90 Personen ausschieden.

Die verbliebenen 550 Personen gruppieren sich folgendermaßen:

Petrograd	416	Personen
Gouv. Petrograd	11	„
„ Pskow	17	„
„ Olonetz	13	„
„ Tscherepowetz	30	„
„ Nowgorod	18	„
„ Wologda	45	„
Zusammen	550	Personen

Hier sehen wir, aus den oben angeführten Gründen, ein bedeutendes Überwiegen von Petrograder Arbeitern. Der Kursus ist auf ein volles Halbjahr verlängert, die Anzahl der Abteilungen vermehrt.

Gegenwärtig schließt die Universität, in der auch ein für alle Hörer obligatorischer allgemeinbildender Kursus gelesen wird, folgende Spezialabteilungen ein:

1. für Sowjetmiliz,
2. für Kriminalforschung,
3. für Landwirtschaft,
4. für Sowjetverwaltung,
5. für Stadtwohlfahrt,
6. für Parteiarbeit und Sowjet- und Parteipresse.

Außerdem wird gleich mit Beginn der Arbeiten ein Kreis für Lesen und Schreiben gebildet, in dem die Analphabeten unterrichtet werden.

Die Abteilung für Allgemeinbildung.

(Wird von allen Kursisten besucht.)

Das Programm und die Anordnung der Fächer stellten sich folgendermaßen dar:

Russische Literaturgeschichte	12	Vorlesungen
Geschichte der Religion und Kirche in Rußland	4	„
Geschichte der sozialen Bewegungen in Westeuropa	20	„
Geschichte der französischen Revolution	15	„
Geschichte der materiellen Kultur	26	„
Soziale Gesetzgebung	25	„
Naturgeschichte	26	„
Biologie	18	„
Chemie und Physik	10	„
Kunst- und Theatergeschichte	14	„

Außerdem hielten Vorlesungen: Gen. Roschtschin — über Geschichte und Psychologie der Sklaverei, Gen. Newski — über die Agrarfrage, Gen. Miljutin — über Industriepolitik, Gen. Radek — über die politische Bewegung in Deutschland, und M. Gorki — über das Wissen.

Die Abteilung für Kriminalforschung — 60 Personen.

Technik der Kriminalforschung	24	Vorlesungen
Wissenschaftliche Technik der Untersuchung von Kriminalverbrechen	24	„
Kriminalrecht (bis zum 1. Februar)	22	„
Kriminalrecht (vom 1. Februar)	13	„

Gerichtsmedizin	10 Vorlesungen
Anwendung von Spürhunden im Kriminaldienst	10 „
Gymnastik und Selbstschutz	40 „
Geographie Petrograds	5 „

Die Kursisten der Abteilung für Kriminalforschung begeben sich täglich in bestimmter Reihenfolge zu praktischen Arbeiten in die Verwaltung für Kriminalforschung, praktizieren im Registrationsbüro und arbeiten zusammen mit den Agenten an der Aufdeckung und Verhütung von Verbrechen.

Die Abteilung für Landwirtschaft – 163 Personen

Agrarfrage und Agronomie	20 Vorlesungen
Gemüsebau	32 „
Großvieh, Milchwirtschaft, Schafzucht	20 „
Ziegenzucht	4 „
Felderwirtschaft	15 „
Trockenlegung von Sümpfen	14 „
Schädlinge und Pflanzenkrankheiten	6 „
Fischerei	4 „
Feuersichere landwirtschaftliche Bauten	10 „
Allgemeine Bodenbearbeitung	16 „
Futterkräuter	37 „
Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte	12 „
Anatomie und Physiologie der Haustiere	12 „
Organisierung der Landwirtschaft	20 „
Tierheilkunde	2 „
Kühlvorrichtungen	2 „
Pferdezucht	2 „

Die Vorlesungen in der landwirtschaftlichen Abteilung sind am 1. April beendet worden. Mit dem 15. April gehen die Kursisten an praktische Arbeiten auf landwirtschaftlichem Gebiet unter der Anleitung ihrer Lektoren auf Krestowski Ostrow. Während ihres Verweilens auf der Universität haben die Kursisten der landwirtschaftlichen Abteilung unter der Leitung eines Fachgelehrten eingehend das landwirtschaftliche Museum, den Botanischen Garten und die Taurischen Treibhäuser besichtigt.

Die Abteilung für Sowjetverwaltung – 136 Personen.

Sowjetrußland	6 Vorlesungen
Das Kommissariat der Finanzen	20 „
Das Kommissariat für Volksgesundheit	8 „

Das Kommissariat für Volksaufklärung	6	Vorlesungen
Das Kommissariat für soziale Fürsorge	4	„
Das Kooperativwesen	3	„
Die Gewerkschaftsbewegung	1	„
Das Verpflegungskommissariat	2	„
Der Volkswirtschaftsrat	2	„
Die Gefängnisfrage	2	„
Das Arbeitskommissariat	3	„
Die Verwaltungsabteilung des Petrograder Sowjets	4	„
Das Volksgericht	4	„
Das Kommissariat für Rechtspflege	2	„
Die Arbeiterinspektion	2	„

Die Kursisten der Abteilung für Sowjetverwaltung sind ihren eigenen Wünschen entsprechend in Gruppen geteilt, die sich auf praktischen Arbeiten in den einzelnen Kommissariaten spezialisieren.

Die Abteilung für städtische Wohlfahrt – 24 Personen.

Allgemeine städtische Wohlfahrt	17	Vorlesungen
Kunst und Lebenseinrichtung	5	„
Kanalisation und Wasserversorgung	4	„
Desinfektion	4	„
Die wichtigsten Fragen der wirtschaftlichen Organisierung der Arbeit	3	„
Die wissenschaftliche Zukunft Petersburgs	4	„
Der Bestand der städtischen Bevölkerung nach Berufen	1	„

Anmerkung: Die Vorlesungen für die Abteilung der städtischen Wohlfahrt finden im Stadtmuseum statt.

Die Abteilung für Parteiarbeit – 72 Personen.

Die Internationale	3	Vorlesungen
Die Geschichte der K. P. R.	5	„
Die Verfassung	5	„
Der politische Zeitungskreis	2	„
Der Aufbau der Partei	5	„
Das Programm der K. P. R.	5	„
Die illegale Arbeit	2	„

Die Abteilung für Sowjetmiliz.

Die Abteilung für Sowjetmiliz besteht seit dem Juni 1919.

Den Kursus dieser Abteilung haben insgesamt 982 Personen beendet:
183 Männer und 799 Frauen.

In der Abteilung für Sowjetmiliz werden Vorlesungen über folgende Fächer gehalten:

Die Verfassung.

Die Theorie und Praxis des Schutzdienstes.

Das Kriminalrecht.

Schnelle Hilfe.

Die Anwendung von Spürhunden im Kriminaldienst.

Täglich finden im Lauf von drei Stunden Frontübungen mit Instrukto-
ren statt, auch wird ein Kursus über Quartaldienst durchgenommen. Bei
Beendigung des Kurses wurden die Kursisten der Abteilung für Sowjet-
miliz eingeleidet.

Ausflüge der Kursisten.

Unter Leitung der Instrukto-
ren des Ausflugskollegiums am Kom-
missariat für Volksaufklärung haben die Kursisten eine ganze Reihe von
Ausflügen unternommen.

Theaterbesuch.

An den Tagen, wo in den Theatern Vorstellungen für den Gewerk-
schaftsrat stattfanden, besuchten die Kursisten folgende Theater: das Aka-
demische Theater für Oper und Ballett, das Akademische Schauspielhaus
und das Große Schauspielhaus.

Als Lektoren unserer Universität fungieren: für das allgemeinbildende
Programm — die Professoren unserer Staatsuniversitäten, für das
politische und Spezialprogramm — Partei- und Sowjetfunktionäre. Nahe
beteiligt an den Arbeiten der Universität sind: Sinowjew, Radek, Newski,
Bucharin, Rjasanow und Maxim Gorki. Die Ergebnisse der ersten zwei
Bestände, dazu noch die Vorbereitung von 800 weiblichen Milizsoldaten,
müssen als sehr günstig bezeichnet werden.

Mit wenigen Ausnahmen tun sich alle Absolventen der Universität
an Ort und Stelle sehr bald hervor als Leute, die den Sinn des neuen
Aufbaus begreifen und den Bauern die verwickelten Fragen zu erklären
vermögen. Bei den Neuwahlen in die Sowjets werden sie in die Exekutiv-
komitees gewählt.

Sowohl auf den Kreiskongressen als auch auf den Gouvernements-
kongressen sowie auf den Parteikongressen sind diese Genossen in ständig
wachsener Anzahl anzutreffen. Die Urteile über ihre Arbeit an Ort
und Stelle sind ebenfalls sehr günstig.

Auch die weiblichen Milizangehörigen haben alle auf sie gesetzten
Hoffnungen gerechtfertigt. Sie besorgen den inneren Schutzdienst in der

Stadt sehr gewissenhaft. Einige haben sich schon als Gehilfinnen der Chefs der Reviermiliz hervorgetan.

An Tapferkeit und Beharrlichkeit bei der Vereitelung von Verbrechen stehen sie den Männern in nichts nach.

Große Bedeutung hat auch der Kursus über Kriminalforschung.

Im Kampf gegen die Kriminalverbrechen sind wir zu neuen Formen übergegangen. Arbeitslager, Arbeitskolonien, wo die Leute an Arbeit gewöhnt werden und gleichzeitig eine kulturell-aufklärende Ausbildung erhalten, sind an die Stelle der alten Gefängnisse getreten.

Die Verhütung und Aufspürung von Verbrechen erfordert in Verbindung mit den neuen Lebensbedingungen besondere Aufmerksamkeit. Dies wird durch besondere Vorbereitung der Arbeiter und Bauern selbst zum vernünftigen Kampf gegen das Verbrechen unbedingt erzielt. Auf diese Weise verschwindet der Typus des eine besondere Kaste bildenden Geheimpolizisten mit all seinen unschönen Eigenschaften.

Wir haben es also mit dem vollkommenen Typus einer Instruktorenschule zu tun, die jährlich bis zu 2000 Funktionäre heranzubilden vermag. Bemerkte sei, daß die Universität keinerlei Vorrechte gewährt. Ihre Aufgabe besteht nur in der Vorbereitung. Um diesen oder jenen dienstlichen Posten zu erhalten, müssen die Absolventen der Universität an Ort und Stelle Agitations- und Propagandatätigkeit entfalten. Sie müssen in diese oder jene Institution gewählt werden.

Neben der Swerdlow-Universität in Moskau, von der Gen. Newski in der vorliegenden Nummer dieser Zeitschrift ebenfalls eine Schilderung gibt, stellt unsere Universität etwas völlig Neues und für unsere Zeit äußerst Bezeichnendes dar. Dieser Schultypus fügt sich dem Rahmen der Lehranstalten, die für systematische Aufklärungsarbeit bestimmt sind, nicht ein. Es ist eine Schule zur Vorbereitung von Instruktoren, von praktischen Funktionären. Diese Schule müssen unserer tiefsten Ueberzeugung nach dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten unterstehen, das sie entsprechend dem allgemeinen Geist unseres staatlichen Aufbaus ständig umzuformen hat.

Insofern unser Sowjetapparat bestrebt ist, die breiten Massen der Arbeiter und Bauern zum Aufbau und zur Verwaltung des Landes heranzuziehen, haben diese Schulen eine ungeheure Zukunft. Es muß unverzüglich der Plan für ein ganzes Netz solcher Arbeiter- und Bauernuniversitäten entworfen werden, die nach einem einheitlichen Plan aufgebaut sein und nach gleichlautenden Programmen arbeiten müssen.

Wenn wir an mehreren Punkten der Republik Rußland Funktionäre heranbilden, werden wir am schnellsten dahin kommen, daß die Sowjets überall nach einem einheitlichen Plan arbeiten und die Provinz bald dieselbe Entwicklungsstufe erreicht wie die großen Zentren.

S. Rawitsch.

Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus.

I.

Zwei Kongresse.

Der Bürgerkrieg, der zwei Jahre lang in unserem Lande getobt hat, neigt seinem Ende zu. Trotz der Hilfe, die die russischen Grundbesitzer und Kapitalisten von den mächtigsten kapitalistischen Staaten erhielten, endete er mit dem Siege der Arbeiterklasse. Die Versuche des internationalen Kapitals, das Arbeiterrußland durch englische, französische, amerikanische und japanische Soldaten zu ersticken, endeten schon im Frühjahr 1919 mit einem gänzlichen Mißerfolge. Die Protestbewegung gegen eine Einmischung des ausländischen Kapitals in die russischen Angelegenheiten, die in erster Linie die bis dahin am allerwenigsten international gestimmten englischen Arbeiter erfaßte, störte die Führer des Kapitals der Entente. Die Versuche, die russische Revolution mit Hilfe russischer Bauern, welche für englisches, französisches und amerikanisches Geld von weißen Generälen mobilisiert waren, niederzuwerfen, endeten mit der Vernichtung der Armeen von Judenitsch, Denikin und Koltschak. Die Gegenrevolution zwang die Bauernmassen in das alte Joch und war darum nicht imstande, sie zu begeistern. Die russische Gegenrevolution ist zerschmettert. Da es möglich ist, daß das ausländische Kapital noch einmal versuchen wird, Kräfte gegen Sowjetrußland zu mobilisieren, legen wir die Waffen nicht aus der Hand. Aber das wird ihm nicht so bald gelingen, und die russische Arbeiterklasse kann sich, ohne die Waffen niederzulegen, dem wirtschaftlichen Aufbau widmen. Diese Aufgabe verlor sie seit dem ersten Tage ihres Sieges im Oktober 1917 nicht aus den Augen. Die Märchen der kapitalistischen Presse des Auslands, daß die russische nationalisierte Industrie in den letzten zwei Jahren gar nichts hervorgebracht habe, sind lächerliche Uebertreibungen. Die russische nationalisierte Industrie bekleidete eine Zweimillionenarmee und versah sie mit Waffen; denn es ist nicht wahr, daß die Armee vom Erbe des Zarismus lebte. Aber selbstverständlich konnte sich die Produktion während des

grandiosen Bürgerkrieges, der eine Anspannung aller Kräfte verlangte, nicht auf dem Niveau befinden, das den Interessen der Volksmassen entsprach. Es war eine Produktion, deren Erzeugnisse im Kampf vernichtet wurden, eine Produktion auf Kosten des ganzen Landes, und das Ergebnis zweijähriger Arbeit in den Fabriken war nur sichtbar in der Tatsache, daß die Rote Armee ihre Gegner besiegte, trotzdem diese durch die erstklassige Industrie Englands und Amerikas versorgt wurden. In ökonomischer Beziehung ist Rußland jetzt ein Land mit abgenutzten Maschinen, mit ruinierten Transportmitteln, ohne genügende Zahl ausgebildeter Arbeitskräfte. Alles das aber ermöglicht erst einen sozialistischen Aufbau, ohne das ist es sogar unmöglich, die Bevölkerung der Städte zu ernähren, trotz des Vorhandenseins ausreichender Getreidevorräte in Rußland. Und nur weil während des ganzen Bürgerkrieges, während all der Siege und Niederlagen, die Gedanken der leitenden Kreise der Arbeiterklasse unaufhörlich an der Frage der ökonomischen Wiedergeburt des Landes arbeiteten, nur weil während des Donners der Geschütze, bei Sieg und Niederlage, die Kommunistische Partei an die ökonomische Wiedergeburt des Landes dachte, war es möglich, daß, sobald nur Denikin nach Süden zurückgeworfen, die tötliche Gefahr für Sowjetrußland vorüber war, die Kommunistische Partei es vermochte, der Arbeiterklasse in vollem Umfang die Aufgaben des Wirtschaftskrieges, des Kampfes mit dem Hunger, mit der Kälte und dem Verfall zum Bewußtsein zu bringen. Aus den lebhaftesten Erörterungen über einen Ausweg aus dem ökonomischen Verfall, die seit Dezember das Leben der kommunistischen Organisationen ausfüllten, kristallisierten sich die Richtlinien der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands und ergab sich der einheitliche Wille zur Durchführung dieser Politik. Der Kongreß der Kommunistischen Partei liquidierte alle Meinungsverschiedenheiten, die in Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus in ihrer Mitte bestanden. Er zeichnete den Weg vor, den die Wirtschaftspolitik des russischen Proletariats in nächster Zukunft einschlagen wird. Der Kongreß der Gewerkschaftsverbände, welcher auf den Parteikongreß folgte, ging den vorgezeichneten Weg und zog alle Folgerungen, die sich aus der Annahme dieses Kurses durch die Partei für die Tätigkeit der Massenorganisationen der Arbeiterschaft ergaben.

Die Fragen, die der Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands theoretisch entschied und die die gesamte Arbeiterklasse Rußlands praktisch entscheiden wird, sind von entscheidender Bedeutung für das Proletariat aller Länder. Die ganze kapitalistische Presse Europas versuchte monatelang das Weltproletariat

zu überzeugen, daß Sowjetrußland in Wahrheit ein Rußland ohne Räte sei, daß die Leitung der Industrie, die im Jahre 1917 von den russischen Arbeitern in die Hand genommen wurde, ihnen jetzt abgenommen werde, daß die Sowjetregierung, überzeugt von der Unfähigkeit der Arbeiter, die Industrie zu leiten, diese Leitung den bürgerlichen Fachleuten zurückgäbe, daß sie die Fabriken dem Militarismus ausliefere, indem sie sie militarisiere. Die so mißverständene Politik Sowjetrußlands wird weiter erklärt im Zusammenhang mit der hervortretenden internationalen Sowjetpolitik, der Politik des Kompromisses mit dem Kapitalismus des Westens, als Vorbereitung der Rückkehr zum Kapitalismus überhaupt. Die Bolschewiki sollen nach Erzählungen der bürgerlichen Presse die Rolle der russischen Jungtürken spielen, der Kettenhunde des anglo-amerikanischen Kapitalismus. Als 1918 Sowjetrußland mit dem deutschen Imperialismus Frieden schließen mußte, faselte die ganze Entente-Pressen genau dasselbe, was jetzt die deutsche Presse faselt aus Anlaß der Versuche der Sowjetregierung, mit den Verbündeten Frieden zu schließen. Und wie 1918, um zu beweisen, daß die Sowjetregierung an der Möglichkeit des Aufbaus Rußlands durch die Arbeiterklasse gezweifelt hat, die kapitalistische Presse sich auf die Rede Lenins „Über die nächsten Aufgaben“ berief, so wird sie sich jetzt auf die Beschlüsse des kommunistischen Parteikongresses über den Wirtschaftsplan berufen. Der internationalen Bourgeoisie liegt sehr daran, mit solchen Versuchen die Arbeiter der ganzen Welt zu überzeugen, daß Sowjetrußland zum Kapitalismus zurückkehrt, denn auf diesem Wege hofft sie, die Arbeiter Europas vom Kampf um die Macht zurückzuhalten. Sie hofft sie zu überzeugen, daß es sich nicht lohnt, die Macht an sich zu reißen, um schon nach kurzer Zeit wieder vor deren Scherben zu stehen.

Klares Verständnis für das, was in Rußland vor sich geht, was die jetzige Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Rußlands und der Sowjetregierung betrifft, ist also ein Lebens-Interesse für das Proletariat aller Länder. Nur wenn sie die wahre Bedeutung der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung klar verstehen, können die kommunistischen Arbeiter in Europa erkennen, ob sie sich auf dem rechten Wege befinden, und gleichzeitig werden sie dann einsehen, daß dieser Weg nur ein provisorischer ist, daß die Arbeiter Europas, wenn er durchschritten ist, den Weg einschlagen müssen, auf dem jetzt Sowjetrußland angelangt ist. Das, was die Tintenkiller der Bourgeoisie den Arbeitern der ganzen Welt als Verrat am Kommunismus durch die Sowjetregierung hinstellen, erweist sich bei näherer Betrachtung als Übergang der proletarischen Macht von

der Phase des Kampfes um die Macht und ihre Bewahrung zur Phase des sozialistischen Aufbaus . . .

II.

Der Kampf um die Vernichtung des Kapitalismus.

In der friedlichen Epoche der Arbeiterbewegung stellten sich viele den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als das Ergebnis allmählicher Erstarkung des staatlichen Einflusses auf den kapitalistischen Staat vor. Sie dachten sich den Uebergang zum Sozialismus ohne tiefgehende Erschütterung des kapitalistischen Staatsapparats. In Wahrheit bedeutet die soziale Revolution den Zerfall, die Vernichtung des staatlichen und wirtschaftlichen Apparats des Kapitalismus. Bei der Ergreifung der politischen Macht ist es unmöglich, den Apparat des staatlichen Zwanges so zu zerschlagen, daß der Wirtschaftsapparat unversehrt bliebe. Das ist unmöglich nicht nur, weil der Bürgerkrieg, ebenso wie jeder andere Krieg, Ruinen und Schutt hinterläßt. Das ist auch deshalb nicht möglich, weil überhaupt kein Bürgerkrieg möglich ist, ohne daß die Arbeitermassen in den Fabriken den Versuch machten, das Joch des Kapitals abzuschütteln. Arbeiter können nicht auf den Barrikaden kämpfen und zugleich in den Fabriken gehorsame Sklaven bleiben, die an die Rechte des kapitalistischen Eigentümers und die Rechte der kapitalistischen Verwaltung nicht zu rühren wagen. Der Prozeß der sozialen Revolution besteht ja gerade darin, daß die Arbeitermassen in eine Lage kommen, in der sie jedes Vertrauen zum Kapital verlieren und darum die Hand ausstrecken nach der kapitalistischen Macht in ihrem innersten Kern: den Werken und Fabriken. Wo ist die Quelle der revolutionären Bewegung, die heute die Arbeiter aller Länder ergreift? Der Kapitalismus ist nicht imstande, ihnen ständige Arbeit zu sichern, er ist nicht imstande, ihnen eine menschliche Existenz zu bieten, die sie seit 50 Jahren erstreben, ja nicht einmal ein Stück Brot kann er ihnen sichern. Infolgedessen glauben die Arbeitermassen nicht mehr daran, daß der Kapitalismus imstande ist, die Produktion aufrecht zu erhalten. Anfangs geht ihr Kampf nur um die Erhöhung der Arbeitslöhne, um die Verkürzung des Arbeitstages. Aber wenn der kapitalistische Organismus auf jede Erhöhung der Löhne mit Erhöhung der Preise reagiert, wenn der Warenmangel wächst und der Transport verfällt, dann erhebt sich für den Arbeiter die Frage der Kontrolle über die Produktion. Ursache des Kampfes um die Kontrolle der Produktion ist das Mißtrauen der Arbeiter

gegen die kapitalistische Klasse als Organisator der Produktion. Sogar dort, wo die Fabriken aus allgemeinen objektiven Gründen die Arbeit einstellen, sehen die Arbeiter böswillige Sabotage des Kapitalisten und wollen ihn der Kontrolle ihrer Vertrauensmänner unterstellen. Und sogar wo sie den Kapitalisten als Leiter der Fabrik nicht beschuldigen, wo sie den Grund ihrer Not in dem allgemeinen Verfall erblicken, wollen sie doch nicht mit verschränkten Armen vor Hunger und Kälte sterben und fühlen in sich den Glauben wachsen, daß sie selbst die Produktion besser organisieren können als die Kapitalisten. Und je mehr dieser Glaube in ihnen wächst, um so bewußter nimmt das Proletariat den Kampf auf um den Besitz der Industrie. Dieser Kampf besteht nicht nur in Streikwogen, der Sabotage in Fabriken, er gilt dem Versuch, die kapitalistische Verwaltung der Fabriken zu beseitigen, sie durch die Fabrikkomitees zu kontrollieren, die dann im weiteren Verlauf des Kampfes die Produktion nicht mehr kontrollieren, sondern unmittelbar leiten wollen. Das ist die letzte Quelle des revolutionären Kampfes um die Staatsmacht, der sich objektiv als Prozeß des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft erweist und eine Zeitlang die wirtschaftlichen Grundlagen eines Landes zerstört, den Verfall verstärkt, die Not vermehrt. Aber wie schwer auch die Folgen dieses Prozesses sein mögen, man kann ihm nicht entgehen, ebenso wenig wie man im Kriege ohne Kanonen, Maschinengewehre und Flinten nicht siegen kann. Wenn die russische Arbeiterklasse jetzt zurückblickt auf die Kerenskiiperiode, welche die Kontrolle der Industrie und der Fabrikkomitees zur Losung machte, kann sie die Gesetzmäßigkeit dieses Prozesses nachprüfen an der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa und Amerika nach Beendigung des Krieges. Das, was die deutsche, englische und amerikanische Industrie durchmacht, unterscheidet sich nur graduell von dem, was die russische Industrie im Jahre 1917 durchgemacht hat.

Grundlegender Faktor in dem Auflösungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft ist das Mißtrauen der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klasse als der Organisatorin. Da aber die Arbeiterklasse selbst keine Organisatoren besitzt, die ohne weiteres an Stelle der kapitalistischen hätten treten können, muß sie in diesem Zeitraum die Kontrolle und Leitung durch Arbeiterkollegien ausüben lassen. Zu Beginn der revolutionären Epoche gibt sie eine reformistische Losung der Demokratie in den Fabriken aus, einer Kontrolle der Produktion durch Arbeitervertreter. In dieser Phase befindet sich jetzt die Arbeiterklasse außerhalb Rußlands.

Diese Phase dauert nach der Ergreifung der Macht im Staate fort, sie verstärkt sich sogar, denn bis dahin, bis zum politischen

Sieg über das Kapital, konnten die Arbeiter die Kontrolle der Produktion nur in den Zentren, wo sie am stärksten waren, durchführen. In anderen Teilen des Reiches konnten die Kapitalisten dieses verhindern. Jetzt, unter dem Schutz der Sowjetrepublik, erhebt sich sogar jeder schwache und unterdrückte Bruchteil der Arbeiterklasse, und er, der vielleicht in der Periode des Kampfes um die Arbeiterherrschaft an eine Ergreifung der Macht in der Fabrik nicht zu denken wagte, fühlt jetzt seine Kraft als Teil der Klasse, die die Herrschaft an sich riß, und erhebt sich überall. Allerorts schaffen die Arbeiter Fabrikkomitees, um dann von der Kontrolle über die Fabriken bald zu ihrer Leitung überzugehen. Ueberall versuchen sie für sich als Gruppe oder gar als Einzelne, möglichsten Nutzen zu ziehen aus der Befreiung von der Herrschaft der Kapitalisten. Darum ist die erste Zeit nach der Ergreifung der Macht eine Zeit verstärkten wirtschaftlichen Verfalls. Formell herrscht auch in diesem Zeitraum in den Köpfen der Arbeiterklasse die Idee von der Leitung der Industrie durch Kollegien, durch gewählte Vertreter jeder einzelnen Fabrik. Das führt bald zu sehr schweren Folgen. Jede Gruppe der Arbeiterklasse, die die Fabrik auf eigene Faust führt und die Produktion ohne Zusammenhang mit den andern organisiert, wird dabei nur von den Interessen ihrer Gruppen geleitet. Sie verkauft alte Warenbestände an den Meistbietenden, sie produziert — wenn überhaupt — nicht das, was die Allgemeinheit braucht, sondern was sie gut zu verkaufen hofft. Daß das nicht Sozialismus ist, das zu erkennen bedarf es keines besonderen Verstandes. Nicht darum handelt es sich, zu begreifen, daß bloße Aufteilung der Industrie oder ihrer Erzeugnisse unter den Arbeitern gar nichts gemein hat mit Sozialismus, sondern darum, daß diese Erscheinung als Uebergangsstadium der Revolution unvermeidlich ist. Wie konnte man gegen diese Erscheinung kämpfen? Auf dem I. Kongreß der Gewerkschaftsverbände im Januar 1918 proklamierte Sinowjew die Leitung der Industrie durch die Gewerkschaftsverbände. Selbstverständlich konnten einem solchen Kenner der gewerkschaftlichen Bewegung in Europa wie G. Sinowjew die Kontroversen des Marxismus mit dem Syndikalismus nicht unbekannt sein. In diesen Streitfragen bewiesen die Marxisten den Syndikalisten, daß die Uebergabe verschiedener Produktionszweige an zerstreute Gewerkschaftsverbände nur eine neue Form der Konkurrenz schafft, wobei die zu Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiter die in Trusts vereinigten Kapitalisten ablösen. Die Abgabe dagegen der Industrie an die vereinigten Gewerkschaftsverbände überhaupt bedeutet einen sehr gefährlichen Organisations-typus, der unter den verschiedenen Kategorien der Arbeiterklasse

einen Kampf um die Herrschaft und um den Gewinn hervorruft. Aber im Augenblick voller Anarchie, die uns der Kapitalismus hinterließ, im Augenblick der Entfesselung der Gruppen- und Einzelinteressen der Arbeiter, die, frei vom kapitalistischen Joch, natürlich sofort eine Verbesserung ihrer Lage fühlen wollten, ist der Versuch, die Produktion auf kurze Zeit den Gewerkschaftsverbänden zu übergeben, gleichbedeutend mit dem Versuch, an Stelle voller Anarchie eine gewisse Organisation, an Stelle kleiner zerstreuter Gruppeninteressen die Interessen größerer Einheiten des Proletariats zu setzen, die leichter in Einklang zu bringen und zu kontrollieren waren. Man muß ein ganz stumpfer Mensch sein, um darin Syndikalismus zu sehen.

In der Periode nach Ergreifung der Macht schufen die Kommunisten eine Leitung der Industrie aus Vertretern der Gewerkschaftsverbände, denen sie die Führer der Industrie, die im Dienst des Kapitals befindlichen Ingenieure und Techniker, unterstellten. Zwecks Uebereinstimmung der Arbeit verschiedener Industriezweige, zur Aufstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsplans und zur Regulierung des Warenaustausches zwischen Stadt und Land, begann man aber die Räte für Volkswirtschaft zu schaffen, die im Gegensatz zu den Fabrikkomitees, als dem Einfluß und Druck der Arbeitermassen in den einzelnen Fabriken unterliegend, die Rolle von Staatsorganen spielen sollten, die die Interessen des Ganzen vertraten. Die Räte für Volkswirtschaft rekrutierten sich aus Vertretern der Gewerkschaften und des Sowjets der Arbeiterdeputierten als Klassenorganen. Auch Fachleute waren unter ihnen. Sie versuchten, für jeden Wirtschaftszweig einen allgemeinen Plan, einen Verwaltungstypus auszuarbeiten und Wirtschaftszentren zur Versorgung dieser Industrie mit Rohstoffen, Heizung und gleichzeitig zur Verteilung der Erzeugnisse zu schaffen. Sowohl die Räte für Volkswirtschaft als auch die Leitung der Fabriken waren kollegial zusammengesetzt. Die Kollegialität, die in den Organen, die den Plan ausarbeiteten, in den Organen, die die gesamte Volkswirtschaft der Sowjetrepublik oder die Volkswirtschaft eines Bezirkes oder auch nur eines einzelnen Industriezweiges umfassen sollte, dauernd am Platze ist, war in den Fabriken das Ergebnis einer zeitweiligen Notwendigkeit. Sie war nötig erstens, weil die Arbeiterklasse weder eigene Wirtschaftsorganisatoren aus der Zahl der kommunistischen Arbeiter, noch Ingenieure und Techniker, denen sie vertrauen konnte, in genügender Zahl hatte. Die Intellektuellen, die einen baldigen Sturz der Arbeiterschaft erwarteten, sabotierten das wirtschaftliche Leben und darum mußten sich die Arbeiter selbst ans Werk machen, wenn sie die Sabotage der Bourgeoisie brechen

wollten. Aber die Kollegialität in den Fabriken und Werken bedeutet gleichzeitig, daß die Arbeiter, da sie keine erfahrenen Organisatoren hatten, die Leitung den Unerfahrenen übertrugen, damit diese die Leitung der Wirtschaft lernten. Kollegialität hieß nicht, daß es besser sei, wenn drei oder fünf die Fabrik leiteten, als wenn sie nur einer leitete; die Kollegialität war auch kein kommunistischer Grundsatz, sondern das Ergebnis der einfachen Tatsache, daß die Arbeiter wußten, daß auch die Besten ihrer Erwählten einzeln der Arbeit nicht gewachsen waren; so vertrauten sie die Leitung mehreren an, damit sie einander ergänzten. Diese Zeit nach Ergreifung der Macht hätte sich schneller überlebt, wenn nicht der Bürgerkrieg die Frage der Wirtschaftspolitik in den Hintergrund gedrängt hätte. Und sowohl Trotzki in seiner Rede vom März 1918 über die Arbeitsdisziplin als auch Lenin in der Rede über die wichtigsten Aufgaben der Sowjetregierung im April 1918 betonen schon die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen, energischen Leitung und sprechen sich gegen die Kollegialität als Grundsatz aus. Aber da man während des Bürgerkrieges genötigt war, die Wirtschaft gewissermaßen nach der Feldordnung zu führen, konnte die Sowjetregierung keinen allgemeinen Wirtschaftsplan aufstellen, denn die Kriegsoperationen verschoben täglich die Grenzen Rußlands. Ebensowenig konnte man auf Grund von Erfahrungen über die kollegiale Verwaltung der Industrie systematisch zum Typus der Einzelverwaltung übergehen, dessen Notwendigkeit sich täglich stärker fühlbar machte. Die Frage des Wirtschaftsplanes und der Verwaltungsmethoden treten an die erste Stelle, sobald der Bürgerkrieg zu Ende geht und man sich planmäßig an den ökonomischen Aufbau machen kann.

III.

Organisation der Arbeit.

Die Sowjetrepublik mußte bei Aufstellung eines Wirtschaftsplans mit der Tatsache rechnen, daß der wachsende wirtschaftliche Verfall Europas mit jedem Tage die Chancen verringert, Maschinen, die zur Wiederherstellung der Wirtschaft Rußlands unentbehrlich sind, in genügender Anzahl vom Ausland zu erhalten. Selbstverständlich wird sie sich die größte Mühe geben, alles, was ihr die sterbende kapitalistische Welt auf dem Gebiet der Technik geben kann, zu erhalten, obgleich sie nicht vergessen darf, daß sie in der Hauptsache auf eigene Kraft angewiesen ist. Davon befreit sie die Weltrevolution nicht, denn diese wird zunächst einmal bedeutende

Mengen von Produktionsmitteln der kapitalistischen Welt zerstören. Sie wird anfangs den wirtschaftlichen Verfall Europas verstärken und sie kann in technischer Hinsicht der russischen Revolution zunächst nur ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Wie wird nun Sowjetrußland die ihm notwendigen Produktionsmittel hervorbringen?

Sowjetrußland leidet gewaltigen Mangel an Maschinen. Es wird die Maschinen durch den Menschen ersetzen müssen, durch die lebendige Kraft der ausgebildeten Industriearbeiter und der Bauernschaft. Damit kommen wir zu der Frage von der sogenannten Militarisation der Arbeit, von der die europäische kapitalistische Presse so viel schreit. Die ausgebildeten Arbeiter in Rußland — an ihnen hat es stets gefehlt — sind zahlreich aufs Land geflüchtet, um sich Brot zu suchen. Wenn Sowjetrußland den ökonomischen Verfall überwinden will, so muß es seine erste Aufgabe sein, diese zerstreuten Kräfte des ausgebildeten Proletariats zu sammeln. Hat die sozialistische Gesellschaft das Recht, Hunderttausende von Proletariern auf das Schlachtfeld zu werfen, damit sie ihr Blut vergießen für die allgemeine Sache der Arbeiterbefreiung, so darf sie ohne Zweifel auch zu den ins Dorf geflüchteten ausgebildeten Arbeitern sagen: „Wir wundern uns nicht, daß euch der Hunger aufs Land treibt, aber alle sterben wir Hungers und alles geht zugrunde, wenn ihr nicht zurückkommt. Nur wenn wir die Reparatur der Lokomotiven beschleunigen, nur wenn wir Transport- und Produktionsmittel selbst erzeugen, retten wir die russische Arbeiterklasse vom Hungertode. So wie es eure Pflicht ist, mit der Waffe in der Hand für Sowjetrußland zu kämpfen, so müßt ihr eurer Regierung, eurer Klasse den Hungerkredit verlängern“. Ausgebildete Arbeitskraft gibt es in Rußland sehr wenig. Selbst wenn man alle zerstreuten Kräfte des Proletariats sammelte, so wären sie doch nicht ausreichend, um die Trümmer des kapitalistischen Gebäudes fortzuräumen, um den Platz für den neuen Bau frei zu machen. Die Reinigung der Städte, ihre Wiederherstellung, ohne die eine Verbesserung der Hygiene nicht denkbar ist, ohne die man Hunderttausende von Arbeitern nicht zur Arbeit anstellen kann, das Abholzen der Wälder zur Anhäufung von Heizmaterial für die Fabriken und Werke, die Gewinnung von Rohmaterial — all das fordert eine Menge physischer Kraft, die uns nur der russische Bauer geben kann. Die Arbeiter- und Bauernregierung, die diese Kraft des Bauern nimmt, leistet nicht nur schöpferische sozialistische, sondern geradezu primitivste Kulturarbeit. Wenn man die Industrie und die Städte nicht wieder auf die Beine stellt mit Hilfe der Bauernfäuste, so kann das Dorf, das seine Befreiung vom

Joch des Feudalismus der Arbeiterrevolution verdankt, wieder dahin geraten, wo es vor dem Feudalismus war, der immerhin eine Organisation der Arbeit in großem Maßstabe gewesen ist. Ohne Wiedergeburt der Industrie bleibt das Landvolk ohne Streichhölzer und Tabak, ohne Salz und Petroleum, ohne Pflüge und Sicheln, kurz, auf dem Niveau von Wilden. Die Arbeit an dem Wiederaufbau Rußlands als eines wirtschaftlichen Ganzen, die die Diktatur des Proletariats mit eiserner Hand verwirklicht, ist auch das ureigenste Lebensinteresse der Bauernmassen.

Die Frage, wie man die Kraft des Bauern zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Rußlands ausnutzen könne, erhob sich vor Sowjetrußland nach der Vernichtung von Denikin und Koltshak. Die Unsicherheit der internationalen Lage, die Tatsache, daß Sowjetrußland noch keinen dauerhaften Frieden hat mit den kapitalistischen Staaten des Westens, jenen Hauptorganisatoren der russischen Gegenrevolution, gestattete uns nicht, die Armee zu demobilisieren. Aber dieses Heer hatte keine tatsächliche Kampfaufgabe mehr und konnte darum ein rein parasitäres Element werden: es würde umsonst das Brot des bettelarmen Landes essen. Und hier kam uns der Gedanke, das Heer vom Kampf an die Arbeit zu kommandieren, Arbeitsarmeen zu schaffen, die als große Arbeitseinheiten an die schmutzige Arbeit der Städtereinigung, der Reinigung der Eisenbahnstrecken, der Gewinnung von Heizmaterial und ähnliche Arbeiten, die keine spezielle Ausbildung verlangten, gehen konnten. Die schon geschaffenen Arbeitsarmeen haben erst eine kurze praktische Erfahrung hinter sich, und es ist darum schwer festzustellen, inwieweit die Idee der Arbeitsarmeen in ihrer heutigen primitiven Form sich als lebensfähig erweisen wird. Eins aber ist sicher, die Armee ist nicht für Aufgaben der Produktion eingerichtet, ihre Einheiten sind Kampfeinheiten und ökonomischen Aufgaben gegenüber nicht entsprechend differenziert, ihre Stäbe sind der Leitung solcher Arbeit nicht angepaßt. Möglich, daß man ihre Kampfeinheiten derart organisieren wird, daß man die vorgebildeten Arbeiterelemente zu besonderen Aufgaben ausscheidet und von ihnen die Bauernmasse für Schwarzarbeiten trennt. In jedem Fall wird nun für die ökonomischen Aufgaben der schon vorhandene Kriegsapparat weiterverwendet oder ein neuer dafür geschaffen, Bauernarbeit wird zum Wiederaufbau des ökonomischen Lebens im Lande herangezogen. Jedes Geschrei über die Einführung der Zwangsarbeit erweist sich als Heuchelei im Munde derer, die nicht protestierten, als der Zarismus und der Kapitalismus Millionen von Bauern für die Interessen eines Häufleins von Bankiers, Bürokraten und Generälen zur Schlachtbank schleppte. Es ist ein Beweis

völligen Stumpfsinns im Munde derer, die nicht verstehen, daß die soziale Bedeutung eines Zwangsaktes, wie es die Benutzung der Bauernmassen für staatswirtschaftliche Aufgaben ist, davon abhängt, wer die Gewalt in der Hand hat, und wofür diese Massen herangezogen werden. Die Benutzung von Millionen zur Arbeit am Bau von Eisenbahnstrecken, für den Kampf gegen Typhus und Cholera, für die Wiedergeburt des industriellen Lebens, ist Dienst zum Wohle des Bauern, und keine Ausnutzung der Bauernschaft für fremde Ziele.

Wie wird nun die Mobilisierung vorgebildeter Arbeitskräfte und ihre Verteilung vor sich gehen? Es versteht sich von selbst, daß dies nicht möglich ist ohne höchste Anspannung agitatorischer Arbeit, die den Arbeitermassen die Notwendigkeit der Arbeit, zu der sie berufen sind, zum Bewußtsein bringt. Aber ein Wort hat zehnfaches Gewicht, wenn dahinter der feste Wille steht, es zur Tat zu machen um jeden Preis, d. h. wenn man einen Apparat des Zwanges schafft, der die aufgeklärten Massen organisiert und die rückständigen und die ermüdeten aufrüttelt und zur Arbeit heranzieht. Die Anhäufung vorgebildeter Arbeitskräfte, ihre Verteilung den Bedürfnissen der Produktion entsprechend, ist nur ausführbar unter Vereinigung einer gewaltigen Propaganda mit einem soliden Apparat, der die Massen umfaßt und dem die staatlichen Zwangsorgane zur Verfügung stehen. Solche Organe, die Millionen umfassen, denen man die Mobilisierung der Arbeitskräfte und ihre Verteilung anvertrauen wird, sind die Produktionsverbände. Entstanden als Gewerkschaftsverbände in der Epoche des Kapitalismus, sollten sie den Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse führen. In Rußland entstanden sie während der Revolution von 1905. Unterdrückt zur Zeit der Gegenrevolution, erhoben die Verbände von neuem das Haupt während der Februarrevolution, und jetzt trat die Aufgabe an sie heran, die bis dahin nicht in ihrem Programm stand, der Kampf um Kontrolle der Produktion. Nach der Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse, woran die Verbände den energischsten Anteil nahmen, übernahmen sie die Organisation der Produktionskontrolle und darauf auch ihre Leitung. Dergestalt gingen sie vom Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus über zur Frage der Organisation der sozialistischen Produktion und wurden so aus Gewerkschafts- zu Produktionsverbänden. Den Produktionsverbänden gehören Millionen von Arbeitern an. Tatsächlich aber muß man zugeben, daß sie in den zwei Revolutionsjahren nicht imstande waren, die Produktion mit der Organisation der Massen zu verbinden. Der Bürgerkrieg zwang sie, ihre besten

Kräfte auf das Schlachtfeld zu werfen, denn es war klar, daß die Sache Sowjetrußlands ihre Sache war, daß man die Gewerkschaftsbewegung nicht in einem Augenblick aufbauen konnte, in dem es galt, die bloße Existenz der neuen Gesellschaftsordnung zu verteidigen, auf deren Boden sich unsere Produktionsverbände entwickeln. Der Aderlaß der Verbände zur Zeit des Bürgerkrieges gestattete die Herstellung ihrer Verbindung mit der Organisierung der Produktion nur durch Heranziehung der Führer der Bewegung. Die Vertreter der Produktionsverbände traten in den Bestand der Volkswirtschaftsräte und der Fabrikleitungen ein. Sie berieten sich in Fragen der Produktion mit den Leitungen ihrer Verbände. Die Masse der Arbeiter aber blieb diesen Dingen fern. Indem sie die wirtschaftliche Wiedergeburt Rußlands an die erste Stelle rückt, stellt die Kommunistische Partei die Fragen der Verstärkung der Produktionsverbände, der Schaffung einer tatsächlichen Verbindung zwischen den Arbeitermassen und der Produktionsleitung in den Vordergrund. Die Kommunistische Partei kann nur allgemeine Agitation zur Steigerung der Arbeitsdisziplin, zur Hebung der Produktivität der Arbeit führen. Der Produktionsverband hat in jeder Fabrik, in jedem Industriezweig die Aufgabe, die höchstmögliche Produktion zu erzielen, den Massen die Bedürfnisse des betreffenden Industriezweiges zum Bewußtsein zu bringen, und sie zu eigener Initiative in der Vermehrung der Produktion zu veranlassen. Der Produktionsverband soll gemeinsam mit dem Kommissariat für Volksaufklärung ein Netz von technischen Produktionsschulen schaffen, in denen die fähigsten Arbeiter die Leitung und Technik der Arbeit lernen sollen. Sie sollen erfahrene Arbeiter in die Leitung der Industrie hineinbringen, sie sollen endlich die Mobilisierung der Werk tätigen und ihre Verteilung in die Hand nehmen. Angefangen mit der niedrigsten Zelle des Produktionsverbandes, dem Fabrikkomitee, über die Leitung von Fabriken und Werken über die Hauptkomitees, die ganze Industriezweige umfassen, über örtliche und Gouvernementsräte der Volkswirtschaft bis zum höchsten Rat für Volkswirtschaft nehmen so die Produktionsverbände nicht nur teil an der Leitung der Produktion, sondern sind auch die lebendige organisatorische Basis, aus der die gesamte Leitung und Verwaltung der Produktion ihre Kräfte schöpft. Mit ihrer Hilfe führt die Arbeiterregierung, die die Interessen der Werk tätigen des ganzen Landes vertritt, ihre Wirtschaftspolitik durch. Die Rolle der Produktionsverbände im Organismus Sowjetrußlands ist eine ganz andre als sie ihnen die Syndikalisten zuschreiben. Weder einzelne Produktionsverbände noch ihre Gesamtheit leiten die Produktion. Die Leitung der Produktion ist in den Händen von

Organen, welche die besten Kräfte der Produktionsverbände und wissenschaftlich gebildete Kräfte, die uns der Kapitalismus hinterließ, mit Vertretern der Arbeiterregierung vereinigen. Die Produktionsverbände dagegen sind die wichtigsten Massenorganisationen des Proletariats, die Grundlage der proletarischen Diktatur, sie sind tatsächlich die Hauptquelle der Arbeitermacht. Sie sind weiter als Massenorganisation des Proletariats die Hauptkraft der Produktion, und Kraft schöpfend aus dieser Rolle, sind sie, ohne formell ihr Leiter zu sein, imstande, der Produktion ihren Stempel aufzudrücken. Aber gerade darum, weil sie die Produktion nicht gesondert und nicht vom professionellen Standpunkt aus, nicht unmittelbar als Organisationen besonderer Arbeitergruppen leiten, sondern zusammen mit den Vertretern der proletarischen Staatsmacht, weil sie, sobald Anwendung von Zwang nötig wird, sich an den Staatsapparat wenden müssen und an ihn gebunden sind, so werden sie mit Erstarkung der Produktion die letzten Reste der Gruppeninteressen und professioneller Beschränktheit abstreifen und sich zu Organen tatsächlicher Klassenvertretung des gesamten Proletariats entwickeln müssen, die das Gesamtinteresse der Diktatur des Proletariats in einem Bauernlande verwirklichen.

Diese Rolle der Produktionsverbände ist die beste Antwort auf das Geschrei über Militarisierung und Rückkehr zum Bürokratismus in der Produktion. Eine Militarisierung, wie sie die imperialistischen Staaten des Westens während des Krieges einführten, ist in Rußland unmöglich. Diese Militarisierung bestand darin, daß die Regierungen, die die Interessen der Bankiers und Seelenverkäufer vertraten, die Arbeiter zwangen, all den Freiheiten zu entsagen, die sie sich in Friedenszeiten im Kampf gegen das Kapital errungen hatten. Sie bestand in dem Zwang zu höchster Arbeitsleistung, unter ständiger Drohung mit „an die Front schicken“. Und alles das, um ihrer Bourgeoisie die Möglichkeit zu geben, fremde Völker zu plündern. In Sowjetrußland herrscht die Arbeiterklasse. Die rote Armee ist das Werkzeug dieser, nicht aber einer fremden Ausbeuterklasse. Die Organisation der Produktion, die Anspannung aller Kräfte und die Disziplin, dienen nicht einer Handvoll Bankiers, sondern zur Rettung der Arbeiterklasse vom Hungertode. Wenn die kommunistische Presse und die kommunistischen Führer in Rußland militärische Ausdrücke anwenden zur Bezeichnung der Notwendigkeit verschärfter Disziplin und gesteigerter Produktion, so tun sie das, um den Arbeitermassen klarzumachen, daß Typhus, Cholera und Hunger nicht minder gefährlich sind als die Geschütze Denikins und Koltshaks. Die Presse der Kapitalisten und Sozialdemokraten Europas lügt bewußt, wenn sie sich an diese Worte

klammert und den Arbeitern in Europa einzureden sucht, daß die Sowjetregierung in Rußland ein Regime einführen will, wie es in den Fabriken Deutschlands, Frankreichs und Englands während des Krieges bestand. Unsere „Militarisierung“ bedeutet nicht die Vernichtung der Freiheit der Arbeiterverbände, sondern sie ist die gleichzeitige Anwendung aller Kräfte der kommunistischen Partei und der Sowjetregierung zur Stärkung der Produktionsverbände. Sie setzt die lebhafteste Erörterung aller Produktionsfragen durch die Arbeitermassen voraus. Die kapitalistische Militarisierung forderte von den Arbeitern, daß sie sich für die Kriegszeit zu stummen Dienern der Maschine machten. Die sogenannte Militarisierung in Sowjetrußland fordert von den Arbeitermassen, daß sie zu bewußten Mitarbeitern am Bau der kommunistischen Produktion werden, und wenn die Produktionsverbände und die Sowjetregierung genötigt sind, gegen die verderbtesten Schichten der Arbeiterklasse, gegen die Schleichhändler und Spekulanten Zwang anzuwenden, so wird das im Interesse der Arbeiter eine Maßregel sein, die sie mit Hilfe von Arbeiterorganisationen zur Geltung bringt.

Ebenso lächerlich ist das Geschrei, Sowjetrußland gäbe mit dem Uebergang von kollegialer zu persönlicher Verwaltung das Zeichen der Rückkehr zum Bürokratismus. Daß die Kollegialität nicht etwas dem Kommunismus Eigentümliches ist, beweist am besten die Tatsache, daß sie sehr oft auch von Kapitalisten, Aktiengesellschaften und Trusts in ihren Fabriken angewandt wird. Bürokratisch wäre die persönliche Verwaltung dann, wenn die Organe der Wirtschaftspolitik, die die Leiter der Industrie ernennen, der Arbeiterklasse fern ständen, wenn die Arbeiterorganisationen nicht mitzureden hätten in den Behörden, die die Wirtschaftspolitik bestimmen, wenn die Arbeitermasse von Produktionsfragen ausgeschlossen wären. Im Arbeitsstaat, wo die Gewalt in den Händen der Arbeitervertreter liegt, wo die Wirtschaftsbehörden von der Arbeiterregierung aus Vertretern der Arbeiterorganisationen gewählt werden, die jederzeit abgelöst werden können, wo diese Wirtschaftsorgane unter der Kontrolle des Arbeiterstaates der Wirtschaftspolitik die Richtung geben, wo die gesamte Arbeitermacht mit aller Kraft danach strebt, die ganze Arbeitermasse zur Lösung der Produktionsaufgaben heranzuziehen, da sie weiß, daß sie ohne die Masse machtlos ist, in diesem Arbeitsstaat hängt von der Zahl der Leute, die eine Fabrik leiten, weder die Richtung noch der Charakter der Verwaltung ab. Der soziale Sinn des Typus der Verwaltung wird bestimmt durch die allgemeine Lage, durch den allgemeinen Kurs der Staatspolitik. Aus einem doppelten Grunde

nimmt die Kommunistische Partei ihren Kurs auf die persönliche Verwaltung. Aus einem allgemeinen, der sich wahrscheinlich in allen Revolutionen wiederholen wird und aus einem spezifisch russischen. Die kollegiale Leitung ist gleichbedeutend mit kollektiver Verantwortungslosigkeit, denn sie nimmt jedem Mitglied des Kollegiums das Gefühl der Verantwortung, welches vorhanden ist, wenn ein Einzelner sich bewußt ist, daß er und kein anderer für eine Sache die Verantwortung trägt. Der spezifisch russische Grund für den Kurs auf Einzelverwaltung liegt darin, daß die Schichten der Arbeiter, die an der Leitung der Produktion teilnehmen können, in Rußland sehr dünn sind, und daß es unerhörte Kraftvergeudung wäre, wenn man sie in Kollegien festlegen wollte, statt sie auf die möglichst große Zahl von Stellen zu verteilen. Das Streben nach Einzelverwaltung ist das Streben nach breiterer und bester Ausnutzung befähigter Verwalter aus der Mitte der Arbeiter (Arbeiterverwalter). Natürlich geht das nicht auf einen Streich. Da, wo es an technisch vorgebildeten Arbeitern mangelt, wird man noch lange Zeit dem erfahrenen Arbeiterverwalter den Techniker aus der Bourgeoisie zugesellen, dem fähigen bürgerlichen Techniker den Arbeiterkommissar beifügen, oder es bei kleinen, gut eingearbeiteten Kollegien bewenden lassen müssen. Es handelt sich nur darum, den Kurs, die Richtung vorzuzeichnen, mit der Kollegialität als Verwaltungstypus zu brechen. Sie ist nötig in der Periode des Kampfes um die Herrschaft, aber hinderlich bei dem wirtschaftlichen Aufbau. Mit der Rückkehr zum Kapitalismus hat dieser Kurs gar nichts gemein, im Gegenteil, er ist erforderlich für den sozialistischen Aufbau, die Mobilisierung der Arbeitermassen für Aufgaben der Produktion. Er ist notwendig für die Entwicklung der Diktatur des Proletariats und die Verstärkung seines unmittelbaren Einflusses auf die wirtschaftliche Verwaltung des Landes.

Die proletarische Revolution, geboren aus dem tiefsten Verfall des Kapitalismus, verstärkt diesen Verfall notwendigerweise und vergrößert darum in ihrer ersten Periode die Leiden des Volkes. Die russische Arbeiterklasse ist durch eine Hölle von Qual gegangen. Als sie in einem Lande mit schwach entwickeltem Kapitalismus das Bettelerbe des Kapitalismus antrat, wurde sie in einen zweijährigen Krieg gestoßen, in welchem nicht nur ihre eigene, sondern die Bourgeoisie der ganzen Welt das erste Arbeiterreich zu ersticken suchte. Das Ergebnis war die ungeheuerliche Zerrüttung des Landes und die unsäglichen Leiden des Volkes. Die Siege Sowjetrußlands, die Tatsache, daß es durchhielt, daß es leben und gedeihen wird, erleichtert den Arbeitern anderer Länder die Uebergangsperiode. Die Existenz Sowjetrußlands als der Haupt-

quelle kriegerischer und wirtschaftlicher Kraft wird die kapitalistischen Länder von Gewaltstreichen gegen neue Arbeiterstaaten zurückhalten. Aber dem Bürgerkrieg kann die Arbeiterklasse nirgends entgehen und darum auch nicht dem vorübergehenden Verfall und der Armut. Der sozialistische Aufbau ist das Werk langer Jahre, während denen das Lebensniveau der Arbeitermassen nicht höher, sondern tiefer sein wird als in den kapitalistischen Ländern. Trotzki hatte vollkommen recht, als er, auf der Konferenz der Kommunistischen Partei, folgende Etappen des Wirtschaftsplanes vorzeichnend: die Wiederherstellung der Transportmittel und ihre Neuerzeugung, die Herstellung von Produktionsmitteln überhaupt, die Herstellung von Massenbedarfsartikeln, darauf hinwies, daß auf diese Weise das Lebensniveau der Massen sich nur ganz langsam heben wird, daß sie nur allmählich eine Verbesserung ihrer Lage spüren werden. Die kommunistische Politik ist die Politik der Masse, eine Politik, welche nur siegen kann mit aufgeklärten Massen. Sie verheimlicht nichts vor den Massen, sie verspricht nicht den Himmel auf Erden, sondern sie zeigt nur, daß die vom Kapitalismus in den Abgrund des Krieges gestürzte Welt zu völliger Barbarei herabsinkt, wenn nicht das Proletariat trotz Hunger und Kälte den Willen zur Arbeit aufbringt, die Arbeit organisiert und diszipliniert. Die Gefängniswärter des europäischen Proletariats, die Herren Kapitalisten aller Länder, werden mit unseren kommunistischen Reden von Disziplin und Arbeit zu ihren Gunsten agitieren. Sie werden die Arbeiter mit Bildern schrecken, auf denen der russische Arbeiter von der Sowjetknute an die Arbeit gepeitscht wird. Herr Lloyd George verlas im englischen Parlament den Aufruf des Moskauer Sowjets, in dem es heißt: „Wir haben Denikin und Kolttschak besiegt, es droht uns aber noch der Hunger, und ihn müssen wir mit den gleichen Mitteln, die wir auf dem Schlachtfelde anwandten, bekämpfen. Wir müssen Bürgerbataillone zur Abholzung der Wälder schaffen.“ Hier rief der englische Minister pathetisch aus: „Welcher englische Arbeiter ließe sich von der Staatsmacht zum Holzdamme jagen!“ Aber die englischen Arbeiter, die der englische Kapitalismus für den Herzog von Northumberland in die Bergwerke treibt, die er zwingt, in schmutzigen ungeheizten Hütten zu hausen, begreifen sehr wohl den Unterschied zwischen den Zuständen, welche in kapitalistischen Ländern herrschen und denen in Sowjetrußland. Dort nötigte das Kapital unter der Losung der Arbeitsfreiheit mit der Hungerpeitsche bis heute seine Sklaven, für die Besitzer der Produktionsmittel zu arbeiten, dort trieb es seit Beginn des Krieges für die Interessen eines kleinen Häufleins von Besitzern offene

Sklaverei in den militarisierten Fabriken. Hier ist das Streben nach Mobilisierung der Arbeitskräfte, ihrer Verteilung nach einem bestimmten Wirtschaftsplan, nach Verschärfung der Arbeitsdisziplin und Hebung der Produktivität der Arbeit nichts anderes, als die Durchführung der Parole, welche der Sozialismus von Anfang an gegen die lügenhafte kapitalistische „Arbeitsfreiheit“ ausgab: der Parole von der Organisation der Arbeit. Der sozialistische Gedanke strebte seit den Tagen von Thomas Morus, über Gracchus Babeuf und die großen Utopisten ununterbrochen zum Problem der Arbeitsorganisation. Der Sozialismus, der die Idee einer Gesellschaft ohne Klassen aufstellte, proklamierte gleichzeitig die Idee von der Organisation der Arbeit gleicher Menschen. In der kapitalistischen Gesellschaft vollzog sich die Organisation der Arbeit auf dem Wege eines elementaren Prozesses: durch den Kampf. Die Besitzer der Produktionsmittel wußten nicht, wieviel sie produzieren sollten, welches die Bedürfnisse der Gesellschaft überhaupt, und welche Bedürfnisse am stärksten waren. Die kapitalistische Gesellschaft der zivilisiertesten Länder brachte es bis zum heutigen Tage nicht zu einer genauen Statistik von Produktion und Nachfrage. Gegründet auf der Konkurrenz der Besitzer der Produktionsmittel untereinander und fußend auf der Notlage der Volksmassen, durfte die kapitalistische Gesellschaft außer acht lassen, daß ihr Mechanismus spontaner Arbeitsorganisation gleichbedeutend ist mit Hunger in einem Teil der Welt und Ueberfluß in dem andern, mit Arbeitslosigkeit in dem einen Wirtschaftszweig bei gleichzeitigem Arbeitermangel in dem andern. Der Sozialismus, geboren unter Qualen der Arbeiterklasse, unter Seelenqualen der besten Erdensöhne, die es mit ansehen mußten, wie die elementare Organisation der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft mit Hilfe der sogenannten Arbeitsfreiheit das Leben von Hunderttausenden zerschlägt, dieser Sozialismus mußte als ersten Kampfruf die Parole von der Arbeitsorganisation ausgeben. Entstanden in der Epoche des noch unentwickelten Kapitalismus, dem Beginn der proletarischen Revolution um hundert Jahre vorausgehend, konnte er natürlich keinen bestimmten Plan ausarbeiten und mußte sich im Dickicht von Utopien verlieren. In der Zeit, als auf dem Schauplatz nicht nur geduldig leidende, sondern auch kämpfende Volksmassen erschienen, hörte der Sozialismus auf, sich mit Fragen der Arbeitsorganisation in der sozialistischen Gesellschaft zu beschäftigen, weil er sich auf die Aufgabe der Organisation aller Werktätigen zum Kampf gegen das Kapital konzentrieren mußte.

Der Plan der Arbeitsorganisation, den die Kommunistische Partei Rußlands aufstellt, ist nicht das Ergebnis abstrakter, wissen-

schaftlicher Klügelei, sondern ihn hat das Leben geboren. Um die Trümmer und den Schutt fortzuräumen, damit aufs neue das Blut in den Adern des gesellschaftlichen Mechanismus kreise, damit die Lokomotiven laufen, Telegraph und Telephon arbeiten, daß die Räder sich drehen, daß die Stadt wieder das Land versorge und dafür Brot bekomme, hierzu gehört die größte Arbeitsökonomie, genaueste Berechnung der Notwendigkeit eines jeden Produkts und unbedingte Disziplin. Da, wo der innere Halt nicht genügt, ist Staatszwang nötig, den die bewußtesten und besten Gruppen der Arbeiterklasse ausüben.

Um die proletarisierten Handwerker und die landlosen Bauern zur Arbeit für den Kapitalisten zu zwingen, schuf dieser ein ganzes System von Maßnahmen, beginnend mit dem puritanischen Lobgesang auf die Arbeit und endend mit dem zynischen Ausspruch von Maltus: „Mögen die Schwachen und die Ungeeigneten aussterben.“ Beginnend mit dem Ausschneiden der Nüstern, dem Abschneiden der Ohren, dem Kennzeichnen der Vagabunden mit glühendem Eisen und endend mit der Einrichtung von Arbeitshäusern, die tatsächlich Häuser der Marter und des Todes waren. Die Arbeiter, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschheit verkörpern, haben solche Maßnahmen nicht nötig. Sie vermögen an die edelsten Gefühle selbst der rückständigen Proletarier zu appellieren, an ihre ureigensten Interessen, die solidarisch sind mit denen der kommunistischen Gesellschaft. Aber auch sie können zwecks Beschleunigung des Tempos bei ihrem Uebergang zur Freiheit, zur Arbeit des Einen für alle und aller für Einen, zu einer gemeinsamen und brüderlichen Arbeit, nicht umhin, Zwang für die Elemente, die vergiftet sind durch den sterbenden Kapitalismus, zu gebrauchen. Alles, was die Kapitalisten und ihre Agenten gegen die Organisation der Arbeit an die sich jetzt das russische Proletariat macht, vorbringen, was sie schreien von Kaserne und Zwang, all das beweist nur, daß sie die letzte bürgerliche Illusion, den letzten bürgerlichen Betrug, die Illusion von der Arbeitsfreiheit, ausnutzen wollen, um diese Arbeit zu einer unfreiwilligen, vom Kapital geknechteten Fronarbeit zu machen.


Als das internationale Kapital die Arbeitsfreiheit gegen unsere Organisation der Arbeit verteidigte, war dies noch eine Illusion. Es war stolz, daß an Stelle der feudalen Zwangsarbeit die Arbeitsfreiheit trat, und wenn dieses auch nur die Freiheit des Hungerns wäre. Wenn das Kapital jetzt von Freiheit der Arbeit spricht, so lügt es bewußt, denn wenn es ihm gelänge, die internationale Arbeiterrevolution zu zerschmettern, so wäre es genötigt, jede

Freiheit der Arbeit abzuschaffen und im Interesse des Kapitals eine grausame, kriegsmäßige Arbeitsorganisation einzuführen.

Der ökonomische Verfall, der Warenmangel, die Erschöpfung der Produktionskräfte, der Mangel an Rohmaterial, all dieses würde nach dem Sieg des Kapitals eine so strenge Organisation zu Trusts fordern, daß dem Arbeiter die Wahl seines Ausbeuters nicht mehr freistünde. Er würde im buchstäblichen Sinne des Wortes genau so verteilt werden, wie Rohstoffe und Maschinen. Der Kampf geht nicht um die kapitalistische Freiheit der Arbeit oder ihre kommunistische Organisation, der Kampf geht um völlige Sklaverei der Arbeiterklasse beim Kapital, oder um die Selbstorganisation der Arbeiterklasse in der kommunistischen Gesellschaft. So verstand die Lage die Vorhut des russischen Proletariats auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei und dem Kongreß der Produktionsverbände. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie trotz aller Schmähungen der internationalen Bourgeoisie auch hier der Weltrevolution vorangehen wird, wie sie es tat, als sie im Oktober 1917 die Macht an sich nahm, oder als sie im März 1918 die Rote Armee schuf.

Karl Radek.





*Korrespondenzen der
„Kommunistischen Internationale“.*

Brief aus der Tschechoslowakei.

Um die jetzigen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik darzulegen, muß ich in kurzem die Ereignisse, die mit dem 28. Oktober 1918 zusammenhängen, wiederholen.

Am 28. Oktober, als die Nachricht von der Kapitulation Oesterreichs nach Prag kam, wurde die Selbständigkeit der historischen böhmischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien) und der Slowakei erklärt und die provisorische Regierung, genannt „Nationalausschuß“, mit M. Kramarcz als Oberhaupt, eingesetzt. Der Nationalausschuß wurde später in Kompromiß mit allen Parteien erweitert und zur ersten definitiven Regierung erklärt. Es war eine Koalitionsregierung, an der alle tschechischen und slowakischen Parteien, die Anarchisten nicht ausgenommen, teilnahmen. Der Umsturz ereignete sich ohne Blutvergießen, denn die telephonisch von Wien angeordneten Repressivmaßnahmen wurden widerrufen, bevor sie verwirklicht werden konnten, und die ungarischen Regimenter, mittels derer die österreichische Regierung die revolutionären Strömungen in Böhmen in Schach zu halten trachtete, weigerten sich nicht, Prag zu verlassen und nach Hause zu fahren. Die Deutschen haben zwar die Republik nicht anerkannt und bildeten eine eigene Regierung mit der Tendenz, das „Sudetenland“ — wie sie das deutsche Gebiet Böhmens, Mährens und Schlesiens benannten — Deutschland oder Deutsch-Oesterreich einzuverleihen, aber diese Regierung war nur von kurzer Dauer, denn die deutschen Städte sahen bald die Hoffnungslosigkeit ihrer Situation ein, ergaben sich ohne Kampf den tschechischen Truppen, und zu unbedeutenden Zusammenstößen ist es nur in einzelnen Ortschaften gekommen. Ohne größere Kämpfe wurde auch die Slowakei besetzt. Die Grenze gegenüber Ungarn schwankte längere Zeit und wurde endlich so festgestellt, daß sie außer den Slowaken auch $\frac{3}{4}$ Millionen Magyaren umfaßte. Der Republik haben sich auch die Karpatorussen angeschlossen.

Die tschechoslowakische Republik, wie sie faktisch gebildet und später auch vom Versailler Frieden anerkannt wurde, ist kein national-einheitliches

Gebilde, sondern das gewesene Oesterreich im verkleinertem Maßstabe, denn in dem Staate von zirka 14 Millionen Einwohnern wohnen über 2 Millionen Deutsche, $\frac{1}{2}$ Millionen Polen und $\frac{1}{4}$ Millionen Magyaren, die Karpatorussen, die eine eigene Verfassung haben werden, nicht eingerechnet.

Außer dem 28. Oktober ist auch der 14. Oktober zu erwähnen. Für diesen Tag wurde ein sozialistischer Umsturz vorbereitet, es wurde ein Generalstreik proklamiert und Flugblätter wurden verteilt. Aber am 14. Oktober zogen die magyarischen und deutschen Regimenter auf die Straßen der tschechischen Städte, schlugen hier Lager auf und der Tag verlief in Stille. Die ganze schlecht organisierte Aktion fiel ins Wasser. Trotzdem war sie nicht ohne Bedeutung; die übertriebenen Nachrichten von ihr gelangten an die Front und halfen stark bei der Zersetzung der Armee.

Während des Krieges gab es in der tschechischen und slowakischen Nation nur wenige, die mit Oesterreich sympathisierten. Es waren eigentlich nur die Großindustriellen und Finanzkapitalisten, die von dem Siege der Zentralmächte ihre Stärkung und neue Gewinne erhofften, und der katholische Klerus, der in der Dynastie seine größte und vielleicht seine einzige Stütze sah. Trotzdem machte ein Teil der sozialdemokratischen Führer österreichische Politik. Dieselbe fand aber nur wenig Anklang bei den Proletarietmassen, deren antiösterreichische Gesinnung mehr in dem Haß gegen Monarchie und Dynastie, als in der bewußten Sehnsucht nach einer nationalen Selbständigkeit wurzelte. Gegenüber den Vernunftgründen eines Teils ihrer Parteiführer, die überzeugt waren, daß Oesterreich auch nach dem Kriege bestehen wird und daß man daher mit seiner Existenz auch weiterhin rechnen muß, fühlten die Massen instinktiv, daß mit diesem Staat nichts mehr anzufangen ist, und daß die Zukunft des Proletariats nur auf den Trümmern Oesterreich-Ungarns möglich ist. Danach handelten sie auch.

Nach den Worten des tschechoslowakischen Ministers der Nationalverteidigung, des Nationalsozialisten Kľofac, waren 70 % aller Legionäre Sozialisten. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß es ausschließlich der Nationalismus war, der die tschechische und die slowakische Arbeiterschaft in die Reihen der Legionäre getrieben hat, ein großer Teil derselben war sich im Gegenteil bewußt, was für den Fortschritt des Sozialismus die Niederlage des eigenen Staates bedeutet. Die Arbeiter kannten die Meinung Karl Marx' über Oesterreich und träumten schon damals — wenigstens in Amerika und Frankreich — von einer sozialistischen Republik. Daß die Verbindung mit der eigenen Bourgeoisie und das Anschließen an einen fremden Imperialismus so schicksalsschwere Folgen haben werde, wie das Auftreten der Legionäre gegen die russische proletarische Revolution, daran dachte damals in der revolutionären Kampfeslust gegen

Oesterreich niemand, und es fand sich auch keiner, der diese prinzipiellen Fragen theoretisch erörtert hätte.

Aber im Laufe des Krieges, als sich die Chancen der Zentralmächte verringerten, minderte sich auch die Anzahl der austrophilen Politiker, und zuletzt blieb nur noch Dr. Bohumir Smeral mit einem kleinen Häuflein Anhänger allein da. Dr. Smeral wurde zum Mittelpunkt unerhörter Angriffe von seiten der bürgerlichen Presse, die sich in dem Maße steigerten, wie die Preßfreiheit wuchs, und die sich nach dem Umsturz vom 28. Oktober in ein wahres Wüten und persönliche Bedrohungen verwandelten. Seine austrophile Politik versuchte Dr. Smeral auf dem letzten Parteitage zu verteidigen. Er verteidigte sie mit opportunistischen Gründen; seine Absicht war, in den Zeiten der Persekution die Arbeiterschaft vor Verfolgungen zu schützen und ihre Presse, ihre Organisationen und ihr Vermögen zu retten, auf deren Plattform man nach dem Kriege weiter bauen könnte; auch erachtete er für notwendig, daß in Böhmen wenigstens eine österreichische Gruppe verbleibe, mit der die Monarchie im Falle ihres Weiterbestehens Verhandlungen anknüpfen könnte.

Auf dem entgegengesetzten Flügel der sozialdemokratischen Partei stand eine andere, österreichisch-feindliche und national gefärbte Gruppe, geführt von Modráček und dem jetzigen Aufklärungsminister Habermann, die die ausländischen Bemühungen des Professors Masaryk unterstützte. Diese zwei Strömungen standen in heftigem Kampf einander gegenüber, und dieser Kampf wurde noch schärfer, als die ersten Nachrichten von der bolschewistischen Revolution nach Böhmen kamen. Smerals Feinde begriffen die Bedeutung der russischen Oktoberrevolution absolut nicht und sahen in ihr in erster Linie nur die Stärkung der Zentralmächte und somit auch die Gefährdung der tschechoslowakischen Selbständigkeit. Der erste, der die Tragweite der russischen proletarischen Revolution begriff und der, trotz der unsinnigen Nachrichten über sie, an die Möglichkeit ihres Sieges glaubte, war Smeral. In diesem Augenblick stellte sich auch die weit überwiegende Mehrheit des tschechischen Proletariats, dessen Sympathien (mehr persönlich als politisch) sich schon zu der Zeit der rohen Angriffe der bürgerlichen Presse zu Smeral neigten, hinter ihn. Es begann ein ernster Kampf.

Im November 1918, nur wenige Wochen nach dem Erlangen der nationalen Freiheit, kamen die ersten Genossen mit Muna an der Spitze von Rußland nach Böhmen. Sie brachten in das Lügenchaos über die Verhältnisse in Rußland das erste Licht. Sie brachten auch die ersten Nachrichten über die wahren Motive des Auftretens der tschechoslowakischen Legionen gegen die Sowjetregierung und über die Rolle, die der Nationalrat und Professor Masaryk dabei gespielt haben. Die Legionäre galten bis zu dieser Zeit für Helden, und die Autorität des Präsidenten war unantastbar. Die Ankunft Munas in Böhmen bedeutete eigentlich

eine Epoche in der tschechoslowakischen sozialistischen Bewegung, und erst von dieser Zeit an begann eine scharfe und bewußte Scheidung der Geister. Die große Bourgeoisie erkannte sofort die ihr drohende Gefahr. Ihr schloß sich das Kleinbürgertum an. Dieses hoffte naiv, daß nach Beendigung des Krieges bald wieder die alten guten Friedenszeiten zurückkehren werden. Das Glück, außerdem das habsburgische Joch abgeschüttelt zu haben, war zu groß, und ebenso groß die Furcht, daß die nationale Selbständigkeit noch jemand gefährden könnte. Das Charakteristische eines tschechischen Kleinbürgers, wie eines jeden anderen Kleinbürgers der Welt, ist die Furcht vor dem ungewissen Neuen und die Sehnsucht nach Ruhe. Muna störte sie. Er wurde zum inneren Feind und zum populärsten Menschen im besten und schlechtesten Sinne des Wortes. Sein Name war im Munde eines jeden, in allen Zeitungen, allen Versammlungen, allen Chantants und Cabarets. Es wurden die wildesten Nachrichten über ihn verbreitet. Es wurde erzählt, wie er Hunderte von Legionären hatte hinrichten lassen, und von Millionen, die er von den Deutschen bekommen. Eine Zeitlang raste durch die böhmischen Städte ein Automobil, von Legionären besetzt, die Muna ausfindig machen und lebendig oder tot kriegen wollten. Muna wurde einmal in Prag verhaftet, aber nach wenigen Stunden wieder entlassen. Kramarcz's Regierung traute sich nicht. Hinter Muna standen die Massen. Es war gegen den drohenden Bolschewismus eine gescheiterte Taktik notwendig, als die der Verfolgung.

Die russischen Genossen begannen sofort mit einer intensiven Agitation unter den Bergwerkarbeitern in Kladno. Hauptsächlich um Kladno entspann sich ein heftiger Agitationskampf. Es wurde eine Anzahl von Rednern aus den Reihen der gemäßigten „Sozialisten“ entsandt. Es sprach hier die Tochter des Präsidenten Dr. Alice Masarykowa. Aber der Kampf endete mit dem vollkommenen Siege des Kommunismus. 56 000 Kladnoer Bergarbeiter stellten sich auf den Boden der III. Internationale, erklärten sich für die Diktatur des Proletariats und für die direkte Aktion und errichteten die Arbeiterräte. Kladno spielt heutzutage eine eigentümliche und für die Verhältnisse in der Tschechoslowakei bezeichnende Rolle, und zwar wie in der Republik, so auch in der sozialdemokratischen Partei. Die Partei schweigt, übersieht alle Vergehen gegen die Parteidisziplin und erkennt die Kladnoer als Parteigenossen an. Die Regierung trachtet Kladno einzuschläfern. Sie kommt allen Wünschen der Bergarbeiterschaft nach, duldet ihre kleinen Gesetzüberschreitungen, behandelt sie gut und schickt ihr bestes Mehl und Fett nach Kladno.

Die Ankunft der russischen Kommunisten hatte aber auch einen großen Einfluß auf die Differenzierung in der sozialdemokratischen Partei. Habermann blieb zwar in der Partei, aber der rechteste rechte Flügel sonderte sich ab, und Modracek gründete eine neue Partei unter dem Namen „Fortschrittliche Sozialistische Partei“ und verwandelte sein Wochenblatt

„Socialistike Listy“ in ein Tagblatt „28 Rijen“. Aber die „Fortschrittlichen Sozialisten“ haben unter dem Proletariat überhaupt keine Anhänger. Die Fraktion rekrutiert sich hauptsächlich aus den Deserteuren der Bourgeoisie, meistens kleinen Beamten, und ihr hauptsächlich und für die Gegenwart sogar einziges Ziel ist der Kampf gegen den Bolschewismus. Gegen diese Strömung gründete Smeral das Wochenblatt „Socialni Demokrat“, in dem er sehr vorsichtig, wie es ihm schon eigen ist, die kommunistischen Ideen zu verteidigen sucht. Das Kladnoer Wochenblatt „Kladenská Svoboda“ wurde in ein dreimal wöchentlich erscheinendes Wochenblatt umgewandelt und von Muna redigiert. Auf rein kommunistischen Standpunkt hat sich auch die Trebitscher (Trébic in Mähren) „Jiskra“ gestellt. Nur diese zwei Blätter in Tschechien sind kommunistisch. Auch kann man den in Wien erscheinenden „Prukopnik Svobody“ als bolschewistisch ansehen. Das Brüner Autonomistentageblatt „Ravnost“ und das Brüner Zentralistentageblatt „Dělnický Denník“ sympathisieren zwar auch mit dem Bolschewismus und bringen Artikel und Notizen mit kommunistischen Tendenzen, aber sie müssen diese ihre Tätigkeit mit der sozialdemokratischen Tagespolitik und manchmal auch mit der Regierungspolitik in Einklang bringen und da kommt ein Ding heraus, das weder Fisch noch Fleisch ist. Das Kulturwochenblatt der kommunistischen Anarchisten „Cerven“ hat sehr viel für die Verbreitung der kommunistischen Ideen in Böhmen getan, aber es macht den schwer durchführbaren Versuch, den Bolschewismus mit dem alten Anarchismus zu versöhnen. Zwischen der Rechten und Linken der sozialdemokratischen Partei steht das Zentrum, geführt teils durch Politiker, die noch an den Parlamentarismus glauben (Němec, der jetzige Ministerpräsident Tusar, Vorsitzender der Nationalversammlung Tomásek), teils durch solche, die noch zwischen den beiden Richtungen schwanken, wie der Chefredakteur des Parteizentralorgans „Právo Lidu“ Stivin. „Das „Právo Lidu“ mit seinen gegenseitig sich widersprechenden Artikeln, das seine Schreibweise nach der politischen Tagessituation wechselt, ist ein wahres Bild dieses Zentrums. Doch auch die Linke ist nicht einheitlich und hat zwei Flügel; der eine ist rein kommunistisch, der zweite ist von dem marxistischen Theoretiker Skalák geführt. (Smeral ist gegenwärtig nicht in Prag.) Auf dem Boden der III. Internationale steht zwar die gesamte Linke, doch Skalák, in der Hoffnung, daß sich die ganze Partei für die III. Internationale gewinnen läßt, besteht auf der Einheit der Partei und ist bereit, diese gegen die Kommunisten zu verteidigen. Ueber alle diese Fragen wird der Parteitag entscheiden, der bald tagen soll und dem die ganze Arbeiterschaft mit großer Spannung entgegenseht, denn da wird die Entscheidung über die III. Internationale und vielleicht auch über die Trennung der Partei fallen.

Im Vorjahre ereigneten sich in Böhmen einige an sich nicht besonders bedeutende revolutionäre Taten, die jedoch für die Stimmung in der

Tschechoslowakei desto bezeichnender sind, weil sie absolut spontan, von einander unabhängig und meistens ganz unorganisiert waren. Der revolutionäre Geist macht sich bemerkbar, es mangelt nur an geeigneten Führern, die diese Strömungen in eine zielbewußte Richtung führen würden.

Im Januar wurde von zwei Mittelschülern ein mißlungenes Revolverattentat auf den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Kramarcz verübt, wonach man hätte schließen können, daß hinter den zwei Schülern eine Organisation stände. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, das Attentat mit Muna und den russischen Kommunisten in Verbindung zu bringen, scheiterte vollkommen. Im März fanden in Nordwestböhmen große deutschnationale Manifestationen statt, von denen die Regierung behauptete, sie sollten der Anfang einer vorbereiteten deutschen Revolution sein, sowie Demonstrationen, bei denen es in Kaaden und in Karlsbad zu Blutvergießen kam. Im Sommer streikten in Nordböhmen die anarchistischen Bergarbeiter, und auch in Ostrau brach ein unorganisierter Streik aus, von dem keine der sozialistischen Parteien etwas wissen wollte; doch die beiden Streiks waren nur von kurzer Dauer, denn die sozialistischen und die anarchistischen Führer überredeten die Streikenden, wieder an die Arbeit zu gehen. Im Juli meuterte in Eisenerz (Zelezná Ruda) ein hauptsächlich aus russischen Legionären zusammengesetztes Regiment und gab bolschewistische Losungen aus. Das Benehmen der Regierung gegenüber diesem Aufstand ist für die von ihr verfolgte Taktik sehr bezeichnend. Das Regiment bemächtigte sich der Stadt, setzte Soldatenräte ein, fuhr in einem eroberten Eisenbahnzug nach Klatau (Klatovy), das es ebenfalls besetzte, und setzte dann seine Fahrt in der Richtung gegen Pilsen (Plzen), wo große Munitions- und Waffenfabriken sind, fort. Keine bewaffnete Macht stellte sich den Verschwörern gegenüber, sondern es kam aus Prag ein Automobil hergefahren mit einer Deputation, die im Namen des Präsidenten Masaryk redete, den Soldaten die Erfüllung ihrer Wünsche versprach und sie zur Rückkehr in die Kasernen bewog. In dem hernach durchgeführten Prozeß wurde die kommunistische Färbung der Meuterei vertuscht, und auch die Strafen fielen gegen alle Erwartung milde aus. Die größten Demonstrationen ereigneten sich aber Ende Mai. Es waren in allen größeren tschechischen Ortschaften Kundgebungen gegen die Lebensmittelwucherer als „letzte Warnung“ vorgenommen und Straßenunzüge veranstaltet, bei denen die ortsbekanntesten Spekulanten Galgen trugen und unter ihnen dann schwören mußten, nie mehr zu spekulieren. In Prag und Kladno kam es bei dieser Gelegenheit zur Erstürmung der Warenläden.

Drei Wochen darauf (am 15. Juni), wurden in Böhmen und Mähren die Kommunalwahlen durchgeführt. Man wählte nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen, ja sogar obligatorischen Wahlrechtes, also nach den Prinzipien, nach denen auch die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung durchgeführt werden. Die erledigten Wahlen konnten daher

ein Bild davon geben, wie das nächste Parlament zusammengesetzt werden würde. Die Kommunalwahlen ergaben in den tschechischen Bezirken eine 55-prozentige sozialistische Majorität, wenn man natürlich die kleinbürgerlichen Nationalsozialisten, mit denen die Sozialdemokratie damals ein Bündnis schloß, für Sozialisten rechnen darf. (Mit den deutschen Sozialdemokraten zusammen 62 Prozent aller Stimmen). Die Mehrzahl der übrigen tschechischen Stimmen rissen die Agrarier an sich, und Kramarcz' Nationaldemokratie kam nur mit einem geringen Bruchteil davon. Die letzte Regierung mit Dr. Kramarcz an der Spitze wurde von den einzelnen Parteien in dem Verhältnis gebildet, wie die tschechischen Parteien in dem gewesenen österreichischen Parlament vertreten waren. Die Kommunalwahlen ergaben jedoch, daß sich die politische Situation in Böhmen verändert hat und daß die Nationaldemokraten in der Regierung mehr Stellen bekleiden als ihnen gebühren. Die Maidemonstrationen und die Kommunalwahlen stürzten die Regierung, und es wurde eine neue aus Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Agrariern gebildet, in die die Nationaldemokraten nicht mehr eintraten. Dieser Regierung, die Präsident Masaryk ohne zu ironisieren euphemistisch „die Regierung des werktätigen Stadt- und Landvolkes“ nannte, wurde der Sozialdemokrat Tusar an die Spitze gestellt.

Die letzte Tat der alten Regierung war die Verhaftung Muna und seiner Genossen. Dazu entschloß sich Kramarcz erst kurz vor seinem Abgang, früher hatte er den Mut dazu nicht gehabt und mit seiner Tat hat er, wie es scheint, zweierlei Zweck verfolgt; einerseits der schreienden Bourgeoisie ein Opfer in den Rachen zu werfen, andererseits der neuen, halb sozialistischen, halb agrarischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Bleibt Muna in Haft, tritt ein großer Teil der Arbeiterschaft in die Opposition; wird Muna freigelassen, stürzen die aufgezetteten Bauern die Regierung. Dr. Kramarcz hatte gut gerechnet. Genosse Muna wurde zum Opfer der politischen Intrigen. Er sitzt bis zum heutigen Tage im Kerker. Niemand wäre glücklicher gewesen als die jetzige charakterlose Regierung, falls Muna erklärt hätte, er sei ein russischer Bürger, und sie hätte ihn ausweisen können. Es wurde ihm auch eine Gelegenheit zur Flucht gegeben, aber Muna und die hinter ihm stehende Arbeiterschaft wollen durchaus, daß sein Prozeß durchgeführt werde, der gewiß für die Revolutionsidee in der Tschechoslowakei von großen Nutzen sein wird. Das Material gegen Muna ist sehr schwach, es ist eigentlich nichts anderes als ein Brief Bela Kuns an Muna vorhanden, ein Schreiben, das der Adressat gar nicht in die Hände bekommen hat, und die umfangreiche Anklageschrift operiert außer mit allgemeinen nationalistischen Phrasen mehr mit dem Namen des im Ausland weilenden Dr. Smeral als mit dem des Angeklagten, denn Dr. Smeral wird da als der wahre intellektuelle Urheber des tschechischen Bolschewismus geschildert. Die Behörden lassen sich mit der Gerichts-

verhandlung Zeit. Die Anwaltschaft wartet wahrscheinlich auf die Ankunft der sibirischen Legionäre (besonders des unlängst in Prag eingetroffenen Medek) ob, die gegen Muna mehr Material bringen sollen. Die Kladnoer Bergarbeiterschaft veranstaltete in Prag — Kladno ist von der Hauptstadt zirka sechs Stunden zu Fuß entfernt — eine große Demonstration für Muna, und Anfang Herbst trat sie in den Streik ein mit der Losung, nicht früher an die Arbeit zu gehen, bevor der Munaprozeß durchgeführt wird. Aber die Arbeiter ließen sich wieder durch hinterlistige Versprechungen beschwichtigen. Es wurde zwar von der Regierung ein Termin festgesetzt (wenn ich nicht irre, war es der 31. Oktober), an dem die in die Länge gezogene Untersuchung beendet sein sollte. Das Versprechen wurde auch gehalten, aber das Ende der Untersuchung bedeutet noch nicht den Anfang des Prozesses, und die Gerichtsverhandlung wird unter dem Vorwande neuer und neuer technischer Schwierigkeiten von Woche zu Woche verschoben bis zu dem heutigen Tage.

Der Munaprozeß steht in engem Zusammenhang mit der ungarischen Revolution. Damals hielten die Tschechoslowaken eine Demarkationslinie. Der Oberkommandierende in der Republik ist kein Tscheche, sondern der französische General Pellé, den die Entente hier eingesetzt hat. Ohne daß die Öffentlichkeit wußte, wie es geschah, kam es an der ungarischen Grenze zu Kämpfen, und die Ungarn besetzten einen beträchtlichen Teil der Slowakei. Die tschechoslowakischen Regierungskreise und die bürgerliche Presse schilderten die Sache so, als ginge es in Ungarn überhaupt um keinen Sozialismus, die Sowjetregierung sei nur ein Vorwand des alten magyarischen Chauvinismus und Karoly habe die Regierungsmacht freiwillig den Bolschewiki nur deswegen übergeben, weil er hoffte, daß sie unter den neuen Devisen den gewesenen magyarischen Imperialismus wieder zum Leben bringen werden; die Magyaren hätten die Slowakei hinterlistig überfallen in der Absicht, sie wieder unter das alte Joch zu bringen. Diesen Schilderungen wurde umsomehr Glauben geschenkt, als sich auch das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei „Pravo Lidu“ auf den Standpunkt der Verteidigung des Staates gegen den äußeren Feind stellte. Erst nach dem Sturz der Regierung Kramarczs, als die tschechische Bourgeoisie in eine heftige Opposition zu der jetzigen Regierung trat, verriet der rachsüchtige Dr. Rasin, der gestürzte Finanzminister, dem Parlament, wie die ganze Sache eigentlich war: den Befehl zum Überschreiten der Demarkationslinie gaben nicht die Ungarn, sondern der tschechoslowakische Nationalverteidigungsminister, der Nationalsozialist Klofac, und die tschechoslowakischen Regimente traten den Marsch gegen das rein magyarische Kohlengebiet Salgo Tarjan an. Daß das im Einverständnis mit dem Herrn Pellé geschah, resp. auf den Befehl Frankreichs, das die tschechoslowakische Republik für ihre Hilfe bei dem Vernichten der „Hydra des Bolschewismus“ mit einem fremden Eigentum,

das heißt mit den Salgo-Tarjanwerken bezahlen wollte, braucht nicht ausführlich erörtert zu werden. So traten die tschechoslowakischen Soldaten, ohne zu wissen, wessen Spiel sie spielten, zum zweiten Mal in der Rolle von Gegenrevolutionären auf. Nach Rußland kam Ungarn. Falls sich die tschechoslowakische Republik für ihre Befreiung von dem habsburgischen Joch gegenüber der Entente moralisch verpflichtet fühlte, so ist diese Schuld fürchterlich durch eine ewige Schmach in der Geschichte bezahlt worden, durch unauslöschliche Schande, daß ein durch die Revolution zur Macht gekommener Staat sich zu den Diensten eines Henkerknechts bei Niedermetzlung anderer Nationen hergegeben hat. Aber es ist zweifellos, daß Frankreich den Schuldschein für die „Befreiung“ noch ein paar Mal vorlegen wird und daß die tschechoslowakische Regierung jedesmal bereit sein wird, zu zahlen, was man von ihr verlangen wird. Wie in dem russischen, so auch in dem ungarischen Fall sind die tschechoslowakischen Soldaten und Arbeiter unernährt betrogen und verkauft worden. Die ungarische Episode dauerte jedoch zu kurze Zeit, als daß das Proletariat die wahren Motive hätte durchschauen können, und die Enthüllung kam zu spät. Die Agitation eines kleinen Haufens der von der wahren Lage auch nicht genug unterrichteten Kommunisten wurde durch die nationalistische Stimmung und die Losung der Verteidigung des Staates erstickt.

Das wären im großen und ganzen die wichtigsten Ereignisse des Vorjahres.

Von der politischen Differenzierung und der ökonomischen Lage wäre folgendes zu sagen:

Das parteipolitische Leben hat sich nach dem Umsturz sehr vereinfacht; alle bürgerlichen Parteien liquidierten und bildeten die einheitliche Nationaldemokratische Partei unter Kramarcz Führung. Die Partei ist, was die Stimmzahl anbelangt, die schwächste von den fünf tschechoslowakischen Parteien, aber sie ist kapitalstark, führt das Hauptwort an der Universität, im Nationaltheater und in anderen Kulturinstitutionen, hat die technisch heste Journalistik und gruppiert um ihr Zentralorgan „Narodni Listy“ Gelehrte und Schriftsteller, die ihrer Bedeutung nach zwar dem gestrigen Tage angehören, aber doch wohlklingende Namen besitzen. Die Nationaldemokratie ist nationalistisch und imperialistisch, ihr rechter Flügel sogar interventionistisch. Unter seinen Fittichen arbeitet in Prag Denikins Agent Jefimowski mit einem Haufen anderer Abenteurer, die durch ihr Blatt „Slawjanskaja Zarja“ und durch ihr Preßbüro die tschechische bürgerliche Presse mit den ungeheuerlichsten und stumpfsinnigsten Nachrichten über Sowjetrußland versorgen, und die allem Anschein nach in Prag auch eine Werbekanzlei für die Armee Denikins haben.

Die klerikale Partei hat sich jetzt in die Volkspartei umgenannt. In Böhmen hat sie zwar nur die allerwenigsten Anhänger, aber sie hat einen starken Einfluß in Mähren und einen noch stärkeren in der kulturell zurück-

gebliebenen Slowakei. Die Partei ist kleinbürgerlich-reaktionär, und undurchführbare monarchistische Träume hegen nur die um ihre Macht gebrachten hierarchischen Spitzen. Der slowakische Teil dieser Partei verlangt aus begreiflichen Machtgründen eine weitgehende Autonomie für dieses Land, eine Gruppe sogar den Anschluß an das monarchistische Ungarn. Die Agrarpartei, die sich jetzt „die republikanische Partei der böhmischen Landbezirke“ nennt, setzt sich aus mittleren und wohlhabenden Bauern zusammen. Auch sie hat einen kleinen interventionistischen Flügel. Sie ist reich, nationalistisch und imperialistisch und beherrschte bis zu den letzten Kommunalwahlen den größeren Teil der Provinz. Die tschechoslowakische sozialistische Partei (früher die Nationalsozialisten) ist eine kleinbürgerliche Partei (Kooperation der Arbeit mit dem Kapital) mit einem nicht sehr starken Flügel nationalistisch gesinnter Arbeiter. Den tschechoslowakischen Sozialisten haben sich kurz vor dem Umsturz die kommunistischen Anarchisten angeschlossen, die jetzt den linken Flügel der Partei bilden. Diese waren in Böhmen die ersten, die den Mut hatten, in ihrem sehr gut redigierten Kulturwochenblatt „Cerven“ die russische proletarische Revolution zu begrüßen. Was die böhmische Öffentlichkeit Ernstes vom Bolschewismus weiß, weiß sie hauptsächlich durch dieses Blatt. Die Anarchisten haben einen nicht geringen Einfluß in den nordböhmischen Kohlengebieten.

Die stärkste Partei ist die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sie hat über eine halbe Million politisch organisierter Mitglieder. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist jedoch viel größer, da in der Tschechoslowakei ein jeder Arbeiter verpflichtet ist, einer Gewerkschaftsorganisation beizutreten. Das sind die ernst zu nehmenden politischen Organisationen. Modraceks „Fortschrittliche Sozialisten“ mit ihrem negativen antibolschewistischen Programm sind ohne Bedeutung. Von der gewesenen realistischen Partei Masaryks sind nur noch ein paar einzelne Personen geblieben; die übrigen gingen entweder zur Nationaldemokratie oder zu den sozialistischen Parteien über. Vor den letzten Wahlen hat sich auch eine kleine Gewerkepartei aus Handwerkern und Kleingewerbetreibenden gebildet.

In der tschechoslowakischen Republik herrscht eine nationale Diktatur der Tschechen und Slowaken. Die Nationalminderheiten wurden weder in das Parlament, noch in die Regierung gelassen. Es wurde zwar gesagt, die Deutschen hätten die Republik nicht anerkannt, die Grenzen mit der magyarischen Minderheit seien noch nicht bestimmt und ein Teil des polnisch sprechenden Schlesiens sei von den Polen besetzt worden. Aber in der Wirklichkeit handelte es sich nur darum, die Staatsverfassung ohne die Minderheiten durchzuführen. Das ist auch geschehen. Aber trotz der nationalen Einheit des Parlaments und der Regierung arbeiten diese beiden Institutionen nur mit großer Mühe. Tusars Regierung hat einerseits von

der reaktionären Opposition der Nationaldemokraten und der Klerikalen, andererseits von der sozialistischen Opposition der linksstehenden Sozialdemokraten und dem anarchistischen Flügel der Nationalsozialisten zu leiden. Aber sie macht sich aus dieser beiderseitigen Opposition nicht viel, denn es scheint ihr, daß der Druck von links durch den Druck von rechts und umgekehrt ausgeglichen wird und daß sie desto fester in ihrem Sattel sitzt. Der einzige Zweck dieser Regierung ist, die bürgerliche Republik zu konsolidieren und innerlich und äußerlich zu stärken. Deswegen bewilligt sie den Sozialisten mäßige sozialistische Reformen, den Agrariern den Brotwucher, den Nationaldemokraten ihre Bankschwindeleien und der Entente und ihren Kapitalisten selbstverständlich alles, was sie nur begehren. Diese Regierung, die allen den Willen zu tun bestrebt ist, ist eine verkörperte Charakterlosigkeit sondergleichen. Die ersten Parlamentswahlen werden Ende April stattfinden, und in die Nationalversammlung werden dann die Vertreter der im ganzen $3\frac{1}{2}$ Millionen Köpfe zählenden Minderheiten kommen, die in das jetzige Chaos neue Nationalfragen bringen werden. Es gehört dazu eine große Dosis von Optimismus, zu glauben, daß dieses Parlament zu arbeiten und die Lebensfragen des Proletariats der vier oder fünf Nationen zu lösen imstande sein wird.

Was die wirtschaftliche Lage betrifft, so ist sie zwar besser als in Jugoslawien und Polen und unvergleichlich besser als in Deutschösterreich, aber im großen Ganzen ebenso schlecht, wie in ganz Mitteleuropa. Es wird sehr wenig erzeugt. Den Unternehmern ist es viel bequemer, mit Rohstoff zu spekulieren, sie verdienen dabei auch viel mehr als bei der Verarbeitung, bei welcher man sieht, wieviel sie verdient haben und ihnen Steuer auferlegen kann. Auch die Arbeitslust der Arbeiter hat sehr nachgelassen, weil sie nicht mehr geneigt sind, sich für ihre Ausbeuter zu schinden. Außerdem ist ganz Mitteleuropa eine Domäne der Ententekapitalisten. Deutschösterreich, dessen Valuta Ende Januar ca. fünfmal so niedrig stand, wie die der Tschechoslowakei, ist schon gänzlich an sie ausverkauft worden; jetzt kommt die Reihe an die tschechoslowakische Republik. Ein Dollar, der in den Friedenszeiten ca. 5 österreichische Kronen kostete, ist jetzt 120 tschechoslowakische und 600 deutschösterreichische Kronen wert. Unter diesen Umständen kann das Ententekapital alles, was nur vorhanden ist, zusammenkaufen. Und in der Wirklichkeit ist schon die überwiegende Mehrzahl der tschechoslowakischen industriellen Unternehmungen in die Hände der Ententekapitalisten übergegangen. Die Gefahr des Zusammenkaufens von allem, was im Lande nur einen Wert hat, und die dadurch drohende Verarmung der Bevölkerung begriff — selbstverständlich von seinem nationalistischen Standpunkt aus — auch ein Teil der Bürgerlichen und wendete sich, im naiven Glauben an die Allmacht der demokratischen Regierung, mit einer Interpellation an diese. Die Regierung ist natürlich machtlos, denn jeden Versuch des Ver-

bots von Einlegung des fremden Kapitals im Lande würde die Entente als feindselige Handlung betrachten und daraus die Folgen ziehen. Doch der Anfang der Industriekaktion durch die Ententekapitalisten hat noch eine viel wichtigere wirtschaftliche und politische Bedeutung. Gleich in den ersten Tagen nach dem 28. Oktober 1918 wurden alle Großgrundbesitze konfisziert und nationalisiert. Dasselbe sollte später mit der Großindustrie und den Banken geschehen, und den sozialistischen Parteien wurden schon Versprechungen gegeben, wenigstens in bezug auf die Kohlengruben und die schwere Eisenindustrie. Man hat sich nach Grundsätzen der „Evolution“ Zeit gelassen. Einstweilen aber haben die Ententekapitalisten einen großen Teil der Aktien gekauft, und so ist der ganze Nationalisierungsplan gescheitert. Denn diese kann doch die Republik nicht enteignen! Die Tschechoslowakei wird allmählich zu einer Ententekolonie. Die überseeischen Kapitalisten tun aber noch etwas anderes, als daß sie nur kaufen. Unlängst wurde zwischen einem anglo-amerikanischen Konsortium und dem Verband der böhmischen Textilindustriellen ein Vertrag abgeschlossen, laut dem die letzteren alle ihre Fabriken dem genannten Konsortium vermieten. Der Vertrag hat alle Zeichen des sogenannten „guten Geschäfts“, mit welchem möglichst viele Leute zufrieden sind. Die böhmischen Textilfabriken standen still, da keine Baumwolle vorhanden war, und die Unternehmer konnten nichts verdienen; von nun ab werden sie den Mietzins bekommen. Die Textilarbeiter waren arbeitslos; jetzt wird Baumwolle hergebracht, und sie werden den Lohn haben. Aber die zufriedensten sind selbstverständlich die amerikanischen und englischen Kapitalisten. Die Sache verhält sich nämlich so: kein überseeischer Arbeiter arbeitet unter 2 Dollar täglich. 2 Dollar aber ist so viel, wie 240 tschechoslowakische Kronen. Das ist sein Reingewinn, denn es ist im großen Ganzen kein bedeutender Unterschied, ob er die fertige Ware oder den Rohstoff aus Amerika nach Europa schafft. Aber bei einem so „guten Geschäft“ muß es doch jemanden geben, der es bezahlt. Und das ist außer den Konsumenten der überseeische Textilarbeiter, den sein böhmischer Genosse um die Arbeit bringt, der ihm mindestens seinen Lohn niederdrückt! Der tschechische Arbeiter, der in den politischen Diensten der Entente mit den Waffen gegen seine ausländischen Genossen gekämpft hat, nimmt ihnen in den wirtschaftlichen Diensten der Entente jetzt auch das Brot. Ein trauriges Bild!

Ebenso wie die wirtschaftliche und die inländische, so wird auch die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik ausschließlich durch den Willen und die Interessen der Ententekapitalisten bestimmt. Von dem Auftreten der tschechoslowakischen Legionen gegen die russische und ungarische Revolution wurde hier schon gesprochen. Aber es gibt noch eine außenpolitische Frage, die von der Entente stark beeinflußt wird, eine Frage, die gleichzeitig beweist, wie albern es ist, an alle Grenzstreitigkeiten den nationalen Maßstab anzulegen. Bereits zu Anfang des nationalen Um-

sturzes besetzten die Polen einen Teil Schlesiens. Das Gebiet ist gemischt-sprachig (Polen, Deutsche, Tschechen, Juden) mit einer polnischen Majorität. Es handelte sich aber um keine ethnographischen Fragen, sondern um die Karwiner Schwarzkohlenbergwerke. Zwischen den Polen und den Tschechen kam es zu einem bewaffneten Konflikt, in den sich die Entente einmischte und eine Demarkationslinie bestimmte, und zwar so, daß auf der polnischen Seite der Linie das Karwiner Kohlengebiet, auf der tschechoslowakischen Seite Ostrau, eines der größten europäischen Eisenwerke, liegt. Ostrau kann aber nur schwer ohne die Karwiner Kohlen existieren. Die Entente hat bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit des durch die Polen besetzten Gebiets ein Plebiszit entscheiden soll. Dazu ist es zwar noch nicht gekommen, aber die deutsche, jüdische und tschechische Bevölkerung hat sich schon für die Tschechoslowakei erklärt, und auch ein Teil der Polen, die sich bewußt sind, daß Ostrau ihr natürliches Zentrum ist und daß sie von Ostrau leben, hat zur Lösung dieser rein wirtschaftlichen Frage die nationalistische Parole ausgegeben: „Wir sind keine Polen, sondern Schlonsaken“ (d. h. schlesische Patrioten). Aber die gescheite Entente verschiebt die Plebiszitabstimmung von Monat zu Monat, und hält durch Versprechungen und Drohungen die Polen sowie die Tschechen in ihren Diensten. In der Hoffnung, Polen könnte ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sein, scheint sie in der letzten Zeit mehr den polnischen als den tschechischen Imperialismus zu begünstigen, und außerdem sieht sie, daß von den Polen, deren Valuta noch niedriger ist als die der Tschechen, die Karwiner Kohlenbergwerke billiger zu haben sind. In dem „ethnographischen“ Streit zwischen Polen und der Tschechoslowakei werden die Ententemillionäre der lachende Dritte sein, denn es ist zweifellos, daß sie es endlich sein werden, die Karwin so wie auch Ostrau in Besitz nehmen werden.

Kurz gefaßt: wohin man auch in der Tschechoslowakei schaut, sieht man einem Ententekapitalisten ins Antlitz. Eine Kolonie im wahrsten Sinne des Wortes. Und es erwartet sie auch die fürchterliche Zukunft einer jeden Kolonie. Für die Arbeiter auch dieses Stückchens Erde, das sich stolz die tschechoslowakische Republik nennt, ist nur eine einzige Rettung möglich: die proletarische Revolution. Und die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen zu ihr mit einer sich täglich steigenden Kraft. Der Achtstundentag, die Maximalpreise, die Betriebsräte und wie alle die schönen, aber leider mehr papiernen als wirklichen Reformen heißen, mit denen die Regierung die Arbeiterschaft zufriedenstellen will, können an der Sache nichts ändern. Die Verhältnisse sind viel mächtiger, und der Mehrzahl des tschechoslowakischen Proletariats hat die russische Revolution schon die Augen geöffnet. Und diejenigen, die noch heutzutage keine Revolutionäre sind, werden es morgen sein. In diesem Moment handelt es sich nur noch um die bekannten marxistischen Hebammen, die die Geburt des neuen

Wirtschaftssysteme auch bei uns beschleunigen und die Geburtsschmerzen verkürzen könnten . . . Der Parteitag wird der erste ernste Ruf zum Kampfe sein.

Prag.

I O.

Eine englische Arbeiterkonferenz.

(Brief aus England.)

Von der Redaktion. Wir machen auf vorliegenden Brief aus London aufmerksam, der eine ungeheure Bedeutung hat. Die Konferenz, über welche unsere Londoner Freunde uns Bericht erstatten, wird unbedingt in der Geschichte der englischen und internationalen Bewegung Platz finden.

Im Lager der englischen Trade-Unionisten deuten sich immer bestimmter zwei Richtungen an. Die Revolutionäre schließen sich zusammen gegen die Opportunisten.

Wir wünschen den englischen Genossen einen baldigen Zusammenschluß, um das englische Proletariat zum Sturm gegen die kapitalistischen Feste zu führen.

Am 10.—12. März d. Js. fand in London ein auf Initiative der Arbeiterausschüsse einberufener Kongreß der Vertreter von Arbeitern aller Industriezweige, Vertretern der sozialistischen Parteien und verschiedener nichtoffizieller Ausschüsse von England, Schottland und Wales statt. Am Kongreß nahmen etwa 200 Delegierte teil, die folgende Gruppen und Organisationen vertraten:

Nationalverband der Eisenbahner (11 Sektionen und Ortsorganisationen), Grubenarbeiter von Südwales (4 Sektionen), Arbeiterausschüsse (9 verschiedene Ausschüsse), Nationaler Allgemeiner Arbeiterverband (3 Ortsorganisationen), Nationale Vereinigte Genossenschaft der Ausrüstungsbranche (eine Ortssektion), Arbeiterverband (7 Ortsorganisationen), Nationalverband der Büroangestellten (2 Sektionen), Grubenarbeiter von Yorkshre (2 Sektionen), Verband der Elektrizitätsarbeiter (2 Ortsorganisationen), Industrieverband der Bauarbeiter, Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauarbeiter (6 Ortsorganisationen), Werkzeugarbeiterverband (6 Sektionen), Nationalvereinigung der Zimmerleute und Schreiner (4 Ortsorganisationen), Nationale Vereinigung der Bau- und Konstruktionsarbeiter (eine Ortsorganisation), Vereinigter Verband der Bauarbeiter (eine Ortsorganisation), Vereinigung der Eisengußarbeiter

von Schottland, Verband der Postangestellten (eine Ortsorganisation), Vereinigung der Maurer (eine Ortssektion), Genossenschaft der Maschinisten (eine Ortssektion), Vereinigung der Maschinenbauer (eine Ortsorganisation), Nationalgenossenschaft der Gipsarbeiter (Londoner Ortsrat), Verband der Bäcker und Konditoren (2 Ortsorganisationen), Verband der Kesselarbeiter und Schiffbauarbeiter (eine Ortsorganisation), Nationalverband der Vereinigten Kohlengrubenarbeiter, Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Slough, Gewerkschaft der Vereinigten Kleiderarbeiter (eine Ortssektion), Verband der Angestellten der Trade-Unions, Britische Genossenschaft der Eisen-, Stahl- und anderen einschlägigen Industriezweige (eine Ortssektion), Arbeiterpartei (eine Ortsorganisation), Liga „Plebs“ (eine Ortsorganisation), Nationalverbände der Polizei- und Gefängnisangestellten, Gewerkschaftsräte (7 Organisationen) Verband der Weber von Nelson und Umgebung, Britische Politische Union, „Hände weg von Rußland“ — Komitees (Exekutive und zwei Ortskomitees), Nationalverband außerdienstlicher Soldaten (Nationalrat des Verbandes und zwei Ortssektionen), Verband der Industriearbeiter der Welt (Exekutive und eine Ortssektion), Glasgower Anarchistische Gruppe, Sozialistische Jugendliga (2 Ortssektionen), Kommunistische Vereinigung von Stepney, Sozialistische Arbeiterföderation (Nationalexekutive und drei Ortssektionen), Liga „Herald“ (drei Ortssektionen), Sozialistische Arbeiterpartei (2 Ortsorganisationen), Britische Sozialistische Partei (Nationalexekutive und 8 Ortsorganisationen), Unabhängige Arbeiterpartei (11 Ortssektionen).

Außerdem wurden von einer ganzen Reihe von Organisationen, die verhindert waren, durch ihre Vertreter an der Konferenz teilzunehmen, Begrüßungen zugestellt, in denen sie sich bereit erklärten, die Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen.

Erste Sitzung.

Der Vorsitzende Mac Manus eröffnet die Konferenz mit einer Ansprache, in der er ausführt, daß er die Notwendigkeit einer Konferenz wohl anerkenne, daß den Beratungen aber etwas anderes als nur Worte folgen müsse. Die Arbeiter sollten Gelegenheit suchen, ihre Ansichten direkt zum Ausdruck zu bringen, nicht aber der Kaste der Funktionäre gestatten, im Namen der Arbeiter zu sprechen, ohne dazu beauftragt zu sein. Der Vorsitzende spricht sich entschieden gegen die Tendenz aus, Konferenzen mit den Arbeitgebern zu veranstalten, anstatt ihnen den Kampf zu erklären. Bevor diese Taktik sich entwickelte, sei die einzige Methode, die Kapitalisten zu beeinflussen, der Streik gewesen. Im Ergebnis des Hin- und Hermanövrierens sei nunmehr ein neues Mittel gefunden worden, um direkte Aktion zu verhindern. Die reaktionären

Funktionäre erklären sich offen zugunsten der Aktion und beschließen ihre Erklärungen mit der Aufforderung der Einberufung einer Konferenz oder Ernennung einer Kommission. Die Arbeiter müßten nicht auf die Einsetzung von Kommissionen eingehen, da diese nur dazu dienen, Zeit zu vergeuden, bis die Gärung sich legt. Die Arbeiterausschubbewegung bilde das beste Mittel, um die Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen und ihre Ideen zu verwirklichen.

Darauf beantragt der Vorsitzende, ein Begrüßungstelegramm an die Ausständischen in Dalmuir zu senden. Der Konflikt habe mit den Angestellten begonnen; die übrigen Arbeiter seien ebenfalls auf dem Wege, die Arbeit niederzulegen; Versammlungen wurden abgehalten, um gemeinsames Vorgehen zu verabreden. Einem Streikbruch seitens der Werkführer oder besoldeter Verräter würde ein allgemeines Niederlegen der Arbeit folgen. Die Konferenz nahm den Vorschlag mit Beifall auf.

Da Mac Manus die Konferenz verlassen mußte, um einer Versammlung im Norden beizuwohnen, übernahm Genosse Keely (vom West-Londoner Arbeiterausschuß) den Vorsitz.

Gen. Mac Cracken (Grubenarbeiter von Yorkshire) beantragte darauf die Annahme einer Resolution in der Frage der Nationalisierung der Kohlengruben (Resolution Nr. 6). Antragsteller erklärte, er habe fast in sämtlichen Kohlengruben des Landes gearbeitet und die beste Gelegenheit gehabt, sich mit eigenen Augen zu überzeugen, daß das Weiterbestehen der kapitalistischen Produktionsweise zur völligen Zerstörung der Gruben führe. Die Regierung habe kein Recht, sich zu weigern, nach den Vorschlägen des Berichts von Sankey zu handeln. Angesichts der Handlungsweise der Regierung aber sei direkte Aktion der einzige Ausweg.

Gen. Thomas, der den Antrag unterstützte, führte aus, die offiziellen „Führer“ sprächen von der Nationalisierung als einer Maßnahme, die allen Klassen zugute kommen würde. Die Grubenarbeiter von Südwales aber wünschten die Sowjetisierung der Gruben und die Aufhebung jeder Art von Ausbeutung. Er schließe sich den Bemerkungen von Mac Manus über die Kommissionen voll und ganz an.

Nach weiteren Debatten, an welchen die Genossen Sylvia Pankhurst, Mac Alpine (Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas), Lucey (Unabh. Arbeiterpartei, Exeter), Hughes (Südwales), Webb (Nationalkomitee „Hände weg von Rußland“), Gallacher (Arbeiterkomitee Schottlands) und Jack Tanner (Redakteur der „Solidarity“) teilnehmen, wird folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß ein Nationalisierungsplan nur dann von zeitweiligem oder ständigem Nutzen für die Arbeiter sein kann, wenn er der kapitalistischen Klasse die Macht entzieht. Die Konferenz fordert die Arbeiter auf, den nötigen Industrie-

mechanismus vorzubereiten, um unabhängig von den Kapitalisten die Kontrolle der Produktions- und Verteilungsmittel übernehmen zu können.

Zu gleicher Zeit erkennt die Konferenz an, daß zur direkten Aktion geschritten werden müsse, um die Regierung zu zwingen, den Forderungen der Grubenarbeiter nachzukommen. Die Konferenz fordert daher den Kongreß der Trade-Unions auf, Maßnahmen zur Erklärung eines Generalstreiks zu ergreifen, um die Kohlengruben den Händen der Kapitalisten zu entreißen.

Die Konferenz beschließt, ein besonderes Grubenkomitee zu wählen, dessen Aufgaben in folgendem bestehen:

1. die Streikpolitik zu unterstützen;
2. mit dem nicht amtlichen Reformkomitee der Grubenarbeiter zu beratschlagen, zwecks Ausarbeitung und Befürwortung eines Plans der Sozialisierung der Grubenindustrie und der Einführung der Arbeiterkontrolle in derselben;
3. die Forderungen der Ausständischen in der Richtung der allgemeinen Sozialisierung des Grund und Bodens und sämtlicher Industriezweige zu erweitern."

Auf die Resolution hin wurde beschlossen, 15 Delegierte in das Grubenkomitee zu wählen. Der Vorsitzende bat, ihm die Namen der Kandidaten schriftlich zu geben, da das die Sache erleichtere; die Wahlen würden an einem anderen Tage stattfinden.

Danach beantragte Gen. Webb von dem Nationalkomitee „Hände weg von Rußland“ folgende Resolution (Resolution Nr. 1):

„Die Konferenz britischer Arbeiter sendet der Sowjetrepublik ihren Gruß und gibt ihrer enthusiastischen Begeisterung für die von den Sowjets geleistete große Arbeit zum Aufbau des Kommunismus Ausdruck. Die Konferenz gratuliert der Roten Armee zu ihrer glänzenden Verteidigung gegen die vereinten Angriffe der kapitalistischen Regierungen und erklärt ihre Solidarität mit der Arbeiter-sowjetrepublik Rußland und mit allen Arbeitern der Welt, die für den Sturz des internationalen Kapitalismus kämpfen.“

Gen. Webb zollte den russischen Genossen für die von ihnen geleistete Arbeit gebührenden Tribut. Die Ereignisse in Rußland, sagte Webb, hätten gezeigt, welche Richtung die Kapitalisten zu ihrer Verteidigung einschlagen würden. In England würden Bürgergarden gebildet, die den Weißen Garden in Rußland und Finnland entsprächen.

Die Resolution wird von dem Vertreter des Villesdener Komitees „Hände weg von Rußland“ unterstützt und wird mit dem Zusatz (Resolution Nr. 1a des Genossen J. Thurgood (Gewerkschaftsrat von Staines) wie folgt angenommen:

„Die Konferenz verurteilt das Parlamentskomitee dafür, daß es die Frage der Intervention in Rußland nicht auf die Tagesordnung des Sonderkongresses gesetzt hat.

Die Konferenz fordert einen genauen Bericht über die Verhandlungen zwischen dem Parlamentskomitee und der Regierung

betreffs dieser Frage und wünscht zu wissen, ob Garantien erhalten wurden, daß mit Sowjetrußland unverzüglich Frieden geschlossen würde.“

Die von Hervey (Daily Herald Liga und Polizeiverband von Birmingham) beantragte und von Homer (Verband der Maschinenbauer) unterstützte Resolution Nr. 2 besagt:

Die Konferenz bedauert, daß die britischen Arbeiter die Angriffe der kapitalistischen Kräfte der Welt gegen Sowjetrußland so lange geduldet haben. Die Konferenz fordert die Delegierten zum Kongreß der Gewerkschaften dringend auf, zu befürworten, daß von den Industrieorganisationen Gebrauch gemacht werde, um die Regierung durch einen Generalstreik zu zwingen, jede Intervention aufzugeben, sei es durch Land- oder Lufttruppen, Flotte, Blockade, Finanzierung der Feinde der Sowjetmacht, durch Politik des Völkerbundes oder Aushetzen besiegt und schwächerer Staaten; die Regierung zu nötigen, unverzüglich alle Hindernisse gegen den Handel mit Rußland zu beseitigen und mit Sowjetrußland Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß keine Annexionen gemacht und keine Entschädigungen gefordert werden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt und von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Abstand genommen werde.“

(Sollte der Gewerkschaftskongreß diesen Beschluß nicht annehmen, so behält die inoffizielle Konferenz sich vor, über ihre künftige Taktik zu entscheiden. Die Organisationen werden ersucht, ihre Delegierten in entsprechendem Sinne zu instruieren.)

Antragsteller erklärte, seine Organisation dringe darauf, daß Sowjets gebildet werden, um zur Aktion zu schreiten.

In Beantwortung einer diesbezüglichen Frage versprachen der Delegierte der Eisengießer Schottlands und Gen. Cook von Südwest Wales, ihr Möglichstes zu tun, um den Gewerkschaftskongreß die Ansicht der Konferenz wissen zu lassen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Darauf wurde über Resolution Nr. 10 debattiert.

Der Delegierte der Britischen Sozialistischen Partei, Abt. Southend gab der Meinung Ausdruck, daß die Zeit der Errichtung von Sowjets nicht günstig sei; die Arbeiter wären nicht genügend revolutionär gestimmt. Er führte den Verband der Industriearbeiter der Welt als Beispiel an, dessen Vorgehen für die amerikanische Bewegung verhängnisvoll geworden sei.

Gen. Gallacher (Arbeiterkomitee Schottlands) führte aus, daß allzu viele Sozialisten den Konflikt unter dem Vorwand mieden, daß sie die Arbeiter erst vorbereiten müßten. Im Clydebezirk glaube man an den Propagandawert des Streiks. Doch sei eine Weiterentwicklung notwendig. Gegenwärtig litten die Streikenden am meisten an Unterernährung. Es bedürfe einer gründlichen Organisation, um das Problem der Beförderung von Lebensmitteln von einem Ort zum anderen zu lösen. Soziale Komitees müßten gebildet werden, die alle Probleme studieren und nötige Information

sammeln würden, die in eventuellen Krisen nützlich sein könnte. Derartige Komitees beständen bereits in ganz Schottland. Er wolle auch diese Gelegenheit wahrnehmen, diejenigen britischen Genossen zu verurteilen, welche die Taktik des Verbandes der Industriearbeiter der Welt tadeln. Die Taktik des Verbandes sei das logische Ergebnis des kapitalistischen Systems; die amerikanischen Genossen wüßten selbst am besten, an welche Taktik sie sich in ihrem Kampf zu halten hätten.

Die Debatte endete mit dem Beschluß, daß diejenigen Delegierten, die sich an der Gründung von sozialen Komitees beteiligen wollen, Freitag im Internationalen Sozialistischen Klub zusammentreffen, um die Einzelheiten der Organisation zu besprechen.

Nach einigen Abänderungen wurde die Resolution mit nachstehendem Wortlaut angenommen:

„Die Konferenz erkennt an, daß soziale und industrielle Tätigkeit der Werktätigen die Grundlage der künftigen Gesellschaft bilden werde und fordert die Arbeiter auf, unverzüglich Sowjets zu gründen, die sich folgendermaßen zusammensetzen sollen:

1. Delegierte aller Art von Industriearbeitern, gewählt nach einzelnen Betrieben.

2. Delegierte der Landarbeiter.

3. Arbeiterdelegierte von Dörfern und Ansiedlungen jener Gegenden, wo die Bevölkerung aus technischen Ursachen nicht so eingeteilt werden kann, um auf industrieller Grundlage vertreten zu werden.

4. Delegierte von werktätigen Frauen, die nicht in der Industrie tätig sind; diese sind von den Frauen der entsprechenden Gegend zu wählen.

Die Vertreter sind von den Wählern zu instruieren und können jederzeit abberufen werden. Die gesamte Kontrolle der Tätigkeit der Sowjets gehört den werktätigen Massen.

Elemente, die die Arbeit anderer zu eigenen Gunsten ausbeuten oder von angesammeltem Vermögen leben, erhalten kein Vertretungsrecht in den Sowjets.

Die wirtschaftlichen Sowjets haben aus Vertretern obiger Gruppen zu bestehen. Sie haben das Recht, Vertreter der Gewerkschaften, Genossenschaften und des technischen Personals mit beratender Stimme einzuladen.

Der Vorsitzende verlas darauf die Liste der Kandidaten für das Grubenkomitee, das sich nach Abstimmung aus folgenden Genossen zusammensetzt: Hughes (Südwest), Gallacher (Arbeiterkomitee Schottlands), Dingley (Slough), Ramsey (Vereinigte Genossenschaft der Maschinenbauer und Londoner Zentralrat der Betriebsausschüsse), Mc. Craken (Doncaster Grubenarbeiter), Watkins (Nat.-Verband der Verein. Grubenarbeiter), J. Perkins (Gewerkschaftsrat, Treherbert), E. Sylvia Pankhurst, Pendrey (Eisenbahnerverband und Betriebskomitee, Bermondsey), Mac Manus (Nationalverband der Grubenarbeiter), Stavenhagen (Trade-Union d. Elektr.), Muir (Trade Union der Elektr.).

Damit fand die Arbeit der ersten Sitzung ihren Abschluß.

Zweite Sitzung.

W. Gallacher übernimmt den Vorsitz. In seinen einleitenden Bemerkungen erwähnt er der Debatten, die am selben Tage auf dem Gewerkschaftskongreß stattfanden. Er führt die Behauptung von Clynes an, daß Lloyd George nichts gelegener komme, als die Politik direkter Aktion. Er gebe zu, daß niemand mit größerer Autorität über Lloyd Georges Ansichten sprechen könne, als Mr. Clynes. Sei dieser ja wirklich Lloyd Georges Schoßhündchen. Die Arbeiter müßten aufhören, im Parlament ihren Fetisch zu sehen. Die Politik der Arbeiter müsse die direkte Aktion sein. Falls sie etwas getan wünschten, müßten sie die Kraft und den Mut entwickeln, es selbst zu tun. Clynes rechne stets auf die Feigheit der Arbeiterklasse. „Greift nicht zur direkten Aktion, sie bedeutet Blutvergießen. Ihr werdet dabei zu Schaden kommen“, sagt er. Clynes vergesse aber, daß die Arbeiter ihr ganzes Leben lang in den Fabriken und Werken Schaden nehmen. Als ob man die Macht der Kapitalisten brechen könne, ohne Schaden zu nehmen! Man müsse deshalb bestrebt sein, den Mut der Arbeiter anzuregen. Die Arbeiter müßten dafür sorgen, daß der Kapitalismus daran verhindert werde, sich wieder aufzurichten. Der Kapitalismus sei jetzt betäubt. Man müsse zum Angriff schreiten. Der Gewerkschaftskongreß werde nie einen Schritt tun, um die Ruhe der Ausbeuter zu stören. Die Gewerkschaftler strebten bloß danach, Stimmen zu sammeln und im Parlament Karriere zu machen.

Die Resolution über die Irlandfrage gelangt zur Debatte: Diese Resolution wurde nach Vornahme einiger Abänderungen in folgendem Wortlaut angenommen:

„Die Konferenz fordert sofortige uneingeschränkte Unabhängigkeit für Irland, sowie die Zurückziehung der britischen Truppen aus Irland. Die Konferenz empfiehlt die Einberufung einer Sonderkonferenz von Vertretern der irländischen und britischen Arbeitermassen zwecks Feststellung der Maßnahmen, welche die britischen Arbeiter ergreifen müssen, um die irländischen Arbeiter in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen.“

Im Zusammenhang mit dieser Resolution wurde Gen. Mac Alpine von der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas ersucht, seine Meinung zu äußern. Er wies darauf hin, daß die Irlandfrage für die britische Arbeiterbewegung von größtem Interesse sei. Die Gleichgültigkeit der britischen Arbeiter gegenüber der Sachlage in Irland riefen einen schlechten Eindruck in Irland hervor. Die Iren könnten sich daher über den Unterschied zwischen den Arbeitermassen und den offiziellen „Führern“ nicht recht klar werden. Die britischen Arbeiter trügen die Verantwortung für die gegenwärtigen Vorgänge in Irland. Britische Gewerkschaften beförderten die Truppen, sowie Waffen und Munition. Die Arbeiter müßten keinen Augenblick vergessen, daß Leute wie Henderson, die im britischen Kabinett

im Namen der Arbeiter auftraten, an dem Tode Connolys schuldig seien. Sie müßten sich von solchen Leuten lossagen.

Nachdem sich noch weitere Redner im gleichen Sinne ausgesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Einstimmig wird auch Resolution Nr. 4 angenommen, die von Gen. Ward (B. S. P. South-End) beantragt und Gen. Lacey (J. L. P. Exeter) unterstützt wurde. Diese Resolution lautet:

„Die Konferenz begrüßt die Arbeiter Aegyptens und Indiens und fordert die Rückberufung der britischen Truppen aus Aegypten, sowie die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des besagten Landes. Die Konferenz protestiert gegen die an den Indiern anlässlich deren Kundgebungen gegen die tyrannischen Rowlettgesetze verübten Gewalttaten. Die Konferenz fordert Unabhängigkeit und Autonomie für das indische Volk, sowie die Befreiung der farbigen Arbeiter zugleich mit den Arbeitern der anderen Länder.

Die Konferenz verurteilt den Imperialismus, der die Arbeiter des Ostens und die farbigen Arbeiter unterjocht und seine angeblichen Bestrebungen auf das Wohl des „weißen Mannes“ beschränkt, die Menschlichkeit aber, die sich auf die Völker aller Farben, Rassen und Länder erstreckt, außer acht läßt.“

Die nachstehende Resolution (Res. Nr. 5) wurde ohne Debatte angenommen:

„Die Konferenz erkennt an, daß keinerlei Hilfsmittel, noch auch die Beschränkung der Höhe des kapitalistischen Gewinns, die gemeinsame Kontrolle der Arbeiter und Arbeitgeber, oder solche Mittel wie die Besteuerung des Kapitals und die Nationalisierung die Arbeiter aus dem Elend, der Arbeitslosigkeit und der Ausbeutung erlösen können, daß die Arbeiterklasse sich nur dann befreien kann, wenn sie den gesamten kapitalistischen Aufbau stürzt und ihn durch die kommunistische Gesellschaftsordnung ersetzt.“

Darauf wird Resolution Nr. 7 debattiert, die Genosse T. Walsh (Verb. der Bauarb.) beantragt und Gen. Ebury (B. S. P.) unterstützt. Diese Resolution lautet:

„Die Konferenz erkennt an, daß die große Teuerung, unter der die Arbeiter Englands und aller anderen Länder so unsäglich zu leiden haben, eine natürliche Folge des aus dem Wettbewerb der Kapitalisten entstandenen Weltkrieges und der Angriffe auf Sowjetrußland, der Kornkammer Europas, bildet. Jedoch ist das Vorhandensein von Hungernden in einer Welt des Überflusses nichts Neues; vielmehr ist dieses in Friedens- wie auch in Kriegszeiten ein Kennzeichen des kapitalistischen Systems. Die Konferenz fordert daher die Arbeiter dringlichst auf, für die Vernichtung des Kapitalismus zu kämpfen und Arbeiterausschüsse zu gründen, die imstande wären, das soziale Verwaltungswesen im Interesse der Arbeiter zu leiten.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Resolution Nr. 8. wird von Gen. Sara (Heraldliga, Abt. Nord-London) beantragt:

„Die Konferenz ist gegen die Hebung der Produktion unter kapitalistischem System und weist darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit, die eine chronische Erscheinung des Kapitalismus darstellt und nun in allen Ländern sehr akut ist, in Sowjetrußland, dank dem heilsamen Einfluß des Kommunismus, überhaupt nicht besteht, daß dort vielmehr eine unbeschränkte Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden kann.“

Die Resolution wird auch einstimmig angenommen.

Ebenso wird die von Gen. Lucey (J. L. P. Exeter) beantragte Resolution Nr. 14 einstimmig angenommen, die lautet:

„Die Konferenz erklärt, daß das gegenwärtige System des Parlamentarismus und der örtlichen Verwaltung in England im Interesse des Kapitalismus entstanden ist und zur gesetzgeberischen und administrativen Unterdrückung der Arbeiterklasse dient und daß die Sowjets (oder Arbeiterausschüsse) diejenigen Organisationen sind, welche die Arbeiter aller Länder als den natürlichsten Apparat wählen, um das kapitalistische System zu stürzen und die kommunistische Republik zu verwalten.“

Auch Resolution Nr. 12 wird einstimmig angenommen und lautet:

„Der Kongreß macht die organisierten Arbeiter auf die Tatsache aufmerksam, daß die Regierung zum Kampf gegen die Arbeiter eine „Bürgergarde“ organisiert, und schlägt vor, Maßnahmen zur Erörterung der gegenwärtigen Lage zu treffen.“

Resolution Nr. 13 wird von Gen. Pankhurst vorgeschlagen und von Gen. Pendery unterstützt. Sie lautet:

Die Konferenz begrüßt die Dritte (Kommunistische) Internationale, die in Moskau errichtet wurde, und fordert alle hier vertretenen Arbeiterorganisationen auf, die kommunistischen Richtlinien anzunehmen und sich der III. Internationale anzuschließen. Der Kongreß fordert die hier anwesenden Delegierten dringlichst auf, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Organisationen aus der II. Internationale und der Arbeiterpartei austreten und sich der III. Internationale anschließen.“

Wird einstimmig angenommen.

Die nachstehende Resolution wird von Gen. S. Ward beantragt und von Gen. G. Anderson (B. S. P.) unterstützt und einstimmig angenommen.

„Angesichts der ersten Gefahr, die dem Leben des Gen. Bela Kun und anderer bedeutenden Kommunisten in Ungarn droht, fordert die Konferenz das britische Auswärtige Amt auf, den betreffenden Genossen ein sicheres Geleit nach Sowjetrußland zu geben.“

Die Tootinger Abteilung der B. S. P. beantragt folgende Resolution:

„Angesichts des in Rußland herrschenden Mangels an qualifizierten Arbeitern, wählt diese Konferenz ein Komitee, das beauftragt wird, einen Plan der Auswanderung von Maschinenbauern und anderen Fachleuten, die nach Rußland zu gehen wünschen, auszuarbeiten. Die Konferenz ersucht die Gewerkschaften, diesen Plan finanziell zu unterstützen.“

Der Antragsteller schlägt vor, daß eine Deputation zum Premierminister gesandt werde, um ihn über die Ausreiseerlaubnis zu interviewen.

Gen. Keeley (Westlondoner Arbeiterausschuß), der die Resolution unterstützt, spricht sich gegen die Entsendung einer Deputation zum Premierminister aus.

Gen. Simes Robertson (Gewerkschaft der Trade-Union-Angestellten) weist darauf hin, daß nicht nur sogenannte qualifizierte, sondern auch viele andere Arbeiter in Rußland nötig sein würden und schlägt vor, alle diejenigen Arbeiter in die Resolution einzuschließen, die in Rußland von Nutzen sein könnten. Der Vorschlag wird angenommen.

Darauf wird zur Wahl der Kommission geschritten, die sich aus folgenden Delegierten zusammensetzt: Gen. Franklyn (Werkzeugarbeiterverb.), Gen. F. Willis (B. S. P.), Gen. H. Pollit (Kesselarbeiterverb.), Gen. Ramsay (Londoner Zentralrat der Betriebsausschüsse), Gen. J. Tanner (Redakteur der „Solidarity“), Gen. T. Fime (Londoner Zentralrat), Gen. N. Smith (Soz. Arbeiterföderation).

Von J. Tanner unterstützt, stellt Gen. Mac Manus (Nationalverband der vereinigten Grubenarbeiter) folgenden Antrag:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung beschlossen hat, den Mitgliedern der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses Rußland Pässe zu verabfolgen, beschließt diese Konferenz, um Pässe für eine Delegation der Arbeitermassen nachzusuchen, damit diese sich persönlich über Rußland informieren und vom Standpunkt der Arbeitermassen über Rußland berichten.“

In Befürwortung seines Antrags sagt Gen. Mac Manus, daß man Vertrauensleute nach Rußland senden müsse. Der Gewerkschaftskongreß habe gezeigt, daß man ihm nicht trauen könne. Es sei verdächtig, daß Henderson und Konsorten Pässe erhalten, während sie anderen Leuten versagt werden.

Gen. Tanner führt aus, die Regierung treffe Vorkehrungen, um Fachleute im Interesse der Kapitalisten nach Rußland zu senden. Dieser Umstand mache es um so mehr erforderlich, unverzüglich kommunistisch gesinnte Arbeiter zu schicken.

Gen. Willis (Industrieverb. der Bauarb.) erklärt, sämtliche Vertreter des Gewerkschaftskongresses hätten sich öffentlich gegen die Sowjetregierungsform ausgesprochen. Dieses sei ein weiterer Grund zur Entsendung einer Delegation der Durchschnittsarbeiter..

Es wird beschlossen, daß die Auswanderungskommission um Pässe nachsuchen solle.

Darauf fordert der Vorsitzende den Gen. Mac Alpine (Komm. Arbeiterpartei Amerikas) auf, die Anwesenden über die Lage in Amerika zu unterrichten.

Mac Alpine erzählt von dem weißen Terror, der jetzt in Amerika herrscht. Es gelte dort als Verbrechen, zu einer revolutionären Partei zu gehören. Die Taktik der Regierung bestehe darin, die Revolutionäre zu langen Kerkerstrafen zu verurteilen. Er ruft den Anwesenden den Fall Debs und anderer Genossen ins Gedächtnis, die im Kerker schmachten, sowie die zahlreichen Brutalitätsausfälle der Kapitalisten gegen die Kommunisten. Die Tatsache, daß die britischen Arbeiter solch reges Interesse am Fall Tom Mooney an den Tag legten, habe diejenigen Amerikaner beschämt, die es nicht für geraten hielten, um seine Befreiung zu kämpfen. Die Anteilnahme der britischen Arbeiter habe viel dazu beigetragen, die öffentliche Meinung zugunsten Mooneys einzunehmen. Mac Alpine fordert die Konferenz auf, sich für ihre Angelegenheiten vom internationalen Standpunkt aus zu interessieren und nicht aus dem Auge zu lassen, daß der Kampf gegen die Unterjochung seitens der Kapitalisten die ganze Welt vereinige.

Auf einen diesbezüglichen Antrag hin beschließt die Konferenz, dem Verband der Industriearbeiter der Welt und der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas brüderliche Grüße zu senden.

Dritte Sitzung.

Angesichts des schmachlichen Fiaskos des Gewerkschaftskongresses beschließt die Konferenz, den Abend der Erörterung der Lage der Grubenarbeiter zu widmen und über Mittel und Wege zu beraten, um die Grubenarbeiter in ihren Forderungen zu unterstützen.

Gen. Thomas (South Wales), der über die Alternative der Forderung einer Lohnerhöhung spricht, führt aus, manche Genossen könnten zur Annahme hinneigen, daß dieses eine Abweichung von den Grundsätzen bedeute. Es handle sich jetzt darum, Forderungen zu stellen, die den Kapitalismus von Grund auf erschüttern würden. Ein Streik sei notwendig, doch glaube er nicht, daß die milde Forderung einer Lohnerhöhung von 3 Shilling pro Tag einen Kampf erfordern werde. Man könne sicher sein, daß die Führer der Grubenarbeiter von der Bewilligung dieser Forderung überzeugt seien, sonst hätten sie die Forderung nicht gestellt. Die Grubenarbeiter in South Wales verlangten eine Lohnerhöhung von mindestens 2 Pfd. St. die Woche, um sich den gesamten Gewinn der Grubenbesitzer zu sichern.

Gen. Mac Cracken (Grubenarbeiterverband Doncaster) führt aus, es würde den Grubenbesitzern ein Leichtes sein, die Lohnerhöhung von

3 Shilling pro Tag auf den Verbraucher zu übertragen. Man müsse viel größere Forderungen stellen, um den Außenhandel zu treffen, in welchem die Preise durch auswärtige Konkurrenz reguliert werden. Erst dann würden die Besitzer den Schlag fühlen.

Gen. Lucey (I. L. P. Exeter) empfiehlt eine eifrige Propagandatätigkeit unter den Eisenbahnern, um zu verhüten, daß die letzteren im Fall eines Grubenarbeiterstreiks der Regierung zu Hilfe kommen.

Nach weiteren Debatten beantragt Gen. Pankhurst die folgende Resolution, die angenommen wird:

„Die Konferenz der Arbeitermassen verurteilt die Feigheit des Gewerkschaftskongresses, der es ablehnt, in der Grubenarbeiterfrage zur direkten Aktion zu greifen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Beschluß, bei parlamentarischen Methoden zu bleiben, zu nichts führen wird.

Die Konferenz fordert die Arbeiter aller anderen Industriezweige auf, die Grubenarbeiter in deren in Aussicht genommenem Streik zu unterstützen. Die Konferenz verpflichtet sich, die Forderung der Grubenarbeiter, daß ihnen unverzüglich eine Lohnerhöhung von 2 Pfund Sterl. pro Woche gewährt werde, sowie ihren Kampf für die Sowjetisierung ihres Industriezweiges nach Kräften zu unterstützen.

Unter allen Arbeiterkategorien muß eifrige Propaganda zugunsten der Sowjetisierung sämtlicher Industriezweige und des Grund und Bodens geführt werden. In allen Industriezweigen müssen Konferenzen der Durchschnittsarbeiter abgehalten werden zwecks Ausarbeitung von Projekten der Arbeiterkontrolle. Diese Projekte müssen gedruckt und verbreitet werden, wie es inoffiziell unter den Grubenarbeitern in Südwalles getan wurde.“

Darauf nimmt die Konferenz die folgende Resolution an:

„Die Konferenz gibt ihrem Unwillen über den Beschluß des Gewerkschaftskongresses Ausdruck, die direkte Aktion in der Grubenarbeiterfrage zugunsten des bürgerlichen politischen Vorgehens aufzugeben. Wir tadeln den Vorschlag der Grubenarbeiterexekutiven, eine Lohnerhöhung von 3 Shilling pro Tag zu fordern, ohne die Durchschnittsarbeiter zu Rate zu ziehen. Wir erachten diesen Betrag als völlig unzulänglich und empfehlen den Massen der Grubenarbeiter, die Forderung der Grubenarbeiter von Südwalles auf eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfd. St. die Woche zu unterstützen.

Wir raten den Durchschnittsarbeitern, falls nötig, in den Ausstand zu treten, um diesen Betrag zu erzielen, und fordern die Arbeiter aller Industriezweige auf, die Grubenarbeiter durch einen Generalstreik zu unterstützen, um den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen.“

Auf Antrag des Gen. Pendery wird darauf fast ohne Debatten eine Resolution angenommen, die den Trade-Unionismus verurteilt, der einen ständigen Verrat an den Arbeitermassen möglich macht. Die Resolution erlegt den Delegierten die Verpflichtung auf, danach zu streben, daß dieser

Apparat durch einen neuen ersetzt werde, der den Arbeitermassen die gesamte Macht sichern würde.

Nach dem Bericht des Gen. J. Tanner, den Zeugenaussagen und der Erwiderung W. F. Watsons wurde nach längeren Debatten die folgende Resolution mit Stimmenmehrheit gegen drei Stimmen angenommen:

„Die Konferenz der Durchschnittsarbeiter erachtet es für durchaus unzulässig, daß W. F. Watson an irgend welchen von dieser Konferenz gewählten Kommissionen oder Komitees teilnehme.“

II.

London, April 1920.



Der Kapp-Lüttwitz-Putsch.

(Brief aus Deutschland.)

1. Auf dem Wege zum Kapp-Putsch.

Nach fünfviertel Jahren der Herrschaft der Regierung Noske-Ebert ist sie mit Schimpf und Schande von der Offizierskamarilla davongejagt worden. Im Kampf gegen die Arbeiterschaft entstanden, in ständiger blutiger Niederwerfung der fortwährenden, immer weiter um sich greifenden Auflehnung der Arbeiterschaft ihre Existenz erkämpfend, stellte sie die militärische Herrschaft allmählich wieder her. Mit ihr und durch sie hat die sozialistisch-bürgerliche Koalition alles getan, um die soziale Position der junkerlich-kapitalistischen Klasse wiederherzustellen, und unter dem Vorwand der Sicherung der Errungenschaften der Revolution baute sie systematisch und rücksichtslos mit ihrem beschränkten Untertanenverstand alle die Kräfte ab, die die Errungenschaften der Revolution hätten sichern und erweitern können.

Die einzige Errungenschaft der Novemberrevolution war die politische Aktivität der proletarischen Massen, das revolutionäre Bewußtsein, daß die Weiterexistenz der Herrschaft der junkerlichen und bürgerlichen Klassen eine Gefahr für die breiten Schichten des Volkes geworden ist. Die Sicherung dieser Errungenschaft der Revolution war nur durch ihre Umsetzung in die Tat möglich, d. h. wenn die revolutionäre Bewegung den Junkern und Kapitalisten das Verfügungsrecht über die Quellen des Reichtums und der wirtschaftlichen Macht aus den Händen genommen hätte.

Die bürgerlich-sozialistische Koalition unter der politischen Leitung der Mehrheitssozialisten hat systematisch das Gegenteil getan. Sie hat die Sozialisierungsfrage monatelang verschleppt und endlich begraben, sie hat die Diktatur des Kapitals in den Fabriken wieder aufgerichtet, sie hat den in der Revolution spontan entstandenen Betriebsräten das Leben unmöglich gemacht unter dem Vorwand der gesetzlichen Regelung der Betriebsräte, die nach mehr als einem halben Jahr endlich erschienen als ein Mittel, die Arbeiterschaft für den ruhigen Verlauf der Betriebstätigkeit im privatwirtschaftlichen Sinn verantwortlich zu machen. Sie hat die Arbeiterschaft entwaffnet und ihr durch die Schaffung von bürgerlichen gegenrevolutionären Streikbrecherorganisationen (technische

Nothilfe) die Waffe des Streiks aus der Hand geschlagen, sie hat während der ganzen fünfviertel Jahre das Versammlungs- und Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch den Belagerungszustand illusorisch gemacht und sie der Profitsucht des Kapitals ausgeliefert. In dieser ganzen Zeit ist kein einziger wirtschaftlicher Kampf zugunsten der Arbeiterschaft ausgegangen, obwohl alle diese Kämpfe Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen waren.

Die bürgerlich-sozialistische Koalition hat dem Handelskapital vollständige Freiheit gelassen, aus dem Hunger der Arbeitermassen Wuchergeschäfte zu schlagen. Der Schleichhandel hat die höchste Blüte erreicht, und die Freiheit der Ausfuhr, die im Interesse des Export- und Bankkapitals wieder hergestellt wurde, führte zu einem nie dagewesenen Ausverkauf der lebenswichtigen Produkte.

Zum Schutz der kapitalistischen Heiligtümer, der unbegrenzten Ausbeutung seitens der Landjunker, Kapitalmagnaten und Wucherer mußte die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Dazu stellten sich die Generalität und die Offiziere zur Verfügung, die auf diese Weise die gesamten Machtmittel des Staates in ihre Hände bekamen. Solange es sich darum handelte, die Arbeiterschaft niederzuhalten, war eine Einigungsplattform zwischen der junkerlichen Kamarilla, der Militärdiktatur und der bürgerlichen Gegenrevolution vorhanden, die durch die mehrheitssozialistische Partei unterstützt wurde. Als aber die Offizierskamarilla glaubte, stark genug zu sein, ohne die mehrheitssozialistischen Befähigungsmittel die Arbeiterschaft im Zaune halten zu können, da erschien ihr die sozialistisch-republikanische Dekoration überflüssig, und sie suchte nur eine Gelegenheit, sich der unbequemen Firmenträger zu entledigen.

Seit Wochen und Monaten war die bürgerlich-sozialistische Regierung der demokratischen Republik nichts anderes als die willenlose Beauftragte der militärischen Diktatur. Von ihr bekam die Regierung die Befehle, gegen die freie Betätigung der Arbeiterschaft vorzugehen; General Lüttwitz war es, der der Ebert-Noske-Regierung vorschrieb, den Mitte Dezember aufgehobenen Belagerungszustand Mitte Januar wieder zu verhängen. Es mutet wie ein Witz der Geschichte an, daß der von Ebert, Noske und Bauer vor der Flucht aus Berlin am 13. März erlassene Aufruf zum Generalstreik gegen die eigenen Befehle Noskes verstößt, die noch in Kraft geblieben waren, als ihre Autoren Berlin verließen.

So ist es also die fünfvierteljährige Tätigkeit der mehrheitssozialistischen Partei in der sozialistisch-bürgerlichen Koalition, die den militärischen Putsch vorbereitet und die gesamte arbeitende

Bevölkerung der Militärkamarilla ausgeliefert hat. Der Sturz der Regierung Ebert-Noske ist der vollständige Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Demokratie, und in seinen Konsequenzen bildet der Militärputsch und der Zusammenbruch der Ebert-Noske-Regierung den Abschluß einer Periode des proletarischen Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse, die in absteigender Linie vom 9. November 1918 andauerte.

Es ist eine gründliche Abwirtschaftung der politischen Illusion, daß die bürgerlich-sozialistische Koalition ein Ausweg aus der Zwangslage sei, in der sich das Proletariat nach dem Weltkrieg befindet. Es war eine gründliche, aber auch sehr kostspielige Beweisführung gegen die verräterische Ideologie des mehrheitssozialistischen Burgfriedens mit dem Kapital unter der Losung der Demokratie. In Rußland dauerte diese Periode der Abwirtschaftung der bürgerlich-demokratischen Illusionen vom März bis zum November 1917. Es war aber die Zeit, wo der Weltkrieg noch seine Herrschaft ausübte und wo der bürgerlich-demokratische Burgfriede die Frage des Friedens lösen sollte.

In Rußland antwortete die bürgerliche Demokratie 1917 auf die Frage: Imperialistischer Krieg oder proletarischer Friede? mit der Junioffensive Kerenskis und der Fortführung des imperialistischen Krieges. Erst die proletarische Umwälzung löste diese Frage im Interesse der Millionen Arbeiter und Bauern durch den proletarischen Frieden als Vorspiel zur Weltrevolution.

In Deutschland hatte die bürgerliche Demokratie nach dem Zusammenbruch vom 9. November andere und nicht weniger komplizierte Fragen zu lösen: Aufbau der Volkswirtschaft im Interesse des gesamten Volkes. Sie beantwortete diese Fragen mit dem Aufbau der kapitalistischen Herrschaft auf Kosten der breiten Schichten der Bevölkerung.

Im Kampf um die Früchte der Ausbeutung der breiten Schichten des Land- und Stadtproletariats, im Kampf um die Wiederherstellung der Junker- und Kapitalherrschaft sah sich die Junkerherrschaft gegenüber dem Industrie- und Handelskapital benachteiligt und schlug die bürgerliche Demokratie in Scherben. Ihr patriotisches Gefühl wurde tief verletzt dadurch, daß man dem Industrie- und Handelskapital Freiheit der Ausbeutung gab, dem Grundbesitzer aber eine, wenn auch stark durchbrochene Zwangswirtschaft zumutete.

Der Putschversuch der Kapp-Lüttwitz ist eine Rebellion der Junker gegen die bürgerliche Demokratie, die einseitig die Interessen des städtischen Industrie- und Handelskapitals bevorzugt.

Dieser Putsch demaskierte blutig die historische Rolle der

bürgerlichen Koalition als Unterdrückerin der proletarischen Massen zugunsten einer Schicht der herrschenden Klassen. Zugleich aber denunzierte er auch vor den Proletariern der ganzen Welt die bürgerliche Demokratie als eine Regierungs- und Herrschaftsorganisation, unter der die zerbrochene Gewalt der Junker und Generäle sich zur Macht ausbilden kann, die die Forderung der Gleichberechtigung mit dem Industrie- und Handelskapital erfüllt. Dadurch, daß die bürgerliche Demokratie diesen ihren sozialen Inhalt enthüllte, offenbarte sie auch den Inhalt der mehrheitssozialistischen Ideologie, den die bürgerliche Demokratie zu ihrer Fahne machte.

Die deutsche Arbeiterschaft — das sei zu ihrer Ehre gesagt — wußte sich zur Wehr zu setzen. Als Antwort auf dieses freche Ansinnen, die Junkerherrschaft wieder zu etablieren, trat die deutsche Arbeiterschaft in den Generalstreik ein, nicht zum Schutz der Noske-Ebert-Regierung, sondern — was viel mehr bedeutet — trotz des Aufrufs der geflüchteten, mit Arbeiterblut befleckten Veräter und Verführer. Nicht den verfassungsmäßigen Zustand des Noskeregimes wiederherzustellen, das von der Kappregierung gar nicht sehr übertroffen werden konnte, sondern den Sturz des verkappten und offenen Noskeregimes herbeizuführen und die proletarische Herrschaft zu errichten.

Der Generalstreik verbreitete sich über ganz Deutschland, griff auf alle Arbeiter- und Angestelltenschichten über, bemächtigte sich der Eisenbahnen und lebenswichtigen Betriebe, und in blutigen bewaffneten Kämpfen mit der gegenrevolutionären Soldateska machte sich das Proletariat den Weg frei zur Eroberung der politischen Herrschaft.

2. Der Generalstreik und die K. P. D.

Das Herannahen des Militärputsches war für niemanden ein Geheimnis. Wenn noch vor Monaten die Zentrale der K. P. D. in einem Rundschreiben an die Organisationen den Gedanken zum Ausdruck brachte, daß die rechtsstehenden Parteien nicht so dumm sein werden, sich durch einen Militärputsch die für die Wiederherstellung der ancien regime so günstige Situation zu verderben, da war das im großen und ganzen auch die Meinung der führenden Persönlichkeiten der junkerlichen Gegenrevolution. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ sind des öfteren von dem Gedanken an einen Militärputsch ausdrücklich abgerückt, weil sie davon überzeugt waren, daß die weitere Existenz der bürgerlich-sozialistischen Koalition ihnen den Boden für eine friedliche Umwälzung auf dem gesetzlichen verfassungsmäßigen Wege vor-

bereiten würde. Diese verfassungsmäßige Grundlage gab ihnen trotz des Belagerungszustandes, der sich nur gegen die Arbeiter richtete, die Möglichkeit, die sozialen und politischen Kräfte des Junkertums, der Großbauern und des adeligen Beamtentums zu mobilisieren, wobei sie sich auf die Mißstimmung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes stützen konnten. Die Zwangswirtschaft des Mißwirtschaftsministeriums und des Unterernährungsministeriums Schmidt—wie sie sich ausdrücken—erlaubte ihnen, Agitation zu treiben und die Massen der bürgerlichen Elemente für sich zu gewinnen. Die Finanzpolitik Erzbergers, die einen großartigen Versuch darstellt, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die ungeheuren Schulden und Ausgaben des Staates nach dem fünfjährigen Krieg durch Steuern einzutreiben, ballt die besitzenden Klassen und die Festbesoldeten, die in dieser Finanzpolitik die notwendige Folge des durch die Revolution verlorenen Krieges sehen, zum gemeinsamen Aufruhr zusammen.

In dem Prozeß Erzberger-Helfferich, der eine politische Kompromittierung der Regierung Noske-Erzberger war, errangen die rechtsstehenden Parteien einen Sieg, der ihnen die Bahn zu dem Sturz auf legalem Wege vollständig freimachte. Dabei haben die Generäle und Offiziere durch das Noskeregime die Armee vollständig in ihre Hände bekommen, so daß es äußerlich schien, daß sowohl die militärische Macht, als auch die Gunst des Volkes auf ihrer Seite stand. Nun war es nur noch eine Frage der Taktik, wann und mit welchen Mitteln dieser Umsturz vorgenommen werden sollte. Die politischen Führer der Junkerpartei provozierten eine politische Debatte in der Nationalversammlung und stellten die Forderung der sofortigen Ausschreibung von Neuwahlen für den Reichstag. Mit der Nominierung Hindenburgs zum Kandidaten des Reichspräsidenten glaubten sie — sozusagen auf gesetzlichem Wege — den geplanten Putsch vornehmen zu können. Aber die von den reaktionären politischen Parteien geführte und geschürte Gegenrevolution hat noch einen anderen Ausweg gefunden. Die Militärs übernahmen die Führung und machten den Umsturz auf umstürzlerischem Wege.

Für die K. P. D. kam dieser Ausgang nicht unerwartet. Wenn die „Rote Fahne“ noch Anfang März von dem schleichenden Putsch schrieb, so war in dem Rundschreiben an die Parteiorganisationen, das wenige Tage vor dem Putsch beschlossen und am 13. März ausgegeben wurde, folgendes zu lesen: „Diese Entwicklung hat innerpolitisch ein so rasches Tempo angenommen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution

gefaßt machen muß... Die militärische Gegenrevolution arbeitet sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die demokratische Verfassung gibt, vorwärts. Sie rechnet darauf, in den kommenden Reichstagswahlen sowie in der Präsidentenwahl einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Es hieße blind sein, wenn man nicht sehen wollte, daß die große Masse des großen, mittleren und kleineren Bürgertums und der Bauernschaft sich wieder im raschen Tempo der Linie Hindenburg-Ludendorff nähert. Wenn jedoch die militärische Gegenrevolution sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die Einrichtungen der Revolution in die Hand geben, vorwärts arbeitet, so wäre es eine grobe Täuschung, zu glauben, daß damit die Mittel der Gewalt für sie ausscheiden.

Gleichzeitig mit der Propaganda und Vorarbeit auf sogenanntem demokratischen Wege geht Hand in Hand die systematische Vorbereitung von Pogromen und Putschen größten Stils. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß der Bonapartismus, der mit dieser gegenrevolutionären Bewegung in erneuter Gestalt in Deutschland seinen Einzug hält, diese beiden Mittel, die brutale Gewalt und die Demokratie, vereinigt. Die militärische Gegenrevolution, wie jede wirkliche Macht, läßt sich in ihrer Aktion von demselben Grundsatz leiten, den die Partei in ihren taktischen Leitsätzen formuliert hat, daß sie nämlich kein politisches Mittel ausschließen, sondern alle zu gegebener Zeit und am gegebenen Orte anwenden werde.“

Es war also für die K. D. P. klar, daß die Arbeiterschaft im Fall eines solchen Militärputsches die energischsten Abwehrmaßnahmen werde treffen müssen, die sich jedoch nicht auf die Verteidigung der verfassungsmäßigen Zustände würde richten dürfen, sondern daß die Arbeiter zugleich mit dem Kampf gegen den Militärputsch mit aller Energie den Kampf gegen die Quelle, aus der heraus der Putsch entstehen konnte, werden aufnehmen müssen. In der Tat hat auch die Partei im Reich — mit wenigen Ausnahmen — die Situation richtig erfaßt und ist mit aller Energie sofort für den Generalstreik eingetreten.

Anders haben die Berliner Organisationen und mit ihnen auch die Reichszentrale gehandelt. Getragen von einer vorübergehenden Stimmung der Berliner Arbeiterschaft, hatten sie in ihrem ersten Flugblatt entgegen ihren eigenen Richtlinien und im Widerspruch zu ihrer eigenen Auffassung den Gedanken ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft keinen Finger rühren wird für die demokratische Republik, aber den Kampf mit der Militärdiktatur aufnehmen wird in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr

günstig erscheinen: „Dieser Augenblick — heißt es in dem Flugblatt vom 13. März — ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird, ein Teil der Arbeiter kennt die Züge der Militärdiktatur: Ungarn! Die große Masse wird sie erst durch die Taten der Militärdiktatur kennen lernen: wenn statt der Geißeln Skorpionen auf den Rücken der Arbeiter niedersausen, wenn zur eisernen Unterdrückung im Innern neue Kriegsgefahr ihr Haupt erhebt. Die Arbeiterschaft wird bis zu Ende kämpfen mit den Schlachtrufen: „Nieder mit der Militärdiktatur! Für die Diktatur des Proletariats! Für die deutsche kommunistische Räterepublik!“

Dieses Flugblatt entsprach der momentanen Stimmung der Arbeiterschaft in Deutschland und hauptsächlich in Berlin, wo das Noskeregime ganz besonders verhaßt war. Ein Kampf für die Noskerepublik und deren Freude schien so absurd und stand so sehr im Gegensatz zu der Freude über den Sturz der Ebert-Noske, die am 13. März in Berlin allgemein herrschte, daß — wenn man auch noch so gründlich auf eine solche Situation vorbereitet und für diesen Fall theoretisch zum Kampf gegen die Aufrichtung einer Militärdiktatur entschlossen war — in diesem Moment eine Kampfparole jeder psychologischen Begründung bar gewesen wäre. Vom bewaffneten Aufstand und Generalstreik war keine Rede. Im Gegenteil! Man beglückwünschte einander zu dem Putsch. Statt Kampfeswille herrschte eine Stimmung der Schadenfreude, die politisch noch so kurzsichtig und verwerflich sein mag, die aber faktisch die Auslösung der Empörung und Kampfesfreudigkeit verhinderte. Erst in den nächsten Tagen geriet die Arbeiterschaft in Wallung, die sich dann während der folgenden Tage zu einer noch nie dagewesenen Erbitterung und Kampfeslust steigerte.

Die Parole zum Generalstreik haben die Gewerkschaften ausgegeben. Dann folgten die sozialistischen Parteien. Schon die Tatsache, daß die Generalstreikparole von Ebert, Noske, Bauer und von den gegenrevolutionären Gewerkschaften der Richtung Legien, die seit Jahr und Tag die sicherste Stütze des Noskeregimes waren, ausgegeben war, hatte auf die Auslösung einer revolutionären Stimmung in der Arbeiterschaft hemmend eingewirkt. Der Haß gegen die Träger des Blutregimes war so tiefgehend, daß er Zeit brauchte, um in eine Kampfesstimmung gegen die Militärdiktatur umzuschlagen.

Binnen 24 Stunden war die Kampfesstimmung in Berlin so weit gediehen, daß der Generalstreik immer weiter um sich griff und alle Berufe, auch die verbürgerlichten der Festbesoldeten und Beamten, z. B. der Angestellten bei Post und Eisenbahn etc., erfaßte.

Die Beschleunigung dieses Umschwungs besorgten erst die Lüttwitztruppen. Am Montag, den 15. März, war der Generalstreik vollständig. Eisenbahnen, Straßenbahnen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke funktionierten nicht mehr.

Die K. P. D. hat denn auch in einem zweiten Flugblatt, das am Montag erschien, den Generalstreik als eine feststehende Tatsache aufgenommen und versucht, die politischen Parolen dieses Kampfes zu formulieren. Selbstverständlich hat die K. P. D. nicht zum Kampf für die Noskeregierung aufgerufen. Sie stellte vielmehr sehr weitgehende Losungen auf, die unseren bisherigen Auffassungen entsprechen: Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die Räterepublik auf der Grundlage der Arbeiterräte. Als die nächsten Forderungen der kämpfenden Arbeiterschaft bezeichnete das Flugblatt den sofortigen Rücktritt der Regierung Kapp-Lüttwitz; die Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehr und der Zeitfreiwilligen; die sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie, die Bildung einer revolutionären zuverlässigen Arbeiterwehr unter der Kontrolle der Arbeiterräte und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Weiter forderte das Flugblatt die Arbeiter zur Einberufung der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte auf, die den einmal ausgebrochenen Kampf weiter führen und leiten und ihm den einheitlichen Willen und das politische Ziel setzen sollten.

Diese Parolen hatten nur einen allgemeinen propagandistischen Charakter und wirkten aufklärend auf die kämpfenden Massen, keineswegs aber wirkten sie kampfanfeuernd und ebensowenig vermochten sie der Masse Zielbewußtsein zu geben. In einem Zustand, wo die Erregung und Erbitterung der Kämpfenden so konzentriert war, wie in den ersten Tagen des Generalstreiks in Berlin, war es die Aufgabe der Partei, dieser Stimmung der aufgespeicherten Revolutionsenergie ein direktes Ziel zu setzen, das sie zur Tat bringen sollte. Dieses Ziel war die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft, das der revolutionären Bewegung gesteckt wurde, ohne sie auf irgendwelche weitergehende Forderungen festzulegen. Allerdings war damit zu rechnen, daß diese Parole der Bewaffnung zu einzelnen Kämpfen führen könne, die von einzelnen Gruppen in der Stadt gegen die gegenrevolutionäre Soldateska aufgenommen würde. Durch die Parole „Bewaffnung der Arbeiterschaft“, die nicht nur eine Forderung an die Regierung sein sollte -- es bestand in Berlin nur die Regierung Kapp-Lüttwitz -- gegen die die Waffen gebraucht werden müßten, und in Stuttgart die Regierung Ebert-Noske, die die Waffen nicht

geben wollte und geben konnte — konnte die Einigung der gesamten kämpfenden Masse herbeigeführt werden. Diese Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft würde den auf die Straßen gegangenen Massen der deutschen Arbeiterschaft ein Ziel gesetzt haben, das sie zum Handeln gebracht hätte. Man war jedoch in der Berliner Organisation allzu vorsichtig gestimmt, man fühlte die alte Angst vor einem Putsch noch in den Gliedern, wobei man den Begriff des Putsches auf Schießereien auf der Straße zurechtgestutzt hatte. Man hatte nicht verstanden, daß ein Putsch nicht nur eine Schießerei und nicht jede Schießerei ein Putsch ist. Ein Putsch ist die gewaltsame Erringung eines Ziels, das nicht aus den objektiven Verhältnissen herausgewachsen ist. Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den Straßen Berlins mit dem Ziel, die Truppen zu entwaffnen und sich selbst zu bewaffnen, waren kein Putsch und konnten kein Putsch sein, wenn es dabei auch zu scharfen Schießereien kommen mußte. Die Arbeiterschaft zu bewaffnen war eine Forderung, die den Massen Aktivität geben und die revolutionäre Macht der Arbeiterschaft dadurch steigern konnte, daß man ihr ein konkretes, notwendig zu erreichendes Ziel gab.

Die Berliner Organisation hatte noch am Mittwoch, den 17. März, ein Flugblatt beschlossen, daß beruhigend auf die Arbeiterschaft wirken sollte und sich gegen die Putschgefahr wandte. Daß die Mehrheitssozialisten und die U. S. P. die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht herausgegeben haben, ist vollständig in der Ordnung, weil sie niemals das vorwärtstreibende Element der Arbeiterschaft gewesen sind, sondern stets dem revolutionären Bewußtsein der Arbeiterschaft nachgehinkt sind. Dadurch, daß aber auch die K. P. D. während der ersten fünf Tage des Kampfes (bis Donnerstag) diese Parole nicht herausgab, wirkte sie hemmend auf den Verlauf der Ereignisse und wurde naturnotwendig von der Führung des Kampfes zurückgedrängt.

Die sich radikal gebärende „Opposition“ (K. A. P. D. Groß-Berlin) hat die Lücke der K. P. D. nicht ausgefüllt. Durch vollständig aus der Luft gegriffene Nachrichten über die Existenz einer „Roten Armee“ in Berlin führte sie die Arbeiterschaft irre, und statt die zum Kampf bereiten proletarischen Massen als kämpfende Massen zu organisieren, fingierte sie die Existenz der irgendwo stehenden Kämpfer, eröffnete Werbebüros und lud die einzelnen Arbeiter auf öffentlichen Plakaten ein, sich im Werbebüro der Roten Armee einschreiben zu lassen, wobei, was vorauszusehen war, die Werbebüros, die nicht ernst gedacht waren, von den Baltikumtruppen ausgehoben wurden. Dadurch aber stärkte die

Opposition letzten Endes die Offensive der reaktionären Baltikumtruppen und schwächte die der revolutionären Arbeiterschaft.

So hat in Berlin tatsächlich der Generalstreik nicht in einen bewaffneten Aufstand eingemündet, und da eine proletarische Aktion, wenn sie nicht weitergeführt wird, und durch ihre Weiterführung an Stärke gewinnt, abbröckeln und zusammenbrechen muß, so mußte der Generalstreik in Berlin zu einem Abschluß gebracht werden, bei dem die Arbeiterschaft nicht als Siegerin aus dem Kampf hervorging. Schon die Tatsache, daß die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftler tatsächlich die Führung des Kampfes behaupteten, ist ein äußeres Zeichen dafür, daß der Generalstreik in seiner politischen Wirkung im Lauf der ganzen Woche nicht gestiegen ist. Die Parole der K. P. D., Arbeiterräte zu wählen und der Vollversammlung der Arbeiterräte die Leitung des Kampfes zu übergeben, war an sich ein ganz richtiger Gedanke, aber nur in der Voraussetzung, daß die politische Führung des Kampfes den Mehrheitssozialisten entrissen werden und in die Hände der U. S. P. und K. P. D. kommen würde. In der Tat geschah dies aber nicht, und als die U. S. P. D. sich endlich nach einer Woche bereit erklärte, die Wahlen zum Arbeiterrat vornehmen zu lassen, war der politische Effekt des Generalstreiks bereits zu Ende. Er dauerte schon acht Tage, als am neunten Tage die Vollversammlung der Arbeiterräte zusammentrat und nun zu beschließen hatte, was tags zuvor der Gewerkschaftsbund mit **L e g i e n**, die Berliner Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Unabhängigen **R u s c h** und die Zentralleitung der U. S. P. D. mit **C r i s p i e n** an der Spitze beschlossen hatten, nämlich den Abbruch des Generalstreiks.

Der Streik wurde also abgebrochen, obwohl die Arbeiterschaft keine Garantien des Sieges in den Händen hatte, was zu bedeuten hat, daß sie den Sieg tatsächlich nicht errungen hat.

Während dieser Streikwoche wurden Verhandlungen geführt, einerseits zwischen den Regierungen Ebert-Noske und Kapp-Lüttwitz, andererseits zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Regierung Ebert-Noske.

Die Verhandlungen zwischen Ebert-Noske und Kapp-Lüttwitz führten zum Rücktritt von Kapp und zur Ernennung des Generals von **S e e c k t** zum Oberkommandierenden der Reichswehr, desselben Generals von Seeckt, der in der Nacht vom 12. auf den 13. März auf die Frage Noskes, wer bereit sei, mit ihm zusammen die von Döberitz anmarschierenden gegenrevolutionären Truppen mit bewaffneter Hand anzuhalten, nicht vorgetreten war.

Die Verhandlungen zwischen der Generalkommission und der

Ebert-Noske-Regierung führten zu einem Kompromiß, der in den bekannten neun Punkten folgenden Wortlauts niedergelegt ist:

„Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten:

1. daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung;

2. sofortige Verhaftung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben;

3. gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihr Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßregelten Organisationsvertreter:

4. schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten;

5. sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer sozialer Gesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schnellste Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Berufsverbände zuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort ebenso die Übernahme des Kohlsyndikats und des Kallsyndikats durch das Reich.

7. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land und Stadt, Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilligen Verletzungen der Verpflichtungen.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen gegenrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihre Abschiedsgesuche bereits eingereicht haben.“

Auf Grund dieser Vereinbarungen wurde der Generalstreik abgeblasen, obwohl es für jeden klar sein mußte, daß diese Vereinbarungen ein Fetzen Papier nicht besserer Qualität seien, als der

belgisch-deutsche Neutralitätsvertrag. Denn in Berlin hatte das Militär seine vollständige Macht behalten, und wenn die Noske-Ebert-Regierung weiter existieren wollte, so mußte sie sich auf die gleichen treulosen Generäle und Offiziere stützen, auf die sie sich vorher auch verlassen hatte.

Allerdings ist Berlin nicht Deutschland, aber Berlin ist politisch ausschlaggebend für Deutschland, denn, wenn auch im Reich der Kampf gegen den Militärputsch viel glücklicher und erfolgreicher besorgt wurde und weit über das Anfangsziel hinausführte, so mußte man doch in bezug auf die Absteckung des in der jetzigen Kampfperiode überhaupt erreichbaren politischen Zieles unbedingt mit dem Erfolg in Berlin rechnen. Das haben unsere Genossen in einzelnen Orten ganz richtig verstanden, und in den Orten, wo die K. P. D. eine starke Organisation besaß, wo sie die Massen politisch und organisatorisch beeinflussen und den Losungen und Parolen der Partei durch straffe Parteidisziplin bei den Massen Gehör verschaffen konnte, wurden auch ganz richtig die militärischen Erfolge in den einzelnen Orten mit der politischen Situation im ganzen Reich in Einklang gebracht. In solchen Orten brachte der Sieg eine Stärkung der Arbeiterschaft, ohne sie jedoch der Gefahr einer Revanche von seiten der Soldateska auszusetzen. So war es in Chemnitz, wo die Arbeiterschaft unter dem Einfluß unserer Organisation das Militär entwaffnet, die Arbeiterschaft bewaffnet und einen Arbeitererrat aus Vertretern aller drei Parteien geschaffen hatte, der die Exekutivmacht in der Stadt ausübte, was vollständig dem politischen Reifegrad des Proletariats im Reich entsprach. Die Rolle von Chemnitz, der größten Industriestadt Sachsens, wurde gehemmt durch die Niederlage der Arbeiterschaft in Dresden. In Leipzig ist es den U. S. P. D.-Leuten nicht gelungen, sich in blutigen Kämpfen der Waffen zu bemächtigen, und in Dresden herrschte der General Märcker, der eine Doppelrolle spielte und sozusagen den „verkappeten“ Verfassungszustand verteidigte. Der Chemnitzer Arbeiterrat stellte an die sächsische Regierung die Forderung, die Regierung umzubilden und Neuwahlen zur sächsischen Volkskammer anzuberaumen.

Anders lagen aber z. B. die Verhältnisse im Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft tatsächlich und mit größtem Mut und in schweren Kämpfen sich von der Militärdiktatur befreite, die Waffen in die Hand bekam, Arbeiterwehren begründete und die ganze Arbeiterschaft in eine Kampffront aufstellte. Die Arbeiterräte, zusammengefaßt im Zentralrat des gesamten Ruhrgebiets, standen tatsächlich unter dem ideologischen Einfluß der K. P. D.-Fraktion, deren Stärke nicht wesentlich geringer war, als die der größten Fraktion, der

U. S. P. D. Der Zentralrat war bemüht, seinen militärischen Sieg in den Grenzen der politischen Möglichkeit zu halten, d. h. also den strategischen Siegeszug da freiwillig abubrechen, wo er droht, neue Kampfesverwickelungen mit einem viel stärkeren Feind herbeizuführen. Sowohl den Genossen in Chemnitz, als auch den führenden Genossen im Ruhrgebiet war es klar, daß in diesem Kampfe, der die Arbeiterschaft zuerst geeinigt hatte, noch keine Einmütigkeit in bezug auf die Räteherrschaft war. Auch im Ruhrgebiet war also unter dem Einfluß unserer Genossen der Zentralrat bereit, den Kampf abubrechen, nachdem er die nötigen Sicherungen gegen die Wiederholung solcher Militärputsche in die Hand bekommen hatte. Das Bielefelder Abkommen entsprach vollständig der politischen Auffassung des Zentralrats und hätte ein günstiger Abschluß des siegreichen Kampfes sein können, auch dann, wenn die Militärkamarilla sich gegen dessen Willen auflehnte und ihr Rachebedürfnis in einem Blutbad zu befriedigen suchte. Im Gegensatz zu Chemnitz fehlte aber im Ruhrgebiet unserer Organisation die entsprechende Stärke und so kam es öfters, daß die militärische Leitung der bewaffneten Arbeiter versuchte, sich der politischen Leitung des Zentralrats zu widersetzen und ihr Ziele aufzudrängen, die zwar der militärischen Situation im Ort, nicht aber der politischen im Reich entsprachen.

Wenn aber im Ruhrgebiet der Kampf über die für das ganze Reich gesteckten politischen Ziele hinausging und die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet sich schließlich zu einem Kampf provozieren ließ, der den Wünschen der Generäle entsprach und zur militärischen Niederlage führte, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß dort eine starke, weitausgebreitete, straff disziplinierte lokale Parteiorganisation der K. P. D. fehlte, so daß unsere Genossen es nicht durchzusetzen vermochten, daß die militärischen Erfolge mit den in diesem Kampf erreichbaren politischen Zielen in Einklang und zum Abschluß gebracht wurden.

3. Der politische Inhalt der Märzkämpfe.

Welche politischen Ziele konnten in den Märzkämpfen von 1920 erreicht werden? Das war die Frage, die sich die K. P. D. in aller Klarheit vorlegen mußte, wenn sie nicht durch die Ereignisse selbst getrieben werden sollte, statt ihrerseits die Ereignisse zu lenken.

Es ist richtig, wenn man behauptet, daß die Fixierung eines politischen Kampfes das Resultat des Kampfes selbst sein muß und daß sich das politische Kampfziel erst am Schluß der Aktion fixieren

läßt; es ist richtig, wenn man sagt, daß die Aufgabe revolutionärer Parteien darin bestehen soll, den Kampf mit allen Mitteln zu steigern zu versuchen, ihn so weit zu tragen und auszubreiten, wie die Situation es erlaubt, und daß es unmöglich ist, von vornherein festzustellen, welchen Umfang und welche Tiefe ein Kampf annehmen werde. Wenn aber die Partei — wie es bei der K. P. D. jetzt der Fall ist — ihren ideologischen Einfluß weit über die Grenzen ihrer Organisationen auf die Arbeiterschaft hinaus erstreckt, dann ist es die Pflicht der Partei, nicht nur eine revolutionäre Aktion zu führen, sondern sich auch einer revolutionären Strategie zu befleißigen, d. h. also, den Kampf dort und dann abzubrechen wo er droht, in eine Niederlage militärischer oder politischer Art umzuschlagen. Die K. P. D. hat zur Aufgabe, nicht nur das Endziel zu erreichen, sondern auch die Zwischenetappen auf dem Wege nach dem Endziel mit einem Minimum an Opfern zu erobern. Vor allem ist es also die Aufgabe der K. P. D., den Kampf politisch auszuwerten in dem Moment, wo die Arbeiterschaft noch alle Vorteile des erkämpften militärischen Erfolges in der Hand hat und auf der Höhe ihrer Macht ist.

So lag die Situation in Berlin, als nach sechs Tagen Generalstreik die Kappregierung vollständig abgewirtschaftet hatte, als Kapp selbst zurücktrat und der Gewerkschaftsbund unter der Führung von Legien durch die Gewerkschaftsmitglieder und die Arbeiter in den Gewerkschaften dazu gedrängt wurde, der Ebertregierung Forderungen zu stellen, die auf den Bruch mit der bürgerlich-sozialistischen Koalition hinausliefen. Es bestand eine Möglichkeit, von der Ebert-Bauer-Regierung unter der Drohung mit Weiterführung des Generalstreiks das Zustandekommen einer Arbeiterregierung unter Ausschluß der Bourgeoisie zu ertrotzen. Legien führte Verhandlungen mit der U. S. P. D., um sie zu bewegen, in die Regierung einzutreten. Der rechte Flügel der Unabhängigen war geneigt, dieser Aufforderung unter der Bedingung Folge zu leisten, daß die neue Regierung sich nur auf die Arbeiterschaft der sozialistischen Parteien und wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter stützen werde, um so eine reine Arbeiterregierung unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien, in der der U. S. P. D. der überwiegende Einfluß zugesichert würde, bilden zu helfen. Die Stellungnahme des linken Flügels zu dieser Frage hing davon ab, welche Position die K. P. D. im Fall der Annahme des Vorschlags Legiens einnehmen werde. Da tatsächlich der linke Flügel der U. S. P. D. innerhalb der Gesamtpartei einen großen Einfluß besitzt, so hing es wirklich von Däumig und andern ab, ob die Hilferding und Crispian den Vorschlag Legiens akzeptierten oder nicht. Als diese

Frage unseren Vertretern in der gemeinsamen Streikleitung inoffiziell bekannt wurde, äußerten sie ihre Meinung dahin, daß ihnen selbstverständlich eine Arbeiterregierung unter Ausschluß der Bourgeoisie lieber sein würde, als die Wiederkehr der alten bürgerlich-sozialistischen Koalition, die trotz des Personenwechsels doch voraussichtlich wieder das gleiche Noskeregime werden müsse. Diese Stellungnahme unserer Vertreter führte zu weitgehenden Diskussionen in der Zentrale der K. P. D., die ihren Abschluß in der folgenden Erklärung der Zentrale vom 21. März fanden:

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zweck, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die U. S. P. D. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt wird, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die K. P. D. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange die Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Gegenrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter „loyaler Opposition“ verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.

Zentrale der K. P. D. (Spartakusbund).

21. März 1920.

Diese Erklärung der Zentrale rief in der Partei eine lebhaftere Opposition hervor und führte zu einer gründlichen Aussprache so-

wohl in der Berliner Bezirksorganisation als auch im Zentralausschuß der Partei. Man hat gegen diese Erklärung folgende Argumente geführt:

Die einen sagen, es sei eine Preisgabe der bisher verfochtenen Parole der Errichtung der Räterepublik, die anderen aber, die sich bewußt sind, daß auf dem Wege zur Räterepublik, dem Endziel des Kampfes, noch Etappenstationen durchzumachen sind, vertreten die Meinung, daß die Formulierung dieser Etappenstationen nicht Aufgabe derjenigen Partei sei, für die die Etappenstationen nicht das Endziel sind, sondern eben auf dem Wege zu diesem Ziel liegen. Demnach sei es also nicht Aufgabe der K. P. D. zu „helfen“, eine Arbeiterregierung, bezw. ein rein sozialistisches Kabinett zustande zu bringen, zu dem die K. P. D. ja in schärfster Opposition stehen müßte, da ihr politisches Ziel die Errichtung der Räterepublik ist. Vor allem aber fand bei der Kritik ein Argument Anklang, das nichts inhaltlich gegen die Erklärung einzuwenden hatte, sondern nur die taktische Richtigkeit, diese Erklärung in diesem bestimmten Moment abzugeben, bezweifelte. Die Situation sei im Augenblick so gewesen, daß man hätte glauben müssen, die rein sozialistische Regierung habe reale Grundlagen ihrer Existenz hinter sich. Es sei noch zur Zeit gewesen, wo die Militärdiktatur vollständig ungebrochen dastand, wo es gegolten habe, den Kampf mit den schärfsten Mitteln weiterzuführen, und Diskussionen über den Eintritt der U. S. P. D. in die Regierung unangebracht gewesen seien, weil dies zur Lahmlegung der Aktivität der kämpfenden Arbeitermassen hätte führen müssen und — nach Meinung der Genossen, die dieses Argument vertreten, — auch geführt hat. Sie geben zwar zu, daß eine politische Situation, in der eine rein sozialistische Regierung existiert und sich auf die Arbeiterräte gründen kann, ein Zustand ist, der der Arbeiterschaft größere Bewegungsfreiheit gewähren kann, aber sie behaupten, es sei nicht die Aufgabe der K. P. D. zu helfen, diesen Zustand herbeizuführen, sondern es sei im Gegenteil Pflicht der Partei, den Kampf so weit vorwärtszutreiben, wie es möglich ist, und herauszuholen, was herausgeholt werden kann.

Nicht daß die Gegner der Erklärung den Zustand der rein sozialistischen Regierung als unerwünscht ansehen; im Gegenteil! Auch diese Genossen möchten natürlich lieber mit einer Regierung Hilferding-Legien zu tun haben, als mit der bürgerlich-sozialistischen Koalition, und sie haben auch tatsächlich im Zentralausschuß eine Resolution Brandler dieses Inhalts eingebracht, die von den anderen durchaus akzeptiert werden konnte. Diese Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Resolution Brandler, Thalheimer, Posner.

Die Erklärung der Zentrale der K. P. D. in bezug auf die „rein-sozialistische“ Regierung läßt vermissen unsere kritische Stellung zur „rein-sozialistischen Regierung“. Die erweiterte Zentrale gibt zu, daß die reinsozialistische Regierung ein Durchgangsstadium zum Sozialismus sein kann. Der Zentralausschuß erklärt, daß im gegebenen Augenblick eine reine Arbeiterregierung, die ernsthaft mit der Koalition der Bourgeoisie bricht, die Proletarier unterstützt bei der Bewaffnung und ernsten Kampf zur Entwaffnung der Bourgeoisie führt, ein erwünschter Zustand wäre. Eine solche Regierung, gestützt auf die in revolutionären politischen Arbeiterräten zusammengehende Arbeiterklasse, könnte den schmerzvollen Leidensweg zum Ziel abkürzen und erträglicher gestalten.

Zu dem Zeitpunkt jedoch, wo diese Erklärung abgefordert wurde, waren noch keine realen Voraussetzungen für die Bildung einer „reinsozialistischen Regierung“ gegeben, weil die Machtpositionen der Bourgeoisie noch nicht genügend erschüttert waren. Es galt also, die Massenaktion mit aller Energie weiterzuführen, bis die Arbeiterschaft jene Machtmittel in die Hand bekam, die eine Grundlage für die Ausschaltung der Bourgeoisie aus der Regierung bilden konnten.

Zu dem Zeitpunkt jedoch, wo diese Erklärung abgegeben wurde, hatte diese Erklärung eine Wirkung, die die volle Machtentfaltung der ausgebrochenen Kämpfe hemmte und sie zum Stehen brachte, ehe diese reine Arbeiterregierung durch die volle Auswirkung des Streiks und des bewaffneten Aufstandes eine Kräfteverschiebung getroffen hatte, die einen Schwebезustand mit einer rein sozialistischen Regierung möglich machte.

Die weitere Politik der K. P. D. kann nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden. Es ist die Aufgabe der Partei, unter schärfster Kritik der S. P. D. und U. S. P. führend in die kommenden Kämpfe einzugreifen zur Eroberung und Befestigung weiterer Machtpositionen auf dem Wege revolutionärer Massenkaktionen des Proletariats.

Die Teilforderungen der Partei auf dem Wege zum kommunistischen Endziel müssen stets im Einklang mit diesem Endziel gehen. Ihre Verwirklichung muß unter schärfster Kritik der Arbeiterparteien, die bei solchen Zwischenstadien praktisch stehenbleiben, durchgeführt werden.

Für diese Resolution sind 8 Stimmen.

Eine andere Resolution von Eberlein, Meyer und Friesland folgenden Inhalts hat 12 Stimmen für und 7 dagegen:

Die Abgabe der in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Erklärung in einem Augenblick, wo der Kampf in vollem Flusse war, mußte ablenkend wirken. Es ist Aufgabe der Vertreter der K. P. D., alle Energie lediglich darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionären Mitteln zu ändern. Die Frage einer eventuellen Regierungskombination ist von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und dem Ausbau der Arbeiterräte.

Die weitere Politik der K. P. D. kann nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden.

Es ist die Aufgabe der Partei, unter schärfster Kritik der S. P. D. und U. S. P. D. führend in die kommenden Kämpfe einzugreifen zur Eroberung und Befestigung weiterer Machtpositionen auf dem Wege revolutionärer Massenaktionen des Proletariats.

Wie man sieht, ist der Streit um die Erklärung der K. P. D. ein Streit um die Taktik. Es handelt sich um die Frage: kann es die Aufgabe der K. P. D. sein, in einem Kampf einem Kompromißvorschlag zuzustimmen, der einen Fortschritt im Vergleich mit dem vergangenen Zustand darstellt, der jedoch weit davon entfernt ist, den Zielen und Losungen der Partei zu entsprechen. Den Kritikern, die sagen, daß der Zeitpunkt der Veröffentlichung unangebracht, nämlich verfrüht war, kann man kurz antworten: Die Erklärung wurde nicht von der K. P. D. provoziert, sondern sie ist die Antwort auf eine Anfrage, die der K. P. D. seitens der linken U. S. P. gestellt wurde.*) Daß diese Erklärung nicht einen vorzeitigen Abbruch des Kampfes bedeutet, ist schon daraus klar, daß gerade sowohl unser Vertreter in der Zentralstreikleitung, wie die des rechten und des linken Flügels der U. S. P. — unabhängig von den Verhandlungen, die sie mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes geführt hatten, — den Streik weiterzuführen wünschten und in diesem Sinne auch tätig waren. Insofern ist also der Zeitpunkt für die Abgabe der Erklärung nicht von uns gewählt, noch konnte diese Erklärung diesen Kampf schwächen, sondern im Gegenteil, der Kampf mußte weitergeführt werden, um die Existenz einer sozialistischen Regierung zu ermöglichen. Etwas anderes ist es, ob die K. P. D. durch die Publizierung dieser Erklärung ihre eigenen Ziele aufgegeben hat.

Wenn die K. P. D. am Anfang oder im weiteren Verlauf des Kampfes den Gedanken gehabt hätte, daß dieser Kampf in seiner erfolgreichen Entwicklung zu der Errichtung der Räterepublik würde führen können, so hätte man einen Grund, in dem Eintreten der K. P. D. für die Bildung einer Arbeiterregierung eine Preisgabe ihres Zieles zugunsten eines Kompromißzieles zu sehen, so könnte man ihr also die Aufgabe ihres prinzipiellen Kampfes zugunsten einer opportunistischen Politik zum Vorwurf machen. Keines von den Mitgliedern der K. P. D. hat jedoch zu Anfang oder im Verlauf des Kampfes je den Gedanken gehabt, daß die Zeit für die deutsche Räterepublik bereits gekommen sei und daß die objektiven Verhältnisse und das politische Bewußtsein der Arbeiterschaft schon für die Räterepublik reif seien. Im Gegenteil! Schon von Anfang hat die K. P. D. die durch den Putsch von rechts hervor-

*) Rundschreiben Nr. 42 der Zentrale der K. P. D. vom 22. März 1920. (Anhang).

gerufene Krise als die Krise der bürgerlich-sozialistischen Koalition angesehen, die politisch ausgedrückt ein Bankrott der auf der bürgerlich-sozialistischen Koalition aufgebauten mehrheitssozialistischen Ideologie war.

Tatsächlich haben auch beträchtliche Teile der mehrheitssozialistischen Arbeiterschaft und der radikale Flügel der Mehrheitssozialisten sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die ganze Politik der Ebert-Noske-Regierung, die zum Kapp-Putsch geführt hat, eine Konsequenz der bürgerlich-sozialistischen Koalition war und daß der politische Effekt der Kämpfe, die eine Sicherung gegen die Wiederholung eines solchen Militärputsches bringen sollten, die konsequente Ausschaltung des Einflusses des Bürgertums auf die Staatsmaschine sein müsse. Tatsächlich ist auch innerhalb der mehrheitssozialistischen Partei der Kampf für oder gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition geführt worden.

In dem Moment, als eine Erklärung von der K. P. D. gefordert wurde, wie sie sich zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung stellen werde, war der Streik noch nicht beendet, und die von der K. P. D. abgegebene Erklärung konnte also den linken Flügel der mehrheitssozialistischen Partei in seinem Kampf gegen den rechten Flügel stärken. Politisch mußte die Erklärung der K. P. D. also zu einer Lahmlegung des rechten Flügels der S. P. D. führen und eine Verschiebung nach links ermöglichen, nämlich eine Stärkung des Teils der mehrheitssozialistischen Partei, der für die Bildung einer Arbeiterregierung unter Verzicht auf die Koalition mit der Bourgeoisie eintrat und bereit war, sich an einer solchen Regierung zusammen mit der U. S. P. D. zu beteiligen.

In bezug auf die Unabhängigen war die Wirkung dieser Erklärung der der K. P. D. ähnlich. Wenn der rechte Flügel der U. S. P. D. zusammen mit dem linken Flügel der Mehrheitssozialisten eine rein sozialistische Regierung gebildet hätte, so hätte das keinesfalls ein Zurückdrängen der unter dem Einfluß des linken Flügels der U. S. P. D. stehenden Massen unter die Leitung des rechten Flügels bedeutet, wie behauptet worden ist, sondern im Gegenteil, ein systematisches Abstoßen der bei der U. S. P. D. befindlichen Arbeiterschaft von da zur K. P. D. würde die Folge gewesen sein. Es wäre eine Gelegenheit gewesen, die Hilferdinge und Kautskyaner sich durch praktische Betätigung in den Augen der Massen abwirtschaften zu lassen, wie die mehrheitssozialistische Partei sich tatsächlich durch ihre Regierungstätigkeit schon kompromittiert und abgewirtschaftet hat.

Würde sich aber, so fragen die besorgten, aufrechten Kommunisten, die K. P. D. nicht die Hände binden, wenn sie bei der Ent-

stehung einer solchen rein sozialistischen Regierung Hebammen-dienste geleistet hätte? Würden die Kommunisten dadurch nicht den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten Waffen in die Hände geben, so daß diese dann sagen könnten, die Kommunisten hätten ihr Recht auf Kritik verwirkt, nachdem sie sich selbst mit der Existenz einer rein sozialistischen Regierung einverstanden erklärt und ihr sogar Loyalität zugesichert hätten? Darauf ist kurz zu antworten: wenn die rein sozialistische Regierung die Verbindung zu unserer „loyalen Opposition“ loyal durchführen wird, wenn sie den Kampf gegen die gegenrevolutionäre Bourgeoisie und das reaktionäre Junkertum mit allen Mitteln durchsetzt und der Arbeiterschaft keine Steine in den Weg legen wird, so werden wir nicht nur loyale Opposition treiben, sondern mehr noch: Die K. P. D. würde verpflichtet sein, eine solche Regierung sogar zu unterstützen, weil ihr Kampf unser Kampf ist. Führt sie aber diesen Kampf nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, versucht sie die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen und Organisationen zu drangsalieren, so untergräbt sie den Boden ihrer eigenen Existenz, denn dadurch schwächt sie sich nicht nur gegenüber der Bourgeoisie, sondern sie verliert auch das Vertrauen der Arbeiterschaft und damit macht sie sich unmöglich. In diesem Fall würde die ganze „Loyalität“ unter den Tisch fallen, und die K. P. D. würde gezwungen sein, diese Regierung so zu bekämpfen, wie sie das Noskeregime bekämpft hat. Es ist auch keine Preisgabe unseres Endziels, wenn wir bestrebt sind, einen Zustand zu erreichen, der, wenn auch nicht im entferntesten unseren politischen Forderungen entspricht, doch der Arbeiterschaft wenigstens volle politische Bewegungsfreiheit gewährleistet. Im Gegenteil! Dies ist der normalste und wünschenswerteste Weg für die K. P. D., weil er gründliche Vorbereitung organisatorischer und politischer Art für die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat schafft.

Soll damit gesagt werden, daß wir uns gegenüber der sogenannten rein sozialistischen Regierung unkritisch verhalten, daß wir von ihr die Lösung aller Probleme erwarten, daß wir glauben, die Regierung sei imstande, den Sozialismus, wie wir ihn verstehen, zu verwirklichen? Keineswegs! Im Gegenteil! Die sozialistische Regierung, die versucht wird, auf demokratischem Wege den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben, wird in eine Situation geraten, wo ihr Bankrott unvermeidlich ist. Sie wird nicht imstande sein, die Sozialisierung ernstlich durchzuführen. Sie wird es nicht vermögen, sich gründlich und ernstlich der Arbeitslosigkeit und der Teuerung zu erwehren. Was sie aber gründlich leisten kann und leisten muß, das ist: ein Beispiel zu sta-

tuieren für die Unmöglichkeit, den Sozialismus ohne die Diktatur des Proletariats durchzuführen. Diese Lehre ist so wertvoll für die gründliche ideologische Vorbereitung der Arbeiterschaft für die Rätediktatur, daß man diesen politischen Zustand herbeizuführen alle Ursache hat, gerade vom Standpunkt der Partei aus, die konsequent auf dem Boden der proletarischen Diktatur steht.

Der Fehler, den unsere aufrechten Kommunisten begehen, besteht darin, daß sie den Leidensweg, den die russische Arbeiterschaft gehen mußte, um zur Diktatur des Proletariats zu gelangen, für die deutsche Arbeiterschaft antizipieren wollen. Aber sie vergessen, daß auch für die russische Arbeiterschaft der Aufbau der Sowjetregierung viel leichter gewesen wäre, wenn sie nicht so schnell zur proletarischen Diktatur hätte greifen müssen. Selbst auch in Rußland war nach dem Kornilowputsch eine Situation, wo die bolschewistische Partei von der Regierung Kerenski forderte, sie solle die Koalition mit der Bourgeoisie brechen, wo sie versprach, in diesem Fall die Regierung nicht mit Gewaltmitteln zu stürzen. Kerenski jedoch und die Menschewiki lehnten es ab, auf die Koalition mit der Bourgeoisie zu verzichten, und dann mußten sie die Konsequenzen ihres Schrittes in Kauf nehmen. Aber niemand hat diesen politisch falschen und unklugen Schritt der Menschewiki im Interesse der Entwicklung der proletarischen Revolution mehr bedauert, als die Führer der Bolschewikipartei; denn sie sind dadurch gezwungen worden, den Kampf um das Endziel, die Ergreifung der politischen Macht, in aller Schärfe aufzunehmen, einen Kampf, der große Anstrengungen und viele Opfer gekostet hat, die hätten gemindert werden können, wenn eine Periode der gründlichen Abwirtschaffung der rein sozialistischen Illusionen die Ausreifung des russischen Proletariats ermöglicht hätte.

Die Erklärung der Zentrale der K. P. D. hat ihren historischen Dienst geleistet; wenn sie trotzdem zu keinem politischen Effekt geführt hat, wenn keine rein-sozialistische Regierung zustande gekommen ist, so liegt die Verantwortung dafür nicht auf der K. P. D.

Verantwortlich ist vor allem der rechte Flügel der U. S. P. D. mit Crispian an der Spitze, der den Abbruch des Generalstreiks durchgesetzt hat in einem Moment, wo die Arbeiterschaft gegen eine Wiederholung des Noskeregimes noch nicht gesichert war und wo die mehrheitssozialistische Partei mit Ebert an der Spitze noch in der Lage war, ihr Koalitionsprogramm gegenüber den Angriffen von links innerhalb ihrer eigenen Partei durchzusetzen.

4. Die Lehren der Märzkämpfe.

Am Tage nach dem Abbruch des Generalstreiks verkündete in der Berliner bürgerlichen Presse Konrad Hausmann, der Führer der bürgerlichen Demokraten, den Sieg der Koalitionsidee. Dadurch ist die Niederlage der Arbeiterschaft in diesem Kampf mit einem Wort charakterisiert. Trotz der zahlreichen Opfer, trotz der ungeheuren Kampfesfreudigkeit der gesamten Arbeiterschaft ist es in den Märztagen 1920 den deutschen Arbeitern nicht gelungen, die Bresche zu schlagen, die notwendigerweise geschlagen werden muß, damit die Arbeiterschaft den Weg zur Eroberung der politischen Macht beschreiten kann. Die bürgerlich-sozialistische Koalition regiert weiter, und sie muß sich weiter als Noskeregime — wenn auch unter anderem Namen — durchzusetzen versuchen. Ihre erste Tat, mit der sie sich wieder eingeführt hat, war die großangelegte militärische Aktion gegen das Ruhrgebiet, wo es der Arbeiterschaft gelungen war, sich gründlich von der Militärdiktatur zu befreien. Dieser Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet mußte notwendigerweise die Amnestie der treulosen Generäle zur Folge haben, trotz des Steckbriefs gegen Kapp, Lüttwitz und einzelne andere Führer des Putsches.

Der Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet, der unter der Parole „gegen den roten Terror der bewaffneten Banden“ vor sich geht, wird notwendigerweise zu einer Aktion im ganzen Reich führen, nicht nur mit dem Ziel, die Entwaffnung der Arbeiterschaft in den Gegenden, wo sie sich zur Abwehr der Militärdiktatur bewaffnet hatte, vorzunehmen, sondern auch die Arbeiterschaft politisch zu entrechteten und sozial zu drangsalieren. Die neuerstandene bürgerlich-sozialistische Koalition wird versuchen, die Standrechtspolitik von 1919 zu wiederholen, und es ist ein blutiger Witz der Geschichte, wenn der Befehlshaber der Reichswehr, General von Seeckt, Ende März 1920 den Befehl vom Januar 1919 wiederholt, durch den der damalige Volksbeauftragte Philipp Scheidemann im Unteroffizierston die Arbeiterschaft unter Androhung der schwersten Strafen aufforderte, sofort die Waffen abzuliefern, die sie benutzt hatte, um die Regierung der preußischen Junker davonzujagen.

Zwei Wochen später, nachdem die Vereinbarung zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Ebert-Noske-Regierung getroffen wurde und es zu den bekannten neun Punkten kam, in denen die Gewerkschaften den größten Einfluß auf die Gestaltung der Regierung abgerungen haben, und in denen die Regierung sich verpflichtete, schleunigst Maßnahmen zur Reinigung der Reichswehr, zur Demokratisierung und Republikanisierung der militärischen

Macht, zur schleunigsten Durchführung sozialistischer Maßnahmen usw. zu treffen, kräht kein Hahn mehr nach diesen Vereinbarungen. Im Gegenteil! Die Hetze gegen die Arbeiterschaft geht weiter, und man weiß nicht, wie tief in diese gegenrevolutionäre Tätigkeit hinein die bürgerlich-sozialistische Regierung sich drängen lassen wird.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht! Der proletarische Kampf im März 1920 war der Abschluß einer absteigenden Linie der Revolution und bildet den Anfang zu einer aufsteigenden Bewegung. Die proletarische Macht im Staat ist gewachsen. Das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft ist in diesem Kampf erhöht worden. Die einmal geschaffene Einheitsfront, die die Machtentfaltung der Arbeiterschaft in nie dagewesener Tiefe ermöglichte, kann durch gegenrevolutionäre Maßnahmen der bürgerlich-sozialistischen Regierung nicht ausgetilgt werden. Der gesellschaftliche Boden ist durch die Märzkämpfe 1920 tief erschüttert. Vor allem aber hat die Wiederaufnahme der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung durch die mehrheitssozialistische Partei, dieser Partei der Sozialverräter den Todesstoß versetzt. Der Militärputsch gab der Noskepartei noch einmal eine letzte Gelegenheit, sich zu retten. Wenn sie Noske und Heine zwar davongejagt hat, deren Politik aber durch Hermann Müller weitertreiben läßt, so wird sie keine Gnade vor den Augen der Arbeiterschaft finden und keine Rechtfertigung. Eine Arbeiterpartei, deren Politik konsequent bis zu einem Militärputsch geführt hat, die selbst durch einen Kapp-Putsch nicht hat belehrt werden können, und die — nachdem sie durch unermeßliche Opfer der Arbeiterschaft wieder in den Sattel gehoben worden ist — weiter die gleiche Politik wie vorher treibt, eine solche Arbeiterpartei hat zu wiederholten Malen bewiesen, daß sie von Gott und allen guten Geistern verlassen ist. Bei den nächsten Wahlen, wenn nicht schon früher, wird sie eine Antwort von der deutschen Arbeiterschaft erhalten, wie sie noch nie eine Arbeiterpartei in der Welt hat zu hören bekommen. Sie ist zusammen mit dem rechten Flügel der U. S. P. D. dafür verantwortlich, daß die Bourgeoisie weiter ihren politischen arbeiterfeindlichen Einfluß ausüben kann. Sie ist verantwortlich dafür, daß die Bourgeoisie wieder in den Sattel gehoben wurde und mit ihr der zur Verfassung „bekehrte“ Militarismus. Sie wird auch verantwortlich sein für die Folgen dieser Rehabilitierung des Noskeregimes.

In der Entwicklung der deutschen Revolution war ein Moment vorhanden, wo die Mehrheitssozialisten und der rechte Flügel der Unabhängigen einen verhältnismäßig ruhigen Gang der revolution-

nären Entwicklung hätten herbeiführen können, wo die übergroße Zahl der werktätigen Bevölkerung Deutschlands bis tief hinein in kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Elemente sich auf dem Boden einer Politik der gemeinsamen Rettung der deutschen Volkswirtschaft aus dem Zusammenbruch hätten finden können, wo die Arbeiterschaft nicht gezwungen zu sein brauchte, unter den schwierigsten Bedingungen, durch die blutigen Kämpfe, für ihre Befreiung zu kämpfen. Ob dieser Moment noch einmal kommen wird, ist mehr als zweifelhaft. Die Zahl der Arbeiter, der Beamten und der Angestellten, die noch in den Illusionen der mehrheitssozialistischen Ideologie befangen waren, die noch den bürgerlich-demokratischen Methoden vertrauen, wird unter dem Einfluß der neu aufgefrischten bürgerlich-sozialistischen Koalitionspolitik von Tag zu Tag zusehends schwinden.

Die Gewerkschaftspolitik unter Legien hat einen Altweibersommer erlebt, wo sie tatsächlich die Führung des Kampfes in Händen hatte und wo auf ihr Wort große Schichten von Beamten, Angestellten und Arbeitern hörten. Aber die Gewerkschaftsbürokratie hat auch diesmal das Vertrauen dieser breiten Schichten der Werktätigen schimpflich getäuscht. Sie hat die arbeitenden Massen wieder der Diktatur des Kapitals unter Führung der bürgerlich-sozialistischen Koalition ausgeliefert. Sie hat den Erfolg der schweren Tage des Generalstreiks illusorisch gemacht, sie hat die kämpfenden Arbeiter, Beamten und Angestellten um die Erfolge ihres Kampfes geprellt. Dieses Kunststück wird schwerlich zum zweiten Mal wiederholt werden können. Aus diesen Tatsachen werden Lehren gezogen werden, die diese Massen in das Lager der kommunistischen Partei führen werden, der einzigen Partei, die die bürgerliche Demokratie als Diktatur des Kapitals denunziert hat und die den einzigen Rettungsweg in der proletarischen Wirtschaft sieht.

Wenn die breiten Schichten der arbeitenden Massen die Lehren aus der Praxis der bürgerlichen Demokratie, des Noskeregimes von 1919 und des Kapp-Putsches vom März 1920 ziehen werden, dann werden sie sich nicht mehr die politische Führung der Legien und Crispien gefallen lassen. Dann ist die Zeit für eine rein sozialistische Regierung, die aus mehrheitssozialistischen Verrätern und unabhängigen Hampelmännern zusammengesetzt ist, vorbei. Dann sind die Etappenstationen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur schon nicht mehr nötig, denn dann wird die übergroße Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sich mit Verachtung und Ingrimm

von diesem „Sozialistenpack“ abwenden. Dam ist die Zeit für die proletarische Diktatur gekommen.

Berlin, April 1920.

Spartakus.

Von der Redaktion. Im vorliegenden Brief aus Deutschland, verfaßt von einem sehr einflußreichen deutschen Kommunisten, werden nicht wenig wichtige Fragen der Taktik berührt, die eine klare und bestimmte Antwort erheischen. Die Redaktion hofft in dem nächsten Heft der „Kommunistischen Internationale“ einen besonderen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale veröffentlichen zu können, der eine ausführliche Wertung der wichtigsten Meinungsverschiedenheiten enthält, die sich in der deutschen kommunistischen Bewegung angedeutet haben.



DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG



Schreiben des Westeuropäischen Sekretariats an alle der III. Internationale angeschlossenen Parteien.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich am 13. Dezember 1919 mit einem Brief an das Exekutivkomitee der Dritten Internationale gewandt, in dem er ihm das auf dem Leipziger Parteitag angenommene Aktionsprogramm mitteilt, darauf hinweist und die Exekutive zu einer Konferenz einladet, auf der mit allen revolutionären Parteien über die Bildung einer schlagfertigen Internationale beraten werden soll.

Dieses Schreiben, zu dem das Exekutivkomitee entscheidend Stellung nehmen wird, ist jetzt in der unabhängigen Presse veröffentlicht worden und somit sind wir genötigt, die uns angeschlossenen Parteien über unseren Standpunkt zu informieren.

Das Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden der proletarischen Diktatur als des Weges zum Sozialismus. Diese Stellungnahme ist ein Resultat des Kampfes, den die in der U. S. P. organisierten Arbeitermassen seit einem Jahr gegen ihre opportunistischen Führer geführt haben. Insoweit ist der Beschluß zu begrüßen, als der Sieg der proletarischen Elemente der U. S. P. über die opportunistischen, auf einen Kompromiß mit der Bourgeoisie hinarbeitenden rechten Führer dieser Partei. Aber indem diese rechten Führer der U. S. P. sich diesem Beschluß nicht unterworfen, sondern darauf verzichtet haben, ihre bisher bekundete Gegnerschaft zu jeder revolutionären Politik auf dem Parteitag zu verteidigen, bedeutet die einstimmige Annahme des Aktionsprogramms, daß diese Elemente nur die Politik fortsetzen, die die Revisionisten 1913

in Dresden getrieben haben, indem sie die Resolution für die Verschärfung des Klassenkampfes annahmen, um praktisch ihre Durchführung zu sabotieren.

Daß die Vertreter der Massen der U. S. P. diese Politik nicht durchschauen, beweist am besten die Tatsache, daß sogar die linken U. S. P.-Mitglieder den rechten Führern erlaubten, schon auf dem Parteitag den ersten Schritt zur Entwertung des Aktionsprogramms zu unternehmen; nach von Unwahrheiten strotzenden Anklagereden der rechten U. S. P.-Leute wie Oskar Cohn und Ledebour gegen den Terror der russischen Sowjetregierung, hat der Parteitag eine Resolution abgelehnt, die den selbstverständlichen Gedanken aussprach, daß das Proletariat auf die Gewalt des Bürgertums mit Gewalt zu antworten habe. Die Diktatur unter Verzicht auf Gewaltanwendung ist ein Messer ohne Klinge und ohne Griff.

Der dem Parteitag der U. S. P. von seinen rechten Führern aufgedrungene Verzicht auf den Gebrauch der Gewalt wird zwar die Massen nicht hindern, im Kampf auf die Gewalt mit Gewalt zu antworten, aber er zeigt den Willen der rechten U. S. P.-Leute, den ihnen von der Arbeitermasse aufgedrungenen Diktaturstandpunkt praktisch in ein Spiel mit der Diktatur zu verwandeln. Die Erfahrungen der Münchener und der ungarischen Revolution zeigten in vollem Maße die Gefahren einer solchen Politik, die nichts anderes bedeutet, als daß bei der Aufrichtung einer Arbeiterregierung bei jedem Schritt ihre angeblichen Anhänger ihr Steine vor die Füße werfen werden. Wie sich die U. S. P. konkret den Kampf um die Diktatur vorstellt, darüber sagt das Aktionsprogramm sehr wenig. Es gibt keine konkrete Perspektive des wachsenden revolutionären Kampfes und der in ihm zu befolgenden Taktik.

Wenn schon das Aktionsprogramm beweist, daß der Entwicklungsprozeß in der U. S. P. noch nicht abgeschlossen ist, so beweist dies noch mehr der Beschluß der U. S. P. über die Internationale.

Gestellt zwischen die sich entwickelnde Dritte Internationale, der die revolutionäre Arbeiterschaft in allen Ländern immer mehr zuströmt, und den Leichnam der Zweiten Internationale, entscheidet sich die U. S. P. nicht dafür, der Dritten Internationale beizutreten, wie es die linken Unabhängigen forderten. Sie ist zwar gegen den Wunsch eines Teils der rechten Führer der U. S. P. aus der gelben Internationale ausgetreten, aber sie beschloß, mit anderen Parteien über die Bildung einer revolutionären Internationale erst zu verhandeln.

Die Kommunistische Internationale hat auf ihrem Kongreß ihren Standpunkt klargelegt. Nur die Annahme oder Ablehnung ihres Programms konnte bei prinzipieller Behandlung der internationalen Frage durch die U. S. P. die Ursache bilden zum Anschluß oder Nichtanschluß an sie. Der Parteitag der U. S. P. hütete sich zu sagen, worin er sich programmatisch

und taktisch von der Dritten Internationale unterscheidet. Die Gründe, die für den Nichtanschluß angeführt wurden, waren weder prinzipieller noch taktischer Natur. Es waren entweder Berufungen auf die beleidigte Parteihhre oder die Angst, daß die Kommunistische Internationale es versuchen könnte, von Moskau aus die Politik der U. S. P. zu bestimmen.

Wenn die Publikationen der Dritten Internationale die U. S. P. angreifen, so müßte das von jedem revolutionären U. S. P.-Mitglied, das gegen die Koalitionspolitik seiner Führer mit den Mehrheitssozialisten protestiert, das die demokratischen Illusionen seiner Parteiführer sogar nach dem Austritt aus der Regierung bekämpft hat, nur begrüßt werden.

Indem sich die U. S. P. auf dem Kongreß jetzt zur Diktatur des Proletariats bekannte, hat sie voll und ganz die Berechtigung der Angriffe der Kommunistischen Internationale auf ihre bisherige Taktik anerkannt, und daß sie bisher nicht auf dem Boden der Diktatur gestanden hat. Aus eben diesem Grunde wurde sie zur Gründung der Dritten Internationale nicht herangezogen.

Was die Behauptung anbetrißt, daß die Kommunistische Internationale versuchen könnte, aus Moskau dem Proletariat irgend eines Landes konkrete Entscheidungen aufzudrängen, so entbehrt sie jeder Begründung.

Die Kommunistische Internationale setzt auf ihrem Kongreß die aus der revolutionären Entwicklung resultierenden gemeinsamen prinzipiellen Grundlagen der Politik ihrer Teile fest. Wo die einstweilen erreichte Entwicklungsstufe eine Gemeinsamkeit der Taktik in einer konkreten Frage noch unmöglich macht, dort muß jede Partei bestimmen, welche Maßregeln sie zur Erreichung des gemeinsamen Zieles benutzen kann.

Die U. S. P. wird keinen Fall nennen können, in dem die Exekutive der Dritten Internationale einer Bruderpartei irgendwelche Entscheidungen aufzudrängen versucht hat.

Falls die U. S. P. irgendwelche taktischen und programmatischen Aussetzungen an der Dritten Internationale zu machen hat, so ist es die Pflicht des Parteivorstandes der U. S. P., dies öffentlich zu tun, damit er eine öffentliche Antwort bekomme. Das Programm und die Taktik der proletarischen Revolution ist die Sache der Arbeiterklasse, nicht der Konventikel der Führer. Natürlich schließt die öffentliche Diskussion nicht Besprechungen von Vertretern der Organisationen aus. Eine solche Besprechung erfordert aber vorerst die Feststellung des Gegenstandes der Verhandlung, die öffentliche Vorbehandlung desselben, wie auch die Feststellung, mit wem die Verhandlungen geführt werden sollen.

Der Parteivorstand der U. S. P. unterließ es, darüber zu informieren, was den Gegenstand der Verhandlungen bilden soll, und mit wem die Verhandlungen geführt werden sollen. Obwohl die U. S. P. ihren Brief nicht nur an die Exekutive gerichtet hat, gibt sie der Exekutive nicht an, wer noch zu den Verhandlungen hinzugezogen werden soll. Wir erlauben

uns, konkret anzufragen, ob der Vorstand der U. S. P. es vorhat, die deutsch-österreichische, schwedische, holländische Sozialdemokratie, die französische Sozialistische Partei wie die Unabhängige Arbeiterpartei Englands einzuladen.

Wir sagen es offen, daß wir jede Verhandlung mit der deutsch-österreichischen, schwedischen und holländischen Sozialdemokratie zwecks Bildung der revolutionären Internationale für unmöglich, die Verhandlungen mit der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands für aussichtslos halten. Die deutsch-österreichische, schwedische und holländische Sozialdemokratie stehen praktisch auf dem Boden des Opportunismus, der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands ist zum überwiegenden Teil reformistisch und lehnt die Diktatur des Proletariats ab.

Es blieben also nur zwei Parteien, mit denen noch zu verhandeln wäre, die französische Sozialdemokratie und die Schweizer. Die französische Sozialdemokratie hat einen rechten Flügel, der vollkommen reformistisch ist. Mit ihrem Zentrum sind die Verhandlungen über die Zuziehung zur Kommunistischen Internationale solange unmöglich, solange es sich praktisch unter dem Einfluß der Renaudel, Thomas befindet, oder wenigstens nicht den Willen kundgibt, die Mitarbeit mit diesen Helfershelfern der Bourgeoisie aufzugeben. Wir werden es begrüßen, wenn die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie den Wunsch äußern wird, mit uns zusammen zu gehen, und der Wahlkampf, den sie unter dem Banner der Verteidigung Sowjetrußlands geführt hat, erweckt in uns die Hoffnung, daß der Moment nahe ist, wo die revolutionären französischen Arbeiter ihre Führer nötigen werden, jedes Schwanken aufzugeben und den Weg des konsequenten revolutionären Kampfes zu betreten. Dann wird auch der Augenblick der Verhandlungen zwischen der Kommunistischen Internationale und der französischen Sozialdemokratie sein.

Es bleibt also, — insoweit Europa in Betracht kommt, — und an Amerika konnte die U. S. P. nicht denken, als sie die Einberufung einer Verständigungskonferenz für Februar vorschlug — nur die Schweizer Sozialdemokratie.

Die Schweizer Sozialdemokratie hat in direkter Abstammung zwar den Austritt aus der Zweiten, aber nicht den Beitritt zur Dritten Internationale beschlossen. Sie drückte den Wunsch aus nach dem Zusammenschluß aller revolutionären Elemente.

Wir haben gezeigt, daß außer der Unabhängigen Sozialdemokratie keine außerhalb der Dritten Internationale stehende proletarische Massenpartei existiert, die für den Zusammenschluß zu einer revolutionären Internationale in Betracht käme.

Auf diese Weise erledigt sich der Wunsch der Schweizer Sozialdemokratie am leichtesten, wenn sie sich mit der U. S. P. darüber

verständlich, unter welchen Bedingungen sie dem einzigen internationalen Verband revolutionärer Parteien, der besteht, der Kommunistischen Internationale beitreten soll.

Wir befürchten, daß die Schweizer Sozialdemokratie andere Bedingungen für den Eintritt in die Kommunistische Internationale angeben wird als die U. S. P.

Da die Dritte Internationale den Gebrauch der parlamentarischen Waffen ihren Anhängern nicht verboten hat, so kann es sich bei der Schweizer Sozialdemokratie oder richtiger gesagt, ihren rechten Führern, nur darum handeln, ob die Dritte Internationale mit solchen revolutionären Maßnahmen einverstanden ist, wie die Übernahme des Postens eines Polizeidirektors durch Sozialdemokraten im kapitalistischen Staat. Wir glauben nicht, daß die U. S. P. dies für einen erwünschten Gegenstand der Verhandlung mit der Dritten Internationale ansieht.

Es handelt sich also im gegebenen Fall nicht um den Zusammenschluß verschiedener Parteien zu einer neuen revolutionären Internationale, sondern um die Entscheidung der U. S. P., ob sie der Dritten Internationale beitreten will. Für diesen Zweck sind heute keine internationalen Verhandlungen notwendig. Zu diesem Zweck sind nur Verhandlungen zwischen der U. S. P. und der Dritten Internationale notwendig. Aber wir glauben, daß die Frage des Anschlusses der U. S. P. an die Dritte Internationale nur dann schnell und entsprechend dem revolutionären Geist der U. S. P.-Arbeiter erledigt wird, wenn sie nicht als Angelegenheit der Führer von geheimen Konferenzen, sondern als öffentliche Angelegenheit der Massen behandelt wird.

*Westeuropäisches Sekretariat
der Kommunistischen Internationale.*

15. Januar 1920.

Gruss der französischen Kommunisten an die kommu- nistischen Genossen anderer Länder.

Kommunisten aller Länder!

Den Gefühlen der kommunistischen Arbeiter Frankreichs Ausdruck gebend, begrüßt das Komitee der Dritten Internationale die erste Jahresfeier der Kommunistischen Internationale und wiederholt Euch sein Gelübde uner-

schütterlicher Solidarität, die uns in eine die ganze Welt umfassende Partei vereint.

Ein Jahr ist verflossen seit der Gründung der neuen Arbeiterinternationale in Moskau von einer auserwählten Gruppe internationaler Kommunisten, die sich unter dem Banner der großen Russischen Proletarischen Revolution vereinten. Wie stark ist in diesem Jahre unversöhnlichen Kampfes zwischen Kapitalismus und Proletariat die Zahl der Opfer der brutalen Grausamkeit des bürgerlichen Terrors angewachsen! In allen Ländern betrauern die Kommunisten den Verlust ihrer Helden — der Vorkämpfer für die Sache des Kommunismus — und gedenken der Tätigkeit der Ermordeten. Der Gedanke an Wolodarski, Uritzki, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Landauer, Eugen Leviné, Otto Korvin und vieler anderer Vorkämpfer für die Sache der Unterdrückten wird überall weiterleben, wo Menschen um ihre Befreiung kämpfen. Das Blut der Märtyrer wurde nicht umsonst vergossen. Die soziale Revolution, die in Rußland begann, ist unbesiegbar, und das unaufhaltsame Wachsen ihrer Kraft ist eine Todesgefahr für die kapitalistische Barbarei. Der Bund der revolutionären Organisationen aller Weltteile, die Kommunistische Internationale, erklärt, daß die Stunde des entscheidenden Kampfes zwischen dem Weltproletariat und der verbrecherischen Gewalt des internationalen Kapitalismus geschlagen hat.

Kommunisten aller Länder! Wisset, daß das Proletariat Frankreichs nicht abseits stehen wird im Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Der imperialistische Krieg und die Lehren der europäischen Revolution tragen jetzt Früchte.

Jener verhängnisvolle Irrtum, der die Anstrengungen der von den Verrätern des Sozialismus und Syndikalismus betrogenen französischen Arbeiterklasse lange fruchtlos bleiben ließ, ist jetzt nicht mehr bedrohlich dank der Bedeutung, die das kommunistische Beispiel hat. Die fruchtbringende Lehre der Dritten Internationale hat die Vorkämpfer des französischen Volkes kampfbereit gemacht. Die besten französischen Arbeiter verachten bereits die Renegaten der Arbeiterbewegung, lehnen das „Zusammenwirken der Klassen“ ab und nehmen ihren Platz an der internationalen Front ein, erfüllt von Begeisterung für die erprobten Methoden des kommunistischen Kampfes. In Frankreich erwächst eine starke Stütze der Dritten Internationale. Die französischen Kommunisten werden ohne Zaudern ihre Pflicht erfüllen, dem Beispiel jener folgend, die für die Freiheit der Arbeiterklasse gefallen sind.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

*Für das Komitee der Dritten Internationale:
F. Coriot, P. Monatte, B. Souvarine.*

Schreiben des Komitees der Dritten Internationale an die französischen Sozialisten.

Die Entwicklung der internationalen politischen und sozialen Verhältnisse verfolgend, sah die Sozialistische Internationale den Krieg kommen und wies darauf hin, daß das Proletariat die einzige Klasse sei, die ihn zu verhindern imstande wäre, da sie bei diesem Konflikt nichts gewinnen, im Gegenteil aber alles verlieren konnte. Deswegen bemühte sich die Sozialistische Internationale, die Arbeiterklasse zu veranlassen, den Krieg zu bekämpfen, wobei sie auch die Mittel zeigte, die geeignet wären, den Kampf zu einem wirksamen zu gestalten. Die drei letzten internationalen Kongresse (Stuttgart, Kopenhagen und Basel) waren zum größten Teil der Prüfung der Frage gewidmet, welche Haltung das Proletariat einem eventuellen Kriege gegenüber einzunehmen hätte. Die Debatten und die Resolutionen dieser Kongresse bedeuteten einen nennenswerten Fortschritt gegenüber den vorhergegangenen Kongressen. Das eingehende Studium der sozialen Erscheinungen vor dem Jahre 1914 hatte der Internationale klar und deutlich bewiesen, daß der Krieg eine Krise hervorrufen müsse, von der das Proletariat der ganzen Welt Nutzen haben würde. Dieser Gedanke hat deutlichen Ausdruck gefunden in dem nachfolgenden Passus der Stockholmer Resolution, die in Kopenhagen und Basel aufs neue bestätigt wurde: „Für den Fall, daß nichtsdestoweniger der Krieg ausbrechen sollte, sind die sozialistischen Parteien verpflichtet, sich einzumischen, um ein sofortiges Ende des Krieges herbeizuführen, und mit allen ihren Kräften die durch den Krieg hervorgerufene politische und ökonomische Krise auszunützen zur Aufwiegelung der breitesten Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft.“

Aus allen Resolutionen der internationalen Kongresse geht hervor, daß die Internationale den sozialistischen Parteien und den ihnen angegliederten Gewerkschaften folgende Direktiven für ihre Tätigkeit gegeben hat: 1. die Verhinderung des Krieges; 2. die möglichste Abkürzung der Dauer desselben; 3. die Anspornung der Massen zur sozialen Revolution.

Man weiß, welche Haltung in Abwesenheit der mobilisierten Genossen die Führer der großen sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn einnahmen; mit welchen metaphysischen und

ideologischen Gedanken sie ihre Politik des Krieges und des Verzichts auf die Prinzipien des Sozialismus beschönigten: „nationale Verteidigung“, „Krieg um die Gerechtigkeit, um das Recht“, „Befreiung der unterdrückten Völker“. „Krieg um die Demokratie, die Vereinigung der Nationen“. Ideologien, die besonders in Frankreich den großen Marxistischen Gedanken des historischen Materialismus und des Klassenkampfes bedrohten und die der für die Metzelei verantwortlichen kapitalistischen Bourgeoisie den Vorwand lieferten, den Krieg fortzusetzen und ihre wahren Absichten zu verschleiern.

Ebenso weiß man, wie alle diese Utopien zuerst in Brest-Litowsk und später in Versailles und Saint-Germain endeten, diese Utopien, von denen die verworrenste der „Wilsonismus“ geworden ist.

Inmitten dieses Zusammenbruchs der sozialistischen Ideen hielt eine am Anfang schwache, sich aber sehr rasch und unaufhaltsam vergrößernde Minderheit die Prinzipien der Internationale hoch und paßte unverzüglich ihre Tätigkeit den in Stuttgart angenommenen Direktiven an.

Der Wille dieser Minderheit, auch während des Krieges die internationalen Beziehungen aufricht zu erhalten, fand seinen sukzessiven Ausdruck in der in Bern im März 1915 abgehaltenen internationalen sozialistischen Konferenz der Frauen und der sozialistischen Jugend, ferner in der Zimmerwalder Konferenz vom September 1915, in der Kienthaler Konferenz vom April 1916 und in der Stockholmer Konferenz vom September 1917.

Die von diesen Konferenzen angenommenen Resolutionen bestätigen immer wieder den Willen, die Integrität der theoretischen und praktischen Postulate des kommunistischen Sozialismus von Marx gegenüber den neuen Utopien aufrecht zu erhalten.

In Frankreich, wo sich die Verwirrung am stärksten bemerkbar machte, weil die einzige dortige sozialistische Partei sich lange Zeit hindurch der Erneuerung der internationalen Beziehungen widersetzte, und sich kurze Zeit hindurch fast ganz ins Schlepptau des Präsidenten Wilson nehmen ließ, arbeitete unsere Fraktion, infolge der Wiederaufnahme der internationalen Verbindungen eng angeschlossen an das nunmehr zum Komitee der Dritten Internationale gewordene Komitee, ohne Unterlaß, ohne Schwäche und ohne Kompromisse in voller Übereinstimmung mit den Postulaten dieser Konferenzen.

In seinem ganzen Verlauf und seinem Ende wurde der Imperialistische Krieg zu der leuchtendsten Rechtfertigung der Voraussicht der Internationale und der Haltung der internationalen Opposition, an die sich unsere Fraktion anschließt.

Das Recht der Völker wird nach wie vor mit Füßen getreten: der Militarismus steht noch auf den Füßen und ist drohender denn je.

Auf die Irrtümer und Fehler, die von den Sozialisten begangen wurden,

die den unseren entgegengesetzten Tendenzen huldigen („Burgfrieden, Votierung der Kriegskredite, Beteiligung an der Regierung“), auf die Tatsache, daß sie teilweise oder gänzlich die von der Internationale vorgezeichneten Prinzipien verlassen haben, lohnt es nicht mehr zurückzukommen. Nunmehr müssen die Parteigenossen und die Arbeiterklasse aus jenen Irrtümern und aus jenen Fehlern die Nutzenwendung ziehen, daß sie mit der wachsamsten Aufmerksamkeit die der Partei vorgeschlagenen Richtlinien zu überprüfen haben, jetzt, in der entscheidenden Periode, in der wir uns befinden, und die durchkreuzt wird von der Arbeit jener Fraktionen, die sich durch solange Zeit hindurch und so schwer geirrt haben.

Wenn die Voraussetzungen der Internationale über die Ursachen und den Zweck des Konflikts in einwandfreier Weise bestätigt worden sind, so ist anderseits die durch den Krieg 1914—1919 hervorgerufene ökonomische und politische Krise viel tiefergehend und die Lage viel revolutionärer, als dies die Sozialisten vorausgesehen hatten. Tatsächlich konnte niemand eine annähernd so lange Dauer des Gemetzels, ein so erschreckendes Vernichten von Menschenleben und von Werten, eine so entsetzliche Teuerung, einen so vollständigen und allgemeinen Zusammenbruch und eine derartige Desorganisation voraussehen.

Jene Parteien oder Fraktionen, die zu keiner Zeit den Utopien des „Kriegssozialismus“ Folge geleistet haben, und die nicht aufhörten, die Ereignisse nach der kritischen Methode des wissenschaftlichen Sozialismus zu verfolgen, — während sie nur im Licht aller dieser Ereignisse die breitesten Volksschichten aufwiegelten, — wurden, sind und bleiben die best Vorbereiteten, um durch die Vollendung des großen Werkes der Befreiung des Weltproletariats aus der gegebenen Lage Nutzen zu ziehen. Sie befinden sich in einer günstigeren geistigen und moralischen Situation, um die einsichtigen Elemente der Arbeiterklasse um sich zu versammeln und die im Innern der einzelnen Länder angehäuften materiellen, revolutionären Kräfte sich nutzbar zu machen.

Diesem Kriege entsprangen einige Revolutionen. Die erste, die große Initiatorin, die russische Revolution, die für die proletarische Revolution der ganzen Welt das bedeutet, was die französische Revolution für die bürgerlichen Revolutionen war, wurde soweit geführt, daß die gesamte Macht in den Händen des Proletariats vereinigt ist, und ungeachtet der unzähligen, vom Kapitalismus und seinen Hilfstruppen entgegengestellten Hindernisse schreitet sie weiter bis zur vollständigen Verwirklichung des Kommunismus. Von den übrigen Revolutionen wurde die deutsche durch die Kompromißpolitik ihrer Gegner zum Abschluß gebracht, die deutsch-österreichische blieb halben Weges stehen, und die ungarische fiel unter den Schlägen des Imperialismus und dem Verrat der reformistischen

Sozialisten, die von der Illusion einer bürgerlichen Demokratie verblendet sind.

Die sozialistischen Fraktionen, die sich vollständig oder teilweise von der Internationale der Vorkriegszeit gezogenen Richtlinie entfernt haben, sind unfähig, den Sinn und den Wert der proletarischen Revolutionen zu begreifen. Sie haben diesen Revolutionen gegenüber eine feindliche oder zweifelnde Haltung eingenommen, die ihrer Entwicklung und der proletarischen Revolution der ganzen Welt im höchsten Grade schädlich war.

Die Verzerrung des sozialistischen Gedankens seitens der auf Abwege geratenen Fraktionen, ihre Unfähigkeit, sich zur Höhe der Ereignisse aufzuschwingen, hat in der Zweiten Internationale eine feierliche Bestätigung gefunden. Angesichts der wichtigen Ereignisse, die seit einem Jahr den sowohl von den Konferenzen in Bern und Luzern als auch von dem von diesen Konferenzen gebildeten Exekutivorgan gefaßten Beschlüssen gefolgt sind, muß man die Überzeugung gewinnen, daß die Zweite Internationale sich fortgesetzt nicht auf der Höhe der Situation gezeigt hat.

Dagegen bilden die in der revolutionären Epoche von der russischen Revolution und den übrigen Arbeiterrevolutionen angewendeten Prinzipien des Marxistischen Kommunismus die Basis der Dritten Internationale und dringen immer mehr in das Bewußtsein der proletarischen Massen ein. Die Diktatur des Proletariats, die bis zur russischen Novemberrevolution nur eine abstrakte Formel war, ist durch die Gründung der Sowjetmacht zur realen Wirklichkeit geworden. Die sozialistischen Parteien und die Arbeiterklasse sind hierdurch gezwungen worden, das Problem der Diktatur von Grund auf zu studieren, und die Massen, deren Druck die sozialistischen Führer weichen müssen, machen sich ihre Anwendung seitens des russischen Proletariats immer mehr zu eigen. Der lärmende Verrat gewisser Vertreter der französischen sozialistischen Partei im Parlament hatte bereits vor Kriegsausbruch das Mißtrauen eines bedeutenden Teils des revolutionären Proletariats wachgerufen, ein Mißtrauen, welches, da es der Partei arbeitskräftige Energie entfremdete, die Partei in weitem Maße der Vormundschaft der parlamentarischen Gruppe überantwortete.

So gelangte man dazu, daß man die Stärke der Partei mit der Zahl ihrer Vertreter im Parlament verwechselte und den Sinn der sozialistischen Formel, die auf die Eroberung der Macht hinzielte, vollständig fälschte.

Die langwährende und tiefgehende Verwirrung des „Kriegssozialismus“ hatte dieses Mißtrauen noch verschärft, welches die Faktoren der internationalen Opposition noch nicht gänzlich zum Verschwinden bringen konnten.

Diese Stellung der Partei zu der revolutionären Lehre und zu den revolutionären Elementen raubte ihr die Möglichkeit der Erfüllung ihrer

historischen Mission, die darin besteht, den Massen den Weg zum Sozialismus zu erleuchten und ihnen diesen Weg zu weisen, das Gehirn und Gewissen der proletarischen Revolution zu sein. Die Partei bleibt bisher an untergeordneten Kampfesformen kleben und versteht weder alle revolutionären Kräfte zu sammeln, noch die der Entwicklung der Revolution günstigen Umstände auszunützen. Diese schlechte Gewichtsverteilung zwischen den revolutionären Notwendigkeiten, der moralischen Macht und dem Geist der Initiative in der Partei versetzt das französische Proletariat in diese tragische Lage einer aus den tiefsten Schichten des Volkes hervorgegangenen Bewegung, die an dem Fehlen einer erleuchteten Führung scheitert.

Es ist nötig, daß die Partei endlich zu sich komme, daß sie ihr Denken erhebe auf das Niveau des Gedankens der Herrschaft der sozialistischen Parteien der Welt und diesen Gedanken in Übereinstimmung bringe mit der durch die gegenwärtige Situation geschaffenen Lage der Dinge, mit den revolutionären Bestrebungen des bedrückten Proletariats und mit der von der Bourgeoisie eingenommenen Kampfstellung.

Unsere Fraktion ist in keinerlei Weise von der Art überrascht, wie der militaristische Imperialismus seinen Krieg beendet hat. Ebenso wenig von den Mitteln, welche die sogenannte demokratische Bourgeoisie anwendet und morgen anwenden wird, um ihre bedrohte Existenz zu verteidigen.

Die von den herrschenden Klassen selbst geschriebene Geschichte der Völker und die geniale Interpretation von Karl Marx zeigen uns, daß die Achtung vor den idealen philosophischen und politischen Prinzipien, auf welche sich jede Klasse gestützt hat, um zur Macht zu gelangen, dort endigt, wo der Kampf um die Erhaltung ihrer Privilegien beginnt. Wenn das neue Wahlgesetz und die üblichen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Korruptionsmittel, über die sie verfügt, nicht für ausreichend erachtet worden wären, um zu verhindern, daß die Sozialisten auf gesetzlichem Wege zur Macht gelangen, würde die französische Bourgeoisie ein besseres Gesetz zur Verteidigung des Kapitalismus geschaffen haben. Sie würde alle Mittel angewendet und nicht gezögert haben, falls ihr Schach geboten worden wäre, zur Gewalt und zum Staatsstreich Zuflucht zu nehmen.

Die Spaltung der radikalen Partei ist nicht dazu angetan, uns zu beunruhigen oder zu erschrecken. In dem Augenblick, wo der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in die entscheidende Phase eintritt, und wo es sich für die erstere darum handelt, zu siegen oder zu sterben, können Mittelparteien im klassenbewußten sozialistischen Proletariat nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Idee einer Wiedererrichtung der radikalen Partei in der Form einer neuen, sozusagen demokratischen Partei, und das Projekt der

Rekonstruktion des „republikanischen Blocks“ wären für die sozialistische Partei verhängnisvoll, wenn diese den größten Fehler beginge und sich in Unterhandlungen einließe. Dies wäre ein neuerlicher Irrtum, eine neuerliche Chimäre, hinter der wieder einmal die organisatorischen Kräfte des französischen Proletariats zusammenbrechen würden.

Die Revolutionäre, die sich ein Andenken bewahrt haben an die durch diese republikanische Koalitionspolitik in der Partei hervorgerufenen Zerwürfnisse, an die Nichtigkeit der vom „Block“ erzielten Resultate, und die kürzlich noch den Zusammenbruch der Wilsonschen Utopie miterleben mußten, werden den Versuchen der Anhänger der Zusammenarbeit der Klassen Widerstand zu leisten verstehen und ihnen den traditionellen Gedanken absoluter Unabhängigkeit der Aktion der Sozialisten und Arbeiter entgegenstellen. Die aufmerksame Beobachtung der nationalen und internationalen Ereignisse zeigt unwiderlegbar, daß die revolutionäre Krise sich verschärft, und daß die Revolution herannaht. Die gegenwärtige Zusammensetzung der französischen Kammer, die Anstrengungen, die gemacht wurden, um bei den letzten Wahlen ein solches Ergebnis zu erzielen, beweisen, daß sich die Bourgeoisie wohl bewußt ist des Stoßes, den sie aufzuhalten haben wird, und daß sie sich in Kampfstellung gegen die Arbeiterklasse begeben hat. Die sozialistische Partei muß sich also nicht auf die Anhänger des gegenwärtigen Regimes stützen, sondern auf die revolutionären Elemente, auf die sie zählen kann, und die ihr in der Stunde des aktiven Handelns unentbehrlich sein werden.

Die sozialistische Partei kann diese revolutionäre Konzentration nicht anders durchführen, als durch den Anschluß an die Dritte Internationale, das heißt, indem sie sich die leitenden Prinzipien der Arbeiterrevolutionen, die in unseren Resolutionen formuliert sind, zu eigen macht. Wir fordern Euch auf, diese Resolutionen Euren Sektionen und Föderationen zur Stellungnahme für den nächsten Parteikongreß vorzulegen, und laden Euch ein, über diese Resolutionen die Abstimmung vorzunehmen.

Das Komitee der III. Internationale.

Für den Sekretär: Coriot.

An die Arbeiter und die Dorfarmut Ungarns.

Die Märtyrer, die für die Errichtung des Kommunismus, der Proletariatsdiktatur den Galgentod erlitten haben, die Märtyrer, die der niederträchtige Verrat der Führer der Sozialdemokratie in die Hände des Henkers,

an den Galgen, in die Tiefe des Kerkers gebracht hat, die Märtyrer, die für die Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut sich abmühten, kämpften, ihr Blut vergossen, während hinter ihrem Rücken die sozialdemokratischen Führer ihre jetzigen Henker in Schutz nahmen, in Freiheit setzten und mit dem Ententeimperialismus und der ungarischen Bourgeoisie im Geheimen die Gegenrevolution vorbereitet haben, die Märtyrer, die sie, die Führer der Sozialdemokratie, sowohl die in Budapest regierenden, wie die nach Wien emigrierten, solange sie die Hoffnung hegten, daß die Barmherzigkeit der Bourgeoisie ihnen ein paar Brosamen der Macht hinwerfen würde, nur als „rote Henker“, „rote Räuber“ und „rote Mörder“ bezeichnet haben, die Märtyrer, mit denen Böhm, Weltner, Kunfi, Ronai, ebenso wie Payer noch vor kurzem jede Gemeinschaft ableugneten, die Märtyrer und ihr Gedächtnis beschmutzt jetzt jene kleine Gruppe der Judasse und Betrüger, der Verräter der Proletarierdiktatur, welche sich „Provisorisches Komitee der ungarländischen emigrierten Sozialdemokraten“ nennt.

Seid auf der Hut, hungernde, darbende, leidende und blutende Proletarier Ungarns! Hinter diesem Namen verbirgt sich der auf neuen Betrug und neuerlichen Verrat der Arbeiterklasse bereite Haufe der Böhm, Weltner, Ronai, Kunfi und Kondor. Jener Haufe, dessen Verrat den Strick der Henker geflochten hat, der Euch nur deswegen wieder einmal Revolution predigt, damit er diese wieder verkaufen, Euch wieder verraten kann. Ihr kennt sie, die während des Krieges Eure revolutionären Streiks verrieten, die Euch vor der Ausrufung der Diktatur mit den Polizeistiefeln treten ließen, die, als Ihr sie, die Gegner Eurer Befreiung, aus Euren Reihen schon auszustoßen im Begriff wart, sich nur darum der Revolution des Proletariats angeschlossen haben, um die Vorkämpfer des Kommunismus den Henkern zu überliefern. Der Kuhhandei, den sie in ihrem Schrecken mit der Gegenrevolution abgeschlossen haben, wurde von den weißen Gardien umgestoßen. Jetzt verkündigen sie die Revolution nur deshalb, damit wieder etwas sei, was sie verkaufen, was sie verraten können.

Prüft genau jeden, dem Ihr Vertrauen schenkt, und prüft genau auch die Ware, mit der diese sozialdemokratischen Krämer sich an Euch herandrängen. Sie verkünden Euch, daß die Periode der Revolution noch nicht vorbei ist, sie versprechen Euch, aus der ungarischen Frage eine europäische zu machen. Siegmund Kunfi verspricht Euch dies, derselbe, der Euch stets zum Niederlegen der Waffen aufgefordert hat, da im Westen die Revolution ausgeschlossen sei. Wilhelm Böhm verspricht Euch dies, der Euch im Namen der Entente Speck und Stoff in Aussicht gestellt hat, um Euch zum Wegwerfen Eurer Waffen und zum Verrat der Proletarierdiktatur zu überreden. Diejenigen versprechen Euch dies, die noch während der Proletarierdiktatur nach Wien geflüchtet sind, um dort ungehindert im Interesse der Gegenrevolution arbeiten zu können, damals, als

die Blicke der Arbeiterschaft ganz Europas auf das ungarische Proletariat gerichtet waren.

„Es lebe die Republik!“ So bieten sie ihre verfälschte Ware feil.

Was für eine Republik? -- so müßt Ihr fragen -- die Republik der Proletarier, Industriearbeiter und besitzlosen Bauern?

Eine Republik, wo die Fabriken, die Bergwerke, das Land den Bankiers, den Gutsbesitzern, den Aktionären gehört? Eine Republik, wo die Herrschaft der Bourgeoisie erhalten bleibt, wo im Bündnis mit der Bourgeoisie statt der Payer und Mikits die Böhm, Kunfi oder Ronai nicht einen, sondern zwei oder drei Ministerposten erhalten?

Ihr habt ja schon eine Republik gehabt, Proletarier Ungarns! Die Fabrik, das Bergwerk, das Land gehörte in ihr den Arbeitenden, ihre Parole war, daß nur der, der arbeitet, auch essen soll -- gegen die Durchführung dieses Prinzips ereiferten sich jedoch gerade diese sozialdemokratischen „Führer“, die Beschützer der Bourgeoisie!

Wollt Ihr eine Republik, wo die Waffen in der Hand der Söldner der Bourgeoisie sind?

Ihr habt ja eine Republik gehabt, wo die Waffen in den Händen der Proletarier erglänzten.

**Diese Republik, die ungarische Räterepublik, haben die Judasse ver-
raten, die jetzt unter der Firma einer internationalen Sozialdemokratie ihre
schlechte Ware an den Mann bringen wollen.**

Internationalität ist der Name der anderen Ware, die diese Judasse Euch auf dem Markt feilbieten.

Ihr wart ja schon international, ihr Proletarier Ungarns! Vorkämpfer der europäischen Revolution des Proletariats! Glanz und Ruhm der III. Kommunistischen Internationale! Und gerade diese „internationalen Sozialdemokraten“ waren diejenigen, die Euch an die internationale Gegenrevolution verkauft haben, die Euren Glauben erschüttert haben, damit Ihr Eure Waffen wegwerfen und Euch wehrlos den Banden, den internationalen und ungarischen imperialistischen Räubern preisgeben sollt.

Was ist die Internationalität dieser Herren wert? Wo kann es eine revolutionäre Arbeiterpartei geben, die diesen verruchten Meuchelmördern der internationalen Revolution des Proletariats die Hand reichen würde? Nur die Scheidemänner und ihnen ähnliche Agenten der Gegenrevolution aller Länder können mit ihnen ein Bündnis schließen.

Die haben aber damit alle Hände voll zu tun, daß sie die ständig wachsende Revolution des Proletariats ihrer eigenen Länder eigenhändig ermorden oder ermorden helfen. Jede Arbeiterpartei der ganzen Welt, die sich nicht bis zum offenen Verrat des Klassenkampfes erniedrigt hat, ist entweder der III. Internationale beigetreten oder ist unterwegs nach Moskau.

Die ungarische Gruppe dieser III. Internationale, **die Kommunistische**

Partei Ungarns sagt Euch, Ihr sollt jede Verbindung mit diesen Verrätern abbrechen, sollt sie aus Euren Reihen ausstoßen, so wie sie auch aus der einzigen internationalen Verbindung der Arbeiter, aus der III. Internationale ausgestoßen sind.

Laßt Euch nicht von ihnen irreführen, wenn sie sich auf unsere Märtyrer berufen, die sie selbst in Henkerhände und Kerkertiefe gebracht haben.

Seid unerschütterliche Krieger des Kommunismus, glaubt an Eure geschichtliche Sendung. Selbst der weiße Terror darf Euch nicht so kleingläubig machen, daß Ihr zugunsten irgendwelcher Bourgeoisiedemokratie auf die Proletarierrevolution verzichtet.

Selbst die Schwankenden sollt Ihr aus Euren Reihen ausstoßen, wie könnt Ihr denn Verräter unter Euch dulden?

Denn jetzt kann das Proletariat nur durch seine revolutionäre Entschlossenheit die Staatsmacht an sich reißen, nur durch seine Entschlossenheit kann es für seine Henker und Verräter ihre verdiente Strafe bereiten.

Rufet nicht: „Es lebe die Republik! Nieder mit dem König!“

Sondern ruft:

Es lebe die Räterepublik der Arbeiter und der Dorfarmut!

Nieder mit dem Kapitalismus!

Es lebe die revolutionäre Diktatur des Proletariats!

Es lebe die internationale Revolution des Proletariats!

Es lebe die III. Internationale!

Mit brüderlichem Gruß

Die Kommunistische Partei Ungarns.

Budapest

Richtlinien der Kommunistischen Partei Spaniens.

In Spanien wurde eine Kommunistische Partei mit folgenden Richtlinien gegründet:

1. Anerkennung der III. Kommunistischen Internationale als einzigen Mittelpunkt der internationalen Vereinigung und unverzüglicher Eintritt in diese Organisation.

2. Alle Versuche, die II. Internationale wieder aufzurichten, werden als zum Betrug und zur Demoralisierung des Proletariats führend anerkannt.

3. Es wird anerkannt, daß Kriege zwischen den Völkern (ob „Verteidigungs“- oder „Angriffskriege“) keinesfalls den Interessen des Proletariats

dielen, und die Kommunistische Partei Spaniens wird in allen Fällen eine Kampagne gegen den Krieg führen.

4. Propaganda und Agitation für die soziale Revolution, aber nicht für teilweise Reformen. Jeglicher politische Opportunismus wird für demoralisierend und sittenverderbend erklärt.

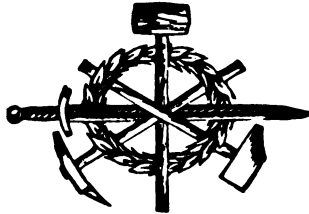
5. Anerkennung der Bedeutung parlamentarischer Tätigkeit, jedoch als Mittel für Propaganda und revolutionäre Agitation. Aufstellung von Kandidaten zu den Wahlen ohne Recht für die letzteren, Plätze in der bürgerlichen Regierung einzunehmen.

6. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens („Partido Socialista obrero Español“) wird als reformistisch anerkannt. Der Eintritt in die Kommunistische Partei wird denjenigen verweigert, die gleichzeitig Mitglieder der Sozialistischen Partei sind.

7. Versuch der Vereinigung der Nationalen Arbeiterkonföderation („Confederacion Nacional del Trabajo“) und des Allgemeinen Arbeiterverbandes („Union General de Trabajadores“) in die Kommunistische Partei Spaniens.

8. Anerkennung der Diktatur des Proletariats als einziges Mittel des Uebergangs zum Kommunismus. Anerkennung der Sowjetregierung Rußlands als Muster einer solchen Diktatur.

Das Organ der Kommunistischen Partei Spaniens ist ein Wochenblatt, das unter dem Namen „El Comunista“ (Der Kommunist) in Madrid erscheint. Die Föderation der Sozialistischen Jugend Spaniens gibt das Blatt „Renovacion“ (Erneuerung) heraus.



Der III. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß.

Aufruf an die Arbeiter aller Länder.

Genossen Arbeiter!

Telegraph, Funkspruch, Presse, diese machtvollen Werkzeuge des kapitalistischen Betrugs, haben Euch im Lauf der letzten Wochen des öfteren über die Militarisierung der Arbeit in Sowjetrußland berichtet. Die Handlanger des Imperialismus suchen aus dieser Tatsache einen zweifachen Nutzen zu ziehen: das sozialistische Rußland zu verleumden und ihre eigenen Gewalttaten gegenüber den Werktätigen zu rechtfertigen.

Wir, über anderthalb tausend Delegierte, die wir zum III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß etwa vier Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vertreten, erachten es als unsere Pflicht, Euch vor dem Lob, wie vor dem Tadel zu warnen, welche die Sowjetmethoden der Arbeitsorganisation in der bürgerlichen öffentlichen Meinung hervorrufen.

Unser Wirtschaftswesen ist durch das imperialistische Gemetzel, die unmenschliche Blockade und die unaufhörlichen Angriffe der bewaffneten Banden der Herren Churchill und Clemenceau zerrüttet und erschöpft. Wir müssen unsere Kräfte jetzt bis auf das äußerste anspannen, um das Land in kürzester Frist von schlimmstem Leid und schlimmster Not zu befreien. Diese Aufgabe erfordert von jedem Werktätigen Sowjetrußlands äußerste Anstrengung und Aufopferung. Wie der klassenbewußte rote Soldat jeden Augenblick bereit ist, sein Leben an der Front für die Sache der Werktätigen herzugeben, so muß jeder Arbeiter, jede ehrliche Arbeiterin jetzt bereit sein, die ganze Kraft zur wirtschaftlichen Rettung der sozialistischen Republik einzusetzen. Wir haben keine andere Aufgabe, keinen anderen Glauben, keine andere Sorge und können auch keinen anderen haben, als angestrengte produktive Arbeit zum allgemeinen Wohl. Feste Arbeitsdisziplin, unerschütterliche Einigkeit in der Durchführung des wirtschaftlichen Plans — das nennen wir Militarisierung der Arbeit. Ueber uns haben wir keine Könige mit ihren Würdenträgern, keine bürgerlichen Abgeordneten mit ihren Ministern, keine Grundherren und Kapitalisten mit ihren Agenten, keine bürgerlichen Generäle und Richter mit ihren Henkern. Die Methoden der Militarisierung der Arbeiter werden uns nicht von oben, nicht von Ausbeutern und deren räuberischem Staat vorgeschrieben. Wir Werktätigen übernehmen aus freiem Willen harte

Arbeitsverpflichtungen, wie unsere Pflicht gegenüber der Revolution und den künftigen Generationen sie erfordert. Die Früchte unserer angespannten Arbeit werden nicht den Nichtstuern zugute kommen, sondern den durch die Not erschöpften Volksmassen das Leben erleichtern. Wir Werktätige Rußlands sind unsere eigenen Gesetzgeber. Wir haben selbst die Militarisierung der Arbeit beschlossen und führen sie mit unseren eigenen Händen durch unsere eigenen proletarischen Organisationen durch.

Proletarier aller Länder! Inmitten der großen Anstrengung in Kampf und Arbeit senden wir Euch unseren brüderlichen Gruß. Getrost erwarten wir die Stunde — und sie wird gar bald schlagen, — wo die Arbeiter der ganzen kapitalistischen Welt ihre Unterjocher niederringen, das Erbe der Jahrhunderte alten Gewalttaten, Verhöhnungen, Marter ausröten und unsere Erde zu einem prachtvollen Reich der befreiten Menschheit gestalten werden.

Es lebe der Weltverband der Arbeit!

Der III. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß.

Grüße.

Gruß an das deutsche Proletariat.

Wir grüßen das revolutionäre Proletariat Deutschlands, seine revolutionären Verbände und seine kommunistische Partei und alle diejenigen aus der Partei der Unabhängigen, die mit den Kommunisten um die Diktatur des Proletariats kämpfen!

Kampfesbrüder!

Euch, die Ihr mit den Waffen in der Hand gegen die Diktatur der Bourgeoisie und gegen den zu der letzteren übergegangenen Abschaum des Sozialismus kämpft, der sich um die Legien und ihresgleichen gruppiert, Euch, den Kämpfern für die hehre Sache des Kommunismus, senden 1600 Delegierte des III. Gesamtrussischen Kongresses der Gewerkschaftsverbände von 4 Millionen organisierter Arbeiter ihre wärmsten brüderlichen Grüße.

Die aus allen Ecken und Enden des von der Gegenrevolution befreiten Rußland eingetroffenen Delegierten, die Mitglieder der Gewerkschaften Großrußlands, Sibiriens, der Ukraine, Turkestan, des Kaukasus und anderer Gebiete, die zusammengeschweißt sind in eine einige proletarische Familie auf den Feldern des Klassenkampfes, vereint durch die Einheit der Anschauungen und Gefühle im Kampf um den Kommunismus und im Haß gegen

die Ausbeuter, diese Delegierten, sowie die Proletarier, die sie gesandt haben, verfolgen in tiefer Erregung den um sich greifenden Kampf der deutschen Arbeiter um den Sozialismus.

Uns sind die Schwierigkeiten bekannt, unter denen der deutsche Arbeiter zu kämpfen hat. Wir empfinden auf Tausende von Kilometern die Schläge, die Euch die deutsche Bourgeoisie durch die Hand der Renegaten des Sozialismus versetzt. Wir sind aber überzeugt, daß das zum Aufstand erhobene Banner nicht den Händen der Arbeiterklasse entfällt. Die Geschichte ist für uns. Aus dem Schoße der bürgerlichen Gesellschaft wurde die proletarische Revolution geboren, die alle Hindernisse überwinden wird. Seid überzeugt, daß Ihr nicht einsam im Kampfe seid. Das Proletariat Rußlands ist mit ganzer Seele für Euch. Eure Niederlage ist unsere Niederlage, Euer Sieg ist unser Sieg. Vorwärts unter dem Banner des Kommunismus bis zum siegreichen Ende.

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die III. Internationale!

An alle Kämpfer des Kommunismus.

Zum Beginn seiner Arbeit sendet der III. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß in erster Reihe allen denjenigen, die in der ganzen Welt für die hehren Ideale des Kommunismus kämpfen, seinen Gruß. Das russische Proletariat, das als erstes das Banner der sozialistischen Revolution erhoben hat, verfolgt mit fieberhafter Erregung die Entwicklung der sozialen Revolution in der ganzen Welt. Wo nur ein ehrliches Proletarierherz schlägt, wo nur revolutionäres Bewußtsein lebt, wo Menschengeist einen Ausweg aus der Sackgasse sucht, in welche die herrschenden Klassen die ganze Welt getrieben haben, dort erhebt sich ein Rächer in der Gestalt des Kommunismus, der die ganze alte, in Zuckungen absterbende Welt der Ausbeutung und des Blutes in Schrecken versetzt.

Mögen denn alle diejenigen, die das Banner des Kampfes für die neue Sowjetordnung erhoben haben, wo sie auch seien, mögen sie wissen, daß dort, im Osten, ein Sowjetland besteht, in dem das vom Kampf erschöpfte, doch geistig frische Proletariat den Angriff auf der ganzen Front fortsetzt. Mögen sie wissen, daß die Gewerkschaften Rußlands, welche die Grundlage des Sowjetstaates bilden, nunmehr, da sie an die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des durch den Krieg zerrütteten Landes schreiten, in erster Reihe denjenigen Proletariern ihren Gruß senden, die für unsere Ideale kämpfen.

Arbeiter aller Länder! Wisset, daß 1600 Mitglieder des III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß und 4 000 000 von ihnen vertretene

Mitglieder der Gewerkschaften nicht nur dem Wort, sondern auch der Tat nach mit Euch sind, daß sie jeden Augenblick bereit sind, es zu beweisen, sobald die Umstände es nur erfordern.

Es lebe der Kampf gegen den Kapitalismus nicht um Leben sondern um Tod!

Ehre den Kämpfern, die in der ganzen Welt zum Kampf für den Kommunismus ausziehen!

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die III. Kommunistische Internationale!

Gruß an die Dritte Internationale.

Der III. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß begrüßt den Mittelpunkt des Weltkommunismus, die III. Internationale.

Vom ersten Tage an schritten die russischen Gewerkschaften unter dem Banner der Internationale der revolutionären Aktion und des unerbittlichen Klassenkampfes, unter dem Banner der III. Kommunistischen Internationale. Die 1600 Delegierten des III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses begrüßen die Idee der Gründung eines „internationalen Kampffonds“ und versprechen im Namen der von ihnen vertretenen 4 000 000 Mitglieder der Gewerkschaften, daß das gewerkschaftlich organisierte Proletariat Rußlands auch ferner fest und ohne Wanken unter dem Banner des Kommunismus zum endgültigen Sieg gegen den Imperialismus schreiten wird.

Es lebe die proletarische Weltrevolution! Es lebe das Zentrum des Weltkommunismus, die III. Kommunistische Internationale!

Gruß des internationalen Transportarbeiterkongresses.

Der Exekutive der Kommunistischen Internationale wurde folgendes Telegramm zugestellt:

Der internationale Transportarbeiterkongreß übersendet dem russischen Volk brüderliche Grüße. Die Transportarbeiterinternationale wird ihre Pflicht im Befreiungskampf des Proletariats erfüllen.

Sekretär des Kongresses: Fimmen.

Oslo, 20. März 1920.



An die Arbeiterinnen der ganzen Welt.

Am 8. März, dem Tage, an dem das organisierte weibliche Proletariat eine Truppenschau seiner Kräfte hält, ziehen die Arbeiterinnen das Fazit des letzten Kampfesjahres.

Was hat Euch dieses Jahr gegeben, Genossinnen, Arbeiterinnen Europas und Amerikas?

Die Klassenregierung der Ententeländer zog Euch 4 Jahre lang mit Versprechungen eines „siegreichen Friedens“ hin. Um dieses Friedens willen ertrugt Ihr ergeben die Opfer und Qualen des Krieges. Jetzt ist dieser Friede geschlossen.

Was hat er Euch gebracht? Ungeheure Teuerung, schauerliche Arbeitslosigkeit, völlige Zerrüttung der Volkswirtschaft . . . Im reichen Frankreich sind alle Lebensmittel registriert, Heizmaterial ist nicht vorhanden, die Fabriken und Werke liegen still, die Teuerung nimmt zu, das Volk leidet Not, die Spekulation wächst unentwegt . . . In Italien herrscht Hungersnot, die Armut steigt, das Meer der Tränen und Leiden schwillt an. In England sehen wir die Könige des Kapitals sich krampfhaft nach allen Seiten werfen in vergeblichem Bestreben, die Industrie vor völligem Verfall zu bewahren; wir sehen stürmische Ausbrüche von Arbeiterunruhen und Aufständen, Arbeitslosigkeit, Zunahme der Teuerung und mit ihr die Ausbreitung des Elends und des Hungers. Sogar in Amerika, der Kornkammer der Welt, habt Ihr, Proletarier, erfahren, was Mangel an Lebensmitteln heißt: **Ihr stöhnt unter dem Druck einer um sich greifenden Arbeitslosigkeit.**

Aber auch in den neutralen Ländern geht es nicht besser zu. In Skandinavien, in Spanien, in der Schweiz, — überall herrschen Arbeitslosigkeit und Teuerung, wo man hinblickt — Tränen und Elend . . . Über all diesem thront die Politik der bürgerlichen Regierungen, eine Politik voll unsinniger Grausamkeit, unsinnig vor Angst vor der „bolschewistischen Ansteckung“. Die Kerker Amerikas, Frankreichs, Englands, Deutschlands sind überfüllt von Opfern des weißen Terrors. In den Folterkammern der Bourgeoisie schmachten und verschmachten die treuesten Kämpfer für die Arbeitersache.

Sind das etwa die Wohltaten des Friedens, die Eure Regierung Euch verhiß? Ist das der vielgelobte Sieg, erkaufte mit dem Blut Eurer Kinder, Männer und Brüder, Genossinnen, Arbeiterinnen Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas?

Ein gleiches Bild des Leidens bieten die Proletarier Deutschlands, Oesterreichs, Bulgariens und der Türkei. Nur daß der Hunger dort noch schärfer, der wirtschaftliche Verfall noch hoffnungsloser ist. Der Friede, dem die „Kompromißlerpartei“ der Scheidemann und Noske nachjagte, hat bloß unseren gemeinsamen Feinden, den Kapitalisten der Entente und der Mittelmächte geholfen, die Revolution in Deutschland und Oesterreich zeitweilig niederzuringen, die ungarische Räterepublik in Blut zu ertränken, Oesterreich zum langsamen Hungertod zu führen.

Jetzt muß Euer Fehler Euch klar vor Augen treten.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt erstickt unter der Last des zusammenstürzenden Gebäudes der kapitalistischen Wirtschaft. Schwer ist Euer Leid, grenzenlos sind Eure Qualen, Schwestern Arbeiterinnen. Aber es gibt eine Rettung! Der Weg zur Befreiung, zur Errichtung eines neuen, lichten Lebens, zum Sozialismus öffnet sich vor Euch.

Durch schweren Kampf und erhebende Siege hat das Proletariat Rußlands diesen Weg bereits geebnet.

Genossinnen Arbeiterinnen Europas und Amerikas! Blickt Euch die erste werktätige Sowjetrepublik der Welt an. Unsere Feinde flüstern Euch Lügen und Verleumdungen über uns zu. Glaubt ihnen nicht. Man sagt Euch: die Bolschewiki haben die Kirchen zerstört, die Religion getötet. Es ist eine Lüge, eine Verleumdung! Die Religion hat bei uns bloß aufgehört, ein Mittel zur Trübung der Geister seitens des Staats zu sein. Die Kirche ist bei uns vom Staat getrennt worden. Man sagt Euch: „In Rußland sind die Frauen zum Gemeingut erklärt worden“. Welch blöde Fabel, erdichtet von der wutschnaubenden Bourgeoisie! Nicht bei uns sind die Frauen Gemeingut, sondern in den kapitalistischen Ländern, in denen Armut und lüsterne Verderbtheit herrschen. Bei uns ist die Zivilehe eingeführt, die Scheidung erleichtert worden. Bei uns wird die Mutterschaft hochgehalten — jede Mutter erhält staatliche Versorgung. Bei uns gibt es keine „unehelichen“ Kinder. Alle Kinder sind eben Kinder der Arbeiterrepublik. Wir lassen ihnen liebevolle Fürsorge angedeihen. Wir selbst, Mütter Arbeiterinnen und Bäuerinnen, richten Mütterheime, Krippen, Kinderkommunen und Kindergärten ein, sorgen für ein ausgedehntes Netz von Schulen, für soziale Erziehung. Unsere Kinder werden auf Kosten unseres Arbeiterstaats ernährt und bekleidet. Denn wir Arbeiterinnen und Bäuerinnen selbst regieren ja gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern unsere Republik. Die Frau ist bei uns frei, gleichberechtigt. Sie nimmt überall Anteil, wo ihre Hilfe, ihre Arbeit nötig sind: an der roten Armee, im Verpflegungswesen, an der sozialen Fürsorge, der Volksaufklärung, dem Gesundheitsschutz.

Habt Ihr etwa dergleichen bei Euch, Genossinnen Arbeiterinnen? Die Arbeitslosigkeit ist Eure Plage. Bei uns aber gibt es keine Arbeitslosigkeit, denn es gibt **kein Eigentum und kein Kapital**, sondern nur die Arbeit aller

zum allgemeinen Wohl. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, lautet unser Wahlspruch.

Euch sitzt die Faust der Ausbeuter und Kapitalisten im Nacken. Hier aber sind wir die Herren!

Fürwahr, auch wir haben zu leiden, wir leiden schwer, schier unerträglich unter Hunger, Kälte, Zerrüttung des Verkehrswesens. Doch wer trägt die Schuld daran? Keineswegs die Arbeiterrevolution. Die Schuld trägt die Politik des Imperialismus, die Euch und uns in gleicher Weise bedrängt. **Gemeinsam ist unser Leid — der Verfall der Wirtschaft in der ganzen Welt; gemeinsam unser Feind — der Weltkapitalismus.**

Den Feind zerschmettern, das Joch des Kapitals abschütteln, ein für allemal mit dem Schatten der Gegenrevolution aufräumen — das ist unser gemeinsames Ziel. Am Tage der Arbeiterinnen, am Festtag der Solidarität der ganzen Welt rufen wir Euch auf, Genossinnen Arbeiterinnen, dieses Rettungswerk zu vollbringen.

Unser Heil liegt in der **Diktatur der Arbeiterklasse**, durchgeführt vermittels der Macht der Sowjets.

Genossinnen Arbeiterinnen! Wenn Ihr Euch von Hunger, Kälte, Erniedrigungen und Rechtlosigkeit der Frauen befreien wollt, so ist Euer Platz unter den Bannern der III. Internationale. Kämpft für die Macht der Sowjets!

Wenn Ihr die Leiden Eurer Schwestern in Rußland lindern, die erste Arbeiterrepublik der Welt festigen wollt, erhebt Euch zu offenem Kampf gegen die Politik Eurer Regierung, die bestrebt ist, Sowjetrußland vermittels Bajonett oder Blockade zu vernichten. Fordert die Herstellung offener Beziehungen zwischen Euch und uns!

Die große Oktoberrevolution hat einen neuen Abschnitt der Weltgeschichte eröffnet. Der Kommunismus hat aufgehört, ein Ding der Träume zu sein. Die Arbeiterrepublik ist zur Tatsache geworden.

Von Euch, Arbeiterinnen der anderen Länder, hängt es ab, in einmütigem Kampf mit den Arbeitern das gleiche zu erreichen.

Die Stunde der Freiheit naht heran. Laßt uns nur fest zusammenhalten.

Am roten Tag der Arbeiterinnen rufen wir Euch zu:

Stellt Euch alle unter das Banner der III. Internationale! Auf zum Kampf gegen Hunger, Elend, Zerfall der Wirtschaft!

Es lebe die III. Kommunistische Internationale!

Es lebe die Macht der Sowjets, die Befreierin der Frauen!

Es lebe der Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt!

Die Abteilung für Arbeit unter den Frauen am Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands.

Die Gründung der linkssozialistischen Partei Dänemarks.

Die linkssozialistische Partei Dänemarks wurde auf einer Landeskongresskonferenz gegründet, die Sonntag, den 9. November 1919 in Fredericia stattfand. An der Konferenz nahmen 55 Vertreter von 23 Städten des ganzen Landes teil.

Diese eben gegründete Partei steht auf derselben politischen Grundlage wie die norwegische Arbeiterpartei und die linke sozialdemokratische Partei Schwedens und schließt sich der III. Internationale an. Beide genannten skandinavischen Parteien und auch die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands waren auf der Konferenz offiziell vertreten, und diese Vertreter versprachen der neuen Partei eine kameradschaftliche Unterstützung seitens ihrer Parteien, nachdem die Konferenz den Gedanken abgelehnt hatte, innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine radikale Opposition zu organisieren, und anstatt dessen beschlossen hatte, zur Gründung einer neuen Partei zu schreiten.

Der Zentralausschuß der sozialistischen Arbeiterpartei, der an demselben Tage in Fredericia tagte, beschloß, sich an die Mitglieder der Partei zu wenden mit dem Vorschlag, in die linkssozialistische Partei einzutreten.

Gleichzeitig beschloß auch die Unabhängige Sozialdemokratie auf ihrem Kongreß in Kopenhagen, zu gleichem Zweck eine Kommission zu wählen.

Zum Vorsitzenden der Exekutive der neuen Partei wurde einstimmig der Vorsitzende des Jugendverbandes Ernst Christiansen gewählt, zum Redakteur des Wochenblattes, das die Partei herauszugeben gedenkt, Johs. Eriwig. Außerdem wurde ein provisorisches Parteikomitee gewählt und einstimmig folgendes Manifest angenommen:

„Die kapitalistische Gesellschaft steht gegenwärtig in einer so stürmischen Krise, wie sie noch niemals erlebt hat. Die Widersprüche zwischen der Ober- und Unterklasse haben eine noch nie gesehene Schärfe erreicht.

Dem Weltkrieg, der erzeugt war von der unersättlichen Gier des Kapitalismus, folgte die Weltrevolution. In allen Ländern erheben sich die ausgebeuteten und unterdrückten Arbeitermassen zum Kampf gegen die Unterdrücker und Ausbeuter.

Um in diesem Kampf zu siegen, muß die Arbeiterklasse alle ihre Kräfte anspannen. Der Sieg kann aber nur dann errungen werden,

wenn die Arbeiter sich ausschließlich auf ihre eigene revolutionäre und schöpferische Kraft verlassen werden. Die Befreiung der Arbeiter soll deren eigenes Werk sein. Nur bewußter Klassenkampf, der keine Art von Burgfrieden oder Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien oder Gruppen kennt, kann das Proletariat siegreich zum Endziel führen.

Während der Jahre, die seit dem Ausbruch des Weltkrieges, seit dem 1. August 1914, vergangen sind, haben die sozialdemokratischen Parteien in einer ganzen Reihe von Ländern dem Klassenkampf entsagt und anstatt dessen mit den Machthabern und den Unterdrückern der Arbeiterklasse Burgfrieden geschlossen.

Die dänische Sozialdemokratie hat auch eine solche Stellung eingenommen. Sie hat auch während des Krieges mit den konservativen Parteien Frieden geschlossen und sich zugleich immer mehr und mehr der von der ausgeprägt kapitalistischen Führerklique beherrschten sogenannten „radikalen“ Linken angeschlossen. Die Sozialdemokratie bewilligte in den Kriegsjahren eine halbe Milliarde Kronen für den Militarismus, obgleich sie in ihrem Programm Abrüstung forderte; sie war auch für die Einführung indirekter Steuern, die mit ihrer ganzen Schwere die Arbeiterklasse belasten; sie enthielt sich verräterisch des Kampfes gegen die Regierung, als diese im Einverständnis mit den Konservativen und Liberalen einen großen Teil des dem dänischen Volk gehörigen Bodens an einige Adelsfamilien verschenkte; sie entsagte allmählich ihren republikanischen Ideen und begann eine untertänige Haltung der königlichen Macht gegenüber zu äußern; ihre gesamte Politik nahm dank dem Burgfrieden und der Entsendung ihrer Geiseln in die bürgerliche Regierung ein mehr und mehr ausgeprägtes kleinbürgerliches Wesen an, und das Ziel dieser Politik war vor allem die Erhaltung der Ruhe unter den Arbeitermassen durch elende, niemand befriedigende Gesetze über Almosen und über Kampf gegen die Teuerung.

In internationaler Hinsicht stellte sich die Partei seit den ersten Tagen des Krieges auf die Seite der deutschen Kaisersozialisten und Sozialpatrioten. Sie verhöhte und verspottete den Kampf Karl Liebknechts und seiner Gesinnungsgenossen gegen den Krieg. Sie verdammt den revolutionären Kampf der Zimmerwaldsozialisten. Anstatt die revolutionären Arbeitergruppen in den verschiedenen Ländern zu unterstützen, hat sie auf jede Weise diesen entgegen gearbeitet und mit unverheilter Schadenfreude deren Niederlagen begrüßt. Sie hat wie keine andere Partei in der Welt den heldenmütigen Kampf der russischen Arbeiter geschmäht, belogen, beschmutzt und verraten, während sie zugleich den Mördern Liebknechts in Deutschland, dem blutbesudelten Noske und seiner bürgerlichen Bande ihre Bruderhand reichte.

Während des Weltkrieges versicherten die Partei und deren Führer beständig, daß die Politik der Partei nach dem Kriege eine andere und radikalere werden würde.

Nun ist der Weltkrieg zu Ende, und die zugespitzten Klassengegensätze fordern besonders hartnäckig den erbarmungslosesten Klassenkampf.

Der neulich abgehaltene Kongreß der Sozialdemokratie, der alle die Versprechungen, die die Führer während des Krieges gegeben hatten, erfüllen und die großen Worte zur Tat werden lassen sollte, erwies sich als ein großer Betrug der Arbeiterklasse gegenüber.

Nun ist es klar, daß die Sozialdemokratie in der Zukunft ebenso wie während des Krieges ihre kleinbürgerliche Richtung weiter verfolgen wird. Der Ministersozialismus bleibt nach wie vor der Grundstein ihrer Politik. Ebenso wie während des Krieges wird die Partei für die Militärkredite des kapitalistischen Staates stimmen. In jeder Hinsicht hat der Kongreß die Erwartungen derjenigen enttäuscht, die auf eine Aenderung der Parteipolitik hoffen; besonders bezeichnend sind in dieser Beziehung die Resolutionen, die Gesetzentwürfen über die Sozialisierung enthalten. Hier gibt es kein Jota Sozialismus, so daß das Wort „Sozialisierung“ als eine bittere Verhöhnung der Arbeiterklasse klingt.

Der erbarmungsloseste Kampf gegen die Parteileitung, die der Partei diese Richtung aufgezwungen hat, ist die Pflicht eines jeden Sozialisten. Dieser Kampf kann gegenwärtig nicht in dem Rahmen der Partei geführt werden, denn der Parteikongreß hat sich als williges Werkzeug in den Händen der Führerclique erwiesen, das indirekte und privilegierte Wahlrecht in die Parteistrukturen in Kraft belassen, die Wortfreiheit in der Partei abgeschafft; er hat unter anderem die radikale Jugend der Partei in Acht und Bann erklärt.

Ein wirklich erfolgreicher Kampf für den Sozialismus kann nur außerhalb der Partei geführt werden. Wir haben daher beschlossen, die linkssozialistische Partei Dänemarks zu gründen.

In diese Partei werden wir alle Linksozialisten Dänemarks vereinen und zusammenschweißen, gleichviel, ob diese der Sozialdemokratie angehört haben oder nicht, damit die linkssozialistische Partei Dänemarks zu einer vollgültigen Organisation aller revolutionären sozialistischen Arbeiter Dänemarks würde.

Die linkssozialistische Partei Dänemarks wird gegen den Kapitalismus und Militarismus kämpfen. Sie lehnt jegliches Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien ab und wird gegen alle Militärkredite auftreten. Sie wird wirksam für die Sozialisierung der Gesellschaft durch die Sowjetbewegung kämpfen. Sie legt in erster Linie Gewicht auf die Massenaktionen und benutzt den Parlamentarismus nur als Agitations- und Zersetzungsmittel. Die linkssozialistische Partei Dänemarks steht in dieser Hinsicht auf dem Standpunkt der norwegischen Arbeiterpartei und der linkssozialdemokratischen Partei Schwedens und verfolgt die Richtlinien der III. Internationale.

Auf dieser Grundlage schreitet die Partei an die Arbeit und ruft das werktätige Volk zur Sammlung und zum Kampf.

Gegen die Reaktion, gegen den Reformismus.

Für ökonomische und geistige Befreiung des Proletariats, für den Sozialismus.



Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands.

(Moskau, 29. März bis 4. April 1920)

Ueber die laufenden Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus.

I. Ueber den Arbeitsaufschwung.

Indem der Kongreß mit Genugtuung die unbestreitbaren Anzeichen des Arbeitsaufschwunges unter den vorgeschrittenen Schichten der Werktätigen feststellt, hält er es jedoch für seine Pflicht, alle örtlichen und zentralen Institutionen der Sowjetrepublik vor der übertriebenen Einschätzung der schon erzielten Resultate zu warnen.

Wirklich ernsthafte Errungenschaften kann der Arbeitsaufschwung nur unter der Bedingung erzielen, wenn er erstens durch weitere Agitations- und Organisationsanstrengungen unserer Partei und der Gewerkschaften von den vorgeschrittenen Schichten auf die ganze, viele Millionen zählende werktätige Masse der Stadt und des Dorfes übergreifen wird und wenn zweitens die zentralen und örtlichen Wirtschaftsorgane nötige Maßnahmen treffen werden, um alle Erscheinungen des Arbeitsaufschwunges quantitativ und qualitativ in Betracht zu ziehen, die zunehmende Arbeitskraft richtig und rechtzeitig auszunutzen, die Zersplitterung der Anstrengungen, die Methoden des Kleinbetriebs, das Partisanentum der Arbeit rechtzeitig nicht durch Unterdrückung, sondern durch Anpassung an den Rahmen des gesamtstaatlichen Planes zu überwinden.

II. Die Einheitlichkeit des Wirtschaftsplans.

Die grundlegende Bedingung des wirtschaftlichen Wiederaufblühens des Landes ist die unentwegte Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsplans, der für die nächste historische Epoche berechnet ist. Der Tiefe der wirtschaftlichen Zerrüttung und der direkten Verelendung des Landes entsprechend, zerfällt der Wirtschaftsplan in eine Reihe aufeinanderfolgender, einander bedingender Grundaufgaben:

- a) in erster Linie Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, Zufuhr und Schaffung der notwendigsten Vorräte an Getreide, Heizmaterial und Rohstoff;

- b) Maschinenbau für den Verkehr und die Gewinnung von Heizmaterial, Rohstoff und Getreide;
- c) intensive Entwicklung des Maschinenbaus zur Herstellung der notwendigsten Bedarfsartikel;
- d) intensive Erzeugung der notwendigsten Bedarfsartikel.

Bei der sich auf die neuen Errungenschaften der Technik stützenden Durchführung des angeführten Planes muß in den Vordergrund der technischen Seite der Sache die größtmögliche Ausnutzung elektrischer Energie gestellt werden, ungefähr in der Reihenfolge, die den Hauptetappen der Durchführung des allgemeinen Wirtschaftsplanes entspricht:

1. Die Ausarbeitung eines Plans zur Versorgung der Volkswirtschaft mit Elektrizität und die Verwirklichung des minimalen Programms dieser Versorgung, d. h. die Isolierung der grundlegenden Punkte der Elektrizitätsversorgung und die Ausnutzung der bestehenden Elektrizitätswerke für diesen Zweck, sowie eines Teils der im Bau befindlichen Bezirkszentralen, die in erster Reihe fertiggestellt werden sollen.

2. Der Bau der wichtigsten Bezirkselektrizitätswerke der ersten Reihenfolge und der wichtigsten Elektrizitätsübertragungslinien nebst entsprechender Erweiterung des Wirkungskreises der Fabriken für elektrische Einrichtung.

3. Der Bau von Bezirkselektrizitätswerken der nächsten Reihenfolge, die weitere Entwicklung der Elektrizitätsnetze und die folgerichtige Anwendung von Elektrizität bei den wichtigsten Produktionsprozessen.

4. Die Anwendung von Elektrizität in der Industrie, beim Verkehr und in der Landwirtschaft.

Von diesem grundlegenden Wirtschaftsplan, der für die nächste Epoche berechnet ist, müssen die Wirtschaftszentren der Sowjetrepublik in ihren nächsten Plänen und Berechnungen ausgehen und ihre Hauptkräfte und Mittel zur Durchführung der wichtigsten Aufgaben jeder wirtschaftlichen Reihenfolge mobilisieren.

Der auswärtige Handel muß ebenfalls, so weit sich dessen Möglichkeit der Sowjetrepublik eröffnet, völlig den Bedürfnissen des grundlegenden Wirtschaftsplans untergeordnet werden.

Die Betriebe, die die grundlegende Aufgabe jeder Reihenfolge unterstützen, müssen nach Maßgabe der tatsächlichen Notwendigkeit entwickelt werden. Die Betriebe, die für die grundlegende Aufgabe der Wirtschaftsperiode nicht unbedingt notwendig sind, müssen nur insoweit unterstützt werden, wie sie die Durchführung der Hauptaufgabe nicht hindern. Kraft dessen müssen die laufenden Wirtschaftsaufgaben der wirtschaftlichen Sowjetzentren nicht nur einfach die Summe aller in Betracht gezogenen Bedürfnisse darstellen, sondern sie müssen mit eiserner Konsequenz aus dem ganzen für die nächste Epoche berechneten Wirtschaftsplan folgen.

Die Verwirklichung des angedeuteten Plans kann nicht durch einzelne

einmalige heldenhafte Anstrengungen der vorgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse zuwege gebracht werden, sondern durch beharrliche systematische planmäßige Arbeit, die immer größere und größere Massen Werktätiger in ihren Kreis zieht. Eine solche immer ausgedehntere Mobilisierung und Arbeitserziehung kann nur gesichert werden, wenn den breitesten Massen der Stadt und des flachen Landes der innere Sinn des Wirtschaftsplans, seine innere Folgerichtigkeit, mit Nachdruck auseinandergesetzt wird, die nur nach Verlauf einer langen Periode der größten Anspannung und der größten Opfer greifbare Früchte tragen kann.

III. Die Mobilisierung der gelernten Arbeiter.

Indem der Kongreß die Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands über die Mobilisierung des industriellen Proletariats, die Arbeitspflicht, die Militarisierung der Wirtschaft und der Verwendung von Truppenteilen für wirtschaftliche Bedürfnisse billigt, verfügt er:

Die Parteiorganisationen müssen auf jede Art und Weise den Gewerkschaften und den Arbeitsabteilungen bei der Registrierung aller gelernten Arbeiter helfen, um diese mit derselben Konsequenz und Strenge zur produktiven Arbeit heranzuziehen, wie dies in bezug auf die Personen des Kommandobestandes zu Armeezwecken durchgeführt wurde und durchgeführt wird.

Jeder gelernte Arbeiter muß zu seiner Spezialität zurückkehren. Ausnahmen, d. h. Belassung von gelernten Arbeitern auf anderen Sowjetposten, können nur mit Einwilligung der entsprechenden bevollmächtigten Zentral- und Ortsorgane zugelassen werden.

IV. Massenmobilisierungen der Arbeitspflichtigen.

Die Massenmobilisierungen der Arbeitspflichtigen müssen von Anfang an richtig durchgeführt werden, d. h. es muß jedesmal eine möglichst genaue Uebereinstimmung hergestellt werden zwischen der Zahl der Mobilisierten, dem Ort ihrer Konzentration, der Größe der Aufgaben und der Zahl der erforderlichen Werkzeuge. Ebenso wichtig ist es, den aus den Mobilisierten formierten Arbeitsabteilungen einen technisch kompetenten und politisch sicheren Instruktorbestand sowie kommunistische Zellen zu sichern, die im voraus durch Parteimobilisierung gebildet werden müssen, d. h. denselben Weg zu betreten, den wir bei Schaffung der Roten Armee gingen.

V. Der Arbeitswetteifer.

Jedes soziale Regime (das Sklaventum, die Epoche der Leibeigenschaft, das kapitalistische Regime) hat seine Methoden des Arbeitszwanges und

der Arbeitserziehung gehabt, die den Interessen der ausbeutenden Oberschichten dienten.

Vor dem Sowjetregime steht in ihrem vollen Umfang die Aufgabe, seine eigenen Methoden der Beeinflussung zu entwickeln, um die Intensität und die Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Grundlage der vergesellschaftlichten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu erhöhen.

Neben der agitatorisch-ideellen Beeinflussung der werktätigen Massen und der Repressalien in bezug auf die bewußten Müßiggänger, Parasiten und Desorganisatoren ist der Wetteifer ein machtvolles Mittel zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

In der kapitalistischen Gesellschaft trug der Wetteifer den Charakter der Konkurrenz und führte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel nationalisiert sind, kann der Wetteifer bei der Arbeit nur die Gesamtsumme der Arbeitsprodukte erhöhen, ohne die Solidarität zu stören.

Der Wetteifer zwischen den Fabriken, Bezirken, Gewerkschaften, Werkstätten und einzelnen Arbeitern soll zum Objekt sorgfältiger Organisation und aufmerksamen Studiums seitens der Gewerkschaftsverbände und der Wirtschaftsorgane werden.

Das Prämiensystem muß eins der machtvollen Mittel zur Erregung des Wetteifers werden. Mit ihm muß das System der Versorgung mit Lebensmitteln kombiniert werden: solange die Sowjetrepublik nicht über genügende Lebensmittel verfügt, muß der fleißige und gewissenhafte Arbeiter besser versorgt werden als der nachlässige.

VI. Vom Zentralismus der Trusts zum sozialistischen Zentralismus.

Die jetzige Organisationsform der Industrie ist eine Uebergangsform. Der Arbeiterstand hat die kapitalistischen Trusts nationalisiert, sie durch einzelne Unternehmungen desselben Industriezweiges ergänzt und nach dem Typus dieser Trusts die Unternehmen vereinigt, die beim Kapitalismus nicht in Trusts vereinigt waren. Das hat die Industrie in eine Reihe machtvoller vertikaler Vereinigungen verwandelt, die wirtschaftlich von einander getrennt und nur auf ihrem Gipfel durch den Obersten Rat der Volkswirtschaft verbunden sind.

Während unter dem Kapitalismus die Unternehmen, die einem Trust angehörten, viel Rohstoffe, Arbeitskraft u. a. auf dem nächsten Markt erwerben konnten, müssen dieselben Unternehmen unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles nötige laut Order der Zentralorgane der vereinigten Wirtschaft bekommen. Indessen haben bei der ungeheuren Ausdehnung des Landes, bei der äußersten Unbestimmtheit und Veränderlichkeit der Grundfaktoren der Produktion, bei Zerrüttung des Verkehrs, den äußerst

schwachen Verkehrsmitteln, bei der außerordentlichen Ungenauigkeit der Methoden und Resultate der wirtschaftlichen Registrierung die Methoden des Zentralismus, die das Resultat der ersten Epoche der Enteignung der bürgerlichen Industrie waren und unvermeidlich zur Isoliertheit der Unternehmen an Ort und Stelle (in den Städten, Gouvernements, Bezirken, Gebieten) geführt haben, jene ungeheuerlichen Formen der Verschleppung zur Folge gehabt, die unserer Wirtschaft unersetzlichen Schaden zufügen.

Die organisatorische Aufgabe besteht darin, bei Erhaltung und Entwicklung des vertikalen Zentralismus auf der Linie der Hauptverwaltung ihn mit der horizontalen Unterordnung der Unternehmen auf der Linie der wirtschaftlichen Bezirke zu kombinieren, wo die Unternehmen verschiedener wirtschaftlicher Bedeutung gezwungen sind, sich von den gleichen Quellen des örtlichen Rohstoffes, der Verkehrsmittel, der Arbeitskraft u. a. zu nähren.

VII. Gebietswirtschaftsorgane.

Für umfangreiche, vom Zentrum entfernte Bezirke, die sich durch Eigenartigkeit der wirtschaftlichen Bedingungen auszeichnen, hält der Kongreß es für unbedingt notwendig, für die nächste Periode starke und kompetente wirtschaftliche Gebietsorgane zu schaffen, die aus Vertretern der entsprechenden gesamtstaatlichen Zentren zu bilden sind.

Diese Gebietsbüros, die aus erfahrenen und auf gesamtstaatlichem Gesichtspunkt stehenden Arbeitern zu bilden sind, sollen über weitgehende Vollmachten auf dem Gebiet der unmittelbaren Leitung des örtlichen wirtschaftlichen Lebens verfügen, um, in Vereinigung der Gouvernementsräte für Volkswirtschaft und der Bezirksverwaltungen, auf Grund eines vom Zentrum bestätigten Plans alle notwendigen Veränderungen, Verteilung des Rohstoffes, der Arbeitskraft u. a. vorzunehmen, die sich durch die Umstände ergeben.

Diesen Aufgaben entsprechend sollen die Gebietsbüros in ihrem Bestande bevollmächtigte Delegierte haben, die mit der Wirtschaft der Zentralverwaltungen verbunden sind.

Da die Gebietswirtschaftsbüros auf Grund von Vollmachten handeln, die ihnen von den Zentralorganen der Sowjetmacht verliehen werden, so werden ihre Wechselbeziehungen zu den Gouvernementsexekutiven völlig durch die Beschlüsse des VII. Sowjetkongresses bestimmt.

Die Bestimmung der Grenzen der Gebiete, die der Schaffung von Gebietsagenturen des Zentrums bedürfen, muß auf Grund von wirtschaftlichen Erwägungen vorgenommen werden, wobei der Gebietsagentur ein Vertreter der Arbeitsarmee für Fragen angehört, die die Ausnutzung der ihr zur Verfügung stehenden Kräfte betreffen.

In Anbetracht dessen, daß die Räte der Arbeitsarmeen an einigen

Orten schon gegenwärtig in bedeutendem Maße die Funktionen von Gebietswirtschaftsorganen erfüllen, sind sie auch fernerhin diesen Aufgaben anzupassen, mit allen notwendigen Veränderungen ihres Apparats und ohne Bildung von anderen parallelen Gebietsorganen.

VIII. Ausarbeitung von Formen des sozialistischen Zentralismus.

Beim Obersten Volkswirtschaftsrat und seinen örtlichen Organen sollen besondere Kommissionen gebildet werden zum Studium der Fragen über die richtigsten Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsorganen, den zentralen und örtlichen, sowie über die einfachsten Methoden der Versorgung der Unternehmen mit dem notwendigsten Rohstoff, ergänzender Arbeitskraft u. a., ohne daß die Unternehmen gezwungen wären, sich jedesmal ans Zentrum zu wenden, aber auch ohne Störung der allgemeinen Wirtschaftspläne. Nur durch beständige, auf Erfahrung beruhende Verbesserungen, durch Verstärkung und Entwicklung des Zusammenhanges zwischen den verschiedenartigsten Unternehmen an Ort und Stelle, durch Schaffung der kürzesten Entfernungen zur Beförderung der Rohstoffe und der fertigen Produkte, durch Ausarbeitung der besten Methoden zur Ausnutzung der im Bezirk vorhandenen Kraft durch alle Unternehmen der Stadt, des Gouvernements, des Gebiets, wird die Sowjetwirtschaft durch die gegenwärtigen Formen des Zentralismus, der noch die Spuren der kapitalistischen Trusts trägt, zum echten sozialistischen Zentralismus übergehen, der durch einen einheitlichen Plan die Wirtschaft in allen ihren Zweigen und in allen Teilen des Landes umfaßt.

IX. Organisation der Industrieverwaltung.

Die wichtigste Aufgabe bei der Organisation der Verwaltung ist die Schaffung einer kompetenten, festen, energischen Leitung — einerlei, ob es sich um ein einzelnes Industrieunternehmen oder um einen ganzen Industriezweig handelt.

Zwecks vereinfachter und genauer Organisation der Produktionsverwaltung sowie zwecks Oekonomie der organisatorischen Kräfte hält der Kongreß es für notwendig, die Verwaltung der Industrie der persönlichen Verwaltung zu nähern, und zwar: persönliche Verwaltung voll und unbedingt in Werkstätten und Abteilungen herzustellen, zu diesem System in Fabrikverwaltungen und zu beschränkten Kollegien in den mittleren und höheren Gliedern des administrativen Produktionsapparats überzugehen.

Die äußerst wichtige Frage der Heranziehung von immer größeren Kreisen der Arbeiterklasse zur Verwaltung der Wirtschaft muß durch eine

ganze Reihe von Maßnahmen gelöst werden, von denen die wichtigsten unten angeführt sind, was jedoch durchaus nicht auf Kosten der Widerstandsfähigkeit, Kompetenz und Einfachheit des Verwaltungsapparats in jedem gegebenen Augenblick geschehen darf.

In Anbetracht dessen, daß der unbestreitbare Typus der Verwaltung einzelner Sowjetunternehmen wie ganzer Zweige noch nicht festgesetzt ist, wobei die Bildung der notwendigen Kader von Administratoren, Direktoren u. a. sich noch im Anfangsstadium befindet, hält der Kongreß es für möglich und zulässig, auf dem Wege zur vollen Alleinverwaltung verschiedene Kombinationen anzuwenden, wie:

- a) ein Verwaltungsdirektor aus der Zahl der Arbeiter (Gewerkschaftler), der festen Willen, Selbstbeherrschung und insbesondere die Fähigkeit offenbart, Fachleute, Techniker, Ingenieure zur Arbeit heranzuziehen; neben ihm, als Gehilfe für das technische Gebiet, ein Ingenieur;
- b) ein Ingenieur (Fachmann), der über die erforderlichen Eigenschaften verfügt, als tatsächlicher Leiter des Unternehmens und neben ihm ein Kommissar aus der Zahl der Arbeiter (Gewerkschaftler), mit weitgehenden Rechten und der Verpflichtung, sich um alle Seiten des Unternehmens zu kümmern;
- c) Arbeiter (Gewerkschaftler), einer oder zwei, in der Eigenschaft von Gehilfen des Direktors (Fachmann), mit dem Recht und der Verpflichtung der Gehilfen, sich um alle Zweige der Fabrikverwaltung zu kümmern, aber ohne das Recht, die Anordnungen des Direktors aufzuheben;
- d) in Fällen, wo kleine, eng verbundene Kollegien vorhanden sind, deren Glieder einander ergänzen und in der Praxis schon ihre Arbeitsfähigkeit bewiesen haben, sind diese Kollegien beizubehalten, wobei die Rechte des Vorsitzenden zu erweitern und seine Verantwortung für das ganze Kollegium zu erhöhen ist. Die Kollegien in den mittleren und höheren Organen der Wirtschafts-Verwaltung (Gouvernementswirtschaftsräte und Bezirksverwaltungen, Hauptverwaltungen und Abteilungen) müssen auf die minimale Zahl der Glieder beschränkt werden, wobei der Vorsitzende für die ganze Arbeit der Verwaltung die Verantwortung zu tragen hat.

Auf jeden Fall ist die tatsächliche Verwirklichung, von oben bis unten, des oftmals proklamierten Prinzips der genauen Verantwortlichkeit einer bestimmten Person für eine bestimmte Arbeit die unerläßliche Bedingung der Verbesserung der wirtschaftlichen Organisation und des Wachstums der Produktion. Die Kollegialverwaltung, soweit sie im Prozeß der Beratung und Entscheidung angewandt wird, muß im Prozeß der Ausführung unbedingt der Alleinverwaltung den Platz räumen. Der Grad der Tauglich-

keit einer jeden Organisation muß daran gemessen werden, wie streng in ihr die Pflichten, Funktionen und die Verantwortlichkeit verteilt sind.

Anmerkung. Durch ein besonderes Organ beim Obersten Volkswirtschaftsrat ist die Arbeit der Verwaltung sorgfältig zu kontrollieren, wie zwecks beständiger Auswahl des Personalbestandes, so auch zwecks Feststellung der besten Methoden der Kombination von Arbeitern und Fachleuten in der Verwaltung.

Die Organisation der leitenden Industriestitutionen: wie derjenigen mit Kollegialverwaltung, so auch derjenigen mit Alleinverwaltung, muß durch Vereinbarung der Organe des Obersten Volkswirtschaftsrats mit den Organen des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaftsverbände durchgeführt werden.

Fachleute, die die Pflichten von Direktoren der Unternehmen erfüllen oder analoge Aufträge erhalten, werden auf dieselbe Weise ernannt.

X. Die Heranziehung der Massen zur Verwaltung der Industrie.

Der Kongreß hält es für notwendig, tatsächliche Maßnahmen zu ergreifen, um breite Arbeiterkreise zur Organisation der Produktion zu ziehen und aus der Mitte der Arbeiterklasse beständig frische Elemente heranzuziehen, die fähig sind, organisatorische Arbeit auf dem Gebiet der Produktion zu leisten. Zu diesem Zweck ist es notwendig:

- a) durch Vermittlung der Gewerkschaftsverbände und des Obersten Volkswirtschaftsrats die Propaganda auf dem Gebiet der Produktion auf die nötige Höhe zu bringen, ohne sich auf allgemeine Aufrufe zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit zu beschränken, sondern durch Konkretisierung und Spezialisierung der Frage nach den Industriezweigen und den einzelnen Unternehmen es sich zur Aufgabe zu machen, daß jeder Fabrikarbeiter die Rolle und den Platz des Unternehmens im allgemeinen System der sozialistischen Wirtschaft kenne; periodische (z. B. allmonatliche) Erörterungen auf der Generalversammlung der Fabrikarbeiter der Berichte der Verwaltung über die im verflossenen Monat geleistete Arbeit und über den Produktionsplan für den neuen Monat zum System zu machen;
- b) bei den einzelnen großen Unternehmen oder bei den Zweigunternehmen Kurse für Industrieverwaltung zu organisieren, die die fähigsten Arbeiter, ohne sie der Produktionsarbeit zu entziehen, an der Praxis des gegebenen Unternehmens mit den notwendigen Elementen der Verwaltung bekannt machen sollen;
- c) die auf diese Weise geschulten Arbeiter zu Gehilfen der Verwalter der einzelnen Abteilungen oder des Fabrikdirektors zu ernennen;

- d) Arbeiter mit derartiger vorheriger praktischer Erfahrung auf selbständige Verwaltungsämter, anfangs in kleinere, darauf in größere Unternehmen, zu berufen.

XI. Die Fachleute in der Industrie.

Von dem Standpunkt ausgehend, daß ohne wissenschaftliche Organisation der Produktion die breiteste Anwendung der Arbeitspflicht und der größte Heroismus der Arbeiterklasse den Aufbau einer machtvollen sozialistischen Wirtschaft nicht sichern und dem Lande auch nicht die Möglichkeit geben können, sich aus den Klauen der Armut zu befreien, hält der Kongreß es für unbedingt notwendig, alle arbeitsfähigen Fachleute der verschiedenen Wirtschaftszweige zu registrieren und sie zur Organisation der Produktion auf jede Art und Weise auszunutzen.

Die Notwendigkeit der weiteren Kontrolle und der strengen Bestrafung aller gegenrevolutionären Elemente in Kraft lassend, die ihre Ämter zu Zwecken des Widerstandes gegen das sozialistische Wirtschaftsregime auszunutzen bestrebt sind, erinnert der Kongreß gleichzeitig in der kategorischsten Form alle Parteiglieder an die Aufgabe der ideellen Hincinziehung der Fachleute in die Sphäre der Produktionsinteressen der Sowjetrepublik und macht in strenger Uebereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben unseres Programms, allen Partefunktionären zur Pflicht, die Herstellung einer Atmosphäre kameradschaftlicher Mitarbeiterchaft zwischen den Arbeitern und den technischen Fachleuten anzustreben, die das proletarische Regime vom bürgerlichen geerbt hat.

Für eine der Agitationsaufgaben auf gesamtpolitischem Gebiet und auf dem Gebiet der Produktion hält der Kongreß die Bekanntmachung der breiten Arbeitermassen mit dem grandiosen Charakter der wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen das Land steht, mit der Wichtigkeit der technischen Bildung, der administrativen und wissenschaftlich-technischen Erfahrung für unbedingt notwendig und macht es allen Parteilmitgliedern zur Pflicht, unerbittlich gegen den von Unbildung zeugenden Dünkel anzukämpfen, als ob die Arbeiterklasse ihre Aufgaben lösen könne, ohne die Fachleute der bürgerlichen Schule auf den verantwortlichen Posten auszunutzen. Für jener demagogischen Elemente, die derartige Vorurteile des rückständigen Teils der Arbeiter auszunutzen, kann in den Reihen der Partel des wissenschaftlichen Sozialismus kein Platz sein.

Die individuelle Registrierung der Produktivität der Arbeit und die individuelle Prämierung müssen in entsprechender Form auf das administrativ-technische Personal angewandt werden. Die besten Administratoren, Ingenieure, Techniker müssen in günstigere Bedingungen gestellt werden, damit sie ihre Kräfte voll und ganz im Interesse der sozialistischen Wirtschaft verwenden können.

Im besonderen müssen jene Fachleute hoch prämiert werden, unter deren Leitung sich die Arbeiter mit bedeutendem Erfolg jene notwendige Erfahrung aneignen, die ihnen die Möglichkeit sichert, späterhin selbständige administrative Aemter zu bekleiden.

Das Vorurteil gegen den Eintritt des höheren technischen Personals der Unternehmen und Institutionen in die Verbände muß endgültig aufgegeben werden. Durch Aufnahme von Ingenieuren, Aerzten, Agronomen usw. in ihre Verbände werden die Gewerkschaften diesen Elementen helfen, auf Grund von kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem organisierten Proletariat an der aktiven Arbeit des Sowjetaufbaues teilzunehmen und werden sie die notwendigen Arbeiter erwerben, die über wissenschaftliche Fachkenntnis und Erfahrung verfügen.

XII. Die politische Hauptverwaltung des Verkehrswesens.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Anstrengungen unserer Partei und der Sowjetmacht bleibt im Laufe der nächsten Periode der Verkehr. Seine Hebung ist die unerläßliche Voraussetzung für die beschiedensten Erfolge auf allen anderen Wirtschaftsgebieten und in erster Linie in bezug auf die Verpflegung.

Die Hauptschwierigkeit bei der Hebung des Verkehrs ist die Schwäche des Eisenbahnverbandes, die durch die Verschiedenartigkeit der zum Personalbestand der Eisenbahner gehörigen Elemente bedingt ist, unter denen es noch viele Elemente aus der Epoche Ruchlows gibt, sowie durch die Entsendung der bewußtesten und aufopferndsten Elemente des Eisenbahnerproletariats an die militärische Front.

Der Kongreß hält die Förderung des Gewerkschaftsverbandes der Eisenbahner, unter dessen Beteiligung allein unser Verkehr die nötige Höhe erreichen kann, für eine der wichtigsten Aufgaben und erkennt gleichzeitig die volle und unbedingte Notwendigkeit an, ausschließliche und außerordentliche Maßnahmen (Kriegszustand und dergl.) zu ergreifen, die aus dem entsetzlichen Verfall des Verkehrs folgen und seine volle Lähmung und den damit verbundenen Untergang der Sowjetrepublik verhindern sollen.

Unter diesem Gesichtswinkel die politische Hauptverwaltung des Verkehrswesens bewertend, sieht der Kongreß in ihr ein provisorisches Organ der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht, das auch fernerhin unterstützt werden muß und das zwei untrennbar miteinander verbundene Aufgaben verfolgt: durch organisierten Einfluß erprobter Kommunisten, der besten Vertreter der Arbeiterklasse, unverzüglich den Zustand des Verkehrs zu verbessern und gleichzeitig die Gewerkschaftsorganisation der Eisenbahner zu festigen, ihr die besten Arbeiter zuzuführen, die die

politische Hauptverwaltung auf die Eisenbahnen sendet, dem Gewerkschaftsverband selbst zu helfen, in seiner Organisation eiserne Disziplin herzustellen und dadurch den Gewerkschaftsverband der Eisenbahner zu einem unersetzlichen Werkzeug der ferneren Hebung des Eisenbahnverkehrs zu machen.

Nach Erfüllung dieser Aufgaben müssen die politische Hauptverwaltung und ihre Organe an Ort und Stelle in möglichst kurzer Frist einerseits der Gewerkschaftsorganisation des Eisenbahnerproletariats, andererseits den normalen Institutionen des Volkskommissariats für Verkehrswesen angegliedert werden.

XIII. Die Verpflegungsaufgaben.

Auf dem Gebiet der Lebensmittelpolitik sind folgende Aufgaben hervorzuheben:

1. Durch höchste Anspannung der Kräfte einen Lebensmittelfonds von einigen Hundert Millionen Pud zu schaffen.

2. Ihn in Form von Verpflegungsbasen in den wichtigsten Industriebezirken zu verteilen.

3. Die Verpflegungspolitik auf dem Gebiet der Verteilung enger und unmittelbarer den Aufgaben der Wiederbelebung der Industrie und des Verkehrs unterzuordnen (Versorgung in erster Linie der wichtigsten Industrieunternehmen und des Verkehrs; biegsameres Manövrieren im Zusammenhang mit den der Veränderung unterliegenden Produktionsaufgaben, Versorgung des Prämiensystems mit den erforderlichen Produkten u. a.). Eine der wichtigsten Aufgaben wie zur Wiederherstellung der Industrie, so auch zum auswärtigen Warenaustausch ist die Beschaffung und Bildung von Rohstoffvorräten. Die Beschaffung des Rohstoffs muß sich auf das System der Repartition und der obligatorischen Ablieferung des Rohstoffs, der Repartition gemäß, gründen. Gleichzeitig muß bei der Beschaffung des Rohstoffs das System der Zahlung für den Rohstoff mit Produkten und Halbfabrikaten, in einem gewissen, jedesmal besonders festzulegendem Maße, Anwendung finden, wie dies schon bei der Beschaffung von Hanf, Flachs usw. der Fall ist.

XIV. Die Arbeitsarmeen.

Die Ausnutzung der Truppenteile für Arbeitszwecke hat in gleichem Maße eine praktisch-wirtschaftliche wie sozialistisch-erzieherische Bedeutung. Bedingungen der zweckmäßigen Verwendung der Truppenteile in großem Maßstabe sind:

a) der einfache Charakter der Arbeit, der allen Rotarmisten in gleicher Weise zugänglich ist;

- b) die Anwendung des Systems der Erteilung von Aufgaben, deren Nichterfüllung die Verminderung der Ration nach sich zieht;
- c) die Anwendung des Prämiensystems;
- d) die Beteiligung an den Arbeiten in ein und demselben Bezirk einer bedeutenden Anzahl von Kommunisten, die fähig sind, die rot-armistischen Teile durch ihr Beispiel zu beeinflussen.

Die Heranziehung von großen Truppenvereinigungen zur Arbeit ergibt unvermeidlich einen höheren Prozentsatz von Rotarmisten, die nicht unmittelbar in der Produktion beschäftigt werden. Daher ist die Verwendung von ganzen Arbeitsarmeen mit Aufrechterhaltung des Armeeapparats nur insofern zu rechtfertigen, wie die Erhaltung der Armee in ihrem Ganzen zu Kriegszwecken notwendig ist. Sobald diese Notwendigkeit fortfällt, müssen die schwerfälligen Stäbe und Verwaltungen aufgelöst und die besten Elemente der gelernten Arbeiter als kleine Arbeitsstoßtrupps in den wichtigsten Industrieunternehmen ausgenutzt werden.

XV. Arbeitsfahnenflucht.

In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter auf der Suche nach besseren Verpflegungsbedingungen, nicht selten aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Arbeitsstätten verläßt und von einem Ort an den anderen übersiedelt, wodurch der Produktion weitere Schläge zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, sieht der Kongreß eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisation im planmäßigen, systematischen, ununterbrochenen strengen Kampf mit der Arbeitsfahnenflucht, im besonderen durch Veröffentlichung von Straflisten der Fahnenflüchtigen, durch Schaffung von Strafarkbeitskommandos aus Fahnenflüchtigen und endlich durch die Ueberführung der Fahnenflüchtigen in ein Konzentrationslager.

XVI. Kommunistische Samstagarbeit.

Auf die kommunistischen Samstage muß an Ort und Stelle mehr Aufmerksamkeit verwendet werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Für die kommunistischen Samstage müssen Aufgaben gewählt werden, die der örtlichen Bevölkerung naheliegen, ihnen muß der Charakter einer kollektiven Arbeitsanstrengung im Namen von bekannten und allen verständlichen Zielen verliehen werden, zu ihnen müssen nicht nur parteilose Arbeiter herangezogen werden, sondern überhaupt die örtliche Bevölkerung, die männliche sowohl wie die weibliche. Nicht weniger wichtig ist ein sorgfältig durchdachter technischer Plan für jeden kommunistischen Samstag, eine streng zweckmäßige Verteilung der Kräfte, die unbedingt ökonomische

Ausnutzung dieser Kräfte. Nur unter dieser Bedingung können die kommunistischen Samstage sich tief einbürgern, immer neue Massen anziehen und die Werktagsarbeit durch neue Initiative und frischen Enthusiasmus befruchten.

XVII. Die Reparatur alter Lokomotiven und der Bau neuer.

Die Förderung der Initiative einer jeden einzelnen Arbeitergruppe bei der Reparatur der Verkehrsmittel mit allen Mitteln fortsetzend, muß man sich jedoch darüber klare Rechenschaft ablegen, daß eine solche hausgewerbliche Methode der Unterstützung des Verkehrs nur einen provisorischen Charakter tragen kann, da sie zu viel gelernte Kräfte verschlingt, an denen es uns mangelt, und die Einrichtungen der Fabriken beansprucht, die für andere Zwecke bestimmt sind.

Soweit keine Veranlassung vorhanden ist zu hoffen, daß wir in den nächsten Monaten und sogar Jahren eine große Anzahl Lokomotiven aus dem Auslande bekommen werden, ist es unbedingt notwendig, eine Massenproduktion der notwendigsten Reserveteile, darauf aber auch der Lokomotiven in einem Umfange zu organisieren, der die Produktion vor dem Kriege bei weitem übersteigt. Bedingung des Erfolges in dieser Richtung ist die genaue Ausarbeitung und energische Durchführung eines umfangreichen Planes, der für eine erhebliche Zahl der passendsten Fabriken berechnet ist, bei strenger Amerikanisierung der Produktion, d. h. bei strenger Teilung des Produktionsprozesses in detaillierte Funktionen, wobei die gelernten Arbeiter durch Arbeiter mit niedriger, teilweiser Schulung unter der Leitung von Instruktoren ersetzt werden müssen.

XVIII. Musterunternehmen.

Neben allgemeinen Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft des Landes und zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit in der Industrie hält der Kongreß die Schaffung von einzelnen Musterunternehmen der wichtigsten Industriezweige in den entsprechenden Bezirken für notwendig. Diese Unternehmen, die dem allgemeinen Wirtschaftsplan entsprechend auf Grund von technischen, geographischen und anderen Erwägungen gesondert behandelt werden müssen, sind eiligst mit ergänzender Einrichtung, notwendiger Arbeitskraft, Technikern, Lebensmitteln, Heizmaterial und Rohstoffen zu versorgen. An die Spitze solcher Unternehmen müssen die besten Administratoren und Techniker gestellt werden. Politisch müssen diese Musterunternehmen unter der unmittelbaren Aufsicht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands stehen. Die Berichte über den Gang der Arbeiten in den Musterunternehmen müssen

periodisch in der Presse veröffentlicht werden. Bei den Unternehmen müssen, sobald dies möglich ist, technische und administrative Kurse, Arbeitsschulen und dergl. eröffnet werden, damit jedes Musterunternehmen zur Schule der industriellen Erziehung und zum Herde der wirtschaftlich-technischen Schöpferkraft für einen umfangreichen Bezirk, für einen ganzen Industriezweig, wenn nicht für das ganze Land werde.

XIX. Papier- und Druckwesen.

In Anbetracht dessen, daß die erste Bedingung des Erfolges der Sowjetrepublik auf allen Gebieten, darunter auch auf wirtschaftlichem Gebiet, systematische Agitation ist, bei der die Presse die leitende Rolle zu spielen berufen ist, lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit der Sowjetmacht auf den vollständig unzulässigen Zustand unserer Papier- und Druckindustrie. Die Zeitung erreicht nicht nur den Bauer, sondern auch den Arbeiter in immer geringerer Zahl, und die entsetzliche Drucktechnik macht das Lesen der Zeitungen für die Werktätigen immer unzulänglicher. Der Kongreß fordert den Obersten Volkswirtschaftsrat, die entsprechenden Gewerkschaftsverbände und andere hierbei interessierte Institutionen eindringlichst auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Quantität des erzeugten Papiers zu erhöhen, seine Qualität zu verbessern, in das Druckwesen Ordnung zu bringen und dadurch dem Arbeiter- und Bauernrußland das gedruckte Wort zu sichern.

XX. Die Maifeyer.

In Uebereinstimmung mit der großen dringenden Aufgabe der sozialistischen Revolution verfügt der Kongreß:

Den internationalen proletarischen Festtag, den Ersten Mai, der in diesem Jahr auf einen Sonnabend fällt, in einen grandiosen gesamtrussischen kommunistischen Samstag zu verwandeln.

•
•

Ueber den organisatorischen Zusammenhang der Wirtschaftskommissariate.

Der Kongreß beauftragt das Zentralkomitee, in allernächster Zeit das System des organisatorischen Zusammenhanges zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat und den anderen mit der Wirtschaft unmittelbar verbundenen Commissariaten (Verpflegungskommissariat, Volkskommissariat für Verkehrswesen, Volkskommissariat der Landwirtschaft) in ihrer all-

täglichen Arbeit auszuarbeiten, um volle Einheitlichkeit bei der Durchführung des vom Parteikongreß bestätigten Wirtschaftsplans zu sichern.

* * *

Ueber die Gewerkschaften und ihre Organisation.

I. Allgemeine Lage und allgemeine Aufgaben der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats.

Bei der Diktatur des Proletariats verwandeln sich die Gewerkschaften aus Organen des Kampfes seitens der Verkäufer der Arbeitskraft gegen die herrschende Klasse der Kapitalisten, in Apparate der herrschenden Arbeiterklasse. Die Aufgaben der Gewerkschaftsverbände liegen auf organisatorisch-wirtschaftlichem und auf erzieherischem Gebiet. Diese Aufgaben müssen die Gewerkschaften nicht als unabhängige, organisatorisch-isolierte Kräfte durchführen, sondern in der Eigenschaft eines der wichtigsten von der Kommunistischen Partei geleiteten Apparats des Sowjetstaates. Nur unter dieser Bedingung wird die größte Widerstandsfähigkeit des ganzen Systems der proletarischen Diktatur und der größte Produktiveffekt erreicht werden.

II. Die Gewerkschaften und der Sowjetstaat.

1. Der Sowjetstaat ist die allseitigste und die allumfassendste Form der Arbeiterorganisation, die den Aufbau des Kommunismus praktisch verwirklicht, indem sie in diese Arbeit immer breitere Bauernmassen hineinzieht. Andererseits ist der Sowjetstaat eine solche Arbeiterorganisation, der alle materiellen Zwangsmittel zur Verfügung stehen. Als proletarische Diktatur ist der Sowjetstaat der Hebel der ökonomischen Umwälzung. Daher kann von einer Gegenüberstellung der Organe der Gewerkschaften und der Organe der Sowjetmacht nicht die Rede sein.

2. Die Politik ist der konzentrierteste Ausdruck der Oekonomie und ihre Verallgemeinerung und Vollendung. Daher ist es überhaupt sinnlos, den Gewerkschaften, als ökonomische Organisation der Arbeiterklasse, die Sowjets, als ihre politische Organisation entgegenzustellen; dies wäre ein Abweichen vom Marxismus auf die Seite der bürgerlichen, insbesondere der bürgerlich trade-unionistischen Vorurteile. Besonders sinnlos und schädlich ist eine solche Gegenüberstellung in der Epoche der Diktatur des Proletariats, wo sein gesamter Kampf und seine gesamte Tätigkeit, die ökonomische wie die politische, mehr als je vereinigt, konzentriert, durch einen

einheitlichen Willen gelenkt, durch eiserne Einigkeit verbunden werden müssen.

3. Als Schule des Kommunismus und Bindeglied zwischen den rückständigen Massen des Proletariats, die sich noch nicht ganz von den engen Zunft- und Fachinteressen befreit haben, und seiner Vorhut, der Kommunistischen Partei, müssen die Gewerkschaften diese Massen erziehen, kulturell, politisch und administratorisch organisieren, sie zum Niveau des Kommunismus emporheben, durch Vorbereitung zur Rolle von Schöpfern des Kommunistischen Regimes, das vom Sowjetstaat als der historischen Form der proletarischen Diktatur geschaffen wird.

4. Daher ist vor allem ein enger Zusammenhang zwischen dem Sowjetapparat und dem Apparat der Gewerkschaften notwendig. Da die Sowjetmacht die umfassendste Organisation ist, die die ganze soziale Macht des Proletariats konzentriert, ist es klar, daß die Gewerkschaften, nach Maßgabe der Entwicklung des kommunistischen Bewußtseins und der schöpferischen Rolle der Massen, sich allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates verwandeln müssen, und nicht umgekehrt.

5. Auf diesem Wege erfüllen die Gewerkschaften ihre wichtigste Funktion, die wirtschaftlich-administratorische, indem sie den Sowjetorganisationen beitreten, sie durchtränken und sich dadurch immer mehr zur Hauptbasis der wirtschaftlichen Sowjetapparate machen.

III. Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei.

1. Die Kommunistische Partei ist die Organisation der Vorhut der Arbeiterklasse, die Führerin der proletarischen Bewegung und des Kampfes um die kommunistische Ordnung.

2. Ihren Einfluß auf die breiten, parteilosen Schichten übt die Partei durch die kommunistischen Fraktionen und die Zellen in allen anderen Arbeiterorganisationen aus, in erster Linie durch die Gewerkschaften. Nur in dem Maße, in dem die Gewerkschaften, formell parteilos bleibend, ihrem Wesen nach kommunistisch werden und die Politik der Kommunistischen Partei durchführen, ist die Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus gesichert.

3. Daher muß in jeder Gewerkschaft eine disziplinierte, organisierte kommunistische Fraktion bestehen, jede Parteifraktion ist ein Teil der Ortsorganisation, die dem Parteikomitee untergeordnet ist. Die Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften ist dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands untergeordnet. Alle Beschlüsse des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, die die Bedingungen und die Organisation der Arbeit betreffen, sind für alle Gewerkschaftsorganisationen, sowie für die in ihnen arbeitenden Parteimit-

glieder bindend und können von keinem anderen Parteiorgan, außer dem Zentralkomitee, aufgehoben werden. Die Ortskomitees müssen die ideelle Arbeit der Gewerkschaften lenken, dürfen aber auf keinen Fall zu ihrer kleinlichen Bevormundung greifen. Die Beziehungen zwischen den örtlichen Parteikomitees und den Fraktionen der Gewerkschaften sind durch entsprechende Paragraphen der Parteistatuten genau reguliert.

IV. Die Formen der Beteiligung der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Apparat des proletarischen Staates.

1. In Anbetracht dessen, daß die Gewerkschaften dadurch, daß sie die Arbeiter nach großen Produktionszweigen vereinigen, unmittelbar mit dieser Produktion verbunden und gerade hier eine überaus kompetente Organisation sind, bilden sie die Grundbasis der wirtschaftlichen Organisationen, die die Industrie verwalten.

2. Dies äußert sich darin, daß die Gewerkschaften, die keine isolierte Organisation bilden und durchaus nicht völlig und ausschließlich die Wirtschaft der Sowjetrepublik verwalten, von unten bis oben an der Organisation der Produktion teilnehmen. Dabei mischt sich nicht eine der Gewerkschaftsorganisationen unmittelbar in den Gang der Ereignisse ein.

3. Die unterste Zelle der Gewerkschaft ist das Fabrikomitee. Das Fabrikomitee erfüllt, ohne sich in das Verwaltungsgebiet des Unternehmens einzumischen, folgende Funktionen: es fördert die Erhöhung der Arbeitsdisziplin mit allen Mitteln, bis zum kameradschaftlichen Disziplinargericht, übt neben der allgemeinen Propaganda Arbeits- und Produktionspropaganda aus, zieht die Arbeiter zur Beteiligung an der Arbeitsinspektion heran, erzieht die Arbeiter und erweckt ihr Interesse am Verständnis für die Rolle der Fabrik (Rechenschaftsberichte, Referate usw.), fördert die Auswahl der Administratoren aus den Reihen der Arbeiter, beaufsichtigt die Tätigkeit der Taxationskommissionen und dergl.

4. In den Fabrikverwaltungen beteiligen sich die Gewerkschaften an der Bildung derselben nach Uebereinkunft mit den entsprechenden Organen des Obersten Volkswirtschaftsrats, wobei das Wahlprinzip durch das Prinzip der Auswahl auf Grund von praktischer Erfahrung, technischer Kompetenz, Sicherheit, organisatorischer Fähigkeit und Geschäftskundigkeit der Kandidaten ersetzt werden muß.

5. Die Bezirksverwaltungen und die Fabrikverwaltungen der Unternehmen bestehen aus Personen, die laut Uebereinkunft zwischen dem Zentralkomitee des entsprechenden Verbandes einerseits, dem Kollegium der Hauptverwaltung des Zentrums — andererseits, oder aber, im Fall der unmittelbaren Unterordnung unter den Obersten Volkswirtschaftsrat, nach

Uebereinkunft und mit endgültiger Sanktion des Präsidiums des letzteren ernannt werden.

6. Die Kollegien (Präsident) der Gouvernementsvolkswirtschaftsräte werden gebildet nach Uebereinkunft zwischen den Gouvernementsgewerkschaftsräten und den Gouvernementsexekutivkomitees; die Hauptverwaltungen und Zentren nach Uebereinkunft zwischen dem Zentralkomitee der Gewerkschaften und der entsprechenden Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats. Endlich wird der Oberste Volkswirtschaftsrat selbst, soweit die Kandidaten für sein Präsidium vom Kongreß der Volkswirtschaftsräte vorgeschlagen werden, auf dieselbe Weise unter nächster Beteiligung der Gewerkschaften gebildet.

7. Diesem analog müssen auch die anderen leitenden ökonomischen Organisationen gebildet werden, z. B. die Organisationen, die die Mobilmachung, Verteilung, Registrierung und den Schutz der Arbeitskraft verwalten (wie die Hauptarbeitsverwaltung usw.).

Auf diese Weise fällt den Gewerkschaften überhaupt in allen Gliedern der industriellen und der volkswirtschaftlichen Administration eine doppelt wichtige Rolle zu, die mit der Erhöhung des Niveaus der Arbeiterklasse in ihrem Ganzen beständig wachsen wird.

V. Die laufenden Aufgaben der Gewerkschaften.

1. Die Niederlage der weißen Armeen, die Arbeiten des friedlichen Aufbaues im Zusammenhang mit der unglaublich katastrophalen Lage der Volkswirtschaft verlangen die intensivste Anspannung der Kräfte des Proletariats und die Heranziehung der breiten Bauernmassen zum Prozeß der sozialen Arbeit. Die Gewerkschaften müssen sich daher mit allen ihren Apparaten an dem intensivsten, schwierigsten Kampfe um die Wiederbelebung der Wirtschaft beteiligen.

2. Dementsprechend müssen die Methoden und das Tempo der Arbeit der Gewerkschaften radikal verändert werden. Wenn vor dem Proletariat als Klasse die Aufgabe des Übergangs zur „Arbeit nach militärischer Methode“ steht, d. h. zur größten Genauigkeit, Pünktlichkeit, Verantwortlichkeit, Schnelligkeit und Intensität der Arbeit, Selbstaufopferung der Arbeiter, so bezieht sich das in erster Linie auf die Organe der Industrieadministration überhaupt und folglich auch auf die Gewerkschaften.

3. Die Gewerkschaftsverbände müssen, gleich der leitenden Partei des Proletariats, ihren eigenen Apparat reorganisieren, vor allem die Ueberbleibsel des Müßigganges beseitigen, den Geist strengster Geschäftigkeit und Disziplin, sowie volle Verantwortlichkeit für die Ausführung aller und jeglicher Aufgaben einführen.

4. Die Gewerkschaften müssen die Aufgabe übernehmen, den breiten Kreisen der Arbeiterklasse zu erklären, wie notwendig der Umbau des

ganzen Apparates der Industrieverwaltung in der Richtung der größten Elastizität und Geschäftigkeit ist, was nur erreicht werden kann durch den Uebergang zur maximalen Beschränkung der verwaltenden Kollegien und zur allmählichen Einführung der unmittelbaren persönlichen Verwaltung der Produktionseinheiten.

Bei dieser Agitation müssen folgende Punkte besonders hervorgehoben werden:

- a) die persönliche Verwaltung kann nicht der Arbeiterverwaltung entgegengestellt werden; im Gegenteil, die meist ökonomische und breiteste Arbeiterverwaltung erfordert eine persönliche Verwaltung, da die gegebene Anzahl der Administratoren aus den Reihen der Arbeiter dabei auf eine große Anzahl Fabriken verteilt wird;
- b) die persönliche Verwaltung verletzt und beschränkt in keiner Weise weder die Rechte der Klasse, noch die „Rechte“ der Gewerkschaften, denn die Klasse kann in jeder beliebigen Form regieren, diese Form aber hängt von der technischen Zweckmäßigkeit ab; in allen Fällen werden die leitenden und verwaltenden Personen von der herrschenden Klasse in ihrem Ganzen „ernannt“.
- c) die persönliche Verwaltung setzt die Auswahl der kompetenten Personen voraus und sichert die maximale Geschäftskundigkeit und Verantwortlichkeit.
- d) die persönliche Verwaltung ist sogar in den Fällen, wenn ein Fachmann verwaltet, im Endergebnis die Aeußerung der proletarischen Diktatur, die nicht nur in bestimmter Richtung zu arbeiten zwingt, sondern die Arbeit auch durch Kommissare aus den Reihen der Arbeiter bewacht;
- e) die persönliche Verwaltung schließt die Heranziehung der Arbeitermassen zur Verwaltung nicht aus; sie zieht nur die Grenzen zwischen den Funktionen der unmittelbaren Verwaltung und der Ausbildung, die einen besonderen Tätigkeitszwang und eine besondere Aufgabe bilden muß. Diese Abgrenzung ist im gegebenen Augenblick zur kategorischen Notwendigkeit geworden. Andererseits ist es vollständig falsch, die Massen zur Verwaltung durch Kollegien heranzuziehen, die aus drei oder fünf Personen bestehen.

5. Eine der besonders wichtigen Aufgaben der Gewerkschaften ist die Vorbereitung des Führerkaders unserer Industrie aus Arbeitern, d. h. die technische Fachausbildung. Die Heranziehung breiter Arbeitermassen, ihre Ausbildung, die Arbeitspropaganda und dergl. bleiben wie früher im Vordergrund, denn ohne Lösung dieser Aufgaben ist der Arbeitsaufschwung nicht möglich; ohne Arbeitsaufschwung aber ist die Wiedergeburt unseres wirtschaftlichen Lebens auf sozialistischer Grundlage nicht möglich.

6. Der Kongreß nimmt an, daß die Partei im gegebenen Augenblick mehr als je der Stärkung des Personalbestandes der Gewerkschaften die

ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden sollte, dem sie die ergebensten, standhaftesten Kommunisten zuführen muß, nach Möglichkeit solche, die die raue Schule des Bürgerkrieges hinter sich haben. Alle Versuche, die Rolle und die Bedeutung der Gewerkschaften zu schmälern, muß die Partei entschieden ablehnen.

* . *

Ueber das Verhältnis zur Kooperation.

Ausgehend von den Thesen des auf dem VIII. Kongreß angenommenen Parteiprogramms, das in bezug auf die Landwirtschaft und die Verteilung nach der Meinung des Kongresses vollständig richtig den Weg der Verwaltung der alten kleinbürgerlichen Kooperation zu einer von Proletariern und Halbproletariern geleiteten Kooperation weist, fordert der Kongreß das Zentralkomitee auf, sich in seiner Arbeit auf diesem Gebiet von folgenden Richtlinien leiten zu lassen:

I.

Auf dem Gebiet der Konsumkooperation:

1. Die durch das Dekret vom 20. März 1919 und die folgende Arbeit der Partei begonnene Befestigung der leitenden Bedeutung unserer Partei in allen Organisationen der Konsumkooperation von unten bis oben zu vollenden.

2. Zwecks Beseitigung des Parallelismus in der Arbeit der Kooperativ- und Sowjetorgane, in den örtlichen Konsumvereinen, Gouvernementsverbänden und Zentralverbänden allmählich alle diejenigen Abteilungen aufzulösen und den entsprechenden zentralen und örtlichen Sowjetorganen (dem Obersten Volkswirtschaftsrat, den Volkskommissariaten für Verpflegung, Landwirtschaft, Aufklärung u. a.) zu übergeben, die mit den entsprechenden Abteilungen der Sowjetorgane konkurrieren und ein paralleles Arbeitsfeld haben, wie: die Industrieabteilung, die Forstabteilung, die landwirtschaftliche Abteilung, die kooperativ- und aufklärende Abteilung u. a. Den Termin der Uebergabe der Abteilungen und Unternehmen von der Vorbereitung der entsprechenden Abteilungen der Sowjetorgane zur erfolgreichen Leitung der zu übernehmenden Institutionen abhängig zu machen.

3. In vollem Maße ist der Kooperativapparat zur Versorgung der Bevölkerung auf Grund der vom Verpflegungskommissariat festgesetzten Verpflegungspolitik heranzuziehen. Die richtigsten, den zeitgemäßen Bedingungen am meisten entsprechenden Wechselbeziehungen zwischen

der Konsumkooperation und den Staatsorganen sind solche, bei denen die Konsumkooperation, die im Zentrum und an Ort und Stelle vom Verpflegungskommissariat verwaltet wird, die technischen, wirtschaftlichen Operationen nach den Anordnungen und unter der Kontrolle des Verpflegungskommissariats ausführt, was im vollsten Umfang durch die Organisation der Verteilung verwirklicht werden kann und auf Grundlage des Dekrets vom 20. März 1919 ins Leben umgesetzt wird; die Tätigkeit der Beschaffung aber, die die Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik widerspiegelt und auf der Anwendung des Prinzips der staatlichen Pflicht beruht, was immer größere Verbreitung findet, muß den Gegenstand der ausschließlichen Kompetenz der staatlichen Wirtschaftsorgane bilden, die den Kooperativapparat auf jede Art und Weise als untergeordneten technischen Apparat bei der Beschaffung der nicht monopolisierten wie der monopolisierten Produkte ausnutzen.

Durch den Beschaffungsapparat der Kooperative muß vor allem die Beschaffung jener Produkte und notwendigsten Gebrauchsartikel geschehen, die nicht auf dem Wege der Repartition beschafft werden und auf die sich demgemäß die staatliche Ablieferungspflicht nicht bezieht.

Die Verfügungen der Staatsorgane auf dem Gebiet der Beschaffung müssen für die Kooperativorganisationen obligatorisch sein, da der Kooperativapparat nur unter der Bedingung im nötigen Umfang auf dem Gebiet der Verteilung, sowie auf dem Gebiet der Beschaffung ausgenutzt werden kann.

II.

Was die Landwirtschafts- und Gewerbekooperation anbelangt, so hält der Kongreß den ersten Schritt für vollkommen richtig, den das Dekret vom 27. Januar d. J. in der Angelegenheit der Unterordnung der Organisationen einzelner Gruppen wohlhabender Bauern, die in verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft und der Heimindustrie vereinigt sind, unter die Organe der Konsumkooperation, die die ganze Arbeiter- und Bauernbevölkerung umfaßt, unternimmt, nämlich die Abschaffung des selbständigen Bestehens aller Gesamtrussischen Zentren der Landwirtschafts- und Produktionskooperation und ihre Verschmelzung mit dem Zentralverbande mit den Rechten einer Sektion.

Gleichzeitig beauftragt der Kongreß das Zentralkomitee, auch die Reorganisation der niederen Vereinigungen der Landwirtschafts- und Gewerbekooperative anzustreben.

Der Kongreß schlägt vor, bei dieser Reorganisation zwei Haupttrichtlinien im Auge zu haben:

1. Darnach zu streben, daß die Initiative der Selbsttätigkeit der vereinigten und sich zu solchen Kooperativen vereinigenden Produzenten aus

der Bauernschaft nicht unterdrückt werde und daß die Quantität der von ihnen erzeugten Produkte sich nicht verringere, sondern anwache

2. Die verschiedenen Arten der Landwirtschafts- und Gewerbestandards im Gouvernements- und Bezirksmaßstabe den entsprechenden Verbänden der Konsumvereine mit den Rechten von autonomen Produktionssektionen unterzuordnen. Dabei wird die Landwirtschafts- und Gewerbestandards vollstän- dig vom Obersten Volkswirtschaftsrat und vom Landwirtschaftskommissariat verwaltet, und die Unterordnung unter die Konsumkooperation soll nur einen administrativ-politischen Charakter tragen.

Die konsequente Durchführung der Grundsätze, die den Dekreten vom 20. März 1919 und vom 27. Januar 1920 zugrunde liegen, in der von vorliegender Resolution angegebenen Richtung wird zur Reorganisation der Kooperation führen, die sich aus einer engen Form der Vereinigung einzelner privilegierter Bevölkerungsgruppen unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft in neue Kooperativformen verwandeln wird, die den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Diktatur des Proletariats entsprechen und in Zukunft der Organisation der Versorgung der Bevölkerung nach kommunistischen Prinzipien als Grundlage dienen können.

• . •

Ueber die Organisationsfrage.

§ 1.

Die laufenden Organisationsaufgaben unserer Partei sind immer in engster Weise mit ihren laufenden gesamt-politischen und sozialökonomischen Aufgaben verbunden. Im Zusammenhang mit dem Uebergang zu den wirtschaftlichen Aufgaben steht unsere Partei im gegebenen Augenblick vor einer besonderen Organisationsaufgabe. Die Partei wird, in Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Aufgaben, ihre Reihen umbauen und eine radikale Umgruppierung der Kräfte vornehmen müssen.

§ 2.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, allen ihren Mitgliedern ohne Ausnahme klarzulegen, daß in der gegenwärtigen Epoche, wo die Kommunistische Partei Rußlands für das wirtschaftliche Leben des Landes verantwortlich ist, die größte und unscheinbarste Arbeit auf dem Wirtschaftsgebiet eine im höchsten Grade wichtige und verantwortungsvolle Parteiarbeit ist.

Die Hauptarten der Parteiarbeit sind gegenwärtig: die Arbeit der Kol-

lektive in den Fabriken und Werken, die Arbeit der Parteiorganisationen auf den Eisenbahnen und beim Verkehr überhaupt, die Durchführung der verschiedenen Arten von Arbeitspflicht, die Arbeit der Kommunisten in den Heizmaterialorganisationen, in den öffentlichen Speisehallen, Kasernen, Hauskomitees, die Remonte und die Organisation des richtigen Funktionierens der Badestuben, die Säuberung und die Remonte der Häuser, die Leitung der Arbeit in Volksgärten, Schulen, Institutionen der sozialen Fürsorge usw.

§ 3.

Die wichtigste Organisationsaufgabe der Partei in ihrem Ganzen besteht darin, alle sechshunderttausend Parteimitglieder, die zu ihren Reihen gehören, richtig zu verteilen und mit Parteiarbeit zu versehen. Der Regel nach muß die örtliche Organisation jedem Mitglied eine Parteiarbeit erteilen, die seiner Fachkenntnis oder seinem Beruf entspricht. Die Umgruppierung der Parteikräfte muß in jeder Stadt, in jedem Gouvernement, in jeder Fabrik vom Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung im Produktionsprozeß vorgenommen werden; in erster Linie müssen die wichtigsten Unternehmen mit Arbeitern, die Kommunisten sind, versorgt werden; innerhalb dieser Unternehmen aber müssen die Kommunisten derartig verteilt werden, daß jede Werkstätte einen starken kommunistischen Initiativstamm hat. Unter diesem Gesichtswinkel gruppiert das Zentralkomitee die Parteikräfte im gesamtstaatlichen Maßstabe um.

§ 4.

Um die in § 3 angeführte Aufgabe mit Erfolg durchzuführen, muß die Registrierung der Parteimitglieder in allen Organisationen auf der nötigen Höhe stehen. Der Registrierung muß das System der einheitlichen Parteilegitimation zugrunde gelegt werden. Bei der Durchführung der Registrierung der Parteimitglieder müssen die örtlichen Organisationen wie das Zentralkomitee ihre besondere Aufmerksamkeit auf den Beruf des Parteimitglieds lenken, auf seine wirtschaftlich-organisatorische Erfahrung und auf die Rolle eines jeden Parteimitglieds bei der Arbeit der Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes.

§ 5.

Auf Grund von genauer Registrierung der Parteimitglieder muß zur systematischen Verteilung der Parteikräfte wie auch darnach gestrebt werden, daß sich immer größere Massen der Parteimitglieder allmählich von der engeren und minder verantwortungsvollen Arbeit zu umfangreicherer und mehr verantwortungsvoller Arbeit erheben. Um diese grundlegende Aufgabe ins Leben umzusetzen, empfiehlt der Kongreß folgende Maßnahmen:

- a) Jedes niedere Kollektiv übergibt einmal im Monat oder einmal in zwei Monaten dem entsprechenden höheren Organisationskollektiv eine Liste, die 5 bis 10 Prozent des Bestandes des niederen Kollektivs enthält, mit der Angabe ihrer früheren Arbeit und der Arbeiten, für die das gegebene Kollektiv die in der Liste angeführten Genossen zu empfehlen für nützlich hält. Eben solche Listen werden periodisch von den Bezirkskomitees dem Gouvernementskomitee, von den Gouvernementskomitees dem Zentralkomitee zugestellt. Dabei wird allen Kollektiven empfohlen, bei der Zusammenstellung dieser Listen aufmerksam und vorsichtig zu sein, und darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Kollektivs für ihre Empfehlung gegenseitige Bürgschaft zu leisten haben.
- b) Um die neuen Kräfte der Parteiarbeiter schneller und erfolgreicher für die wirtschaftliche Arbeit zu mobilisieren, müssen alle Parteiorganisationen ihre Aufmerksamkeit den kommunistischen Fraktionen zuwenden, die in parteilosen Organisationen wirken, d. h. den Fraktionen der Gewerkschaften, der Sowjets usw. Diese Fraktionen müssen verpflichtet werden, ebensolche Listen zu führen, wie dies oben in bezug auf die Parteikollektive angegeben ist.
- c) Dieselbe Aufgabe müssen die Parteiorganisationen insbesondere bei der Organisation von parteilosen Konferenzen verfolgen. Auf jeder parteilosen Konferenz muß die Parteiorganisation eine Gruppe Genossen haben, die den Bestand der Konferenz studieren, um passende Sowjetfunktionäre auszuscheiden, denen eine entsprechende Arbeit übergeben werden könnte. Hierbei ist es notwendig, umfangreiche parteilose Konferenzen zu veranstalten, die sorgfältig vorbereitet und den praktischen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaues gewidmet werden müssen, nicht nur hauptsächlich in den Bezirken der großen Städte und nicht nur in den Städten überhaupt, sondern auch in den Dörfern und unter der Roten Armee und der Miliz, und insbesondere unter den Frauen und der Jugend.
- d) Die örtlichen Parteiorganisationen müssen besondere Initiative offenbaren, um andere praktische Maßnahmen vorzuschlagen, die zum Ziele führen könnten.

§ 6.

Die Kommunisten in den Fabrikunternehmen haben keinerlei Vorzüge vor den übrigen Arbeitern, sie haben nur höhere Pflichten, jeder von ihnen muß im alltäglichen Leben seines Unternehmens das Muster der Pünktlichkeit, Genauigkeit und des Arbeitseifers bleiben. Die Parteizellen in den Produktionsunternehmen müssen, ohne sich in die Verwaltung derselben einzumischen, darauf achten, daß die Anordnungen der Verwaltung un-

bedingt erfüllt werden, müssen der Verwaltung und den Betriebsausschüssen bei allen Schritten, die auf die Hebung der Produktivität der Arbeit gerichtet sind, mit ihrer Parteiautorität und ihrem Einfluß beistehen und dafür sorgen, daß ihr Einfluß auf die ganze Masse der Arbeitenden zunehme.

§ 7.

Bei den allgemeinen Arbeitsmobilisationen zu Arbeitszwecken und bei Durchführung von kommunistischen Samstags- und Sonntagsarbeiten sind die örtlichen Komitees verpflichtet, den vorhandenen Instruktionen gemäß sorgfältig auf das Benehmen der Parteimitglieder zu achten. Diejenigen, die sich in dieser oder jener Form der Erfüllung ihrer Arbeitspflicht entziehen, müssen nicht nur aus den Parteiorganisationen entfernt, sondern auch in schwarze Listen eingetragen werden, damit sie fernerhin nicht Aemter bekleiden können, die das Vertrauen der Gesellschaft erfordern.

§ 8.

Die Parteipropaganda muß immer mehr die wirtschaftliche Richtung einschlagen, einen konkreteren Charakter annehmen und durch Bekanntmachung der breiten Massen mit dem, was die Partei im Kampf mit dem wirtschaftlichen Verfall usw. tut, zum Verständnis für den Kommunismus führen.

Die Parteipresse muß den organisatorisch-wirtschaftlichen Fragen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, mit ungleich größerer Vollständigkeit, Genauigkeit und Anschaulichkeit den Gang des industriellen Lebens, die Erfolge und Mißerfolge der einzelnen Unternehmungen, das Anwachsen und den Niedergang der Produktivität der Arbeit widerspiegeln, muß die Verdienste einzelner Parteimitglieder, Gruppen u. a. hervorheben. Die Parteipresse muß zum machtvollen Organ der Anregung des Arbeitseifers werden. Besondere Aufmerksamkeit verlangt die fernere Entwicklung der Parteischulen (des höheren, niederen und des Instrukorentypus) zur Vorbereitung auf wirtschaftlich-administrativem Gebiet.

Das Zentralkomitee muß Lehrpläne und ein Musterprogramm für derartige Schulen ausarbeiten und besondere Aufmerksamkeit auf die Verbreitung der elementaren, technischen Kenntnisse und auf die Ausnutzung aller technischen Methoden zu diesem Zweck verwenden.

Der Kongreß hält es für notwendig, die Arbeit unter den Parteimitgliedern in der Richtung, die in der entsprechenden Resolution der im Dezember stattgefundenen Gesamtrussischen Parteikonferenz angegeben ist, zu verstärken. Der Kongreß hält die Herausgabe eines Bulletins des Zentralkomitees als Richtschnur für Agitation und Propaganda für wünschenswert.

§ 9.

Bei der ganzen Arbeit der Verteilung der Parteimitglieder zu organisatorisch-wirtschaftlicher Tätigkeit, darf die Parteiorganisation es sich auf keinen Fall zur Aufgabe machen, die Sowjets zu ersetzen oder mit ihnen in irgend einer Weise zu konkurrieren. Die gesamte Arbeit der Parteiorganisationen auf diesem Gebiet muß sich durch Vermittlung der entsprechenden Sowjetorgane vollziehen. Auf diesem Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen den Parteiorganisationen und den Sowjets muß möglichst große Klarheit und Deutlichkeit herrschen, wie dies von der Partei in der Resolution des III. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands, im Parteistatut und in den auf der letzten Gesamtrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands gefaßten Beschlüssen angeführt ist.

§ 10.

Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit, die organisatorische und propagandistische Arbeit unter der Bauernschaft, besonders unter dem landwirtschaftlichen Proletariat zu verstärken, zu welchem Zweck besondere Kader von Funktionären vorzubereiten sind.

§ 11.

Zur Erreichung von Gleichförmigkeit im Bau der örtlichen Organisationen und ihrer Abteilungen muß das Zentralkomitee als Ergänzung zum Statut ein einheitliches Schema ausarbeiten, mit genauer Angabe der Aufgaben und der Wechselbeziehungen des Parteikomitees.

§ 12.

Die Parteikomitees vereinigen die ganze Parteiarbeit auf dem gegebenen Territorium. Alle Parteimitglieder der Zelle auf dem gegebenen Territorium gehören zum Bestand der entsprechenden Parteibezirke, genießen alle Rechte und erfüllen alle Pflichten von Mitgliedern. Die Vereinigung von Parteimitgliedern nach irgend einem anderen Merkmal mit besonderer Unterordnung unter das Zentralkomitee (in der Art der Organisation der politischen Hauptverwaltung des Verkehrswesens) ist nur in besonders ausschließlichen Fällen auf besondere Verfügung des Zentralkomitees zulässig. In diesen Fällen muß der engste Kontakt zwischen den zu schaffenden Organen und den örtlichen Parteikomitees auf die Weise gesichert werden, daß das örtliche Parteikomitee einen Kandidaten für den Posten des Leiters eines solchen Parteiorgans aufstellt. Das Zentrum des letzteren hat das Recht, diesen Kandidaten zu bestätigen oder begründet abzulehnen. Das Recht der motivierten Ablehnung, aber durchaus

nicht der selbständigen Beseitigung hat auch das Parteikomitee. Es wird als notwendig erachtet, daß der betr. Leiter dem örtlichen Parteikomitee angehöre. Im Fall der Schaffung eines solchen Organs behält das Parteikomitee das Recht, die Parteimitglieder, die in der gegebenen politischen Abteilung registriert sind, nur mit Einverständnis des letzteren umzugruppieren. Die politische Abteilung gruppiert die unter ihrer Leitung stehenden Kräfte nur mit Wissen des Parteikomitees um.

§ 13.

Der Kongreß beauftragt das Zentralkomitee, seinen Arbeitsplan derart auszuarbeiten, daß

1. das Sekretariat durch drei Mitglieder des Zentralkomitees, die beständig im Sekretariat arbeiten, verstärkt werde,
2. dem Sekretariat alle laufenden Fragen organisatorischen und vollziehenden Charakters übergeben werden, während dem aus fünf Gliedern des Zentralkomitees bestehenden Organisationsbüro die allgemeine Leitung der organisatorischen Arbeit des Zentralkomitees überlassen bleibt.

§ 14.

Der Kongreß erachtet es für notwendig zu bestätigen, daß alle Parteimitglieder verpflichtet sind, sich bei ihrer Sowjetarbeit an Ort und Stelle wie im Zentrum von den Resolutionen des VII. Sowjetkongresses über den Sowjetaufbau leiten zu lassen, die unentwegt zu erfüllen sind.

§ 15.

Dort, wo Gebietswirtschaftsorganisationen geschaffen werden, kann das Zentralkomitee ein Gebietsparteibüro zur Verstärkung und Vereinigung der Parteiarbeit im gegebenen wirtschaftlichen Bezirk bilden.

§ 16.

Der Kongreß beauftragt das Zentralkomitee, die Ausarbeitung von Instruktionen zu den Parteistatuten zu beschleunigen.

Das gesamte den Sowjetaufbau betreffende Material ist der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zu übergeben.

* . *

Ueber den Uebergang zum Milizsystem.

1. Das nahende Ende des Bürgerkrieges und die günstigen Veränderungen in der internationalen Lage Sowjetrußlands setzen radikale Verände-

rungen im Militärwesen in Uebereinstimmung mit den dringenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen des Landes auf die Tagesordnung.

2. Andererseits ist es notwendig festzustellen, daß sich die sozialistische Republik, solange in den wichtigsten Weltstaaten die imperialistische Bourgeoisie an der Macht bleibt, auf keinen Fall für außer Gefahr betrachten kann.

Der weitere Gang der Ereignisse kann in einem gewissen Augenblick die Imperialisten, die den Boden unter den Füßen verlieren, von neuem auf den Weg blutiger, gegen Sowjetrußland gerichteter Abenteuer führen.

Hieraus folgt die Notwendigkeit, die militärische Verteidigung der Revolution auf der nötigen Höhe zu erhalten.

3. Der gegenwärtigen Uebergangsperiode, die einen langwierigen Charakter annehmen kann, muß eine derartige Organisation der bewaffneten Kräfte entsprechen, bei der die Werktätigen die erforderliche militärische Vorbereitung erhalten und möglichst wenig der produktiven Arbeit entzogen werden. Einem solchen System kann nur die sich auf das Territorialprinzip stützende rote Arbeiter- und Bauernmiliz entsprechen.

4. Das Wesen des Sowjetmilizsystems muß in der möglichsten Annäherung des Heeres an den Produktionsprozeß bestehen, sodaß die lebendige menschliche Kraft bestimmter wirtschaftlicher Bezirke zugleich die lebendige menschliche Kraft bestimmter Truppenteile bildet.

5. Bei der territorialen Verteilung müssen die Milizabteilungen (Regimenter, Brigaden, Divisionen) derartig der territorialen Verteilung der Industrie angepaßt werden, daß die Industrieherde mit der sie umgebenden und zu ihnen neigenden landwirtschaftlichen Peripherie die Basis für die Milizabteilungen abgeben.

6. Organisatorisch muß sich die Arbeiter- und Bauernmiliz auf Kader stützen, die in militärischer, technischer und politischer Hinsicht gut vorbereitet sind, denen beständig von ihnen ausgebildete Arbeiter und Bauern zur Verfügung stehen, die sie in jedem Augenblick ihrem Milizbezirk entziehen, mit ihrem Apparat umfassen, unter das Gewehr stellen und in den Kampf führen können.

7. Der Uebergang zum Milizsystem muß notwendigerweise allmählich vor sich gehen, in Uebereinstimmung mit der militärischen und international-diplomatischen Lage der Sowjetrepublik, unter der Bedingung, daß die Verteidigungsfähigkeit der letzteren in jedem Augenblick auf der nötigen Höhe bleibe.

8. Bei der allmählichen Demobilmachung der Roten Armee müssen ihre besten Kader am zweckmäßigsten, d. h. den Bedingungen der örtlichen Produktion und Lebensweise am meisten angepaßt, auf dem Territorium des Landes verteilt werden, wodurch der fertige Verwaltungsapparat der Milizabteilungen gesichert werden muß.

9. Der Personalbestand der Milizkader muß darauf allmählich in der

Richtung des engsten Kontaktes mit dem Wirtschaftsleben des gegebenen Bezirks erneuert werden, so daß der Kommandobestand einer Division, die auf einem Territorium untergebracht ist, das z. B. eine Gruppe von Bergwerken mit der angrenzenden Dorfperipherie umfaßt, aus den besten Elementen des örtlichen Proletariats bestehe.

10. Zu Zwecken der oben erwähnten Erneuerung der Kader müssen die Kurse des Kommandobestandes territorial in Uebereinstimmung mit den wirtschaftlichen Milizbezirken verteilt werden, und diese Kurse müssen von den besten Vertretern der örtlichen Arbeiter und Bauern absolviert werden.

11. Die auf dem Milizprinzip beruhende militärische Vorbereitung, die die hohe Kampftätigkeit des Milizheeres sicherstellen muß, wird bestehen:

- a) aus der Vorbereitung vor dem Einberufungsalter; auf diesem Gebiet arbeitet das Militärressort Hand in Hand mit dem Kommissariat für Volksaufklärung, den Gewerkschaften, den Parteiorganisationen, dem Jugendverbände, den Sportinstitutionen u. a.;
- b) aus der Ausbildung der Bürger des Einberufungsalters, mit einer immer kürzeren Dauer und immer größerer Annäherung der Kaserne an den Typus der kriegspolitischen Schule;
- c) aus kurzfristigen Wiederholungsübungen, deren Zweck die Prüfung der Kampffähigkeit der Milizabteilungen ist.

12. Die zur militärischen Verteidigung des Landes bestimmte Organisation der Milizkader muß in notwendigem Maße der Arbeitspflicht angepaßt sein, d. h. sie muß fähig sein, Arbeitsabteilungen zu bilden und sie mit dem notwendigen Instruktorapparat zu versehen.

13. Sich in der Richtung der Verwandlung in ein bewaffnetes kommunistisches Volk entwickelnd, muß die Miliz in der gegenwärtigen Periode in ihrer Organisation alle Merkmale der Diktatur der Arbeiterklasse beibehalten.

Ueber die Wechselbeziehungen zwischen den politischen Abteilungen und den Parteikomitees.

Die Wechselbeziehungen zwischen den politischen Abteilungen der Eisenbahnlinien und den örtlichen Parteiorganisationen müssen genau fixiert werden in der Resolution über die Organisationsfrage in der Richtung, daß die Leiter der örtlichen Organe der politischen Hauptverwaltung des Verkehrswesens von den Parteikomitees aufgestellt und von der politischen Hauptverwaltung bestätigt werden, wobei es wünschenswert ist, daß die Leiter der politischen Abteilungen der Eisenbahnen oder Bezirke Mitglieder des örtlichen Parteikomitees sind. Bei der Verteilung der Kräfte der Eisenbahnkomitees ist folgende Regel zu beobachten: die politischen Abteilungen verteilen die Kräfte mit Vorwissen der örtlichen Parteikomitees, die Partei-

komitees aber nur im Einverständnis mit den politischen Abteilungen. Die politische Hauptverwaltung des Verkehrswesens arbeitet unter der unmittelbaren Leitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands.

Ueber die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat.

In Anbetracht der Bedeutung, die die Beteiligung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Parteiarbeit hat, und der Rolle, die die Frauen der Arbeiterklasse und der armen Dorfbevölkerung im ganzen Wirtschaftsleben und beim Aufbau der Sowjetrepublik spielen, besonders im Zusammenhang mit den laufenden Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks — dem Kampf mit der Zerrüttung der Produktion und der Verpflegung, der öffentlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln und Erziehung, dem Kampf mit der Unwissenheit und anderen Aufgaben, hält der IX. Gesamtrussische Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands (der Bolschewiki) die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat für eine der dringendsten Aufgaben des Augenblicks und einen unerläßlichen Teil unserer Parteiarbeit.

Der IX. Gesamtrussische Kongreß schlägt allen Gouvernementskomitees, Bezirkskomitees und kommunistischen Zellen vor, der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und an derselben den regsten Anteil zu nehmen, an unseren Parteikomitees Abteilungen für Arbeiterinnen zu organisieren, wo solche noch nicht vorhanden sind, und die Arbeit dort intensiv zu gestalten, wo sie vorhanden sind (gemäß der Instruktionen des Zentralkomitees); hierbei sind die verantwortlichen Organisatoren und die Leiter dieser Abteilungen aus der Mitte der besten Parteifunktionäre zu wählen.

Der Kongreß schlägt den Parteiorganisationen vor, sich an Ort und Stelle an der Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften zu beteiligen, die Arbeiterinnen zur Beteiligung an der Arbeitspflicht und den kommunistischen Samstagen heranzuziehen.

Der Kongreß weist auf die Notwendigkeit hin, intensiv unter den Bäuerinnen und Arbeiterinnen zu wirken, um die Unkenntnis des Lesens und Schreibens zu liquidieren durch Organisation von Schulen für Erwachsene, Einrichtung von Lesehallen und von Diskussionen über die Fragen des Tages.

Die ernste Arbeit unter dem weiblichen Proletariat der Stadt und des flachen Landes und die aktive Beteiligung aller Mitglieder der Kommunistischen Partei an dieser Arbeit werden ihren Reihen neue unausgenutzte Kräfte, neue Funktionäre auf allen Gebieten des Sowjetaufbaus und neue Kämpfer für die Verwirklichung der kommunistischen Ordnung zuführen.

**VON DER TÄTIGKEIT
DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE**



*An die Arbeiter Deutschlands,
an die Arbeiter der ganzen Welt.*

Über den Bürgerkrieg in Deutschland.

Wie die Kämpfe auch unmittelbar enden mögen, die sich gegenwärtig auf den Straßen der deutschen Städte abspielen, die sich unter unseren Augen entwickelnden Ereignisse bilden eine der bedeutendsten Seiten in der Geschichte der internationalen proletarischen Revolution.

Während anderthalb Jahren hat die Regierung der weißen Sozialdemokraten, der Mörder Karl Liebnechts und Rosa Luxemburgs, systematisch die deutschen Arbeiter entwaffnet und die Söhnlein der deutschen Bourgeoisie bewaffnet. Die weiße Sozialdemokratie bahnte den weißen Generälen den Weg. Und als es diesen weißen Generälen schien, daß sie bereits stark genug und daß die deutsche Revolution durch die verräterische Sozialdemokratie demoralisiert genug sei, da versuchten sie eine gegenrevolutionäre Umwälzung in Deutschland zu vollziehen.

Doch sie hatten sich verrechnet. Ein elektrischer Funke durchzuckte alle Proletarier Deutschlands ohne Ausnahme. Die feige Bande der Ebert und Noske floh aus Berlin aus Furcht vor ihren eigenen Generälen. Doch das heldenmütige Berliner Proletariat schob durch eine einzige machtvolle Kraftanstrengung die Regierung der weißen Generäle beiseite, die bloß einige Tage zu existieren vermochte. Die Gegenrevolution der Generäle wirkte

Wunder; sie öffnete auch jenen rückständigen Schichten der Werk-tätigen die Augen, die, demoralisiert durch die Propaganda der gelben Sozialdemokratie, bisher der Regierung Eberts und Noskes vertraut hatten. Mit einem machtvollen Stoß drängte das Berliner Proletariat die Bande der Lüttwitz und Kapp aus seiner Stadt. Die Flamme des Generalstreiks verbreitete sich fast über ganz Deutschland. Das deutsche Proletariat, das von den gelben Sozialdemokraten dreifach verraten und betrogen worden war, das die Schlächter Noskes enthauptet hatten und das in manchen verspielten Schlachten verblutet war, trat zum Schrecken der gesamten Bourgeoisie und zur Überraschung der ganzen kleinbürgerlichen Sozialdemokratie als gigantische Klasse vor der ganzen Welt auf.

Als daher der Generalstreik im Gange war und die deutschen Arbeiter zu den Waffen griffen, begannen sich die weißen Sozialdemokraten aufs neue mit den weißen Generälen auszusöhnen. Angesichts des roten Gespenstes des Kommunismus schlossen sich die verräterische Sozialdemokratie und die gegenrevolutionäre Bourgeoisie wiederum zu einem einigen Block, zu einer einigen, reaktionären Masse zusammen. Der Henker Ebert beabsichtigt morgen im Kampf gegen die Kommunisten die Baltikumtruppen zu benutzen, dieselben Truppen, die gestern Ebert gezwungen haben, aus Berlin zu flüchten. Das Ruhrgebiet, wo die heldenhaften Arbeiter die Macht ergriffen und sich gerüstet haben, umzingeln reaktionäre Truppen und wollen es durch Hunger niederringen. Ebert und Noske wenden den deutschen Arbeitern gegenüber dieselben Mittel an, die die reaktionären deutschen Generäle vor zwei Jahrzehnten in Afrika gegen die widerspenstigen Kolonien angewandt haben, deren Bewohner durch Hunger und Durst bezwungen wurden. Und die räuberischen Ententeregierungen, die eine meir oder minder formelle Neutralität bewahrten, als es sich um einen Streit zwischen den eigenen Leuten handelte, als die Regierungen Ebert und Kapp sich bekämpften, sind jetzt bereit, besondere reaktionäre Truppen auszuwählen, um in Deutschland einzudringen und den Henkern des deutschen Proletariats im Kampf gegen die herannahende proletarische Revolution Hilfe zu leisten.

Aber trotz alledem entwickelt sich die proletarische Bewegung in Deutschland mit bewunderungswürdiger Hartnäckigkeit. Die deutschen Arbeiter halten bereits drei große Gebiete des Landes in den Händen. Die deutschen Arbeiter haben Waffen erhalten. Das ist die Hauptsache. Und es gibt keine Macht in der Welt, die den deutschen Arbeitern die Waffen wieder nehmen könnte, da sie eingesehen haben, daß die militärische Diktatur unvermeidlich wird, wenn die Arbeiter noch einmal entwaffnet werden. Unter unerhört

schwierigen Umständen entstand die Rote Armee in Deutschland. Und sie wächst trotz alledem, zum Schrecken der Unterdrücker des Proletariats und zur Freude der Arbeiter aller Länder. Das Entstehen einer ständigen Roten Armee, wenn auch vorläufig noch einer geringen, ist von ungeheurer Bedeutung für das Geschick der proletarischen Revolution in Deutschland. Eine wichtige Eroberung ist es auch, daß die Landarbeiter und Knechte in großer Zahl sich den aufständischen städtischen Proletariern anschließen, sich rüsten und den Vorkämpfern der Städte als Reserve zu Hilfe eilen.

Der Bürgerkrieg in Deutschland wird nicht eher enden, als bis der Sieg in den Händen der Arbeiter ist. Weder neuer Verrat der „Führer“ der Gewerkschaften noch faule Kompromisse, welche von dem rechten Flügel der Unabhängigen, die sich durch nichts von den Scheidemännern unterscheiden, ausgeheckt werden, können die Macht der Bourgeoisie retten. Die Lehre war zu anschaulich, der Stoß, der das ganze Arbeiterdeutschland in Bewegung setzte, war zu mächtig. Der Weg der Arbeiter Deutschlands zur Macht ist mit Dornen bedeckt. Die Bourgeoisie und ihre Diener, die weißen Sozialdemokraten, leisten hartnäckigen Widerstand. Doch nichts kann die bürgerliche Herrschaft retten. Der Thron der Bourgeoisie ist auch in Deutschland ins Wanken geraten. Wenn die französischen und englischen Kapitalisten auch morgen ihre Truppen zur Bezähmung der deutschen Arbeiter entsenden, übermorgen werden sie mit Schrecken sehen, wie die von ihnen entsandten Soldaten mit den deutschen Arbeitern fraternisieren. Die Intervention der französischen und englischen Kapitalisten wird die Welle des Kommunismus nach England und Frankreich zurückfluten lassen und die heranreifende proletarische Revolution in diesen Ländern nur beschleunigen. Die Bourgeoisie kann ihrem Geschick nicht entgehen. Die proletarische Revolution und die Errichtung der Sowjetmacht in ganz Europa ist ebenso unvermeidlich, wie es unvermeidlich ist, daß nach der dunklen Nacht der Morgen tagt.

Was hat der Versuch des gegenrevolutionären Umsturzes in Deutschland den Arbeitern aller Länder bewiesen? Mit greller Deutlichkeit hat dieser Versuch wieder- und wiederum bewiesen, wie recht die Kommunistische Internationale hatte, als sie erklärte: in der beginnenden Epoche des Bürgerkrieges sind nur zwei Diktaturen möglich. Entweder die Diktatur des Proletariats, die die ganze Menschheit befreit, und das gesamte Leben auf kommunistische Grundlage umbaut, oder die Diktatur der reaktionärsten brutalsten Bourgeoisie und der Generäle, die die Schlinge um

den Hals der Arbeiterklasse zuziehen und die Menschheit zu neuen Kriegen führen. Entweder die eine oder die andere Diktatur. Es gibt kein drittes.

Dank den Verrätereien der deutschen Sozialdemokratie ist die deutsche Revolution einen Kreuzesweg gegangen. Anderthalb Jahre lang hat sie sich von Fall zu Fall in absteigender Linie bewegt. Jetzt ist aber der Kelch bis zur Neige geleert. Der deutschen Arbeiterklasse ist ein neuer Stern aufgegangen. Die deutsche Revolution geht wieder in aufsteigender Linie vorwärts, und sie wird zum völligen Siege gelangen.

Der Sieg der Sowjetmacht in Deutschland bringt die Sache der proletarischen Revolution in allen Ländern mit Riesenschritten vorwärts. Der Bund zweier Sowjetrepubliken — Rußland und Deutschland — stärkt sowohl die eine wie die andere und eröffnet den deutschen und russischen Arbeitern den Weg zur Regelung des Wirtschaftslebens und zur Rettung des Volkes vor Hunger. Der Bund beider Sowjetrepubliken wird zu einem ungeheuren Magnet werden, der die Herzen der Proletarier der ganzen Welt anziehen wird. Und dem Bund der beiden Sowjetrepubliken werden sich eins ums andere neue Länder anschließen, in denen die Diktatur des Proletariats siegen wird.

Arbeiter Deutschlands! Ihr seht nun alle ein, wohin die Politik der weißen Sozialdemokratie führt. Ihr seht nun mit voller Klarheit, wie Scheidemann und Ebert Euch an die deutsche Bourgeoisie verraten. Ihr seht nun, wie die von Ebert und Scheidemann entsandten Banden nicht nur Kommunisten niederknallen, sondern auch, wie in Adlershof, sozialdemokratische Arbeiter, die mit den Waffen in der Hand gegen die Reaktion kämpfen wollen. Rüstet Euch, deutsche Proletarier! Überall, wo Ihr nur Waffen bekommen könnt, nehmt sie in Eure Hände. Errichtet Sowjets! Die Verhältnisse, die sich jetzt gestalten, werden den Sowjets neues Leben einhauchen. Die gelbe Sozialdemokratie kann die Sowjets jetzt nicht mehr erwürgen, wie sie es vor einem Jahre tun konnte. Baut Eure Rote Armee aus! Schafft überall, wo es möglich ist, rote Truppen, ohne die Sache einen Augenblick hinauszuschieben. Fahrt fort, weiter vorzudringen unter dem Banner des Kommunismus und derjenigen, die Euch nicht durch ein Lippenbekenntnis, sondern durch die Tat unterstützen. Der Kampf wird erst dann seinen Abschluß finden, wenn Ihr die Regierung der Sozialverräter, der Agenten der Bourgeoisie vernichtet habt. Die Sozialdemokraten jetzt am Ruder lassen, das hieße in kürzester Frist einen neuen gegenrevolutionären Umsturz seitens der Generäle Wilhelms heraufbeschwören, — dann aber einen

besser durchdachten, besser vorbereiteten, organisierteren, der bereits im engen Bündnis mit den Sozialverrätern durchgeführt wird.

Arbeiter Österreichs! Werdet Ihr wirklich warten, bis auch Eure eigenen Lüttwitz und Kapp, der Liebedienerei der Renner und Bauer überdrüssig, sie verjagen, um die Säbeldiktatur zu errichten? Werdet Ihr wirklich warten, bis die Söhnlein der Grundherren und Bourgeois sich noch besser bewaffnen und Euch noch gründlicher entwaffnen, um mit noch größerer Kraft auf Euch loszustürzen, als es die Feinde des Volkes in Deutschland tun?

Arbeiter der Ententeländer! Arbeiter Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens! Seht Euren Machthabern genau auf die Finger! Wisset: sie beabsichtigen die siegende proletarische Revolution in Deutschland zu erwürgen. Wisset: es gibt keinen Verrat, keine Niederträchtigkeit, deren die Imperialisten, die in Euren Ländern am Ruder stehen, nicht fähig wären, um die deutsche Revolution zu zertreten. Helft Euren Brüdern, den deutschen Arbeitern! Durch Eure Kundgebungen, Eure Aktionen, Eure Vorbereitung, macht es der ganzen Welt und vor allen Dingen den herrschenden Klassen Eurer eigenen Länder klar, daß Ihr den englischen, französischen und belgischen Kapitalisten nicht gestattet, die deutschen Arbeiter zu erwürgen.

Französische, englische und belgische Soldaten! Wenn man Euch gegen Eure Brüder, die aufständischen deutschen Arbeiter, schickt, wenn man Euch zwingt, die Bajonette gegen die hungern den deutschen Proletarier, ihre Frauen und Mütter zu richten, wendet diese Bajonette gegen Eure eigene bürgerliche Obrigkeit, geht über zu den Aufständischen, verbrüdert Euch mit ihnen. Bedenkt, daß es kein größeres Verbrechen für einen ehrlichen Werktätigen gibt, als seine Hände mit dem Blut der Arbeiter eines anderen Landes zu färben. Wisset: die deutschen Arbeiter kämpfen für Brot, für Frieden, für Freiheit. Wisset: der Krieg nimmt erst dann ein Ende, wenn wir mit eiserner Hand der Macht der Kapitalisten ein Ende machen.

Mit verhaltenem Atem verfolgen die Arbeiter aller Länder den heldenhaften Kampf der ruhmvollen deutschen Proletarier. Die werktätigen Massen der ganzen Welt hegen liebevoll die unter unseren Augen erwachende deutsche proletarische Revolution.

Es lebe der letzte entscheidende Kampf!

Es lebe die proletarische Revolution in Deutschland und in der ganzen Welt!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

25. März 1920.

An den III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß.

Werte Genossen!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale übersendet Eurem Kongreß einen brüderlichen Gruß.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vertritt seit dem Beginn seiner Tätigkeit den Standpunkt, daß die Kommunistische Internationale ein Organismus sein soll, der nicht nur die Parteiorganisationen der Arbeiter vereint, sondern auch die Produktionsverbände und alle anderen ökonomischen Organisationen des Proletariats. In dieser Beziehung wünscht die Kommunistische Internationale die Traditionen ihrer glorreichen Vorgängerin, der Ersten Internationale (der internationalen Arbeiterassoziation) wiederaufleben zu lassen, deren Führer Marx und Engels waren.

Auf der Tagesordnung Eures Kongresses steht die Frage einer internationalen Organisation der Gewerkschaften, und diese Frage ist wirklich von großer Bedeutung. Die Sozialverräter aller Länder sind mit Hilfe und im Auftrag des internationalen Kapitals bestrebt, die gelbe Gewerkschaftsinternationale wiederzuerrichten. Die II. Internationale ist zusammengestürzt wie ein Kartenhaus. Alles im internationalen Sozialismus, was ehrlich war, flüchtete vor der verräterischen II. Internationale wie vor der Pest. Die gelben Sozialdemokraten hoffen aber durch die Gewerkschaften Revanche zu nehmen. Und hier hatten sie bis vor kurzem noch einigen Erfolg.

Gegenwärtig ist es die große historische Mission der ruhmvollen russischen Gewerkschaften, die Initiative zu ergreifen zur Gründung einer wahrhaft proletarischen internationalen Vereinigung der roten Gewerkschaften, die für die Diktatur des Proletariats sind, und bereit sind, für sie nicht Worte, sondern durch Taten zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale hält die Ansicht für irrtümlich, daß die Kommunisten sich gegen die Gewerkschaften überhaupt wenden müssen. Die Kommunistische Internationale ist überzeugt, daß den reorganisierten, den Händen der Sozialverräter entrissenen, revolutionierten Gewerkschaften, die sich der

Kommunistischen Internationale anschließen, eine große Zukunft auf dem Gebiet des kommunistischen Aufbaus bevorsteht, und daß wir daher die Gewerkschaften sehr nötig haben, sowohl in den Ländern, wo das Proletariat noch um die Macht ringt, als auch in den Ländern, wo sich diese Macht bereits in den Händen des Proletariats befindet. Daher tut die Kommunistische Internationale ihrerseits alles, was von ihr abhängt, um die beginnende Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern und den Zusammenschluß der roten Verbände in internationalem Maßstabe zu fördern. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist fest überzeugt, daß an dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Internationale die proletarischen Gewerkschaften der ganzen Welt teilnehmen werden, die auf diese Weise zu einem Teil (einer Sektion) der Kommunistischen Internationale werden.

Die revolutionären Gewerkschaften aller Länder, wo die Macht noch der Bourgeoisie und den Sozialverrätern gehört, bedürfen unserer praktischen Unterstützung. Wir sind fest überzeugt, daß Euer Kongreß den Grundstein zu einem Kampfesfonds der Unterstützung unserer ausländischen Brüder legen wird. Wir beantragen, daß Euer Kongreß beschließe, alle früheren Streikfonds der Gewerkschaften in Rußland in Anbetracht dessen, daß wir dieser Fonds nicht mehr bedürfen, dem internationalen Fonds der roten Gewerkschaften als Grundlage zu überweisen. Als der Petrograder Gewerkschaftsrat vor einigen Wochen die Petrograder Arbeiter aufforderte, den ausgesperrten schwedischen Metallarbeitern materielle Unterstützung zu leisten, da wurden im Laufe einiger Tage über 10 Millionen Rubel gesammelt. Der autoritative Beschluß Eures Kongresses kann uns zur Unterstützung der verschaffen.

Eure Stimme in der Frage der Organisation einer Internationale der roten Verbände wird über die ganze Welt ertönen.

Es lebe der III. Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß!

Es lebe die Internationale der roten Gewerkschaften!

Gruß an den Genossen Lenin.

Die Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der Vertreter der kommunistischen Parteien verschiedener

Länder, sendet dem erprobten Führer der Revolution, Gen. Lenin, ihren brüderlichen Gruß zu seinem 50. Geburtstag. Die Exekutive äußert im Namen des revolutionären Proletariats, das an der Schwelle seines Sieges in der ganzen Welt steht, ihre feste Überzeugung und sichere Hoffnung, daß Gen. Lenin bis zur endgültigen Befreiung der Menschheit an der Spitze der Bewegung stehen wird.

Es lebe der Kommunismus in der ganzen Welt, es lebe sein genialer Führer Gen. Lenin!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: Sinowjew, Radek, Bucharin, Bersin, Smeral, Rudnyanszky, Friis, Kollantai, Grimlund, Angelika Balabanoff, Alexander Bilan, Sirola, Marchlewski, Klinger, Woradki, Newgard, Lasar Schatzkin, Ture Nerman.

Vereinigung der Kommunisten in der Ukraine.

Am 16. März 1920 wurde dem Gen. Sinowjew folgendes Telegramm zugestellt:

„Die Allukrainische Konferenz der Kommunisten-Borotbisten sendet im Namen der ganzen Partei dem Führer der Kommunistischen Internationale Gen. Sinowjew ihren wärmsten Gruß. Die Konferenz hat einstimmig beschlossen, den Gen. Sinowjew zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Für das Präsidium Blakitny.“

Genosse Sinowjew antwortete mit folgendem Telegramm:

**Charkow. Allukrainische Konferenz der
Kommunisten-Borotbisten**

Danke bestens für Euer Telegramm und erlaube mir, Euch im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale folgendes zu sagen:

Die Kommunisten aller Länder, die das Schicksal der ukrainischen Revolution verfolgen, wären glücklich, zu erfahren, daß in der Ukraine von nun ab eine einzige kommunistische Partei besteht, welche die Arbeiter und die werktätigen Bauern der Ukraine im engsten Bund mit der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland zum endgültigen Sieg führt.

Die Exekutive macht Euch den Vorschlag, Genossen, in die Reihen der Kommunistischen Partei der Ukraine (der Bolschewiki)

einzutreten, — in die Reihen jener Partei, die im Lauf eines Vierteljahrhunderts den Weg zu den heutigen Siegen gebahnt hat.

Die Kommunistische Internationale ist überzeugt, daß die Einheit aller Handlungen der ukrainischen Kommunisten nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Sinowjew.

Von der Redaktion. Die Redaktion bemerkt mit Befriedigung, daß die ukrainischen Kommunisten-Borotbisten sich wirklich den Reihen der Kommunistischen Partei der Ukraine (den Bolschewiki) angeschlossen haben. So haben wir nun in der Ukraine eine einheitliche kommunistische Partei. Dieser Partei senden wir unseren Gruß.



Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Ende April fand in Petrograd eine wichtige Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt. Außer den Mitgliedern der Exekutive war eine Reihe von Genossen anwesend, die aus verschiedenen Ländern eingetroffen waren.

Es wurden viele wichtige Fragen erörtert. Über die gefaßten Beschlüsse werden die kommunistischen Organisationen besonders benachrichtigt.

Einige der gefaßten Beschlüsse führen wir in folgendem an.

I.

Der Exekutive der Kommunistischen Internationale wurde folgendes Schreiben zugestellt:

Werte Genossen!

Unseren Brief allen Zufälligkeiten der internationalen Post anvertrauend, wenden wir uns mit folgender Mitteilung an Euch.

Wir wissen nicht, ob Euch das Bestehen des syndikalistischen Verbandes von Italien (Unione Sindicale Italiana) bekannt ist. Dieser Verband ist der Vertreter der Minderheit in der Arbeiterbewegung und ist von revolutionär-syndikalistischen Bestrebungen durchdrungen. Er steht auf dem gleichen ideellen Boden wie die französischen Genossen Monatte und Pericat, sowohl in der Frage des Klassenkampfes überhaupt, als auch im Verhalten zum Krieg und zu Eurer großen Revolution.

Der Syndikalistische Verband Italiens wurde bereits vor dem Kriege gegründet. Während des Krieges schloß er aus seinen Reihen die Herren De Ambri und Konsorten aus, die den Prinzipien des Syndikalismus völlig entsagt hatten. Die Regierung hörte nicht auf, unseren Verband zu verfolgen. Alle kampffähigen Genossen wurden in Kerker oder Konzentrationslager geschlossen. Der Verband setzte jedoch seine Propaganda fort, und zählt gegenwärtig 300 000 Mitglieder unter den Land- und Fabrikarbeitern aller Gebiete Italiens.

Während des Generalstreiks vom 20.—21. Juli d. J. wurden alle revolutionären Mitglieder des Syndikalistischen Verbandes Italiens verhaftet, weil sie als eifrige Anhänger des Streiks nicht mit jenen einverstanden waren, die seine Dauer auf 48 Stunden beschränken wollten. Sie waren für eine größere Aktion, und zwar ohne vor-

herige Ankündigung des Beginns. Darin waren alle äußersten Elemente des Proletariats und der sozialistischen Partei mit ihnen völlig einverstanden.

Wir hielten es nicht für überflüssig, diese kurze Darlegung unserer Tätigkeit zugehen, bevor wir Euch mitteilen, daß unsere Organisation auf der Konferenz des Nationalrats, die am 24.—26. Juni stattfand, beschlossen hat, sich der mutigen III. Internationale anzuschließen. Dieser Entschluß wurde durch folgende Erwägungen begründet:

„In Anbetracht dessen, daß die von den russischen Kommunisten ausgearbeiteten Richtlinien der III. Internationale von einer Orientierung nach links zeugen und von dem Grundsatz der internationalen Abtrennung der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeitskräfte von den Sozialpatrioten und allen Anhängern des Zusammenwirkens der Klassen ausgehen;

„Gestützt auf Punkt 9 der Thesen der neuen Internationale, in welchen die russischen Kommunisten von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung, unabhängig von früheren Meinungsverschiedenheiten und Gruppierungen reden, und unsere Bewunderung für die schöpferische Arbeit der Erneuerung ausdrückend, die die russischen Genossen unternommen haben, beschließt der Syndikalistische Verband Italiens, sich der Moskauer III. Internationale anzuschließen.“

Diese Entscheidung, Genossen, entspricht völlig der Stellung, die wir seit Kriegsbeginn eingenommen haben, — unserer Weigerung an der Konferenz von Lida im Jahre 1916 teilzunehmen. Wir waren auch in allem mit den Beschlüssen der Zimmerwalder und Kienthaler Konferenzen einverstanden. Doch damals, als diese Konferenzen stattfanden, litt unser Verband unter dem schwersten Druck der Reaktion, und wir waren tatsächlich der Möglichkeit beraubt, an diesen Konferenzen teilzunehmen.

Gegenwärtig, wo die Initiative der Wiederaufrichtung der Internationale von Euch ausgeht, denen die große Ehre gebührt, eure theoretische Erfahrung auf die Zerstörung der alten demokratischen Ordnung gegründet zu haben, sind wir bereit zur Verwirklichung unserer Entscheidung zu schreiten. Teilt uns eure Antwort mit. Versucht diese nach Italien zu senden, aber schickt jedenfalls auch eine Abschrift eurer Antwort an unsere französischen Genossen (Monatte oder Pericat) in Paris und an unsere Genossen der I. W. W. in Chicago.

Sekretär des Syndikalistischen Verbandes Italiens

A. Borgi.

Aus diesem Anlaß wurde folgender Beschluß gefaßt:

Ohne vorläufig einen endgültigen Beschluß in dieser Frage zu fassen, der Unione Sindicale den Vorschlag zu machen, die Exekutive der Kommunistischen Internationale ausführlich über diese Organisation zu informieren. Gleichzeitig die italienische Partei zu bitten, ihr Gutachten über die genannte Organisation abzugeben. Nach Durchsicht dieses Materials die Frage endgültig zu entscheiden.

Ein besonderes kameradschaftliches Schreiben an die Unione Sindicale zu richten.

II.

Beschluß betreffend die Jugendinternationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale überläßt es dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, über das Organisationsverhältnis der Jugendinternationale zur Exekutive zu beschließen.

Ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, beschließt die Exekutive, vorläufig bis zum zweiten Kongreß den Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale mit beschließender Stimme in die Exekutive der Kommunistischen Internationale aufzunehmen.

Die Exekutive beschließt, einen Vertreter der Exekutive in die Jugendinternationale zu delegieren, was dem engeren Büro der Exekutive übertragen wird. Das engere Büro wird ferner beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten zur Stellungnahme der Exekutive zum Berliner Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale.

III.

Beschluß in der Frauenfrage.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale beschließt:

1. Gen. Klara Zetkin zum Sekretär der kommunistischen Frauenorganisationen zu ernennen.

2. Die nächste Konferenz der kommunistischen Frauenorganisationen zu beauftragen, eine ständige Sektion der Kommunistischen Internationale zu organisieren.

3. Bis zur bezeichneten Konferenz einer Vertreterin der Frauenorganisationen Rußlands in der Exekutive der Kommunistischen Internationale das Recht einer beratenden Stimme zu gewähren.

4. Bei der Exekutive der Kommunistischen Internationale ein Informationsbüro für die Fragen der Frauenbewegung einzurichten.

IV.

Über das holländische Bureau der III. Internationale.

Vor einigen Monaten beauftragte die Exekutive der Kommunistischen Internationale einen der holländischen Genossen in Holland ein Zweigbureau des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu gründen.

Dieses Bureau wurde gegründet. Leider hat es sich aber erwiesen, daß dieses Bureau in einigen der wichtigsten Fragen einen Standpunkt vertritt, der mit dem grundsätzlichen Standpunkt des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nicht im Einklang steht. Unter solchen Umständen blieb der Exekutive nichts anderes übrig, als die der Gruppe holländischer Genossen erteilte Vollmacht aufzuheben.

Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Wir sind überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten mit den holländischen Genossen überwunden werden. Zum Unterschied von der II. „Internationale“ verheimlichen wir nicht unsere Meinungsverschiedenheiten und lassen keine doppelsinnige Stellung zu.

Der Beschluß lautet wie folgt:

Das holländische Bureau hat in einer Reihe wichtiger Fragen (Gewerkschaftsfrage, Parlamentarismus) eine Stellung eingenommen, die der Stellung der Exekutive der Kommunistischen Internationale zuwiderläuft. Das holländische Bureau hat die Exekutive von seiner entgegengesetzten Stellung nicht in Kenntnis gesetzt, bevor es die internationale Konferenz in Amsterdam einberief.

Auf Grund dessen erklärt die Exekutive das Mandat des holländischen Bureaus für erloschen und zieht dieses Mandat zurück. Die Exekutive beauftragt ihr engeres Bureau, den holländischen Genossen einen ausführlichen Bericht darüber zu senden. Die Funktionen des holländischen Bureaus werden dem Westeuropäischen Sekretariat übertragen.


V.

Beschluß über das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Finnlands.

Auf Antrag der Vertreter der organisierten finnischen kommunistischen Arbeiter hat die Exekutive der Kommunistischen Internationale bis zur Einberufung des Kongresses der Kommunistischen Partei Finnlands ein provisorisches Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Finnlands ernannt.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß alle finnischen Genossen sich unbedingt diesem Zentralkomitee unterordnen werden. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale fordert das von allen finnischen Genossen.

In Angelegenheiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Finnlands hat man sich an die Genossen Manner, Kuusinen, Evä und Eino Rahja zu wenden.



Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Diese Zeilen widmen wir dem Andenken der Helden und Märtyrer der ersten Pariser Kommune, die vor einem halben Jahrhundert das Banner der Diktatur des Proletariats erhoben und durch die Hand der bürgerlichen Henker fielen, welche Paris mit Proletarierblut überschwemmen.

Der weiße Terror der Henker der Kommune.

(Paris, im Mai 1871.)

Die Ordnung herrschte in Paris. Ueberall Ruinen, Tote, unheimliches Knattern der Gewehre. Die Offiziere machten sich in den Straßen breit und ließen herausfordernd ihre Säbel rasseln. Die Unteroffiziere taten es ihnen an Arroganz gleich. Die Soldaten bivaktierten auf allen Hauptstraßen, einige, durch die Ermüdung und das Gemetzel abgestumpft, schliefen auf den Trottoirs, andere kochten ihre Suppen neben den Leichen, indem sie die Lieder ihrer Helmat sangen.

Die Tricolore hing zu allen Fenstern heraus, um die Haussuchungen abzuwenden. Flinten, Patronentaschen, Uniformen lagen in den Gassen der Volksviertel aufgehäuft; sie wurden aus den Fenstern geworfen oder nachts von der erschrockenen Bevölkerung gebracht. Unter den Türen saßen Frauen, den Kopf in die Hände gestützt, starr vor sich hinschend, einen Sohn oder Gatten erwartend, der nicht wiederkehren sollte.

In den reichen Vierteln tobte die Freude. Die Francs-fileurs der beiden Belagerungen, die Manifestanten des Vendômeplatzes, viele Ausgewanderte von Versailles hatten von den Boulevards wieder Besitz ergriffen. Seit Donnerstag lief dieser behandschuhte, in Seide gehüllte Pöbel den Gefangenen nach, jauchzte den Gendarmen zu, welche die Züge führten, und jubelte beim Anblick der blutigen Möbelwagen. Auf dem Boulevard des Italiens küßten „Damen“ die Stiefel der Reiter, die die Züge eskortierten. Die Philister wetteiferten mit dem Militär an Ausgelassenheit. Leute, die nicht über das Café Helder hinausgekommen waren, erzählten die Einnahme von Chateau d'Eau oder rühmten sich,

ein Dutzend Gefangener erschossen zu haben. Ausgelassene, elegante „Damen“ machten sich ein Vergnügen daraus, die Leichen zu betrachten und hoben mit ihren Sonnenschirmen die letzte Bekleidung der tapferen Toten auf, um sich daran zu ergötzen.

„Einwohner von Paris“, sagte Mac Mahon am Mittag des 28., „Paris ist befreit. Heute ist der Kampf zu Ende; Ordnung, Arbeit und Sicherheit werden aufleben.“

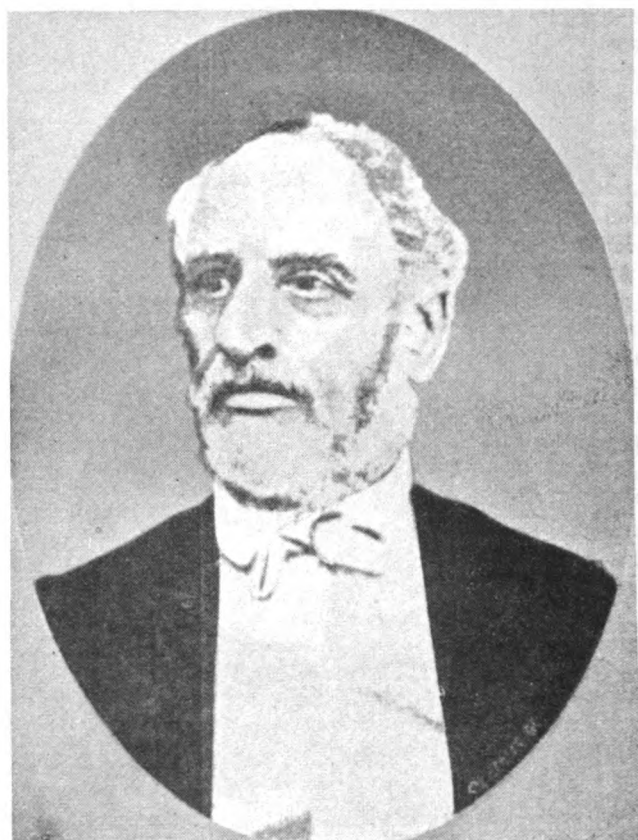
Das „befreite“ Paris wurde in vier Kommandos unter den Befehlen der Generale Vinoy, Ladmirault, Cissey und Dounay eingeteilt und wieder in den Belagerungszustand versetzt, den die Kommune aufgehoben hatte. Es gab in Paris nur noch eine Regierung, die Armee, welche Paris zerfleischte. Die Vorübergehenden wurden gezwungen, die Barrikaden abzuräumen, und jedes Zeichen von Ungeduld zog die Verhaftung, jeder Fluch den Tod nach sich. Man verkündigte durch Anschlagzettel, daß jeder Besitzer einer Waffe augenblicklich vor ein Kriegsgericht gestellt, daß über jedes Haus, aus dem geschossen würde, eine summarische Exekution verhängt würde. Alle öffentlichen Lokale wurden um 11 Uhr abends geschlossen. Von dieser Stunde ab konnten nur Offiziere in Uniform frei umhergehen. Berittene Patrouillen durchzogen nachts die Straßen. Es war schwer, zur Stadt hinein, unmöglich hinaus zu gelangen. Da die Marktleute nicht aus und ein konnten, waren die Lebensmittel beinahe ausgegangen. Nach beendigtem Kampfe verwandelte sich die Armee in ein ungeheures Exekutionspeloton. Im Juni 1848 hatte Cavaignac Pardon verheißen und doch gemordet. Thiers hatte bei den Gesetzen geschworen: er gab dem Heere jede Vollmacht. Er wurde zum Anbeter der grausamsten Maßnahmen, um dann seinen berühmten Ausspruch zu tun: „Der Sozialismus ist abgetan, und für lange Zeit.“ Später erzählte er, die Soldaten wären nicht zurückzuhalten gewesen — das ist eine Lüge: das Schlimmste fand nach dem Kampfe statt. *)

Am Sonntag wurden mehrere tausend Gefangene, die in der Umgegend des Père la Chaise aufgegriffen waren, in das Gefängnis la Roquette

*) Bei einem Weinhändler auf der Place Voltaire sahen wir Sonntag früh ganz junge Soldaten eintreten: es waren Marinefusiliere von der Altersklasse 1871. Ihre Hautfarbe war gelblich, ihre Bewegungen schwerfällig, ihr Blick umschleiert. „Gibt es viele Tote?“ fragten wir. „Ja,“ erwiderte einer von ihnen mit vertiertem Ton, „wir haben Befehl, keine Gefangene zu machen; der General will es so“ (sie konnten uns ihren General nicht nennen); „wenn sie nicht Feuer angelegt hätten, würde man nicht so mit ihnen verfahren, aber da sie es getan haben, muß man sie umbringen.“ (Wörtlich.) Hierauf fuhr er fort, indem er sich zu seinen Kameraden wendete: „Diesen Morgen ist dort (und er zeigte auf die Barrikade der Mairie) einer in der Bluse gekommen. Wir haben ihn fortgeführt. „Ihr werdet mich doch wohl nicht erschießen,“ sagte er, „O gewiß nicht.“ Wir haben ihn vor uns hergetrieben und dann — piff-paff — wie er so drollig zappelte!“



I. Dombrowski



L. Cf. Delescluze

geführt. Ein Bataillonschef stand am Eingang und musterte die Gefangenen, ohne an einen Einzigen eine Frage zu stellen, indem er nur „rechts“ oder „links“ sagte. Die zur Linken wurden sogleich erschossen. Man leerte ihnen die Taschen, lehnte sie an eine Mauer und machte sie nieder. Der Mauer gegenüber hielten zwei oder drei Pfaffen sich die Breviere vor die Nase und murmelten die Gebete der Sterbenden.

Von Sonntag bis Montag früh mordete man allein in Roquette auf diese Weise mehr als 1900 Personen. Das Blut floß in Strömen in den Gossen des Gefängnisses, dieselbe blindwütige Schlächterei ging in Mazas, in der Ecole Militaire, im Park Monceau vor sich. Die vom Prevotalgericht in Luxemburg Verurteilten wurden in den Garten geführt und an einer Terrasse erschossen. Es waren so viele Opfer da, daß die müde gewordenen Soldaten ihre Flinten auf die Verurteilten stützen mußten. Auf der Mauer der Terrasse schwamm das Gehirn umher. Die Mörder wateten in einem Sumpf von Blut.

Das waren die Schlächtereien sans phrase. Noch schrecklicher vielleicht waren die legalen Metzereien, die Prevotalgerichte, mit denen Paris seit Montag angefüllt war. An dem Gerichtstisch saßen Offiziere der Armee und der loyalen Nationalgarde, den Säbel zwischen den Beinen, die Zigarre im Munde. Das Verhör dauerte eine Viertelminute. „Haben Sie Waffen getragen? Haben Sie bei der Kommune gedient? Zeigen Sie Ihre Hände!“ — Wenn die entschlossene Haltung eines Gefangenen einen Kämpfer verriet, wenn sein Gesicht nicht gefiel, erklärte man ihn, ohne nach seinem Namen, nach seinem Beruf zu fragen, ohne in irgendein Register ein Zeichen einzutragen, für abgetan. „Und Sie?“ ging es dann weiter, und so fort bis ans Ende der Reihe, ohne die Frauen, Greise und Kinder auszunehmen. Wenn durch eine Laune irgend ein Gefangener verschont blieb, so wurde er als „Gewöhnlicher“ bezeichnet und für Versailles aufgespart. Niemand wurde freigegeben. Frisch weg überlieferte man die „Abgetanen“ den Henkern, die sie in die Kaserne Lobau führten. Hier, nachdem kaum die Türen geschlossen waren, gaben Gendarmen Feuer, ohne nur die Opfer vor einem Peloton zu gruppieren. Einige, die schlecht getroffen waren, flohen die Mauer entlang. Die Gendarmen machten Jagd auf sie und schossen sie wie das Wild nieder, bis alle tot waren. Moreau vom Zentralkomitee starb bei einer dieser Massenschlachtungen. Er wurde in der Rue Rivoli ergriffen und nach Chatelet geführt. Seine Frau lief ihm bis zu dem Tor der Kaserne Lobau nach. Da hörte sie, wie eine Salve abgefeuert wurde: man erschöß ihren Mann.

In Luxemburg wurden die Opfer des Kriegsgerichts erst in einen Keller geworfen, der wie ein langer Schlauch aussah. Durch eine einzige schmale Öffnung drang Luft hinein. Die Offiziere saßen im Saal des ersten Stockwerks. Der Saal war vollgepfropft mit Verrätern, die Aermelbinden in den Farben der Tricolore trugen, mit Polizeiagenten und Bür-

gern, die von ihrer bevorzugten Stellung Gebrauch machten, um sich von ihren Gefühlen einmal gründlich kitzeln zu lassen. Wie in Chatelet, so gab es auch hier kein Verhör: jeder Verteidigungsversuch war vergeblich. Nach Urteilspruch wurden die Gefangenen entweder in den Keller zurückgeführt oder nach dem Garten gebracht; dort erschöß man sie. Das Gehirn floß nur so an den Wänden herab. Auch hier wateten die Soldaten in Blutlachen.

So dauerte das regelrechte Gemetzel an der Kaserne Duploix, am Lyceum Bonaparte, am Nord- und Ostbahnhof, im Jardin des Plantes, in vielen Mairien und Kasernen, mit den übrigen Schlächtereien wetteifernd, fort. Die Opfer starben schlicht, ohne Prahlerei. Viele kreuzten die Arme vor den Flinten und kommandierten Feuer. Frauen und Kinder folgten ihren Gatten und Vätern, indem sie den Soldaten zuriefen: „Erschießt uns auch!“ Und man erschöß sie wirklich. Man sah Frauen, die bis dahin dem Kampf ferngeblieben waren, durch die Schlächtereien zum äußersten gebracht, in die Straßen stürzen, die Offiziere ohrfeigen, sich hierauf an eine Mauer lehnen und den Tod erwarten.

Die aus Deutschland zurückkehrenden Offiziere konnten nach Belieben ihre Wut an jenem Paris kühlen, das ihnen die Beleidigung angetan hatte, nicht zu kapitulieren; die Bonapartisten konnten an den Republikanern den alten Haß des Kaisertums auslassen und die Gelbschnäbel, die kaum aus St. Cyr entlassen waren, an den „Philistern“ ihr Probestück von Unverschämtheit versuchen. General de Lacretel gab Befehl, Cernuschki zu erschließen, dessen Verbrechen darin bestand, 200 000 Francs für den Kampf gegen das Plebiszit von 1870 geboten zu haben. Jeder einzelne von nur einiger Popularität durfte des Todes gewiß sein. Dr. Tony Moilin, der in Volksversammlungen als Redner aufgetreten war, wurde in wenigen Minuten gerichtet und zum Tode verurteilt, „nicht,“ wie seine Richter zu sagen geruhten, „weil er eine todeswürdige Handlung begangen, sondern weil er ein Republikaner gewesen sei, einer jener Männer, deren sich eine vorsichtige Regierung entledigen muß, sobald sie eine gesetzliche Gelegenheit findet.“ Die Radikalen, deren Haß gegen die Kommune am besten bewiesen war, durften den Fuß nicht nach Paris setzen, aus Furcht, ebenfalls niedergemacht zu werden.

Nicht alle hatten das Glück, vor Gericht gestellt zu werden. Viele wurden in den Höfen, vor ihrer Haustür, auf den Stadtplätzen niedergemacht, wie z. B. Dr. Napia-Piquet, der in der Rue Rivoli erschossen wurde. Seine Leiche lag den ganzen Tag über auf der Straße. Die Soldaten ließen sich die Gelegenheit nicht nehmen, ihm die Stiefel abzuziehen. Nicht besser erging es dem Klubpräses Saint-Sulpice, der nur mit dem Hemd bekleidet auf die Straße gezerrt wurde. Die Polizei war verschwunden, eine Kontrolle gab es nicht, das Militär tötete blindlings. Es richtete sich ausschließlich nach den Angaben der erbitterten Verräter

mit den dreifarbigen Aermelbinden, der Denunzianten und selbst der Beamten, die bestrebt waren, ihre Verbrechen zu vertuschen. Der erste beste Vorübergehende, der einen anderen mit einem revolutionären Namen anredete, gab Veranlassung, daß derselbe alsobald von den nach der Prämie lüsternen Soldaten erschossen wurde. In Grenelle erschossen sie einen falschen Billioray ungeachtet seiner verzweifelten Proteste. Auf dem Vendômeplatz erschossen sie einen falschen Brunel, in den Gemächern der Frau Fould einen angeblichen Vallès. Der „Gaulois“ veröffentlichte den Bericht eines Militär-Chirurgen, der Vallès kannte und seiner Hinrichtung beigewohnt hatte. Augenzeugen behaupteten, die Hinrichtung von Lefrançais am Donnerstag in der Rue de la Banque mit angesehen zu haben. Der wirkliche Billioray wurde aber erst im August abgeurteilt und Vallès, Brunel und Lefrançais konnten sich auf fremden Boden retten. So wurden oft Personen erschossen, weil sie den Mitgliedern und Beamten der Kommune mehr oder weniger ähnlich waren, und zwar für einen mehrere.

Varlin sollte leider nicht entkommen. Am Sonntag, den 28., erkannte ihn ein Pfaffe in der Rue Lafayette und bat einen Offizier, ihn zu verhaften. Der Leutnant Sicre packte Varlin und ließ ihm die Hände auf den Rücken binden. Er führte ihn selbst durch die zusammengeströmte Menge auf den Gipfel des Hügels, wo sich der General Laveaucoupet befand. Durch die steilen Straßen des Montmartre führte man Varlin, denselben Varlin, der sein Leben eingesetzt hatte, um die Geiseln der Rue Axeau zu retten, eine ganze Stunde lang, die Hände auf dem Rücken gebunden, unter einer Menge von Mißhandlungen und Beschimpfungen. Sein junges Haupt mit der Denkerstirn, das nur von brüderlichen Gedanken erfüllt gewesen, glich, von den Säbeln ganz zerhackt, bald nur noch einem blutigen Fleischklumpen; das Auge hing aus der Höhle heraus. Als er heim Generalstab, Rue de Rosiers, ankam, konnte er nicht mehr gehen; man mußte ihn tragen. Man setzte ihn nieder, um ihn zu erschließen. Die Elenden mißhandelten selbst seinen Leichnam noch mit Kolbenschlägen. Sicre stahl seine Uhr und trug sie stolz als Schmuck. Der „Berg der Märtyrer“ hatte keinen Glorreicheren aufzuweisen.

Möge auch sein Andenken in dem großen Herzen der Arbeiterklasse bewahrt sein! Varlins ganzes Leben ist ein leuchtendes Beispiel: durch seine Willenskraft hatte er sich selbst gebildet; die kargen Abendstunden, die ihm die Werkstatt übrig ließ, verwandte er auf das Studium; er lernte nicht, um sich wie andere in die Bourgeoisie zu drängen, sondern um das Volk zu unterrichten und zu befreien. Er war die Seele der Arbeiterassoziationen am Ende des Kaisertums. Unermüdet, bescheiden, wenig und immer nur im passenden Augenblick redend, aber dann auch mit einem Wort die verwickelte Beratung erleuchtend, hatte er sich den revolutionären Sinn erhalten, der so oft bei den gebildeten Arbeitern er-

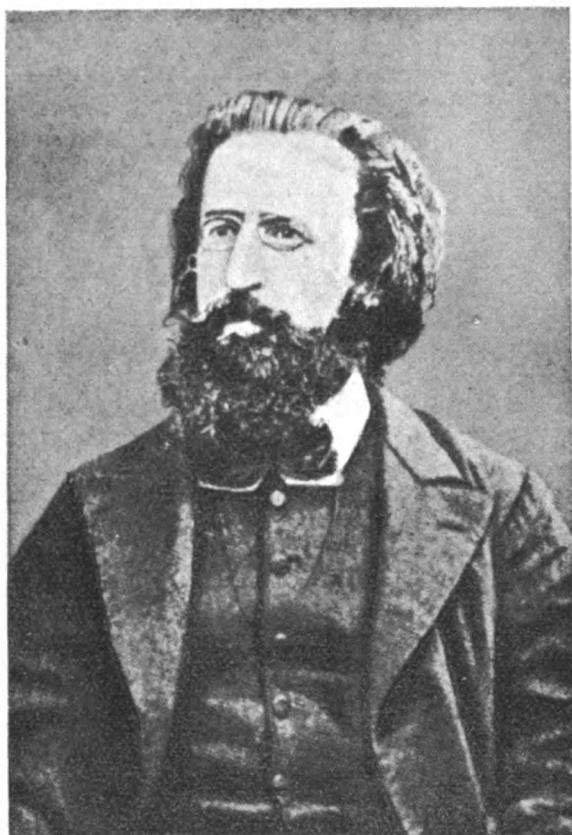
schlafft. Am 18. März einer der ersten, während der ganzen Kommune immer an der Arbeit, hielt er auch bis zuletzt auf den Barrikaden aus. Dieser Tote gehört ganz und gar den Arbeitern an.

Die Versailler Journalisten begeiferten seinen Leichnam und behaupteten, man habe Hunderte von Tausendfrancsbillets bei ihm gefunden, obgleich der Bericht des Leutnants Sicre sagt: „Unter den bei ihm vorgefundenen Gegenständen befand sich ein Portemonnaie mit 284 Fr. 15 C.“ Hinter der Armee nach Paris zurückgekehrt, folgten sie wie Schakale und wühlten grunzend unter den Leichen. Besonders die der Demimonde waren von hysterischer Blutgier besessen. Alle stimmten in das Wutgeheul gegen die besiegten Arbeiter ein. Statt dem Gemetzel eine Grenze zu ziehen, hetzten sie dazu; sie veröffentlichten die Namen, die Schlupfwinkel derer, die getötet werden sollten, und waren unerschöpflich in Erfindungen, um den wütenden Schrecken des Bourgeois aufrecht zu erhalten. Nach jeder Hinrichtung schrien sie nach weiteren. „Man muß Jagd auf die Kommunards machen.“ (Bien public.) „Diese Männer, die nur aus Lust am Mord und am Diebstahl gemordet haben, sind gefangen, und man soll von Gnade reden. Diese abscheulichen Weiber, welche sterbenden Offizieren die Brust mit Messerstichen zerfleischten, sind gefangen, und man soll von Gnade reden.“ (Patrie.) „Was ist der Republikaner? Ein wildes Tier . . . Vorwärts, ehrliche Leute, legt mit Hand an, um dieses demokratische und internationale Gewürm zu vertilgen.“ (Figaro.) „Die Herrschaft der Bösewichte ist zu Ende. Mit welcher raffinierter Grausamkeit und Rohheit haben sie ihre Orgie von Verbrechen und Barbarei abgeschlossen . . . Zwei Monate lang haben sie geraubt, gemordet, gebrandschatzt.“ (Opinion Nationale.) „Nicht einer jener Uebelthäter, in deren Händen sich Paris zwei Monate lang befunden, wird als politischer Verbrecher betrachtet werden: man wird sie wie Räuber, die sie auch sind, wie die abscheulichsten Ungeheuer, die man je in der Geschichte der Menschheit traf, behandeln. Mehrere Journalisten sprechen davon, das von ihnen zerstörte Schaffot wieder aufzurichten, um ihnen nicht die Ehre des Erschießens anzutun.“ (Moniteur Universel.) Eine englische medizinische Zeitung forderte am 27. Mai die anatomische Zergliederung der Gefangenen bei lebendigem Leibe.

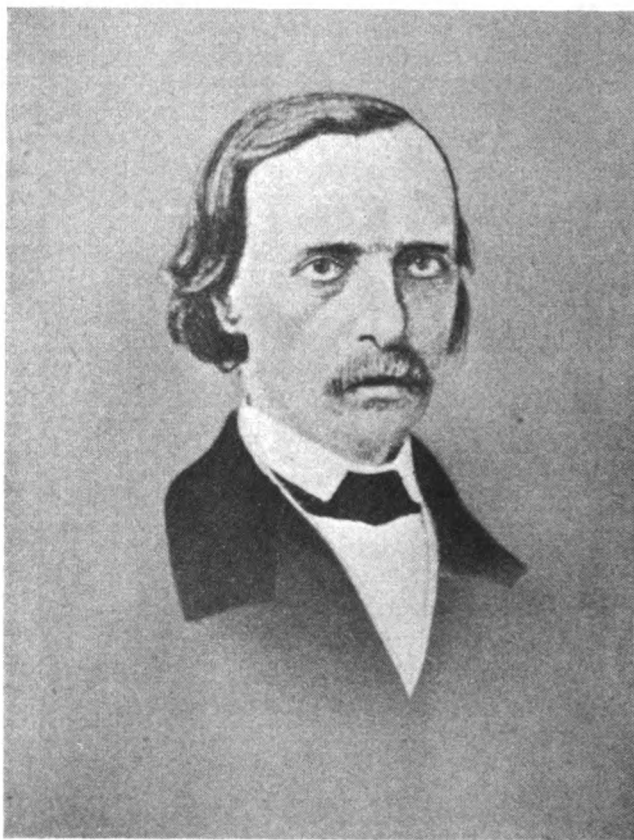
Um die Henker zu ermutigen, wenn es nötig war, warf ihnen die Presse Kränze zu. „Was haben unsere Offiziere und Soldaten doch für eine wunderbare Haltung,“ sagte der „Figaro“: „Nur dem französischen Soldaten ist es gegeben, sich so schnell und so vollständig wieder zu erheben.“ „Welche Ehre!“ rief das „Journal des Débats“: „Unsere Armee hat ihr Mißgeschick durch einen unschätzbaren Sieg gerächt.“

— — — — —

20 000 Männer, Frauen und Kinder während der Kämpfe und beim



C. Ferré



J. B. Millière

Widerstandleistern in Paris und in der Provinz getötet; 3000 in den Polizeigebäuden, auf den Pontons, in den Forts, den Gefängnissen, in Neu-Caledonien, in der Verbannung gestorben; 1375 Kommunarden zu verschiedenen Strafen, bis zu 9 Jahren, verurteilt; 70 000 Frauen, Kinder und Greise jeder Unterstützung beraubt oder aus Frankreich vertrieben; 107 000 Opfer — also rächte sich die Großbourgeoisie für die zwei Revolutionsmonate vom 18. März.

E. Cissagaray.
(„Geschichte der Kommune von 1871.“)

Aufruf der Kommunardinnen an die Bürgerinnen von Paris.

Paris ist blockiert, Paris wird bombardiert.

Bürgerinnen, wo sind unsere Kinder, unsere Brüder, unsere Männer? Hört ihr das Brüllen der Kanonen, das Tönen der Sturmglocke, die Alarm läutet?

Zu den Waffen! Das Vaterland ist in Gefahr!

Ist es der Fremde, der neuerlich Frankreich überflutet? Sind es die koalitierten Legionen der europäischen Tyrannen, die unsere Brüder massakrieren, in der Hoffnung, zugleich mit der großen Stadt auch die Erinnerung an die unsterblichen Errungenschaften zu vernichten, die wir im Lauf eines Jahrhunderts mit unserem Blut erkauften, und die die Welt Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit nennt?

Nein! Diese Feinde, diese Mörder des Volkes und der Freiheit sind Franzosen!

Dieser Rausch des Brudermordes, der sich Frankreichs bemächtigt, dieser Kampf auf Leben und Tod ist der Schlußakt des ewigen Antagonismus zwischen Recht und Gewalt, zwischen Arbeit und Ausbeutung, zwischen dem Volk und seinen Henkern.

Unsere Feinde sind die Privilegierten der gegenwärtigen sozialen Ordnung, alle jene, die seit jeher von unserem Schweiß lebten, die sich seit jeher an unserem Elend mästeten . . .

Sie haben gesehen, wie das Volk sich erhob und ausrief: „Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten. Wir wollen arbeiten, aber die Früchte unserer Arbeit für uns behalten . . . Nieder mit den Ausbeutern, nieder mit den Herren . . . Die Arbeit bedeutet das Wohlergehen aller, — das Volk regiere sich selbst, — ein freies Leben der Arbeit, — oder kämpfend sterben . . .“

Und die Furcht, daß sie vor das Tribunal des Volkes zittern werden könnten, trieb unsere Feinde zu der unerhörtesten aller Freveltaten, zum Bürgerkrieg.

Bürgerinnen von Paris, Nachkommen jener Frauen der großen Revolution, die im Namen des Volkes und der Gerechtigkeit gegen Versailles marschierten und Ludwig XVI. gefangen nahmen, wir Mütter, Frauen und Schwestern dieses französischen Volkes, wollen wir noch länger dulden, daß Elend und Unwissenheit unsere Kinder zu unseren Feinden machen, daß Vater gegen Sohn, Bruder gegen Bruder kämpft, und daß sie sich vor unseren Augen um des Eigensinns unserer Unterdrücker willen, die die Vernichtung von Paris nach seiner Auslieferung an die Preußen wollen, gegenseitig töten?

Bürgerinnen! Die entscheidende Stunde ist gekommen! Mit der alten Welt muß nunmehr ein Ende gemacht werden! Wir wollen frei sein! Es ist nicht Frankreich allein, das sich erhoben hat, — alle zivilisierten Völker richten ihre Augen auf Paris und erwarten unseren endgültigen Sieg, um sich dann ihrerseits freizumachen. Dasselbe Deutschland, dessen königliche Armeen unser Vaterland verwüsteten, die unseren demokratischen und sozialistischen Tendenzen den Tod geschworen hatten, dieses Deutschland erbebt und erzittert vor dem revolutionären Sturm! Dieses Deutschland befindet sich seit sechs Monaten im Belagerungszustand, und seine Arbeitervertreter schmachten im Gefängnis! Selbst in Rußland sterben die Verteidiger der Freiheit nur zum Heil einer neuen Generation, die ihrerseits hereit ist, für die Republik und die soziale Umwälzung zu kämpfen und zu sterben!

Irland und Polen sterben nur, um mit neuer Energie wieder zu erwachen, Spanien und Italien finden ihre verlorene Kraft wieder, um sich dem internationalen Kampf der Völker anzuschließen, — in England stellt sich die gesamte proletarische werktätige Masse kraft ihrer sozialen Lage auf die Seite der Revolution — in Oesterreich muß die Regierung gleichzeitig die Revolten im Lande und die Empörung der slawischen Stämme unterdrücken, — weisen diese unaufhörlichen Zusammenstöße zwischen den regierenden Klassen und dem Volke nicht darauf hin, daß der Baum der Freiheit, durch das im Lauf von Jahrhunderten vergossene Blut befruchtet, endlich seine Früchte trägt?

Bürgerinnen! Der Fehdehandschuh ist geworfen, jetzt heißt es siegen oder sterben! Mögen sich die Mütter und Frauen, die da sagen: "Was nützt mir der Sieg unserer Sache, wenn ich jene verlieren muß, die ich lieb habe?" sich endlich davon überzeugen, daß die einzige Möglichkeit, jene zu retten, die ihnen teuer sind — den Mann, der sie ernährt, das Kind, auf das sie ihre Hoffnung setzten — darin besteht, daß sie tätigen Anteil nehmen am begonnenen Kampf, damit er endgültig und für immer zu Ende geführt werde, dieser brudermordende Kampf, der nur mit dem Sieg des Volkes



*Frauen, die am Kampf um die Pariser Kommune von 1871
teilgenommen haben.*

enden kann, wenn er nicht in der allernächsten Zukunft wieder erneuert werden soll!

Wehe den Müttern, wenn auch dieses Mal das Volk im Kampf unterliegen sollte! Ihre Söhne werden diese Niederlage bezahlen, denn unsere Brüder und unsere Männer haben ihren Kopf bereits verspielt, und die Reaktion wird leichtes Spiel haben! Gnade wollen weder wir noch unsere Feinde.

Bürgerinnen! Zum Aeüßersten entschlossen, fest vereinigt, wollen wir über die Sicherheit unserer Sache wachen! Seien wir bereit, unsere Brüder zu verteidigen und zu rächen. An die Tore von Paris, auf die Barrikaden, in die Vororte, einerlei wohin! Halten wir uns bereit, im gegebenen Moment unsere Kräfte mit den ihren zu vereinigen; wenn die Elenden, die die Gefangenen füsillieren, die unsere Anführer morden, eine Menge von unbewaffneten Frauen niederknallen wollen, desto besser — der Schrei des Abscheus und des Unwillens, der in Frankreich und der Welt erschallen wird, wird das Werk zu Ende führen, das wir begonnen haben! Und wenn alle Waffen und Bajonette von den Brüdern gebraucht werden, so bleiben uns noch die Pflastersteine, um die Verräter zu zerschmettern!

Eine Gruppe von Bürgerinnen.

Paris, d. 11. April 1871.

Einige Tage nach diesem Aufruf veröffentlichte dieselbe Gruppe tapferer Verteidigerinnen der Kommune ihre Resolution, in welcher eine Reihe konkreter Maßnahmen beantragt werden. Die Resolution war von folgenden Personen unterzeichnet:

Adelaide Valentin (Arbeiterin), Sophie Graix (Arbeiterin),
Josephine Pratt (Arbeiterin), Aimée Delvainquier (Arbeiterin),
Elisabeth Dmitrijew (Arbeiterin).



Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschafts- verbänden arbeiten?

Die deutschen „Radikalen“ halten eine unbedingt verneinende Antwort auf diese Frage für beschlossene Sache. Ihrer Meinung nach genügen Deklamationen und zornige Ausrufe gegen die „reaktionären“ und „gegenrevolutionären“ Gewerkschaftsverbände (besonders „solid“ und besonders dumm wirkt das bei K. Horner), um zu beweisen, daß die Arbeit der Revolutionäre, die Arbeit der Kommunisten in den gegebenen sozialchauvinistischen, Legien-schen, konterrevolutionären Gewerkschaftsverbänden unnötig und sogar unverzeihlich ist.

Aber wie sehr die deutschen „Radikalen“ auch davon überzeugt sind, daß diese Taktik revolutionär sei, in Wirklichkeit ist sie grundfalsch und enthält nichts als leere Phrasen.

Um diese klarzulegen, will ich mit unserer Erfahrung beginnen — dem allgemeinen Plan der vorliegenden Zeilen entsprechend — die der Zweck haben, auf Westeuropa anzuwenden, was in der Geschichte und der gegenwärtigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung und allgemein gültig ist.

Die Wechselbeziehungen der Führer — der Partei — der Klasse — der Massen, somit auch das Verhältnis der Diktatur des Proletariats und seiner Partei zu den Gewerkschaftsverbänden, haben bei uns jetzt folgende konkrete Form angenommen: die Diktatur des Proletariats wird von der Kommunistischen Partei der Bolschewiki verwirklicht, die nach den Angaben auf dem letzten Parteitage (April 1920) 611 000 Mitglieder zählt. Die Zahl der Mitglieder schwankte wie vor so auch nach der Oktoberrevolution sehr stark und war früher, sogar 1918 und 1919, bedeutend geringer. Wir fürchten ein übermäßiges Wachstum der Partei, denn der Regierungspartei drängen sich unvermeidlich Streber und Betrüger auf, die nur verdienen, erschossen zu werden. Das letzte mal haben wir in jenen Tagen (im Winter 1919) weit die Türen der Partei geöffnet — nur für Arbeiter und Bauern —, als Jude-nitsch einige Werst vor Petersburg und Denikin in Orel (gegen 350 Werst von Moskau entfernt) stand, d. h. als der Sowjetrepublik eine verzweifelte tödliche Gefahr drohte, und als Abenteurer, Streber,

Betrüger und überhaupt unbeständige Menschen durch den Beitritt zur Partei nicht auf eine vorteilhafte Karriere (eher auf Galgen und Martern) rechnen konnten. Die Partei, die alljährlich Parteikongresse (der letzte: 8.—23. März 1920), bei denen ein Delegierter auf 1000 Mitglieder fällt, einberuft, wird vom Zentralkomitee geleitet, das auf dem Kongreß gewählt wird und aus 19 Personen besteht. Die laufende Arbeit in Moskau wird von einem noch engeren Kollegium durchgeführt, nämlich dem sog. „Orbüro“ (Organisationsbüro) und dem „Polbüro“ (politischen Büro), die aus je 5 Mitgliedern des Zentralkomitees gewählt werden. Hier haben wir folglich eine echte „Oligarchie“. Nicht eine einzige wichtige politische oder organisatorische Frage wird in irgendeiner Regierungsinstitution unserer Republik entschieden, ohne die leitenden Fingerzeige des Zentralkomitees der Partei.

Die Partei stützt sich bei ihrer Arbeit unmittelbar auf die Gewerkschaftsverbände, die jetzt, laut Angabe des letzten Kongresses (April 1920), über 4 Millionen Mitglieder zählen und formal parteilos sind. Tatsächlich bestehen alle leitenden Institutionen der ungeheuren Mehrzahl der Verbände und in erster Linie natürlich des gewerkschaftlichen Allrussischen Zentrums und der Büros (Allrussischer Zentralrat der Gewerkschaftsverbände) aus Kommunisten, die alle Direktiven der Partei durchführen. Hieraus ergibt sich ein im großen und ganzen nichtkommunistischer, elastischer und verhältnismäßig breiter, überaus machtvoller proletarischer Apparat, durch den die Partei eng mit der Klasse und der Masse verbunden ist und durch den, unter Führung der Partei, die Diktatur der Klasse verwirklicht wird. Das Land regieren und die Diktatur verwirklichen ohne engsten Zusammenhang mit den Gewerkschaftsverbänden, ohne ihre feste Unterstützung, ohne ihre aufopfernde Arbeit nicht nur bei dem wirtschaftlichen, sondern auch bei dem militärischen Aufbau, das hätten wir natürlich nicht gekonnt, nicht nur keine 2½ Jahre, sondern keine 2½ Monate lang. Es versteht sich, daß dieser enge Zusammenhang in der Praxis eine sehr komplizierte und verschiedenartige Arbeit bedeutet: Propaganda, Agitation, rechtzeitige und häufige Konferenzen, nicht nur mit den leitenden, sondern auch überhaupt mit den einflußreichen Arbeitern der Gewerkschaftsverbände, entschiedenen Kampf mit den Menschewiki, die bis jetzt über eine gewisse, wenn auch kleine Zahl von Anhängern verfügen, die sie zu allen möglichen konterrevolutionären Streichen veranlassen, von der ideellen Verteidigung der (bürgerlichen) Demokratie, von der Predigt der „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaftsverbände (Unabhängigkeit — von der prole-

tarischen Regierungsmacht!) an bis zur Sabotage der proletarischen Disziplin usw.

Den Zusammenhang mit den „Massen“ vermittelt der Gewerkschaftsverbände halten wir nicht für genügend. Die Praxis hat bei uns im Laufe der Revolution die Einrichtung der parteilosen Arbeiter- und Bauernkonferenzen geschaffen, — die wir auf jede Art und Weise zu unterstützen, zu entwickeln und zu erweitern suchen, — um die Stimmung der Massen zu verfolgen, uns ihnen zu nähern, auf die sie bewegenden Fragen zu antworten, aus ihrer Mitte die besten Arbeiter für die Regierungsstellen zu nehmen usw. In einem der letzten Dekrete über die Umwandlung des Volkskommissariats für Reichskontrolle in die „Arbeiter- und Bauerninspektion“, wird es den parteilosen Konferenzen dieser Art anheimgestellt, die Mitglieder der Reichskontrolle für Revisionen verschiedener Art u. a. zu wählen.

Sodann wird die ganze leitende Arbeit der Partei vermittelt der Räte durchgeführt, die die werktätigen Massen ohne Unterschied der Profession vereinen. Die Kreiskonferenzen der Räte sind eine demokratische Institution, wie sie die besten der demokratischen Republiken der bürgerlichen Welt noch nicht gesehen haben, und durch diese Kongresse, (die die Partei so aufmerksam wie möglich im Auge behält) wie auch durch ständige Abkommandierung bewußter Arbeiter auf verschiedene Posten im Dorf wird die führende Rolle des Proletariats gegenüber der Bauernschaft, wird die Diktatur des städtischen Proletariats, der systematische Kampf mit der reichen, bürgerlichen, ausbeutenden und spekulierenden Bauernschaft usw. verwirklicht.

Das ist der gesamte Mechanismus der proletarischen Staatsgewalt, von „oben“ betrachtet, vom Standpunkt der praktischen Verwirklichung der Diktatur. Der Leser wird hoffentlich verstehen, warum dem russischen Bolschewik, der mit diesem Mechanismus bekannt ist und der beobachtet hat, wie sich dieser Mechanismus während 25 Jahren aus kleinen illegalen, unterirdischen Kreisen entwickelte, alle Gespräche darüber, ob von „oben“ oder von „unten“, ob Diktatur der Führer oder Diktatur der Massen, als lächerlicher, kindischer Unsinn erscheinen müssen, als eine Art Streit darüber, ob dem Menschen das rechte Bein oder der linke Arm nützlicher sei.

Als ebenso lächerlicher, kindischer Unsinn muß uns das gewichtige, ungeheuer gelehrte und furchtbar revolutionäre Geschwätz der deutschen Radikalen darüber erscheinen, daß die Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden nicht arbeiten können und nicht arbeiten sollen, daß es erlaubt sei, diese

Arbeit zu verweigern, daß man die Gewerkschaftsverbände verlassen und einen unbedingt ganz neuen, ganz sauberen, von überaus netten (und größtenteils wahrscheinlich überaus jungen) Kommunisten ausgedachten „Arbeiterbund“ schaffen müsse usw. usw.

Der Kapitalismus hinterläßt dem Sozialismus unvermeidlich einerseits althergebrachte Verschiedenheiten unter den Arbeitern, Verschiedenheiten, die der Verschiedenheit der Gewerke und Handwerke entspringen und sich durch Jahrhunderte entwickelt haben, und andererseits Gewerkschaftsverbände, die sich nur sehr langsam, im Laufe von vielen Jahren, zu breiteren weniger zunftmäßigen Betriebsverbänden (die ganze Betriebe und nicht nur Gewerke, Handwerke und Professionen umfassen) entwickeln können und entwickeln werden und die erst dann, als Betriebsverbände zur Abschaffung der Arbeitsteilung unter den Menschen, zur Erziehung, Ausbildung und Vorbereitung von allseitig entwickelten und allseitig vorbereiteten Menschen, Menschen, die alles zu tun verstehen, übergehen werden. Dahin geht der Kommunismus, dahin muß und wird er kommen, aber erst nach einer langen Reihe von Jahren. Heute den Versuch machen, diesem kommenden Resultat des vollentwickelten, voll befestigten und geformten, vollkommen entfalteten und reifen Kommunismus praktisch vorzugreifen, ist gleichbedeutend mit dem Versuche, ein vierjähriges Mädchen zur Mutter machen zu wollen. Im besten Falle ist das ein dummer Scherz oder ein dummer Kinderstreich — im schlimmsten eine Gemeinheit und ein Verbrechen.

Wir können und müssen den Aufbau des Sozialismus nicht mit phantastische, nicht mit von uns geschaffenem Menschenmaterial beginnen, sondern mit dem Material, das uns der Kapitalismus hinterlassen hat. Das ist ohne Zweifel sehr schwer. Aber jede andere Lösung der Aufgabe ist so wenig ernst, daß es nicht lohnt, darüber zu sprechen.

Die Gewerkschaftsverbände waren zu Beginn der Entwicklung des Kapitalismus ein gigantischer Fortschritt der Arbeiterklasse als Uebergang von der Zersplitterung und Hilflosigkeit der Arbeiter zu den Anfängen der Klassenvereinigung. Als die höchste Form der Klassenvereinigung der Proletarier, die revolutionäre Partei des Proletariats, (die ihrer Abstammung nicht wert sein wird, wenn sie es nicht lernt, die Führer mit der Klasse und den Massen zu einem Ganzen, Untrennbaren zu vereinen) sich zu bilden begann, da begannen die Gewerkschaftsverbände unvermeidlich, einige reaktionäre Züge, eine gewisse Trägheit usw. zu offenbaren. Anders aber als durch die Gewerkschaftsverbände, als durch die Wechselwirkung von Gewerkschaftsverband und

Partei der Arbeiterklasse hat sich das Proletariat nirgends in der Welt entwickelt und hat sich anders nicht entwickeln können. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist ein wirklicher Schritt vorwärts, den das Proletariat als Klasse getan hat, und die Partei muß noch mehr und auf eine neue, nicht auf die alte Art, die Gewerkschaftsverbände erziehen, sie leiten, zugleich aber nicht vergessen, daß sie eine „notwendige Schule des Kommunismus“ und eine Vorbereitungsschule zur Verwirklichung der proletarischen Diktatur sind und bleiben, eine notwendige Vereinigung der Arbeiter zur Uebernahme der Verwaltung der ganzen Wirtschaft des Landes durch die Arbeiterklasse (und nicht einzelne Berufe), späterhin aber durch die Gesamtheit aller Werktätigen.

Einige „reaktionäre Züge“ der Gewerkschaftsverbände im angeführten Sinne sind bei der Diktatur des Proletariats unvermeidlich. Wer das nicht begreift, der offenbart völliges Unverständnis für die Grundbedingungen des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese „reaktionären Züge“ fürchten, versuchen, ohne sie auszukommen, über sie hinwegzuspringen — ist die größte Dummheit, denn d. h. die Rolle der proletarischen Avantgarde fürchten, die in der Ausbildung, der Aufklärung, der Erziehung, im Hineinziehen der rückständigen Schichten und Massen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu einem neuen Leben besteht. Andererseits wäre es ein noch größerer Fehler, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats so lange aufzuschieben, bis auch nicht ein gewerkschaftlich-beschränkter Arbeiter, nicht ein Arbeiter mit zunftmäßigen und trade-unionistischen Vorurteilen mehr übrig bleibt. Die Kunst des Politikers (und die richtige Auffassung der Aufgaben des Kommunisten) besteht gerade darin, die Bedingungen und den Augenblick zu treffen, wo die Avantgarde des Proletariats erfolgreich die Macht ergreifen kann, wo sie dabei auf ausreichende Unterstüztung hinlänglich breiter Schichten der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen werktätigen Massen rechnen kann, wo sie nachher ihre Herrschaft aufrecht erhalten, befestigen, erweitern kann durch Erziehung, Ausbildung, Heranziehung von immer breiteren Massen der Werktätigen.

Weiter! In den andern Ländern, die vorgeschrittener als Rußland sind, konnte und mußte ein gewisser reaktionärer Geist unzweifelhaft viel stärker als bei uns zum Ausdruck kommen. Bei uns hatten die Menschewiki eine Stütze in den Gewerkschaftsverbänden (und haben sie zum Teil in einigen wenigen Gewerkschaftsverbänden noch jetzt) gerade infolge ihrer zunftmäßigen Beschränktheit, ihres gewerkschaftlichen Egoismus und Opportunismus. Die Menschewiki des Westens haben sich viel gründ-

licher in den Gewerkschaftsverbänden „festgesetzt“, dort hat sich eine stärkere Schicht der gewerkschaftlichen, beschränkten, egoistischen, harten, eigennützig, kleinbürgerlichen, imperialistisch gestimmten und vom Imperialismus bestochenen, demoralisierten Arbeiteraristokratie herangebildet als bei uns. Das ist unbestreitbar. Der Kampf mit den Gompers, den Herren Jono, Henderson, Merrheim, Legien und Co. in Westeuropa ist ungleich schwieriger als der Kampf mit unsern Menschewiki, die einen vollständig gleichartigen sozialen und politischen Typus darstellen. Dieser Kampf muß schonungslos, und, wie wir das getan haben, bis zur vollständigen Deskreditierung und Vertreibung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und des Sozialchauvinismus aus den Gewerkschaftsverbänden geführt werden. Man darf die politische Macht nicht ergreifen (und muß es nicht versuchen, sie zu erobern), solange dieser Kampf noch nicht auf eine gewisse Stufe gebracht ist, wobei diese gewisse Stufe in verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Umständen nicht die gleiche ist; nur nachdenkende, erprobte und erfahrene politische Leiter des Proletariats in jedem einzelnen Lande können sie richtig treffen. (Als Maßstab für den Erfolg dienten bei uns u. a. die Wahlen in die Konstituierende Versammlung im November 1917, wenige Tage nach der proletarischen Umwälzung vom 25. 10. 1917 alten Stils). Bei diesen Wahlen waren die Menschewiki aufs Haupt geschlagen worden, da sie 0,7 Millionen Stimmen — 1,4 Millionen mit Transkaukasien — erhalten hatten, gegen 9 Millionen Stimmen, die für die Bolschewiki abgegeben waren. (Siehe meinen Artikel: „Die Wahlen in die Konstituierende Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ in Nr. 7—8 der „Kommunistischen Internationale“).

Aber den Kampf mit der „Arbeiteraristokratie“ führen wir im Namen der Arbeitermasse und um diese auf unsere Seite zu ziehen; den Kampf mit den opportunistischen und sozialchauvinistischen Führern führen wir, um die Arbeiterklasse auf unsere Seite zu ziehen. Diese elementare und handgreifliche Wahrheit zu vergessen, wäre töricht. Und eben diese Torheit begehen die „radikalen“ deutschen Kommunisten, die aus dem reaktionären und gegenrevolutionären Geist der Oberschicht der Gewerkschaftsverbände schließen auf die Notwendigkeit der Parole: Austritt aus den Gewerkschaftsverbänden!! Ablehnung der Arbeit in ihnen! Schaffung von neuen ausgedachten Formen der Arbeiterorganisation! Das ist eine unverzeihliche Dummheit, die

gleichbedeutend mit dem größten Dienst ist, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen. Denn unsere Menschewiki sind, wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen, kautskyanischen Führer der Gewerkschaftsverbände, nichts anderes als „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“ (was wir immer von den Menschewiki behauptet haben) oder „Arbeiteraufseher der Kapitalistenklasse“ (labourlieutenants of the capitalist class, nach dem schönen und wahren Ausdruck der Anhänger Daniel de Leons in Amerika). Innerhalb der reaktionären Gewerkschaften nicht arbeiten heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer überlassen, dem Einfluß der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokratie oder den „verbürgerlichten“ Arbeitern (vergleiche Engels im Jahre 1852 im Briefe an Marx über die englischen Arbeiter).

Gerade die sinnlose „Theorie“ von der Nichtbetätigung der Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden zeigt am deutlichsten, wie leichtsinnig sich diese „radikalen“ Kommunisten zur Frage der Einwirkung auf die „Massen“ verhalten, wie sie ihr Geschrei über die „Massen“ mißbrauchen. Um den „Massen“ zu helfen und die Unterstützung und die Sympathie der „Massen“ zu erwerben, muß man nicht die Schwierigkeiten, die Intrigen, die List, die Beleidigungen und Verfolgungen seitens der „Führer“ fürchten (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in der Mehrzahl der Fälle direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei verbunden sind), und unbedingt **d o r t a r b e i t e n**, wo die Masse ist. Man muß Opfer zu bringen, die größten Hindernisse zu überwinden verstehen, um systematisch, beharrlich, hartnäckig-geduldig gerade in den Institutionen, Vereinen, Verbänden zu propagieren und zu agitieren, wo proletarische oder halbproletarische Massen sind, auch wenn diese Organisationen die allerreaktionärsten sind. Die Gewerkschaften und die Arbeiterkooperative aber (diese letzteren wenigstens bisweilen), das sind gerade Organisationen, wo die Massen sind. In England hat sich die Mitgliederzahl der Trade-Unions laut Angabe der schwedischen Zeitung „Folkets Dagen Politiken“ (vom 10. 3. 1919) seit Ende 1917 bis Ende 1918 von 5,5 auf 6,6 Millionen erhöht, d. h. sich um 19 Prozent vergrößert. Am Schlusse des Jahres 1919 betrug sie gegen 7½ Millionen. Ich habe nicht die entsprechenden Angaben über Frankreich und Deutschland bei der Hand, aber ganz unbestreitbar und allgemein sind die Tatsachen, die von dem großen Anwachsen der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsverbände in diesen Ländern zeugen.

Diese Zahlen zeigen am deutlichsten das, was von tausend

anderen Anzeichen bestätigt wird: das Wachstum der Erkenntnisfähigkeit und des Strebens nach Organisation gerade in den proletarischen Massen, den „Unterschichten“, den Rückständigen. Millionen Arbeiter in England, Frankreich, Deutschland gehen zum ersten Male von vollständiger Unorganisiertheit zur elementaren, niederen, einfachen, zugänglichen (für diejenigen, die noch mit bürgerlich-demokratischen Vorurteilen durchtränkt sind) Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaftsverbänden, über, und die revolutionären, aber unverständigen linken Kommunisten stehen daneben, schreien „die Masse!“ „Masse!“ und lehnen es ab, innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten!! Lehnen dies unter dem Vorwande des „reaktionären Geistes“ der Gewerkschaftsverbände ab!! denken einen neuen sauberen „Arbeiterbund“ aus, der bürgerlich-demokratische Vorurteile und geschäftliche, eng-gewerkschaftliche Sünden nicht kennt, einen Arbeiterbund, der umfassend sein wird (wird!) und der als Eintrittsbedingung nur (nur!) die Anerkennung der Sowjetmacht und der Diktatur (siehe oben das Zitat) vorsieht!!

Einen größeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution als den, den die „radikalen“ Revolutionäre anrichten, kann man sich nicht vorstellen. Wenn wir gegenwärtig in Rußland, nach 2½ Jahren nie dagewesener Siege über die Bourgeoisie Rußlands und der Entente, für den Eintritt in die Gewerkschaftsverbände „die Anerkennung der Diktatur“ zur Bedingung machen würden, so würden wir eine Dummheit begehen, würden wir unsern Einfluß auf die Massen schädigen, würden wir den Menschewiki an die Hand gehen. Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin: — die Rückständigen zu überzeugen, u n t e r ihnen zu arbeiten, nicht aber sich von ihnen durch ausgedachte kindisch-„radikale“ Losungen abzusondern.

Kein Zweifel, die Herren Gompers, Henderson, Jono, Legien sind solchen „radikalen“ Revolutionären sehr dankbar, die wie die deutsche grundsätzliche Opposition (bewahre uns der Himmel vor solcher Grundsätzlichkeit!) oder einige Revolutionäre aus der Zahl der amerikanischen „Industriearbeiter der Welt“, den Austritt aus den reaktionären Gewerkschaftsverbänden und die Ablehnung der Arbeit in ihnen predigen. Kein Zweifel, die Herren „Führer“ des Opportunismus werden zu allerhand Kniffen der bürgerlichen Diplomatie, zur Hilfe der bürgerlichen Regierungen, Pfaffen, Polizei, Gerichte ihre Zuflucht nehmen, um den Kommunisten den Weg in die Gewerkschaftsverbände zu sperren, um sie auf jede Art und Weise von dort zu verdrängen, um ihre Arbeit innerhalb

der Gewerkschaftsverbände möglichst unangenehm zu machen, um sie zu beleidigen, zu hetzen und zu verfolgen. Man muß es verstehen, dem allen Widerstand zu leisten, zu allem und jedem Opfer entschlossen zu sein und — wenn es nötig ist, — sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen. Unter dem Zarismus, bis 1905, hatten wir keine „legalen Möglichkeiten“, als aber Subatow, ein Agent der Geheimpolizei, Arbeiterversammlungen vom Typus der Schwarzen Hundert und Arbeitervereine organisierte, um die Revolutionäre einzufangen und gegen sie zu kämpfen, schickten wir in diese Versammlungen und in diese Vereine die Mitglieder unserer Partei (ich persönlich erinnere mich des Genossen Babuschkin, eines hervorragenden Petersburger Arbeiters, der von den Zaren-generalen im Jahre 1906 erschossen worden ist), die die Verbindung mit der Masse herstellten, auch hier zu agitieren verstanden und die Arbeiter dem Einfluß der Subatowschen Agenten entrissen. *) Natürlich in Westeuropa, das von besonders stark eingewurzeltten, legalistischen, konstitutionellen, bürgerlich-demokratischen Vorurteilen durchtränkt ist, ist das schwerer zu verwirklichen. Aber es kann und muß systematisch durchgeführt werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale muß, meiner Ansicht nach, die Politik der Nichtbeteiligung an den reaktionären Gewerkschaftsverbänden direkt ablehnen und dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Internationale vorschlagen, sie zu verurteilen (mit ausführlicher Motivierung der Unverständigkeit einer solchen Nichtbeteiligung und ihrer äußersten Schädlichkeit für die Sache der proletarischen Revolution); ebenso muß das Verhalten der holländischen Tribunisten verurteilt werden, die, einerlei ob direkt oder indirekt, offen oder verhüllt, ganz oder zum Teil — diese falsche Politik unterstützt haben. Die III. Internationale muß mit der Taktik der II. Internationale brechen und die wunden Fragen nicht umgehen, sondern sie in ihrer ganzen Schärfe aufwerfen. Die ganze Wahrheit ist den „Unabhängigen“ (Unabh. Sozialdem. Partei Deutschlands) ins Gesicht gesagt worden, die ganze Wahrheit muß auch den „radikalen“ Kommunisten ins Gesicht gesagt werden.

*) Die Gompers, Henderson, Jono, Legien — sind dieselben Subatow, die sich von unserm Subatow nur durch das europäische Kostüm und den europäischen Schliff, durch zivilisierte, verfeinerte, demokratisch beleckte Methoden der Durchführung ihrer schändlichen Politik unterscheiden.

Schreiben an die Gewerkschaften aller Länder.

Ueber 10 Millionen Mitglieder zählten die Gewerkschaften am Vorabend des 4. August 1914, als das imperialistische Gemetzel ausbrach. Trotzdem aber haben die Gewerkschaften diesem imperialistischen Blutbad fast nirgends einen auch nur halbwegs ernsthaften Widerstand geleistet. Im Gegenteil, in den meisten Fällen selbst und ihre Organisationen bedingungslos den bürgerlichen Regierungen zur Verfügung. Der gesamte Apparat der alten Gewerkschaften wurde in den Dienst des imperialistischen Oberkommandos gestellt. Alle Arbeitsschutzgesetze wurden von der Bourgeoisie in vollem Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern aufgenoben. Die Zwangsarbeit, die sich selbst auf 60-jährige Greisinnen erstreckte, wurde von der Bourgeoisie unter Zustimmung derselben Gewerkschaftsleiter eingeführt.

Außerdem aber stellten die Führer der alten Gewerkschaften ihre Organisationen auch unter das geistige Joch der Bourgeoisie. Die von den alten Gewerkschaften herausgegebenen Blätter und Zeitschriften segneten die Arbeiter zum Tode im Namen der Interessen des Kapitals. Sie wiederholten die bürgerliche Lüge von der „Vaterlandsverteidigung“. Ueberall erschienen sie unter den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Träger der bürgerlichen Ideen. Vom Opportunismus zerfressen, von ihren Führern verraten, erzogen in der Treibhausatmosphäre des friedlichen Reformismus, erwiesen die alten Gewerkschaften sich außerstande, auch nur irgend einen Protest gegen das imperialistische Gemetzel zu organisieren.

Die von den Legien geführten, sogenannten „freien“ Verbände verschmolzen sich tatsächlich mit den verräterischen gelben Verbänden, den Streikbrecherlieferanten.

Nun aber ist der Krieg zu Ende. Der auf Kosten der Völker geschlossene imperialistische Friede hat selbst den Blinden gezeigt, welche Zwecke dieser imperialistische Krieg verfolgte. Die Heere sind abgerüstet, die Arbeiter kehren in ihre Organisationen zurück.

Was wird jetzt aus den Gewerkschaften? Welchen Weg werden sie nun einschlagen?

Die alten Gewerkschaftsführer sind bestrebt, die Verbände auf neue in bürgerliche Wege zu lenken. Den Reihen der „Führer“ der

alten Gewerkschaftsbewegung sind die verabscheuungswürdigsten Henker der Arbeiterklasse, wie Noske in Deutschland oder Peidl in Ungarn entsprungen. Sollten die Umstände ihnen günstig sein, so werden die Herren Jouhaux in Frankreich, die Herren Gompers in Amerika morgen zu eben solchen Noske, zu eben solchen Henkern der Arbeiterklasse werden, wie wir sie schon in so manchem Lande gesehen haben.

Welche Eigenschaften sind es denn aber, die die alte Gewerkschaftsbewegung kennzeichneten und sie zur tatsächlichen Kapitulation vor der Bourgeoisie führten?

Zünftige Enge. Organisatorische Zersplitterung. Erhebung der bürgerlichen Gesetzlichkeit zum Fetisch. Das Rückhalt suchen an der Arbeiteraristokratie und die Nichtachtung der Masse der wenig qualifizierten Arbeiter und der Schwarzarbeiter. Hohe, dem Durchschnittsarbeiter unerschwingliche Mitgliedsbeiträge. Konzentrierung der gesamten Leitung der Verbände in den Händen der bürokratischen Elite, die immer mehr in eine Beamtenkaste der Gewerkschaftsbewegung ausartete. Befürwortung der „Neutralität“ gegenüber den Fragen des politischen Kampfes des Proletariats, einer Neutralität, die in der Tat auf eine Unterstützung der Politik der Bourgeoisie hinauslief. Die Verunstaltung des Systems der Kollektivverträge, die schließlich dazu führte, daß die Kollektivverträge von der Elite der Gewerkschaftsbürokratie abgeschlossen und die Arbeiter des einen oder anderen Berufszweiges auf eine Reihe von Jahren mit Leib und Seele an die Kapitalisten verkauft wurden. Aufbauschung der unbedeutenden Verbesserungen (wie z. B. der nur nominellen Erhöhung der Lohnsätze), welche die Verbände den Arbeitgebern auf friedlichem Wege abzurufen vermochten. Bebauung der Wohltätigkeit und der geringfügigen gegenseitigen Hilfe zum Schaden der Streikfonds und der Kampfaufgaben der Verbände. Die Ansicht, daß die Gewerkschaften eine Organisation vorstellen, die bloß teilweise Verbesserungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anstrebt, nicht aber die revolutionäre Niederwerfung des gesamten kapitalistischen Systems zur Aufgabe hat.

So war die alte „freie“ Gewerkschaftsbewegung. So war der alte Tradeunionismus. Ein solcher Hintergrund gestattete den Gompers in Amerika bei den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten mit den Stimmen der Verbände offen Handel zu treiben. Ein solcher Hintergrund ermöglichte den Legien aller Länder, die Gewerkschaften zum direkten Werkzeug der Bourgeoisie zu machen.

Werden die Gewerkschaften wiederum den alten, ausgetretenen, reformistischen, d. h. tatsächlich bürgerlichen Pfad wählen? Das

ist die wichtigste Frage, vor der die internationale Arbeiterbewegung jetzt steht.

Wir sind fest überzeugt, daß das nicht geschehen wird.

Ein frischer Luftzug ist jetzt in die dumpfen Gebäude der alten Gewerkschaften eingedrungen. Die Gründung von „Betriebsausschüssen“ in England, von „Betriebsräten“ in Deutschland, die neuen Kristallisationszentren in den Syndikaten Frankreichs, der Zusammenschluß der Gewerkschaften, wie der „Dreibund“ in England, die neuen Strömungen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung — das sind alles Anzeichen, daß in der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt nunmehr eine Umwertung aller Werte einsetzt.

Vor unseren Augen beginnt sich eine neue Gewerkschaftsbewegung zu gestalten.

Welche kennzeichnenden Eigenschaften muß sie tragen?

Die neue Gewerkschaftsbewegung muß alle Ueberbleibsel der zünftigen Beschränktheit über Bord werfen. Sie muß den unmittelbaren, Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei zu führenden Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sowjetaufbau auf die Tagesordnung stellen. Sie muß es aufgeben, für die fadenscheinige Gewandung des Kapitalismus den reformistischen Flickschneider zu spielen. Sie muß die Waffe des Generalstreiks in den Vordergrund rücken und die Vereinigung des Generalstreiks mit dem bewaffneten Aufstand vorbereiten. Die neuen Verbände müssen die gesamte Arbeitermasse und nicht nur die Arbeiteraristokratie umfassen. Sie müssen das Prinzip der strengsten Zentralisation und der Organisation nach Produktionszweigen, nicht aber nach Berufen durchführen. Sie müssen die Einführung einer tatsächlichen Arbeiterkontrolle über die Produktion anstreben und, nachdem die Arbeiterklasse die Bourgeoisie niedergedrungen hat, müssen die neuen Verbände an der Organisation der Produktion durch die Arbeiter tatkräftigen Anteil nehmen. Die neuen Verbände müssen einen revolutionären Kampf für die unverzügliche Sozialisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige einleiten und dabei nicht aus dem Auge lassen, daß jede ernsthafte Sozialisierung unmöglich ist, bevor das Proletariat die Sowjetmacht erobert hat. Diejenige Schicht der bürokratischen „Führer“, die unheilbar von bürgerlichen Ideen angesteckt und außer stande ist, den revolutionären Kampf der proletarischen Massen zu leiten, müssen die neuen Verbände systematisch aus ihren Reihen vertreiben. Die neuen Verbände müssen bei sich ein Reineinmachen vornehmen, wie die russischen Gewerkschaften es vor

einigen Jahren getan haben und an das die Gewerkschaften Deutschlands und anderer Länder nunmehr herangehen.

Die Lehre des Krieges wird nicht vergeblich sein. Die proletarischen Massen werden ihr Wort sprechen. Die Gewerkschaften können ihre Arbeit nicht mehr auf die Erzielung geringer Lohnerhöhungen beschränken. Die in der ganzen Welt herrschende unsinnige Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel macht die „Eröverungen“, mit denen die Tradeunionisten aller Gattungen sich so sehr brüsten, zum bloßen Trugbilde. Entweder werden die Gewerkschaften an ihrer eigenen Dürre völlig zugrunde gehen, oder aber sie werden sich zu wahren Kampforganisationen der Arbeiterklasse gestalten.

Die machtvolle Streikwoge, die das ganze europäische Festland, aber auch Amerika und andere Erdteile erschüttert, ist der beste Beweis dafür, daß die Gewerkschaften nicht an der Wurzel faulen, sondern eine schleunige Wiedergeburt feiern werden. Die Gewerkschaften können und werden nicht abseits der großartigen Probleme stehen, die jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt an sich fesseln und die ganze Bevölkerung der Erde in zwei Lager — das weiße und das rote — teilen. Jede Gewerkschaft ist nunmehr genötigt, sich mit den Fragen der Rüstung und Abrüstung, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, der direkten und indirekten Besteuerung, der Tilgung der Kriegsanleihen, der Nationalisierung der Eisenbahnen, Bergwerke, wichtigsten Industriezweige usw. abzugeben. Mit jedem Tage wird es jedem beliebigen Durchschnittsmitglied der Gewerkschaften klarer werden, daß der Neutralismus, den die Bourgeoisie und die Opportunisten den Gewerkschaften predigen, nichts weiter ist als bürgerlicher Lug und Trug, daß man in dem einsetzenden entscheidenden Zusammenstoß der beiden Klassen weder lauwarm noch kalt bleiben kann.

Schon hat die Differenzierung in den Gewerkschaften begonnen. Nach ein bis zwei Jahren werden die alten Verbände nicht wiederzuerkennen sein. Die alten Bürokraten der Gewerkschaftsbewegung werden zu Generälen ohne Armeen werden. Die neue Epoche wird eine neue Generation proletarischer Führer der wiedergeborenen Gewerkschaftsbewegung erzeugen.

Die Bourgeoisie aber sieht das voraus und rastet nicht. Durch ihre alten erprobten Diener, die alten Führer der Gewerkschaften, ist sie bestrebt, die Verbände wieder in ihre Hand zu bekommen. Wie Ihr wißt, wurde in Amsterdam ein Kongreß zusammengebracht, der sich zum internationalen Gewerkschaftskongreß ausrief. Legien, Jouhaux, Gompers und andere Agenten der Bourgeoisie machten den Versuch, die Gewerkschaftsbewegung in die

alten Bahnen zu lenken. Der berüchtigte Völkerbund, der tatsächlich ein Bund der räuberischen Imperialisten ist, hat erst in Washington und dann in Paris eine possenhafte Konferenz für „internationalen Arbeitsschutz“ veranstaltet. Zu dieser Konferenz bewilligte der Völkerbund $\frac{2}{3}$ Stimmen der Bourgeoisie und $\frac{1}{3}$ den Agenten der Bourgeoisie, wie Legien, Jouhaux und Konsorten, die sich „Vertreter der Arbeiterschaft“ zu nennen belieben. Auf diesen, von der Bourgeoisie ausgestaffierten Konferenzen wird der Versuch gemacht, der zu neuem Leben erwachenden Arbeiterbewegung die Zwangsjacke überzuziehen. Mit den vereinten Kräften der bürgerlichen Minister und der Bürokraten der Gewerkschaftsbewegung will man die Arbeiterverbände wiederum in dem Prokrustesbett des kleinbürgerlichen Reformismus zur Ruhe legen.

Die Kommunistische Internationale wendet sich an die gewerkschaftlich organisierten Proletarier der ganzen Welt mit dem Aufruf: macht dieser bürgerlichen Spiegelfechterei ein Ende, deckt die schamlose Komödie auf, welche die bürgerlichen Frechlinge aufführen, ruft es laut in die Welt hinaus, daß Ihr mit den Vertretern Clemenceaus und Wilsons nichts gemeinsam habt.

In der ganzen Welt fordert der beste Teil des Proletariats die Errichtung der Sowjetmacht. Und nicht fern ist der Tag, da die ganze Menschheit sich die Sowjetmacht, d. h. die proletarische Regierungsform erobern wird. Die Gewerkschaften werden aber auch dann, bei dem Umbau der kapitalistischen Wirtschaft auf kommunistischer Grundlage, ihre bedeutende Rolle beibehalten. Den Gewerkschaften wird der Ehrenplatz an der Seite der Sowjets gehören, wie wir es jetzt in Sowjetrußland sehen.

Die Kommunistische Internationale hält die Ansicht der Minderheit der Kommunisten in Deutschland, daß die Gewerkschaften überhaupt nicht nötig seien, für irrig. Die in verschiedenen Ländern erstehenden, nach Betrieben organisierten Betriebsräte (Betriebsausschüsse) schließen die Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht nur nicht aus, sondern sie müssen — wie das in Sowjetrußland der Fall ist — selbst die Grundzellen der Produktionsverbände bilden.

Die Kommunistische Internationale hält die Zeit für gekommen, wo die Produktionsverbände, nachdem sie sich von dem Einfluß der Bourgeoisie und der Sozialverräter befreit haben, unverzüglich an den Aufbau ihrer eigenen internationalen Organisationen, wie nach einzelnen Produktionszweigen, so auch in einem die ganze Welt umfassenden Maßstab gehen müssen. Der gelben „Internationale“ der Gewerkschaften, welche die Agenten der Bour-

geoisie in Amsterdam, Washington und Paris wiederzuerrichten bestrebt sind, müssen wir eine wahrhaft proletarische, Hand in Hand mit der III. Kommunistischen Internationale arbeitende Rote Internationale der Gewerkschaften entgegenstellen.

In einer ganzen Reihe von Ländern geht in den Gewerkschaften eine scharfe Scheidung der Geister vor sich. Das Korn löst sich von der Spreu los. In Deutschland, das unter der Führung Legiens und Noskes die Hauptstütze der bürgerlichen gelben Gewerkschaftsbewegung war, kehrt eine Anzahl von Gewerkschaften den gelben Sozialdemokraten den Rücken und geht auf die Seite der proletarischen Revolution über. Aus einer Reihe von Verbänden sind die alten Führer, welche die Gewerkschaftsbewegung mit Haut und Haar den Kapitalisten auslieferten, bereits vertrieben worden. Die Gewerkschaften Italiens stehen fast ausnahmslos auf dem Boden der Sowjetmacht. In den Gewerkschaften Skandiaviens nimmt die proletarische revolutionäre Strömung mit jedem Tage zu. In Frankreich, in England, in Amerika, in Holland und in Spanien sagen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder sich von der alten bürgerlichen Taktik los und fordern neue revolutionäre Methoden. In Rußland unterstützen dreieinhalb Millionen Gewerkschaftsmitglieder die proletarische Diktatur voll und ganz. In den Balkanländern ist die Mehrzahl der Gewerkschaften zu den kommunistischen Parteien in enge Organisationsbeziehungen getreten und kämpft unter deren ruhmreichem Banner.

Die Erste Internationale (die Internationale Arbeitergenossenschaft), deren Führer Marx und Engels waren, strebte danach, alle Arten von Arbeiterorganisationen, darunter auch die Gewerkschaften, zu umfassen.

Die Zweite (nunmehr zerfallene) Internationale pflegte auch die Gewerkschaften zur Teilnahme an ihren Kongressen aufzufordern, stand aber in keiner festen Organisationsverbindung mit ihnen.

Die Dritte Kommunistische Internationale will auch in dieser Hinsicht in die Fußstapfen der Ersten Internationale treten. Die wahrhaft proletarische, von Kampfesgeist durchdrungene Gewerkschaft, die sich die oben bezeichneten Aufgaben stellt, wird selbst eine enge Verbindung mit der in der Kommunistischen Internationale organisierten Vorhut des internationalen Proletariats anstreben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert den Zusammenschluß aller organisierten Kräfte des Proletariats. Wir bedürfen aller Waffengattungen, um mit Erfolg gegen das Kapital an-

stürmen zu können. Die Kommunistische Internationale muß dem Freiheitskampf des internationalen Proletariats allseitig dienen; sie strebt daher nach einer möglichst engen Verbindung mit den Gewerkschaften, die sich über die Aufgaben der gegenwärtigen Epoche klar geworden sind.

Die Kommunistische Internationale will nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter, sondern überhaupt alle Arbeiterorganisationen vereinigen, die den revolutionären Kampf nicht als Lippenbekenntnis, sondern der Tat nach anerkennen und die Diktatur der Arbeiterklasse anstreben. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist der Ansicht, daß nicht allein die politischen Parteien des Kommunismus, sondern auch die auf revolutionärem Boden stehenden Gewerkschaften an den Kongressen der Kommunistischen Internationale teilnehmen müssen. Die roten Gewerkschaften müssen sich in internationalem Maßstabe vereinigen und zum Bestandteil (zur Sektion) der Kommunistischen Internationale werden.

Mit diesem Vorschlag wenden wir uns an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt. Dieselbe Evolution, dieselbe Abschichtung, die in den politischen Parteien des Proletariats stattgefunden hat, ist auch in der Gewerkschaftsbewegung unausbleiblich. Ebenso wie die größten Arbeiterparteien aus der II. Gelben Internationale ausgetreten sind, werden auch alle ehrlichen Gewerkschaften mit der in Amsterdam wieder zusammengeleiteten Gelben Internationale der Gewerkschaften brechen müssen.

Wir schlagen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der ganzen Welt vor, diesen unsern Aufruf ihren Generalversammlungen zur Begutachtung vorzulegen, und wir sind fest überzeugt, daß die ehrlichen Proletarier der ganzen Welt die ihnen von der Kommunistischen Internationale entgegengestreckte Hand mit festem Druck ergreifen werden.

Es lebe die neue, von dem Bazillus des Opportunismus gereinigte Gewerkschaftsbewegung!

Es lebe die Internationale der roten Gewerkschaften!

G. Sinowjew.

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale*

Der erste Mai in Rußland.

Der Arbeitssamstag am 1. Mai.

Vom ersten Arbeitssamstag an der Moskau-Kasaner Bahn zum gesamtrossischen Maifeier-Arbeitssamstag

Die oben erwähnte Strecke ist in einem Jahr zurückgelegt worden. Und fürwahr, die Strecke ist groß. Was für schwache Seiten unsere Arbeitssamstage auch noch aufweisen mögen, welche Mängel in der Durchführung, in der Organisation und Disziplin an jedem Samstag auch immer zutage treten, die Hauptsache ist doch vollbracht. Der schwerfällige Mechanismus ist in Gang gesetzt worden, und darin liegt der Kern der Sache. Wir täuschen uns durchaus nicht darüber, wie wenig vorläufig noch getan ist, wie unendlich viel uns noch zu tun bevorsteht. Doch nur übelgesinnte Feinde der Werktätigen, höswillige Anhänger der Bourgeoisie sind imstande, auf den Arbeitssamstag am ersten Mai verächtlich herabzublicken, nur die verabscheuungswürdigsten Leute, die sich unwiderruflich dem Kapitalismus verkauft haben, vermögen es zu verurteilen, daß das hehre Maifest für einen Massenversuch zur Einführung der kommunistischen Arbeit ausgenutzt wird.

Nach dem Sturz der Zaren, Grundbesitzer und Kapitalisten wird nun zum ersten Mal das Feld frei für den wahren Aufbau des Sozialismus, für die Ausarbeitung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Disziplin der neuen Arbeit, einer neuen weltgeschichtlichen Ordnung der gesamten Volkswirtschaft und späterhin auch des internationalen Wirtschaftswesens. Es handelt sich um die Umgestaltung der Sitten selbst. Lange Zeit hindurch waren sie durch das verruchte Privateigentum an den Produktionsmitteln befleckt und verderbt, durch jene Atmosphäre des Nörgelns und des Mißtrauens, der Feindseligkeit, der Entzweiung, des Einanderuntergrabens, die von den kleinen, vereinzelt vorgehenden Wirtschaften, von der Wirtschaft der Eigentümer unter freiem Austausch stets aufs neue erzeugt wird.

Jahrhunderte lang war der freie Handel, der freie Austausch für Millionen von Leuten das erhabenste Gebot der wirtschaftlichen Weisheit, war eine fest eingebürgerte Gewohnheit von Hundert und Aberhundertmillionen Leuten. Aber diese Freiheit ist ein ebensolcher Betrug, dient ebenso, als Deckmantel des kapitalistischen Betrugs, der Gewalt und Ausbeutung wie die anderen Freiheiten, welche die Bourgeoisie verkündet und

durchführt, hat wie z. B. die Freiheit der Arbeit (Iles — Freiheit, Hungers zu sterben) u. dergl. Alle diese Freiheiten sind Schöpfungen der Eigentümer. Mit dieser Freiheit der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital haben wir gebrochen, brechen wir unwiderruflich und unerbittlich. Nieder mit den alten Gesellschaftsbanden, den alten ökonomischen Beziehungen, der alten Freiheit der dem Kapital unterstellten Arbeit, den alten Gesetzen, den alten Gewohnheiten. Laßt uns eine neue Gesellschaft aufbauen. Die Niederlagen im hehren revolutionären Kampf gegen den Zarismus, gegen die Bourgeoisie, gegen die allgewaltigen imperialistischen Mächte der Welt haben uns nicht eingeschüchtert. Uns schüchtern auch die ungeheuren Schwierigkeiten, die Fehler nicht ein, die bei Beginn dieses schwierigsten aller Werke unvermeidlich sind, denn die Umgestaltung aller Arbeitsgewohnheiten und Sitten ist ein Werk, das Jahrzehnte fordert. Und wir versprechen einander fest und heilig, bereit zu sein zu jedem Opfer, standzuhalten in diesem unendlich schwierigen Kampf gegen die Macht der Gewohnheit, unermüdlich zu arbeiten Jahre, ja Jahrzehnte hindurch.

Wir wollen uns mühen, um die verruchte Regel „Jeder für sich und Gott für alle“ auszurotten, um der Gewohnheit ein Ende zu machen, welche die Arbeit bloß als Pflicht betrachtet und nur diejenige Arbeit für rechtmäßig hält, die nach bestimmten Lohnsätzen bezahlt wird. Wir wollen uns mühen, um die Regel „Alle für einen und jeder für alle“, die Regel „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedarf“ dem Bewußtsein, dem alltäglichen Umgang der Massen einzuprägen, um allmählich, aber unentwegt in kommunistischer Arbeit kommunistische Disziplin einzuführen. Wir haben einen Felsen von unerhörter Schwere in Bewegung gesetzt, einen Felsen moralischer Unbeweglichkeit, der Unwissenheit, Hartnäckigkeit in der Verteidigung der Gewohnheit des freien Handels, des freien Kaufs und Verkaufs der Arbeits- und Menschenkraft als einer gewöhnlichen Ware. Wir haben begonnen, die tiefsitzenden Vorurteile, die festesten, eingefleischten Gewohnheiten zu erschüttern und zu zerstören. Unsere Arbeitssamstage haben im Lauf eines Jahres einen ungeheuren Fortschritt gemacht. Sie sind zwar noch schwach, sehr schwach. Aber das schüchtert uns nicht ein. Wir haben gesehen, wie die unsagbar schwache Sowjetmacht vor unseren Augen durch unsere Anstrengung erstarkte und sich in eine unendlich machtvolle, die ganze Welt umspannende Kraft zu verwandeln begann. Laßt uns Jahre, ja, Jahrzehnte an der Einführung der Samstage, ihrer Entwicklung, Verbreitung, Verbesserung, Einbürgerung in die Sitten arbeiten. So werden wir zum Sieg der kommunistischen Arbeit gelangen.

N. Lenin.

Der Weg zum Glück.

Ein vortrefflicher Gedanke — das Frühlingsfest der Arbeiter zum Fest der freien Arbeit zu machen.

Unter dem Joch des Kapitalismus verstand der namenlose Arbeiter, der Schöpfer aller Schätze der Welt, nicht die Weltbedeutung, die kulturelle Bedeutung seiner Arbeit — und er konnte es nicht verstehen.

Dieses Nichtverstehen ist natürlich, denn erzwungene Arbeit, Arbeit für andere ist Zwangsarbeit, ist der Fluch der Menschheit.

Jetzt aber, Genossen, arbeitet Ihr alle für Euch selbst, und das nicht zu verstehen, ist ein Verbrechen.

Die Macht ist in Eurer Hand, und alles, wessen es bedarf zu ihrer Festigung, müßt Ihr selber tun. Alles ist in Eurer Hand, also seid Ihr, und nur Ihr, für alles Schlimme um Euch verantwortlich. Ihr habt über niemand zu klagen, habt nirgends Hilfe zu erwarten. Der tierische Haß der Nichtstuer ist noch immer eine furchtbare Kraft.

Doch eine noch mächtigere Kraft ist die freie vernünftige Arbeit des Sozialisten.

Irgendwo in den dunklen Winkeln der Wissenschaft ist man bestrebt das Spinnweb zu flicken, das der Wirbelwind der Revolution zerrissen hat. Wir aber müssen wissen und zu fühlen verstehen, daß unsere schwere, dem Anschein nach werktägliche Arbeit die größte Bedeutung für die ganze Welt hat, daß jede vernünftige und ehrliche Anstrengung, die auf den Kampf mit dem Verfall gerichtet ist, jetzt einen nie dagewesenen, ungeheuren Sinn, die größte Bedeutung hat. Werden wir das unnatürliche, nachlässige Verhalten zur Arbeit besiegen, das uns während der Jahrhunderte der Knechtschaft in Fleisch und Blut übergegangen ist? Vermögen wir den Widerstand tierischen Individualismus und Egoismus in uns selbst durch sozialistisches Bewußtsein der Notwendigkeit mutiger, hartnäckiger Arbeit zu überwinden?

Diese Fragen stellen uns mit Bangen die Arbeiter Europas, Asiens, Amerikas — die besten Arbeiter der ganzen Welt.

Unser Leben verfolgen mit Spannung Millionen und Abermillionen von Augen, und obgleich das untätige passive Mitgefühl nicht viel wert ist, uns wenig gibt, wollen wir glauben, daß derjenige, der heute nur mitfühlt, morgen tätig und mit Eifer uns nachzuahmen beginnt.

Genossen! Alles Wertvolle und Vernünftige, alles, worauf die Menschen mit Recht stolz sind, ist durch Wissen und Arbeit geschaffen.

Das ist eine einfache Wahrheit, — eine große Wahrheit; wir müssen sie so heherzigen, wie die Gläubigen ein Gebet heherzigen.

Arbeit und Wissen besiegen alles; Wissenschaft und Arbeit entwirren das ganze mühselige Wirrsal des Lebens.

Und wenn Ihr wollt, daß die Arbeit leicht und der Tag der Arbeit ein Festtag sei, hegt in Euch den Glauben an die schöpferische Kraft des Wissens und der Arbeit.

Frisch und fröhlich an die Arbeit, es gibt keinen sicheren Weg zum Glück als den Weg der freien Arbeit.

M. Gorki

Arbeit und Krieg.

Seit dem Tage, da der Grundstein zur Malfeler gelegt wurde, war das Proletariat stets bestrebt, ihr den Charakter eines Generalstreiks und einer internationalen Manifestation zu verleihen, die sich in erster Reihe gegen Militarismus und Krieg richteten. Unsere diesjährige Malfeler scheint auf den ersten Blick einen geradezu entgegengesetzten Charakter zu tragen. Wir feiern den ersten Mai durch angestrengte Arbeit, unsere Hauptlosung lautet: Auf an die Front! Auf zum Kampf gegen das weiße Polen!

Kein Generalstreik, sondern ein allgemeines Arbeitsfest. Keine Kundgebung gegen den Militarismus, sondern eine Verstärkung unserer Armeen. So sieht in diesem Jahr der erste Mai in Rußland aus.

Was soll das bedeuten? Etwa eine Verletzung des Grundgedankens des proletarischen Festtages, ein Abweichen von der internationalen Solidarität? Nicht im geringsten. Im Gegenteil. Wir wollen das Gesetz nicht übertreten, sondern es befolgen. Wenn es den Anschein hat, als wäre der erste Mai bei uns auf den Kopf gestellt, so ist das nur deshalb der Fall, weil das russische Proletariat die Bourgeoisie gestürzt und sich selbst ans Ruder der Macht gestellt hat.

Der Maistreik wurde als eindringlicher Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung, als Weckruf für die künftige Ordnung der sozialistischen Solidarität und der hehren Menschlichkeit angesetzt. Wir haben der kapitalistischen Ausbeutung ein Ziel gesteckt. Die neue Gesellschaftsordnung aber können wir nur durch angespannte Arbeit verwirklichen. Die Arbeiter Europas streiken an diesem Tage im Namen des Sozialismus gegen ihre Bourgeoisie. Wir aber rammen durch unseren Arbeitssamstag die Pfosten unseres sozialistischen Gebäudes in die Erde. Mag die Form auch verschieden sein, so vereint uns doch ein Gedanke, ein Bestreben.

Die Proletarier der ganzen Welt demonstrieren an diesem Tage gegen Militarismus und Krieg, denn in allen bürgerlichen Ländern ist der Militarismus das niederträchtigste Werkzeug der Klassenunterdrückung, der Krieg aber ist ein staatlich organisierter Raubzug, ein Massenmord um des Gewinnes willen.

Die Armee des sozialistischen Rußland hingegen ist eine bewaffnete Selbstschutzorganisation der Werktätigen gegen die internationalen Gewalttäter und Räuber. Unser Krieg bezweckt die Verteidigung unserer Eroberungen, die Sicherung einer glücklicheren Zukunft für unsere Kinder und Enkel.

Das internationale Proletariat protestiert am Tage des ersten Mai gegen den kapitalistischen Militarismus, weil er der schlimmste Feind der Werktätigen ist. Das russische Proletariat aber spannt am Tage des ersten Mai seine ganze Kraft zur Unterstützung der Roten Armee an, denn die Rote Armee ist seine Waffe, seine Stütze und sein Hort. Trotz der Verschiedenheit der äußeren Form, die sich dadurch ergibt, daß dort die Bourgeoisie am Ruder der Macht steht, hier aber das Proletariat, weht doch hüten und dröhnen der gleiche Geist revolutionären Kampfes gegen die Klassenunterjochung.

Facht das Feuer in den Hochöfen zu hellerer Lohe an, Ihr Proletarier Rußlands! Möge Euer Hammer am Tage des ersten Mai lauter dröhnen! Ziele sicher an diesem Tage, roter Soldat! Arbeite bestimmter mit dem Bajonett und wisse: durch deinen Schlag auf den Amboß, deinen Schlag gegen den Körper des Feindes dienst du wahrhaft der Sache des Weltproletariats, gibst du dem Gedanken des ersten Mai den hehrsten Ausdruck.

L. Trotzki.

Feiertag oder Werktag.

Der erste Mai wird stets der große Tag des Frühlingserwachens der Menschheit bleiben. In diesem Jahr aber hat das russische Proletariat in Gestalt seiner Vorhut beschlossen, den hehren Tag der Befreiung durch Arbeit zu feiern. Denn aus einem Meer von Blut, aus den widerlichen Abfällen des Weltkrieges trägt das Proletariat Rußlands auf seinen Schultern die gesamte Arbeiterrepublik heraus, die gleich einem riesenhaften Zauberleuchtturm ihr rotes Licht über die Welt ergießt und die Herzen der Aktionäre, der Bankiers, der geschniegelten Diplomaten und der Erzbischöfe erzittern läßt.

Für die Bourgeoisie läuft ein Festtag gewöhnlich auf ein noch zügelloseres Verprassen des Gewinns hinaus, den sie der Arbeiterklasse abgepreßt hat. Der amerikanische Milliardär befiehlt an einem solchen

Tage seinen Negersklaven, sein geliebtes Schoßhündchen in duftendem Wasser zu haden und begibt sich darauf mit einem ganzen Etat von hündischen Dienern in sein Schloß außerhalb der Stadt, wo er außer dem besagten Hündchen noch anderen Zeitvertreib besitzt, der unsinniges Geld kostet. Lakaien, Kokotten, Balltoiletten von unerhörtem Luxus, Weine, die vor dem Genuß von eigens hierfür angestellten Kennern („Gustatoren“) gekostet werden, Pferderennen, Roulette, Kartenspiel, ein Freuden- und Schlemmerleben ohne gleichen — so vergeudet der Milliardär das Gold, das er aus dem Schweiß und Blut von Millionen Arbeitern in den Bergwerken, Kohlengruben und Fabriken, in den Wäldern und Sümpfen gemünzt hat. Der Kleinbürger, der mit angehaltenem Atem ausspät, was die „wahren Herrschaften“ tun und sie mit dem Eifer eines begabten Affen nachahmt, widmet diesen Tag voll und ganz seinen schmutzigen Gelüsten, befühlt aber dabei wiederholt mit Besorgnis seine Tasche.

Wie anders war der Feiertag des Proletariats, der erste Mai. Die Arbeiterklasse hatte und hat auch jetzt „gewöhnliche“ Feiertage, an denen sie einfach von der Arbeit, von der Werktagsmühe ausruht. Aber das Fest des ersten Mai ist nicht von dieser Art. Seit die Arbeiter zum ersten Mal diesen Tag zu feiern beschlossen, war er nie ein Tag der Rast. Im Gegenteil, er war ein Tag hartnäckigen Kampfes, ein Tag der Organisation, ein Tag der Kundgebungen und Zusammenstöße, manchmal auch ein Tag der Barrikadenkämpfe. An diesem Tage „rastete“ die Arbeiterklasse weniger denn je. Es war auch kein grauer gewöhnlicher Werktag. Es war ein Festtag des Aufstandes und der Vorbereitung zum Aufstand. An diesem Tage wurde alles Kleinliche vergessen. Die Arbeiterklasse trat zum Kampf auf die Straße, wagte, focht, trug die größten Opfer da, wo sie revolutionär war und wo sie wahrhaft die Gebote des ersten Mai befolgte. Gar zahlreich waren diese Opfer. Wie viele russische Proletarier, die ihren Festtag des internationalen Aufstandes zugunsten des Sozialismus in Schluchten und Wäldern des zaristischen Rußland begingen, wurden in die Mauerhöhlen der Gefängnisse Nikolais geworfen, in den sumpfigen Steppen Sibiriens verstreut, aus den Gewehren der reaktionären Kosaken und Gendarmen niedergeschossen. Noch im vorigen Jahr ließ das republikanische Frankreich die Arbeiter, die den ersten Mai feierten, niederschießen. Lebendig ist noch der Maitag in unserem Gedächtnis, als Karl Liebknecht auf den Straßen die Arbeiter zum Kampf rief. Allerorts knatterten Revolver- und Flintenschüsse in den Straßen der Riesenstädte der alten und neuen Welt.

Mehr als einmal versuchte die Bourgeoisie das Kampffest der Proletarier in einen gewöhnlichen Rasttag zu verwandeln, den die Arbeiter bei einer Flasche Brantwein mit Drehorgelmusik und Ausflügen verbringen sollten. Zum Teil gelang es ihr auch mit Hilfe der Sozial-

patrioten dieses Ziel zu erreichen. Doch ein derartiges Feiern war nichts anderes als ein Verrat gegenüber dem Proletariat.

Der Sinn der Maifeier besteht eben darin, daß das Proletariat an diesem Tage seine Kräfte zusammenschließt und gegen das Kapital demonstriert. Hierin liegt die Seele des Frühlingsfestes.

Nun, da das russische Proletariat nicht nur der polnischen Gefahr gegenübersteht, sondern auch vom wirtschaftlichen Verfall bedroht wird, dessen Ueberhandnahme die Wiederkehr der kapitalistischen Herrschaft bedeutet, zieht es aus zum Kampf gegen den Verfall. An diesem Tage wird das Proletariat nicht wie gewöhnlich, nicht wie jeden Tag arbeiten. Es veranstaltet eine riesige *Arbeitskundgebung* gegen das Kapital. Es wird unter seinen roten Bannern arbeiten, wie es früher mit Banner und Gewehr zur Demonstration auszog. Denn der Kampf gegen das Kapital bedeutet jetzt vor allen Dingen den Kampf gegen den wirtschaftlichen Verfall. Jeder Hammerschlag in Sowjetrußland trifft das Kapital, denn er stärkt die Arbeiterklasse. Wenn der französische oder deutsche Arbeiter auf die Bourgeoisie schießt und sie durch den Streik würgt, vollbringt er dasselbe Werk wie der russische Arbeiter, der am hohen Festtage der proletarischen Solidarität die Festung des Internationalen Proletariats — die Sowjetrepublik ausbessert, reinigt, befestigt.

Kein Rasttag, sondern ein Fest der Arbeit und des Kampfes ist der Tag des Internationalen Proletariats.

Es lebe dieser unser Tag!

Es lebe unser Sieg!

N. Bucşarin.

Das Neue in unserer Maifeier.

Welch herrliche, staunenswerte Feier! Das Bemerkenswerteste ist, daß die Arbeitermasse selbst so viel Neues in das Fest hineinbrachte. Die Arbeiter Petrograds — und ich will hoffen, auch die Arbeiter des gesamten Rußland — griffen im Nu die von unserer Partei formulierte neue Idee auf und setzen sie in die Tat um.

Der 1. Mai wurde in diesem Jahr in ein wahres Arbeitsfest verwandelt.

Leuten, die sich ihr ganzes Leben lang abgemüht haben, die Jahrzehnte lang mit gebeugten Rücken bei kapitalistischer Zwangsarbeit zugebracht haben, den Nutzen der Arbeit zu predigen, ist keine leichte Sache. Es ist Zeit erforderlich, bis diese psychologische Umwandlung sich vollziehen kann, bis die Arbeitermasse — nicht einzelne Personen, auch nicht einzelne Vorhutsgruppen, sondern das Gros der Arbeitermasse — verstehen lernt, daß wir heute für uns selbst arbeiten, daß ein Predigen

der Arbeit heute kein tugendhaftes Moralisieren im Geiste Smiles' ist, sondern eine revolutionäre Notwendigkeit.

Wer sich die Maifeier in Petrograd angesehen hat, der wird uns zustimmen, wenn wir sagen, daß der Umschwung nunmehr eine vollzogene Tatsache ist. Es geschieht etwas ähnliches wie vor zwei Jahren mit der Roten Armee. Nach Jahrzehnten des rohen zaristischen Militarismus, nach vier Jahren imperialistischen Gemetzels konnte der russische Durchschnittssoldat begreiflicherweise keine besonders warmen Gefühle für die militärische Disziplin hegen. Wenn sich vor der Oktoberrevolution Liebhaber fanden, die dem russischen Soldaten Disziplin predigten, so nahm er diese Predigt bestenfalls etwa so auf wie das Summen einer lästigen Fliege. Erst nachdem die Macht der Bourgeoisie gestürzt und die Rote Armee auf neuer Grundlage ins Leben gerufen war, hörte das Wort Disziplin allmählich auf, dem Durchschnittssoldaten unserer neuen jungen Armee ein leiserer Schall zu sein. Der beste Teil unserer Rotarmisten ordnete sich freiwillig der rauhen Disziplin unter, ja, er begann auch selbst, sie in den tiefsten Unterschichten zu verbreiten.

Lebhaft steht das Bild der Maifeier in den Jahren 1917—18 vor uns. Die Truppen boten 1917 und 1918 ein grundverschiedenes Bild. 1917 hatte die alte Zarenarmee das Apogäum ihres Zusammenbruchs erreicht. Auf Schritt und Tritt fühlte man es. Wenn die Soldaten der damaligen „freien“ Armee Kerenskis bei Kundgebungen in großen Massen vorbeidefiliierten, mußte ein jeder, der einige Beobachtungsgabe besaß, sehen, daß diese Armee dem Untergang geweiht war. Aber schon 1918 änderte sich das Bild. Die Rote Armee lernte eben erst gehen. Doch schon war der Gang ein anderer. Man fühlte es: diese Leute haben ihre Ketten abgeschüttelt, zum mindesten die Vorhut der neuen Armee ist sich ihrer historischen Mission voll bewußt. 1918 sah die neue Armee schon ganz anders aus, anders klangen ihre Schritte, anders auch hielt sie zusammen. Neuer Wagemut, neues Selbstvertrauen stellten sich ein.

Dasselbe geschah 1920 mit den Arbeitermassen. Anders dröhnt jetzt der Hammer, mit anderem Klang stößt der Spaten auf, sicherer sind die Bewegungen. Mit dem Arbeiter ist eine Umwandlung vorgegangen. Er hat verstehen gelernt, daß die Zeit herannaht, wo die Arbeit nicht mehr Zwangspflicht ist, sondern zur würdigen Beschäftigung des wahrhaft freien Menschen wird und zum Teil schon geworden ist.

Bemerkenswert sind die kleinen äußeren Züge, die die Arbeitermasse in die Maifeier neu hineingetragen hat. Den meisten Fabriken Petrograds trugen außer den gewöhnlichen Plakaten auch noch Abbildungen aus ihrem Industrieleben. Hier zeigt „Vestinghouse“ ganz vorzüglich gearbeitete Modelle seiner Bremsen. Dort demonstriert die Galettenfabrik ihre Erzeugnisse. Die Arbeiter der Baltischen Werft und der Lessner'schen Werke laden uns ein, die Plakate anzublicken, die ihre Arbeit veranschaulichen.

Die Tabakfabriken zeigen ihre Kunst, und so geht es weiter fort in bunter Reihe. So etwas gab es 1918 und 1919 nicht. Die Parteiorganisationen forderten nicht dazu auf. Die Arbeiter selbst verliehen der Maifeier diesen neuen Anstrich. Ein Arbeitsstolz bildet sich heraus, eine neue Psychologie entwickelt sich; Jeder Arbeiter ist stolz auf den Industriezweig, in dem er sich zum Wohl aller müht.

Und gar die Arbeit auf dem Marsfelde! Es war das erhabenste Schauspiel, das wir in den drei Jahren unserer Revolution gesehen haben. Oftmals hat das Marsfeld in diesen Jahren ein majestätisches Bild geboten. Das ehemalige Marsfeld, jetzt der Platz der Opfer der Revolution, hat großartige Kampfesdemonstrationen gekannt, Begräbnisfeiern, an denen die Teilnehmer nach Hunderttausenden zählten. Ja, das Marsfeld hat schon vieles gesehen. Den erhabensten Anblick aber gewährte es zweifellos am Tage des 1. Mai 1920. Es war wahrhaft ein wogendes Menschenmeer, ein lebendiges Saatfeld, ein Ameisenhaufen. Die meisten hatten sich eine Stunde vor der angesagten Zeit zur Arbeit eingestellt. Und wie stürzten sie sich alle auf die Spaten, mit welchem Eifer erfüllten die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Aufgabe. In wenigen Stunden verwandelte das Marsfeld sich von Grund auf. Ein jeder wollte die Ehre haben, wenigstens ein Sträuchlein in die Erde zu setzen, die die Asche der besten Kämpen der Arbeiterklasse birgt.

Nicht minder großartig waren die Arbeiten auf dem Uritzkiplatz, wo Matrosen, Kursanten und Arbeiter miteinander in der Arbeit wetteiferten. Das ganze Arbeitsprogramm, ja sogar noch mehr wurde geleistet.

Besonderer Erwähnung bedarf die ganz vorzügliche Arbeit der Eisenbahner. Viele von ihnen arbeiteten aus eigenem Antrieb bis 1 Uhr nachts, d. h. sie verdoppelten die Stundenzahl der Samstagarbeit. Vor Beginn der Arbeit war der riesige Hörsaal (die sogenannte „Jama“ (Grube) hinter der Newskijforte) bis auf den letzten Platz gefüllt. Noch nie hatte unter den Eisenbahnern eine so gehobene Stimmung geherrscht. Stolz berichteten sie, was geleistet worden war und berechneten, was bei der nächsten Samstagarbeit noch getan werden muß.

Mit gleichem Eifer arbeiteten etwa 10.000 Personen Sonnabend und Sonntag Vormittag in den Gemüsegärten der „Petrokommune“ (Verpflegungsinstitution Petrograds).

Nach vorläufiger Berechnung nahmen etwa 165.000 Personen an den Samstagarbeiten in Petrograd teil. Die übrigen manifestierten. Doch welch herrliche Kundgebung war es. Eine ganz besondere, ungeahnte Stimmung herrschte überall. Es war etwas Besonderes um das Bild, das sich darbot. Die feierlichen Reihen der Demonstrierenden vermengten sich mit den sandgefüllten Fuhren, mit den Wagen, die das Baumaterial zuführten usw. Ein Hauch von brüderlicher Liebe und proletarischer Einigkeit wehte über dem Ganzen. Man war ganz besonders freundlich

zueinander. Mit besonderer Liebkosung streichelten die Arbeiter selbst die Lastpferde, die sich mit ihrer Bürde durch die Reihen der Demonstrierenden drängten und hie und da einen Augenblick lang die Prozession aufhielten.

165.000 Personen sind bei den Samstagsarbeiten tätig, und doch, wie viele Leute sieht man in den Straßen, wie zahlreich sind die Reihen der Demonstrierenden. Woher kommen denn eigentlich so viele Arbeiter und Arbeiterinnen in dem Hunger leidenden, entvölkerten Petrograd!

Etwas ganz Besonderes, Neues fühlt man auch in dem Verhalten der Demonstrierenden zu der Sowjetmacht, zu unserer Partei. Etwas besonders Vertrautes, Verwandtes, Liebevolltes. Deutlich stand es auf den Gesichtern von Tausenden und Abertausenden Arbeitern und Arbeiterinnen geschrieben: nun, jetzt ist das Schwerste hinter uns, nun sehen wir, daß Ihr Recht hattet. Vielleicht werden wir noch öfters Gelegenheit haben, euch für diesen oder jenen Fehler zu tadeln, ihr seid aber doch ganze Kerle, ihr habt der Arbeiterklasse den Weg gewiesen, ihr seid unser und wir sind mit euch.

Die Maifeier 1920 ist ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Bedeutung in der Geschichte der neu einsetzenden kommunistischen Arbeit. Nachrichten aus Moskau besagen, daß auch dort ein gleiches Bild zu beobachten war wie in Petrograd. Wir sind überzeugt, die Nachrichten aus dem übrigen Rußland werden dieses Bild noch vervollständigen.

Welche Liebe flößt das Petrograder Proletariat uns ein, wenn wir es stets in neuer Umgebung kennen lernen. Am 1. Mai 1920 hat das Petrograder Proletariat noch einmal gezeigt, mit welchem Feingefühl es auf die neuen Tagesfragen eingeht. Nicht tausend, nicht zehntausend, sondern 500.000 Personen in Petrograd haben sich den Grundgedanken der Kommunistischen Partei zu eigen gemacht, demzufolge unsere ganze Kraft nunmehr der Arbeitsfront gehört. Noch sind es keine drei Monate her, seit unsere Partei dem werktätigen Rußland diese Losung ausgab, und doch können wir, zum mindesten in bezug auf Petrograd, mit Ueberzeugung sagen, daß die Losung schon in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Welch einen gewaltigen Eindruck machte die riesige Menschenmenge, die sich am Abend des 1. Mai vor dem Gebäude der Fondsbörse versammelt hatte. Es waren weit über 30.000 Zuschauer, und doch gab es keinen einzigen Zwischenfall, nicht die geringste Ordnungsstörung, keinerlei lästige Einmischung seitens der Hüter der Ordnung, die Miliz war fast gar nicht vertreten. Trotzdem aber herrschte mustergültige Ordnung. Erhaben war das Bild der „Befreiung der Arbeit“, das dem Volk vorgeführt wurde. Der einfache, elementare, doch hehre Gedanke wurde zur greifbaren Gestalt. Und jeder der 30.000 Zuschauer verstand schon nach einem halben Wort, was man ihm mit diesem majestätischen Bilde sagen

wollte. In harmonischem Einklang schlugen die Herzen der mächtigen versammelten Menschenmenge.

Ja, wir sind schon so weit, daß wir die Früchte der angespannten Arbeit dieser letzten drei Jahre zu kosten beginnen. Etwas Neues macht sich in den Beziehungen der Menschen zueinander, in der Organisation der Arbeit geltend. Die Idee des Kommunismus ist auf die Erde herabgestiegen. Die Idee der kommunistischen Arbeit wird Fleisch und Blut.

G. Sinowjew.



*An alle
kommunistischen Parteien und Gruppen,
alle roten Gewerkschaften, alle Redaktionen
sozialistischer und kommunistischer Organe.*

Die Redaktion der „Kommunistischen Internationale“ bittet die Genossen aller Länder inständigst, ihr alle in den betreffenden Ländern erscheinenden sozialistischen und kommunistischen Ausgaben zuzusenden. Wir brauchen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Plakate, Ausschnitte usw. Besonders wertvoll sind ganze Komplekte für uns. Alles Material ist in mehreren Exemplaren zu senden.

Alle Parteien und Organisationen, die zur III. Internationale gehören oder gehören wollen, müssen systematisch (nicht seltener als einmal monatlich) Berichte über ihre Tätigkeit schicken.

Die kommunistischen Literaten werden gebeten, Artikel für unsere Zeitschrift einzusenden.

Das Material ist uns durch unsere auswärtigen Bureaus, durch besondere Kuriere oder auf anderem Wege zuzustellen.

Die Erfüllung dieser Bitte ist für die Kommunistische Internationale überaus wichtig. Daher ersuchen wir alle Genossen, diese Frage einer besonderen Erörterung zu unterziehen und uns zu Hilfe zu kommen.

